



universität
wien

Diplomarbeit

Theoretische Erfassung sozialer Bewegungen im Bekleidungssektor

Eine transdisziplinäre Akteursanalyse sozialer Kräfteverhältnisse
am Fallbeispiel der Clean Clothes Kampagne (Österreich)

zur Erlangung des akademischen Grades
Magistra der Philosophie (Mag.^a phil.)

Verfasserin
Nicole Kornherr

Wien, Jänner 2010

Studienkennzahl lt. Studienblatt: A 300
Studienrichtung lt. Studienblatt: Politikwissenschaft
Betreuerin: Dr.ⁱⁿ Stefanie Wöhl

Vorwort & Danksagung

Geschafft! Diesen erleichternden Gedanken teile ich sicherlich mit vielen DiplomandInnen. Langen Überlegungen folgten durchgearbeitete Nächte, das Anordnen einzelner Absätze und wiederum Löschen der soeben produzierten Textpassagen usw. Mit der Bewältigung des „dicken Endes“ – der Diplomarbeit – wird schließlich ein finaler Schlussstrich unter das bisherige Studium gezogen. Obwohl dieser Aufgabe mit genügend Respekt begegnet werden muss, pflichte ich – nach vielen Gesprächen mit KollegInnen, AbsolventInnen oder auch meiner Betreuerin – der Auffassung bei, dass die Diplomarbeit in ihrer Relevanz oft überschätzt wird. Dies führt dazu, dass ein enormer persönlicher Druck entsteht: am Ende des Studiums *allen* – und meistens vor allem sich selbst – etwas zu beweisen. „*Das Rad'l neu zu erfinden*“, wie es so schön heißt. Für mich bedeutet die vorliegende wissenschaftliche Arbeit den ersten Meilenstein meiner zukünftigen Laufbahn als Akademikerin. Durchhaltevermögen, Konsequenz und Implementierung der erlernten wissenschaftlichen Fähigkeiten, waren mein individueller Beitrag.

Dieses Ziel konnte dank der Unterstützung mehrerer Personen erreicht werden, für welche ich mich nun gebührend erkenntlich zeigen möchte. Gemäß der Grundprinzipien der marx'schen Dialektik, erfolgt dies von abstrakten Begebenheiten bis hin zu konkreten Danksagungen.

Beginnen möchte ich damit, für die *freie und kritische Bildung* an Universitäten eine Lanze zu brechen. Wehmütig erwähne ich diesen Umstand, da ich bedauerlicherweise eine der letzten Studierenden bin, denen solch eine individuelle Ausgestaltung zugesprochen wird. In Anlehnung an die „*unibrennt*-Studierenden-Proteste“ des Jahres 2009 – welcher sich weltweit Studierende aus !80! Universitäten angeschlossen haben – möchte ich an dieser Stelle meine Sorge über die Zukunft der Universitäten äußern. Zu einem großen Teil ist m.E die Umsetzung des s.g. Bologna-Prozess verantwortlich zu machen, welcher den tertiären Bildungsbereich auf europäischer Ebene harmonisieren soll. Dessen Implementierung ist in Österreich mit dem Inkrafttreten des Universitätsgesetz 2002 (UG 02) zu datieren. Seither ist eine sukzessive Verschulung des Studiums, schwindende Mitbestimmung von Studierenden und eine Abkehr von der kritischen, freien Lehre zu beobachten. Bildung hat eine äußerst wichtige gesamtgesellschaftliche Relevanz und darf unter keinen Umständen lediglich unter ökonomischen Verwertbarkeitslogiken gemessen werden. Deshalb appelliere ich an die politischen Verantwortlichen umgehend Schritte einzuleiten, um die Existenz freier kritischer Bildung für zukünftige Generationen nachhaltig zu sichern!

Rückblickend kann ich persönlich dankbar sagen, dass mein Studium die Zeit einer

selbstbestimmten Persönlichkeitsentfaltung war. Im Zuge meines Doppelstudiums (Internationale Entwicklung und Politikwissenschaft) erfuhr ich das Privileg sich gesellschaftlichen Themen kritisch-reflexiv zu nähern. Zusätzlich durfte ich mir im Rahmen meiner freien Wahlfächer einerseits sprachliche und andererseits ökonomische Kompetenzen aneignen. Neben wissenschaftlich-intellektueller Bereicherung konnte ich mir auch die Freiheit nehmen, genügend Zeit aufzuwenden, um politische und sozio-kulturelle Freiräume zu nutzen oder auch neu zu schaffen. Erwähnen möchte in diesem Kontext vor allem die *Basisgruppe Internationale Entwicklung (bagru.ie)*. Sie repräsentierte über die Dauer des gesamten Studiums quasi meine persönliche „epistemic community“. Unzählige Diskussionen und stundenlange Gespräche lieferten mir die notwendigen Anregungen, mein persönliches Weltbild zu unterschiedlichsten Themen zu formen und verfestigen.

Als wichtige akademische Stütze, möchte ich mich herzlich bei meiner Betreuerin *Dr.ⁱⁿ Stefanie Wöhl* bedanken. Sie unterstützte mich in außergewöhnlicher Weise mittels professioneller Betreuung (inhaltlich und menschlich). Diese bestand aus dem perfekten Mix akademischen Rats, sanftem Druck – die Last der „Diplomarbeit“ hinter mich zu bringen – gekoppelt mit kontinuierlicher Motivation und dem Appell, in meinem Forschungsvorhaben realistisch zu bleiben. Zusätzlich konnte ich auf den persönlichen Rat von *Dr. Dieter Plehwe* in mehreren Stadien meiner Diplomarbeit zurückgreifen, wofür ich ebenfalls verbunden bin.

Neben akademischem Beistand, danke ich selbstverständlich meiner Familie und meinem gesamten Freundeskreis, den unentbehrlichen WeggefährtenInnen aus Jugendtagen sowie StudienkollegInnen. Während der Schreibphase erwies sich vor allem die Hilfe von *Eva Marina Strauss*, meiner stets aufmunternden und motivierenden Diplomandinnen-*peer*, als unentbehrlich. *Cornelia Prentner* hat sich der anspruchsvollen Aufgabe gestellt und widmete ihre Zeit der grammatikalischen und syntaktischen Herausforderungen meiner Diplomarbeit. Vielen herzlichen Dank für das Lektorat meiner – wenn auch manchmal komplex-konfus formulierten – zu Papier gebrachten Gedanken.

Dem Engagement zweier ganz besonderer Personen, die schon mein gesamtes Leben *immer* für mich da waren, möchte ich an dieser Stelle unbedingt huldigen. Unendlicher Dank ergeht an meine liebenden Eltern *Maria* und *Huber Kornherr*. Einerseits möchte ich mich für die monetäre Unterstützung bedanken, die ich nicht als selbstverständlich ansehe. Mit der Abnahme des Zwanges, das Studium selbst finanzieren zu müssen, wurden mir dadurch andere Möglichkeiten eröffnet. Ich durfte meine Zeit in politisches Engagement, wie bildungspolitische Angelegenheiten (*bagru.ie*) oder ehrenamtliche Praktika bei bspw. der *Clean Clothes Kampagne* oder dem *Verein Ute Bock* investieren. Andererseits möchte ich

mich auf diesem Wege persönlich für das allerwichtigste Geschenk meiner Eltern bedanken: Respekt und Anerkennung. Während meiner Studienzeit wurden viele Gespräche und kontroverse Diskussionen geführt und es wurde um ideologische Standpunkte gestritten. Das Ergebnis ist ein respektvoller Dialog, bei dem heterogene Perspektiven beiderseits anerkannt und toleriert werden: DANKE!

Abschließend möchte ich dem Menschen danken, der mein Leben in den letzten sechs Jahren – seit Studienbeginn – stets begleitet und um unendliches bereichert hat: *Clemens Miggitsch*. Als zuverlässiger Lebensgefährte und Freund bot und bietet er mir nicht nur seelische Unterstützung, Motivation, Inspiration und Freude in jeglichen Lebenslagen. Ich möchte ihm ausdrücklich für den sicheren Rückhalt in allen Situationen des Alltags danken. Dafür dass er mir vertraut und an mich sowie meine Träume und Wünsche glaubt. Deshalb möchte ich Clemens auch dieses Zitat widmen, auf dass Utopien immer Teil unseres Lebens bleiben:

*„Wer keinen Mut zum Träumen hat,
hat keine Kraft zum Kämpfen!“*

– Otto Herz –

<i>Vorwort & Danksagung</i>	3
<i>Abkürzungsverzeichnis</i>	9
<i>Abbildungs- und Tabellenverzeichnis</i>	10
<i>I. Einleitung</i>	11
1. Globalisierung (k)ein neues Phänomen	12
1.1. Der Textil- und Bekleidungssektor als Spiegel der Globalisierung	19
1.2. Theorieverständnis und Aufbau	22
<i>II. materialistische Staatstheorie – ein Versuch der Synthese</i>	26
2. Den Staat als Kräfteverhältnis sozialer Kämpfe denken	27
2.1. Aufgaben und Autonomie des Staates	33
2.2. Akteurskonstellation Zivilgesellschaft – Mythos oder Hoffnungsträgerin	36
2.2.1. Soziale Bewegungen	37
2.2.2 Non-Governmental Organisation – NGOs	42
2.2.3 Fazit: NGOs vs. Neue Soziale Bewegungen (NSB)	47
2.2.4. Soziale Bewegungsforschung	48
2.3. Macht- und Herrschaftsverhältnisse innerhalb des Staates	51
2.4. Internationalisierung des Staates und Transformation gesellschaftlicher Verhältnisse	58
2.4.1. Neuer Konstitutionalismus und die Frage der politics of scales	64
<i>III. neoliberale Globalisierung – per Paradigmenwechsel in den Postfordismus</i>	73
3. Neoliberalize the world?	73
3.1. postfordistische Produktionsverhältnisse	79
3.1.1. Die neue internationale Arbeitsteilung (NIA)	80
3.2. perkarisierte Arbeitverhältnisse	82
3.2.1. Globalisierung ist NICHT geschlechtsneutral	87
3.3. Fokus Bekleidungsindustrie	91
3.3.1. Kleider machen Leute – aber zu welchen Konditionen?!	94
3.3.2. liberalisierte Bekleidungsindustrie: Fallbeispiel Mexiko	96
3.3.4. Regulationsmechanismen NAFTA und MFA	98
<i>IV. Akteursanalyse in der Bekleidungsindustrie</i>	102
4. GCC-Forschung & Co. - eine Bestandsaufnahme	102
4.1.1. Kritik am GPN und blinde Flecken	108

<i>V. Clean Clothes Kampagne (Österreich)</i>	<i>111</i>
5.1. Allgemeine und historische Hintergrundinformationen	111
5.2. Struktur	112
5.3. Finanzierung	113
5.4. Zielsetzungen & Forderungen	114
5.5. Tätigkeitsfelder	115
5.5.1 Play Fair – Kampagne 2008	116
<i>VI. Fazit</i>	<i>118</i>
<i>VII. Quellenverzeichnisse</i>	<i>121</i>
7.1. Literaturverzeichnis	121
7.2. kommentiertes Linkverzeichnis	128
7.3. ExpertInneninterviews	130
<i>VIII. Anhang</i>	<i>131</i>
8.1. Abstract (Deutsch)	131
8.2. Abstract (English)	132
Curriculum Vitae	133

Abkürzungsverzeichnis

ATC	<i>Agreement on Textiles and Clothing</i> Abkommen der WTO zu Textilien und Bekleidung
bspw.	beispielsweise
CCC	<i>Clean Clothes Campaigne</i>
CCK	Clean Clothes Kampagne
CSR	<i>Corporate Social Responsibility</i> Unternehmensverantwortung
EURATEX	<i>European Apparel and Textile Organisation</i> Europäisches Textil- und Bekleidungs Forschungsnetzwerk
ETUF:TCL	<i>European Trade Union Federation of Textiles, Clothing and Leather</i> Europäischer Gewerkschaftsbund für Textilien, Bekleidung und Leder
ERT	European Round Table of Industrialists Lobbygruppe der europäischen Industriellenvereinigung
FDI	<i>Foreign Direct Investment</i> ausländische Direktinvestition
FWF	<i>Fair Wear Foundation</i> unabhängige, niederländische Überprüfungsorganisation
GATT	<i>General Agreement on Tariffs and Trade</i> Allgemeines Zoll- und Handelsabkommen
ICFTU	<i>International Confederation of Free Trade Unions</i> internationaler Gewerkschaftsbund
IdS	Internationalisierung des Staates
ILO	<i>International Labour Organisation</i> Internationale Arbeitsorganisation der UNO
ISO	<i>International Organisation for Standardisation</i> Internationale Standard-/ Normierungsorganisation
IWF	Internationaler Währungsfond
m.E	meines Erachtens
MFA	<i>Multi Fibre Agreement</i> Sonderabkommen des GATT zu Textilien und Bekleidung
MSI	<i>Multi Stakeholder Initiative</i>
NAFTA	<i>North American Free Trade Agreement</i> nordamerikanisches Freihandelsabkommen
NGO	<i>Non-Governmental Organization</i> Nicht-Regierungsorganisation
OBM	<i>Original Brandname Manufacturer</i> Markenfirmen, die sich lediglich um Design und Label-PR kümmern
ÖGB	Österreichischer Gewerkschaftsbund
OEM	<i>Original Equipment Manufacturer</i> OriginalherstellerIn
PR	<i>Public Relations</i> Presse- und Öffentlichkeitsarbeit
SA8000	Social Accountability 8000 Zertifizierungsnorm bezüglich Arbeitsbedingungen
SAI	<i>Social Accountability International</i>
s.g.	so genannte
SRA	<i>Strategic Relational Approach</i> Strategisch relationaler Ansatz (nach Bob Jessop)
TNK	Transnationaler Konzern
u.a.	unter anderem
UNICE	Union of Industrial and Employers' Confederation of Europe Lobbygruppe die seit 2007 <i>Businessseurope</i> heißt
vgl.	Vergleich
WTO	<i>World Trade Organisation</i> Welthandelsorganisation

Abbildungs- und Tabellenverzeichnis

- Abb. 1: Interaktion sozialer Kräfteverhältnisse innerhalb historischer Strukturen
- Abb. 2: Methode historischer Strukturen auf drei Handlungsebenen
- Abb. 3: Verschiebungswellen textiler Produktion im asiatischen Raum von 1950-2000
- Abb. 4: Global Production Network: Darstellung der Wertschöpfungskette der Bekleidungsindustrie
- Abb. 5: Herangehensweise des GPN-Ansatzes
-
- Tabelle 1: Gegenüberstellung Neue soziale Bewegungen vs. NGOs
- Tabelle 2: selektive Auflistung zivilgesellschaftlicher Akteure der mexikanischen Bekleidungsindustrie
- Tabelle 3: Kernarbeitsnormen der ILO

I. Einleitung

Kleider machen Leute – nur zu welchen Konditionen Mode zählt im Zeitalter der *Lifestyle-Industries-Mentalität* des 21. Jahrhunderts als Medium der eigenen Identitätskonstruktion. Sie dient im Sinne der Verwertbarkeitslogik quasi als äußere Vermarktung der gesellschaftlichen Subjekte, als Visitenkarte. Markenfetischismus oder das Streben nach Lebensstilen, wie sie in Hochglanzmagazinen oder im TV vorgegeben werden sowie dazugehörige zu empfindende Emotionen inklusive. Ein gekonnt angewandter Mix aus medialen und werbetechnischen Komponenten forciert den schnelllebigen Konsum der so genannten Überfluss- bzw. Wegwerfgesellschaft. *SALE* zu spottbilligen Preisen! Ununterbrochen, die ganze Saison! Die Kehrseite der Medaille, die unzählige ArbeiterInnen der Bekleidungsindustrie betrifft, ist nur teilweise bekannt oder wird ignoriert: Arbeitsschichten von durchschnittlich 12 Stunden, zum Hungerlohn einiger, weniger Euro pro Tag reichen den Betroffenen kaum zum Überleben. Menschenunwürdige Arbeitsbedingungen in überfüllten, heißen Fabriken (sweatshops), fehlende oder mangelhafte Sozialsysteme bieten keinen absichernden Schutz. Oft gibt es keinen Anspruch auf Kranken- oder Altersversicherung, bezahlte Überstunden oder Mutterschutz. Vor allem viele junge Frauen aus so genannten Billiglohnländern werden damit tagtäglich konfrontiert und somit strukturell benachteiligt. Die Bekleidungsindustrie zählt mit ihrer komplexen und größtenteils intransparenten Wertschöpfungskette als Pionier internationalisierter Produktionsverhältnisse. Deshalb gilt sie auch als geeignetes Anschauungsbeispiel für die neue internationale Arbeitsteilung. Transformationen im Rahmen des Globalisierungsprozesses stellen (nicht-)staatliche Akteure vor neue Herausforderungen globaler Produktion, vor allem in puncto Regulation. Aber auch das Feld rund um die Frage *sozialer Verantwortung im globalen Kontext* wird dadurch neu aufgerollt. Seit Mitte der 1990er skandalisieren soziale Bewegungen – wie die *Clean Clothes Kampagne* – die gravierenden Arbeitsrechtsverletzungen in Produktionsbetrieben transnationaler Konzerne. Es wird versucht gegen diese Zustände anzukämpfen. Die entscheidende Frage bleibt jedoch: Mit welchem Erfolg? Oder anders gefragt: Wie ist dieses Engagement theoretisch zu erfassen und adäquat zu analysieren?

Um sich der Komplexität des soeben Geschilderten analytisch näher zu widmen, ist eine Auseinandersetzung mit grundlegenden begrifflichen Aspekten, aber auch die Herausarbeitung von Grenzen derzeitig angewandter theoretischer Zugänge notwendig. In der vorliegenden Diplomarbeit wird der Problematik bzw. Charakteristik von *Begrifflichkeiten* besondere Aufmerksamkeit zuteil. *Begriffe* prägen unser Leben. Sie können als vielseitige Werkzeuge der Kommunikation bzw. des zwischenmenschlichen *Begreifens* verstanden werden. Variabel werden sie für die Beschreibung von Subjekten, Objekten, Zuständen oder auch Prozessen usw. angewandt. In Bezug auf das vorliegende Forschungsinteresse ergeben sich folgende begriffliche Schwerpunkte: (Unter-)Entwicklung, Neoliberalismus, Staatlichkeit, Zivilgesellschaft, soziale Bewegungen bzw. NGOs oder auch Globalisierung. Diese werden im Zuge der Abhandlungen in den einzelnen Kapiteln näher definiert. Vorweg sei nur angemerkt, dass diese doch sehr facettenreichen Begriffe, bereits die Komplexität der zu behandelnden Thematik erahnen lassen. *Globalisierung* fungiert in all ihren unterschiedlichen Interpretationsformen gewissermaßen als „Überbegriff“. In Bezug auf den Bekleidungssektor und dessen Akteure sind vor allem Aspekte wie Produktionsauslagerung in Billiglohnländer oder sich verändernde Regime, Regulations- und Kooperationsformen im

Rahmen der Globalisierung zu kontextualisieren. Es wird der spezifische Versuch unternommen, sich den facettenreichen begrifflichen Elementen von Globalisierung transdisziplinär zu begegnen.¹ Dies soll auch mit explizitem Verweis auf Michel Foucault geschehen, welcher bereits in seinen Abhandlungen zur *Diskursanalyse* (1969/73) klar dargestellt hat, dass Sprache als Instrument der Vermittlung von Begriffen stets im Kontext von Macht und Interessen verstanden werden muss. Dieser Aspekt soll bei folgenden Analysen kontinuierlich mit bedacht werden.

1. Globalisierung (k)ein neues Phänomen

Der Begriff *Globalisierung* ist seit etwas mehr als einer Dekade, zumindest in westlichen Industrienationen, für einen Großteil der Bevölkerung relativ geläufig. Dabei darf aber nicht vergessen werden, dass es vor allem Leute aus dem politischen Süden sind, welche die negativen Konsequenzen neoliberaler², globalisierender Umstrukturierungen schon seit längerem tagtäglich zu spüren bekommen. Mit steigendem Ausmaß ist der Begriff Globalisierung ein quasi allgegenwärtiger Teil des sprachlichen Alltagsgebrauchs. Dadurch wird er auch – zumindest aufgrund intensivierter, geistiger Vorstellungswelten – „real“ wirkender Bestandteil gelebter Alltagspraxen und beeinflusst diese eindringlich. Sowohl in der wissenschaftlichen Literatur als auch in Populärmedien, wie bspw. Print-, Radiomedien, Internet oder TV, ist der Terminus mittlerweile fix verankert. Oftmals wird Globalisierung jedoch undifferenziert bzw. mehr oder weniger unkommentiert angewandt. Zusätzlich führt die fast schon inflationäre Handhabung des selbigen Begriffes häufig zu diffus-schwammiger Wahrnehmung oder gar Verwirrung. Einerseits ergeben sich speziell auf (semi-) intellektuellem Terrain voraussetzende Annahmen, die vermuten lassen, eine gemeine Verständnisbasis zu haben. Dem steht andererseits des Öfteren der Anschein gegenüber, dass große Teile der Bevölkerung kaum nachvollziehen können, worum es sich in der *Globalisierungs-Debatte* überhaupt konkret handelt. Dieser Umstand des vorherrschenden Halbwissens bietet wiederum eine breite Angriffsfläche für populistische Hysterisierungs-, Aufhetz- bzw. Verblendungsversuche. In Österreich beispielsweise wird dies von den eher rechts-konservativen Kräften, tendenziell in Kombination mit nationalstaatlich orientierten Argumenten, untermauert. Im Rahmen der folgenden Diplomarbeit wird versucht, sich der Problematik schwammiger Bezeichnungen anzunehmen, um begriffliche Klarheit zu schaffen.

¹ Im Zuge der Erläuterungen zum angewandten Theorieverständnis, wird etwas später auf die konkrete Bedeutung, transdisziplinärer Vorgangsweise noch detaillierter Bezug genommen (siehe Kapitel 1.2.).

² Unter *neoliberalen* Auswirkungen wird bspw. der steigende Wettbewerbsdruck und zunehmende effizienzorientierte Handlungslogik gemeint, die sich fortschreitend im alltäglichen Leben verankert. *Neoliberalismus* ist eine Ideologieform, deren Strukturen auf den Markt und individualisierte Kapitalinteressen fokussieren. Im Zusammenhang mit neoliberalen Umstrukturierungen stehen auch zunehmende polarisierte soziale Ungleichheiten. Noam Chomsky's Bezeichnung des Neoliberalismus erscheint treffend „Kapitalismus ohne Maske!“ (Chomsky 2000: 9) Genaueres zu Auswirkungen des *Neoliberalismus* (siehe Kapitel 3).

Essentiell erscheint im Zuge dieses Anspruches der Hinweis, dass es sich um keine verkürzte, dichotomische „schwarz-weiß-Darstellung“ von Globalisierung handeln soll. Trotz verstärktem Fokus auf globalisierungskritische Argumentationslinien sei vorweg genommen, dass es sich bei Globalisierung nicht a priori um eine Verschlechterung der Lebensverhältnisse für die allgemeine Bevölkerung handeln muss. Speziell die Veränderungsprozesse in Bezug auf verbesserten Zugang zu Kommunikationsmedien – aufgrund von Innovation und Technologie – sind durchaus positive Entwicklungen und als Chance für einen erhöhten Partizipationsgrad der Zivilgesellschaft zu interpretieren. Der Aspekt neuer kommunikationstechnologischer Möglichkeiten ist vor allem für soziale Bewegungen und deren neue Protestformen (à la web 2.0 - Aktivismus) essentiell. Dies sei explizit erwähnt, um nicht das Bild einer unreflektierten, ausschließlich negativ behafteten Globalisierungs-Darstellung zu liefern.

Einer meiner Hauptansprüche in vorliegender Forschungsarbeit ist es, ein theoretisches Rahmenkonstrukt aus bereits bestehenden wissenschaftlichen Ansätzen zu erschaffen, um das komplexe Feld bezüglich Akteurskonstellationen im Bekleidungssektor adäquater analysieren zu können. Gemäß der Metapher von Merton (1989) werde ich als „Wissenschaftlerin auf den Schultern der Riesen“ versuchen, nützliche Ansätze – auch bisher nicht in Verbindung stehende – und theoretische Herangehensweisen zu kombinieren, diese weiter zu denken und existierende Lücken zu schließen. Somit sollen hier angestellte Reflexionen die theoretische Basis für zukünftige, vertiefende, transdisziplinäre Forschungen über soziale Bewegungen im Bekleidungssektor bieten. Der erste Schwerpunkt der Forschungen lässt sich mit folgender Frage artikulieren:

„Sind existierende Theoriemodelle geeignet, um soziale Kräfteverhältnisse und akteurspezifische Handlungsspielräume – speziell jene *Neuer Sozialer Bewegungen* – in Zeiten des Neoliberalismus und globalisierter, postfordistischer Produktionsverhältnisse, adäquat zu erfassen?“

Bezüglich der weiteren Strukturierung dieses einleitenden Kapitels sei folgendes erwähnt: Nach einem allgemeinen thematischen Aufriss bezüglich des bereits erwähnten Globalisierung-Begriffes und dessen Bedeutung für die Bekleidungsindustrie wird abschließend noch auf das vertiefende Forschungsinteresse einer konkreten Neuen Sozialen Bewegung – der Clean Clothes Kampagne (Österreich) – eingegangen.

Was bedeutet nun konkret Globalisierung?

Ad hoc kann gesagt werden, dass es keine einheitliche Definition gibt, jedoch möchte ich exemplarisch die prominentesten beobachtbaren Tendenzen aufzeigen. Im Kontext politikwissenschaftlicher Theorien des *Neoliberalismus*, der *Weltsystemtheorie*, der *Internationalen Beziehungen* sowie Strömungen der *kritischer Theorie* wie bspw. *Imperialismustheorien* oder des *Poststrukturalismus*,³ aber auch im Rahmen der *Entwicklungstheorien* oder der *Sozialen Bewegungsforschung* wird dem Begriff *Globalisierung* verstärkte Beachtung geschenkt. Allgemein sind Vorstellungen bezüglich unterschiedlicher Prozesse gemeint, die zu Veränderungen im globalen Kontext führen. Manche verbinden mit Globalisierung auch den fortschreitenden Versuch einer Homogenisierung bzw. Standardisierung politischer, ökonomischer, aber auch sozio-kultureller Elemente (Vgl. Pagano 2007). Konkret kann gesagt werden, dass Globalisierung zum einen oft als Schlagwort verwendet wird, um internationalisierende Prozesse der globalen Vernetzung auf unterschiedlichen Ebenen zu beschreiben. Der Anstieg grenzüberschreitender Verflechtungen (Nohlen/Schultze 2005: 317) und die Internationalisierung sowie die Dezentralisierung von Regulationsweisen werden vor allem im Neoliberalismus oft als „natürlich“ erachtet bzw. dargestellt. Damit geht des Öfteren eine Rhetorik des quasi Niederganges des Nationalstaates einher – worauf im Kapitel 2 zu staatstheoretischen Überlegungen eingegangen wird. Globalisierung bezeichnet vor allem qualitative Veränderungen (Gereffi 2005: 161), welche im Rahmen der theoretischen Ausführungen in Kapitel 2 und 3 herausgearbeitet werden. Zum anderen schlagen sich die Konsequenzen der Globalisierung, markant z.B. in Form von Umstrukturierungen der internationalen Wirtschaftsordnung, nieder. Konkret sind damit spezifische (Re-)Strukturierungen im Zuge der (*neuen*) *internationalen Arbeitsteilung*³ gemeint. Die (neue) internationale Arbeitsteilung – Aufspaltung von Produktionsprozessen – erstreckt(e) sich vertikal, entlang der Grenzen zwischen Zentrum und Peripherie. Diese Auffassung der globalen, geographisch konstruierten Unterteilung führt auf Erkenntnisse der *Weltsystemtheorie* von Immanuel Wallerstein et. al. und VertreterInnen der Dependenztheorie zurück. Die räumliche Kategorisierung globaler Ebenen erfolgt in Zentrum und Peripherie. Darüber hinaus kann die Unterteilung in Subkategorien wie bspw. Semi-Peripherie erfolgen.⁴ Neben der Vertikalen ist

³ Genauere Informationen zur (*neuen*) *internationalen Arbeitsteilung*, werden im Kapitel 3.1.1. besprochen.

Literaturtip: Fröbel, Folker/ Heinrichs, Jürgen/ Kreye, Otto (1991): Die neue internationale Arbeitsteilung

⁴ KritikerInnen der *Weltsystemtheorie* betonen zwar, einerseits dass diese Unterteilung sowie Subkategorien dazu beitragen, die Bedeutung des Staates als soziales Verhältnis zu unterminieren. Auf diese Annahmen werde ich im nächsten Teil vertiefend eingehen. Andererseits wird kritisiert, dass diese Unterteilung „Zentrum/ Peripherie“ oftmals zu generalisierend und oberflächlich erscheint. Dieser Einwurf ist durchaus berechtigt, da sich in den letzten Dekaden auch in vermeintlichen peripheren Regionen des kapitalistischen Systems, einflussreiche Zentren herauskristallisieren konnten (Vgl. Indien/ China). Etwaig auftretende Bias' dürfen nicht vernachlässigt werden, nichtsdestotrotz dient die Kategorisierung in Zentrum und Peripherie dem essentiellen Zweck der vereinfachten Veranschaulichung. Eine differenzierte Betrachtung von geographischen Konstruktionen ergibt sich bspw. im Rahmen der *scales*-Debatte (siehe. Kapitel 2.4.1).

ebenfalls eine horizontale Ausdehnung der neuen internationalen Arbeitsteilung innerhalb von Nationalstaaten (Stichwort: *knowledge based economy*; Vgl. Jessop 2003) zu erkennen. Jessop et. al. verstehen darunter eine selektive Bevorzugung immaterieller Arbeit sowie die fortlaufende Konstruktion der Ware „Wissen“ und somit deren einhergehende Kommodifizierung. Im gesellschaftlichen Diskurs schlägt sich diese Dominanz bspw. in Form des immer weiter verbreiteten und regelrecht internalisierten Spruchs „Wissen ist Macht“ oder mittels neuer Lebensmodelle wie „lebenslanges Lernen“ nieder. Globalisierung muss jedoch stets als Konstrukt menschlichen Agierens verstanden werden. Es handelt sich um spezifische Veränderungen, die sich explizit auf *intendierte* – also von verschiedensten Akteuren gewollte und von diversen Interessen geleitete – Prozesse berufen. Der angesprochene Punkt ist vor allem in Hinsicht auf die Dekonstruktion liberal-konservativer Annahmen bzw. Äußerungen von großer Bedeutung. Diese behaupten vehement, dass der jetzige neoliberale Weg der einzige sei. Vor allem gilt es, Rhetoriken des vermeintlichen *globalen Sachzwangs* zu entkräften bzw. zu widerlegen.

Globalisierung an sich kann jedoch nicht per se als neues Phänomen gedeutet werden. Frühe Ausprägungen bzw. erste Wellen der Globalisierung werden bis in die Jahre 1450 – 1640 (Gereffi 2005: 161) datiert. Anders gesagt reichen sie bis in das *lange 16. Jahrhundert* zurück, wie es Immanuel Wallerstein bemerkt (Wallerstein 1988: 170f; Plank/Staritz 2009: 62). Ausschlaggebend für steigende globale Interaktionen ab dem 15. Jahrhundert erwies sich die Etablierung des kapitalistischen Systems mit mitteleuropäischem Zentrum (Stichwort: Stadtstaaten Italiens). Als charakteristisches Merkmal des kapitalistischen Systems ergibt sich damals wie heute der schier unabwendbare Drang des Kapitals nach permanenter Expansion. Ein konkreter sowie markanter Aspekt hierfür ist weiter das stetige Bestreben, neue Absatzmärkte und/oder billige Ressourcen in Form natürlicher Rohstoffe oder Arbeitskräfte zu erschließen (Vgl. Becker et. al. 2007). Seit der Entdeckung der *Neuen Welt* 1492 reproduzierten sich fortwährend ähnliche Muster. Dies war im Kolonialismus oder später zu (neo)imperialistischen Zeiten bzw. ist heutzutage noch zu beobachten. Aufgrund spezifischer globaler Entwicklungen haben sich interdependente Abhängigkeitsformen, so genannte *Nord-Süd-Verhältnisse* herauskristallisiert. Sie haben sich bis heute in adaptierten Formen bzw. polit-ökonomisch Aspekten verfestigt. Aktuelle Veränderungen befinden sich unter dem Vorzeichen neoliberaler Ideologien in Kombination mit einer neuen Ausprägung des Kapitalismus. Zu sehen ist dies als Ergebnis eines internationalen Nullsummenspiels. Das soll bedeuten, dass derzeitige Globalisierungsprozesse eindeutig selektive Asymmetrien in Bezug auf bspw. Macht, Verteilung, etc. produzieren. Die Zahl der GlobalisierungsgewinnerInnen einerseits unterliegt quantitativ jener der VerliererInnen andererseits bei Weitem (Fichter/Sydow 2001: 9). Dieses Argument wird mit Formulierungen wie bspw. der

ungleichen Entwicklung bis hin zu *20:80-Gesellschaften* deutlich (Nohlen/Schultze 2005: 318). Diese verhältnismäßige Gegenüberstellung soll plakativ die immer größer werdende Kluft zwischen arm und reich symbolisieren. Die auseinander klaffende Schere polarisierender Gesellschaftskonstellationen kreierte zunehmend das Bild einiger weniger wohlhabender Personen vs. dem genauen Gegenteil der Bevölkerungsmassen.

Was ist nun neu an der aktuellen (neoliberalen) Globalisierung?

Pauschal könnte gesagt werden, dass sich die globalen, ökonomischen Umstrukturierungen und die damit verbundene Vormachtstellung wirtschaftlicher Interessen bedeutend zulasten von ArbeitnehmerInnen niederschlagen. Bezüglich der markanten Merkmale der aktuellen Globalisierungswelle wurde bereits folgendes erwähnt: innovative Errungenschaften innerhalb der Kommunikationstechnologie. Nicht zu vergessen ist auch die Bedeutung der Senkung von Transportkosten. Abgesehen von den fatalen, negativen Folgen für die Umwelt und das globale Klima – worauf an dieser Stelle nicht näher eingegangen werden kann – stellt dieser Aspekt der Kostensenkung in mehrfacher Hinsicht einen relevanten Faktor dar. Einerseits – aus unternehmerischer, kapitalistischer Perspektive – bedeutet dies einen wichtigen Faktor in Bezug auf Produktionskosten und die Wahl des Produktionsstandortes. Andererseits spielen gesunkene Transportkosten auch für breite Massen der Zivilgesellschaft hinsichtlich verstärkter Vernetzungspotenziale internationaler Protestkultur eine essentielle Rolle. Weitere Merkmale wären die steigende Relevanz der Rhetorik des Marktes und des Freihandels sowie die Bedeutungszunahme internationaler Finanzmärkte. Diese Aspekte charakterisieren polit-ökonomische Diskussionen rund um den Globus. Mitunter kann diesbezüglich der Zusammenhang gesehen werden, dass die orthodoxe Neoklassik⁵ derzeit als *mainstream*⁶ der Wirtschaftswissenschaften gesehen wird. Bedeutend sind jedoch, neben der Fokussierung auf ökonomische Aspekte, die politischen oder sozio-kulturellen Bereiche, welche oft vernachlässigt oder verschleiert werden. Als „neu“ an derzeitiger Globalisierung kann auch der Grad bzw. das qualitative Ausmaß der Integration von Staaten bezeichnet werden. Zusätzlich ist zu unterstreichen, dass vorherrschende globalisierte Rahmenbedingungen nur verstanden werden können, wenn sie im Kontext historischer Ereignisse wahrgenommen werden. Aus diesem Grunde soll kurz versucht werden, die Kontinuität (neo)liberaler Prozesse zu rekonstruieren.

⁵ *Neoklassik* ist derzeitig *die* auf globaler Ebene dominant geltende Wirtschaftswissenschaft. Sie beschreibt einen auf Rationalität berufenden Teil volkswirtschaftlicher Theorien, auf die im ideologischen Paradigma des *Neoliberalismus* besonderen Wert gelegt werden. Die bekanntesten Vertreter sind Adam Smith (als Vorreiter aus der *Klassik*), David Ricardo, John Stuart Mill. Nähere Informationen zur Neoklassik (siehe Kapitel 3).

⁶ Unter *mainstream* sind u.a. Ideen, Theorien, Konzepte, Paradigmen, Ideologien, Lebensstile zu verstehen die sich im gesellschaftlichen Kontext dadurch als dominant erweisen, dass sie eine gewisse Vormachtstellung einnehmen.

Als zeitlicher Ursprung aktueller Umschwünge werden die 1970er Jahre gesehen. Um jedoch ein umfassenderes Bild zu erhalten, ist es notwendig, chronologisch noch etwas weiter auszuholen. Erst im breiteren historischen Kontext ist das Zustandekommen neoliberaler Transformationsprozesse nachvollziehbar. Nach der Weltwirtschaftskrise 1929 sowie dem damit verbundenen vorläufigen Ende des Höhenfluges liberaler Wirtschaftspolitik und dem Ende des zweiten Weltkrieges 1945, war einerseits die Ära liberalen Wirtschaftens vorübergehend gestoppt. Die westlichen Industrienationen, vor allem große Teile Europas – mittels US-Unterstützung (Marshall Plan) – andererseits waren mit Wiederaufbau und Stabilisierung gesellschaftlicher Verhältnisse beschäftigt. Kennzeichnend für viele Industrienationen der kapitalistischen Zentren war die Etablierung mehr oder weniger ausgeprägter wohlfahrtsstaatlicher Systeme, gemäß den Prämissen von John Maynard Keynes. Der Keynesianismus fand in Kombination mit dem fordistischen Produktionsmodell bis in das goldene Zeitalter (1960er) regen Anklang.

In der s.g. kapitalistischen Peripherie entstanden allmählich – nach zumindest formalen Entkolonialisierungsprozessen – Modelle „peripherer Entwicklungsstaaten“ (Becker 2003: 83). Mittels importsubstituierender Industrialisierung, restriktiver Importbestimmungen und ansatzweise korporatistischer Regulationsweisen versuchten s.g. Entwicklungsländer ihre jungen, nationalen Industriezweige, s.g. *infant industries* zu schützen (Vgl. Raffer 2002). Dadurch sollten der Binnenmarkt aufgebaut oder vitalisiert und somit nachholende Entwicklungsprozesse verfolgt werden. Interventionistische Schritte wie „Erziehungszölle“ – gemäß dem Vorbild des einflussreichen deutschen Ökonomen des 19. Jahrhunderts Friedrich List – erwiesen sich elementar für die nationale Industrialisierung und den Versuch, sich von Exportabhängigkeit zu lösen (Heigl 2005: 283). Ab Ende der 1960er bis Mitte der 1970er Jahre begann die Fassade der nationalstaatlichen und binnenorientierten Entwicklung zu bröckeln. Diese war geprägt durch fordistische Produktionsverhältnisse für den Massenkonsum (Novy 2002: 96). Dies führte aufgrund des Zusammenbruchs der so genannten Bretton Woods Institutionen, der Ölkrisen von 1973 und 1976, des und aufgrund militärischer Rückschläge der US-*Supermacht* (Stichwort: Vietnamkrieg) zu weltwirtschaftlichen Turbulenzen. Anders als zuvor im Jahre 1929, wo es sich um eine Wirtschaftskrise handelte, waren auch WissenschaftlerInnen sich nicht wirklich sicher, wie diese Krise genau gedeutet werden sollte:

„als Krise der Regierbarkeit, als Legitimationskrise, als Hegemoniekrise der USA, als Krise des Sozialstaats, als Krise der Arbeitsgesellschaft, als Wertekrise oder – in der Ökologiedebatte – sehr weitgehend als Zivilisationskrise. (...) eine Wachstumskrise“.
(Brand et. al 2000: 57)

Vor vier Dekaden ereignete sich das, was als Krise des *Fordismus*⁷ bezeichnet wird. Dieser Zeitraum gilt weit verbreitet als Ausgangspunkt der aktuellen neoliberalen Globalisierung.

Ziel der vorliegenden Diplomarbeit ist es, einerseits sich der ausführlichen Analyse fortschreitender neoliberaler Umstrukturierungen in Form von Deregulierung, Privatisierung, veränderter Produktionsverhältnisse sowie der neuen gesellschaftspolitischen (Un-)Ordnung – wie es Hans Jürgen Bieling nennt – zu widmen. Speziell den Kräfteverhältnissen innerhalb der sich transformierenden, internationalen Akteurskonstellationen wird besondere Aufmerksamkeit zuteil. Aus politologischer Perspektive erscheint speziell das vorherrschende, neoliberale Credo der Deregulierungsprozesse ehemaliger öffentlicher – sprich staatlicher – Instanzen interessant. Dieses Phänomen kann unter dem *O-ton* diverser *governance* Ansätze analytisch vernommen werden. Gemäß den Vorstellungen des ehemaligen deutschen Bundeskanzlers Willy Brand, einem der Initiatoren der Kommission für Weltordnungspolitik (Vgl. CGG 1995), herrscht innerhalb des dominierenden *mainstreams* des Neoliberalismus quasi Konsens, dass Konzepte wie *global governance* und Co den *überforderten Staat* entlasten und ihm behilflich sein sollen. Neben staatlichen Akteuren gewinnen vor allem nicht-staatliche Akteure der *Zivilgesellschaft*⁸ – als Rettungsinstanz oder *watch dog* – beträchtlich an Relevanz. Der implizierte, partizipative Gedanke einer Vielzahl heterogener, sich organisierender Bevölkerungsteile ist aus emanzipatorischer Sicht durchaus begrüßenswert. Jedoch muss betont werden, dass im Allgemeinen diese neue Hoffnungsträgerin Zivilgesellschaft – inklusive sozialer Bewegungen und NGOs – oftmals überschätzt wird. Dazu wird im Zuge eines normativen, fast schon naiv-altruistischen Bias, *die* Zivilgesellschaft fälschlicherweise all zu oft als homogene Masse dargestellt. Dies täuscht wiederum über die Existenz äußerst asymmetrischer Kräfteverhältnisse innerhalb der Zivilgesellschaft hinweg, wodurch soziale Ungleichheiten quasi vertuscht werden (Mahnkopf 2006: 31).

⁷ *Fordismus* ist begrifflich stark von Luis Althusser et. al geprägt und bezeichnet eine spezifische Regulationsweise der (Re)Produktionsprozesse. Zeitlich wird damit die Periode der aufsteigenden Massenproduktion für Massen, *golden age* der Nachkriegszeit bis 1970er Jahre gemeint. Der Begriff ist semantisch angelehnt an den Automobilhersteller Henry Ford und seine fulminanten Erfolge mittels Einführung der Fließbandarbeit (Nohlen/ Schultze 2005: 254).

Die Zeit nach der Krise des Fordismus – also das hier und jetzt – wird bspw. von VertreterInnen des Poststrukturalismus als *Postfordismus* bezeichnet. Näheres dazu in Kapitel 3.1.

⁸ Oftmals als Puffer zwischen Staat und Markt beschrieben – was jedoch im Widerspruch zum gramscianischen Verständnis steht, wo *Zivilgesellschaft* als Teil des integralen Staates gezählt wird. Unter *Zivilgesellschaft* sind heterogene Formen kollektiv organisierter Interessensgruppierungen gemeint. Für den Moment soll diese vereinfachte Aufzählung genügen: Kirche, Medien, intellektuelle *think tanks*, Interessensvertretungen wie Gewerkschaften oder Wirtschaftsverbände, NGOs, soziale Bewegungen etc. um einige Akteure zu nennen. Nähere Ausführungen bezüglich Erscheinungsform, Relevanz und Strategien mit explizitem Fokus auf soziale Bewegungen (siehe Kapitel 2.2.).

Die Fragen, welche den essentiellen Bestandteil einer kritisch reflektierten Analyse ausmachen, werden öffentlich nur geringfügig berücksichtigt. Gemeint sind konkrete Fragestellungen wie:

Wer kann weshalb (aufgrund welcher struktureller Voraussetzungen), wann⁹ (mittels welchem strategischen Zeitbezug), wo (auf welchem Terrain) und wie (mit welchen Mitteln) Interessen durchsetzen und Ziele verwirklichen?!

Ebenso finden machtpolitische Themen – wie bspw. die intensiviertere Relevanz internationaler Institutionen – in aktuellen Debatten der globalen Öffentlichkeit kaum Gehör. Diesbezüglich stellt sich konkret die Frage der Verfasstheit globaler Regulierungsmechanismen im Kontext demokratiepolitischer Ansprüche. Im Neoliberalismus wird - basierend auf kapitalistischen Interessen - einerseits stetig Deregulierung proklamiert und gepriesen, andererseits steigt die Anzahl spezifischer Regulative in Form internationaler Abkommen (bilateraler oder multilateraler Art) unentwegt an. Die daraus resultierenden Vorteile für einzelne Akteure verdeutlichen die Elemente strategischer Selektivitäten. Aspekte der asymmetrischen Beteiligungsmöglichkeiten einzelner Akteure, die steigende Verrechtlichung sowie der Fokus auf das Primärrecht und die dortige Festschreibung neoliberaler Prämissen werden öffentlich kaum wahrgenommen. Vertreter wie Stephen Gill und Hans-Jürgen Bieling et. al. bezeichnen diese Aspekte als *new constitutionalism*¹⁰ (Bieling 2007: 71f.).

1.1. Der Textil- und Bekleidungssektor¹¹ als Spiegel der Globalisierung

Im Anschluss an die eher abstrakt dargestellten Interessenschwerpunkte soll nun der Fokus auf einen konkreten Sektor gelenkt werden. Die Bekleidungsindustrie fungiert als optimales Anschauungsbeispiel für die erwähnten Umstrukturierungen vergangener Globalisierungswellen. Als äußerst arbeitsintensiver Sektor zählte dieser auch im historischen Kontext zu jenen Bereichen mit erhöhtem Grad an internationaler ökonomischer Integration. Damals lag der Fokus auf dem internationalem Handel und dem Austausch von Gütern statt auf der Internationalisierung und Ausdehnung eigener Produktionsketten von Unternehmen. Dieser Trend wird in der Literatur als Wandel von *shallow* zu *deep integration* bezeichnet (Plank/Staritz 2009: 62). Die Auswirkungen der neuen internationalen Arbeitsteilung lassen sich deutlich anhand der steigenden Deregulierung im Zuge der global dominierenden *Freihandels-Doktrin* erkennen. Dadurch kommt es zu einer Verstärkung asymmetrischer Machtverhältnisse zwischen öffentlichen und privaten Sphären auf der einen Seite, aber auch

⁹ Die Ressource *Zeit* wird in den dominierenden Theorien des Neoliberalismus selten bis nie berücksichtigt.

¹⁰ *New Constitutionalism* (siehe Kapitel 2.4.1.).

¹¹ Die Begriffe *Textil- und Bekleidungssektor* bzw. -industrie werden im deutschen Sprachgebrauch häufig synonym angewandt und im Alltag oftmals keine Differenzierung unternommen. Wichtig ist dabei, nicht zu vergessen was mit dem englischen Äquivalent *apparel* konnotiert wird. Die Unterteilung erfolgt zwischen dem arbeitsintensiven *Bekleidungssektor* und dem kapitalintensiven *Textilsektor* wo z.B Möbel, Stoffe produziert werden (Plank/ Staritz 2009:67) und manchmal noch in *machinery*, womit die Verarbeitung von Baumwolle zum Garn und deren einfache Produktionsschritte gemeint ist.

konkret zu sozialen Ungleichheiten innerhalb der Akteurskonstellation bspw. zwischen Regierungen, Institutionen, ArbeitnehmerInnen, UnternehmerInnen transnationaler Konzerne und deren Zulieferbetrieben oder AktivistInnen sozialer Bewegungen sowie KonsumentInnen auf der anderen Seite. Zusätzlich ist der erhöhte Komplexitätsgrad innerhalb der Wertschöpfungskette zu erwähnen. Die Etablierung so genannter *Freihandelszonen* (z.B im Süd-Osten Chinas, Zentralamerika, Osteuropa...) und das damit zusammenhängende Produktionsmuster der *passiven Lohnveredelung* sind für die globale Bekleidungsindustrie charakteristisch (Stichwort: Maquiladoras). Diese Merkmale sind für Produktionsstätten des Postfordismus¹² kennzeichnend (Vgl. Bair/Gereffi 2003: 148). Bei genauerer Betrachtung vorherrschender, gesellschaftspolitischer Akteurskonstellationen im Bekleidungssektor ergibt sich ein Bild heterogener Vielfalt. Die Anzahl der aktiv wirkenden Akteure nimmt stetig zu und kann auf steigende Bedeutung neuer Regulationsprozesse (Stichwort: *multi-level governance*) zurückgeführt werden. Spätestens seit dem Vorstoß bspw. amerikanischer Studierender, der *anti-sweatshop* Bewegung, von Frauenorganisationen oder neuen gewerkschaftlichen Zusammenschlüssen gegen menschenunwürdige Arbeitsbedingungen einiger namhafter Konzerne wie Nike, Adidas & Co, ist das facettenreiche Engagement so genannter *Neuer Sozialer Bewegungen* nicht mehr zu ignorieren. Diese Entwicklungen sind besonders unter Berücksichtigung veränderter Staatlichkeit auf nationaler und internationaler Ebene zu deuten.

Das Hauptaugenmerk der folgenden Diplomarbeit liegt auf der transdisziplinären Analyse vorherrschender sozialer Kräfteverhältnisse im Bekleidungssektor. Es werden vielfältige Akteurskonstellationen sowie das Verhältnis zwischen Akteuren und deren punktuelle Interaktion aufgezeigt. Der Fokus ist auf Asymmetrien der Durchsetzung von Interessen ausgerichtet. Wird das Feld politischer Kämpfe im Bekleidungssektor näher betrachtet, sticht das vorherrschende Ungleichgewicht der Kräfte sofort ins Auge. Jedoch soll nicht aufgrund vermeintlich allgemein bekannter Annahmen gemäß des populären Spruchs: „*Wer das Geld hat, bestimmt die Musik*“ resigniert werden. Viel mehr besteht der Anspruch, strukturelle, aber auch historische Aspekte zu erkunden, die für etwaige Asymmetrien verantwortlich gemacht werden können. Es gilt mittels Reflexion umfassender Aspekte, eventuelle Strategien und Handlungsoptionen – vor allem für soziale Bewegungen – zu überdenken. Um dieses Vorhaben zu realisieren, ist es unerlässlich, sich aus der enormen Vielfalt zivilgesellschaftlicher Akteure innerhalb der Bekleidungsindustrie einen konkreten heraus zu suchen: die *Clean Clothes Kampagne Österreich* (CCK). Interessant erscheint die CCK vor allem deshalb, da es sich nicht um eine konventionelle Nichtregierungsorganisation (NGO)

¹² Postfordismus, kurz gesagt zu sehen als die Zeit nach dem Fordismus – ab1970. Näheres dazu (siehe Kapitel III).

wie bspw. Greenpeace oder Amnesty International, sondern um eine Kampagne handelt. Hauptziel ist es, die Arbeitsbedingungen der ProduzentInnen in den Produktionsländern zu sichern und Mindestarbeitsstandards zu gewährleisten. Wie sich die Ausgestaltung und vor allem die strategische Ausrichtung der CCK zusammensetzen wird im Anschluss an die fundierte theoretische Auseinandersetzung in Kapitel 5 konkretisiert.

Am empirisch aufbereiteten Fallbeispiel der *Clean Clothes Kampagne – Österreich* – (CCK) soll – neben bereits aufgeworfenen Überlegungen bezüglich theoretischer Erfassbarkeit von sozialen Bewegungen im Bekleidungssektor – folgende vertiefende Forschungsfrage beantwortet werden:

„Inwiefern gelingt es der *Clean Clothes Kampagne (Österreich)*, mit ihren Strategien die Zielsetzungen sozialer Mindeststandards zu erreichen, um Arbeits- bzw. Produktionsverhältnisse für Frauen im Bekleidungssektor in Produktionsländern des globalen Südens nachhaltig zu verbessern?“¹³

Anknüpfend ergeben sich des Weiteren folgende Punkte als spannende Denkanstöße: Welche konkreten Erfolge konnten bisher von der CCK erreicht werden? Was stellen – aus staatstheoretischer Perspektive – die größten strukturellen Hindernisse für die Interessensdurchsetzung der CCK dar? Wie kann der gesellschaftliche Einfluss angesichts bestehender Kräfteverhältnisse verstärkt bzw. neu überdacht werden? Inwiefern haben sich die Strategien, seit Gründung 1996, konkret weiterentwickelt? Wie flexibel erweist sich die Anpassungsfähigkeit der CCK an strukturelle Rahmenbedingungen? Damit in Kombination ergibt sich die Frage, inwiefern sich die Zielgruppe der CCK und somit auch der wahrgenommene – aber auch kognitive – Wirkungsraum der CCK verändert haben. Im Anschluss an diese Fragen soll des Weiteren versucht werden, folgende aufgestellten Thesen zur Clean Clothes Kampagne – Österreich – zu überprüfen:

- Die CCK gewinnt aufgrund gesteigerter Öffentlichkeitsarbeit (z.B. mehr Aktionen, Internetpräsenz) immer höheren Bekanntheitsgrad in Österreich und erweitert somit ihren gesellschaftlichen Einflussbereich.
- An der Kampagne Interessierte kritisieren das Versäumnis, umfangreiche Informationen zu alternativen Handlungsoptionen zur Verfügung zu stellen.
- Lediglich durch (inter-)national weit reichende Kooperationsprojekte und *networking* mit Initiativen und *stakeholdern*¹⁴ im Bekleidungssektor können die Zielsetzungen –

¹³ Bereits bei der aufgeworfenen Fragestellung, muss kurz nach gehakt werden. Nämlich, was Verbesserung aus entwicklungstheoretischer Sicht bedeutet? Nach welchen Maßstäben, sollen Verbesserungen gemessen werden? Welche *Entwicklung* sollen von statten gehen und aufgrund welcher Motivation (emanzipatorisch vs. eurozentristisch)? Diese Aspekte sind speziell bei kritischer Betrachtung realer *Entwicklungszusammenarbeit* und vorherrschenden Nord-Süd-Verhältnissen relevant, können an dieser Stelle nicht weiter erläutert werden. Die Fragen spielen vor allem im Kontext sozialer Standards, bzw. deren Argumentation – universalistischer vs. kulturellrelativistischer vs. kulturalistischer Ethikansätze (Fichter/Sydrow 2001: 13) – eine bedeutende Rolle. Dieser aufgeworfene Reflektionsanstoß, soll während der Analyse stets *im Hinterkopf* bedacht werden.

¹⁴ Unter *stakeholder* werden alle betroffenen bzw. involvierten Personen gemeint. Im Gegensatz dazu bezeichnet der Begriff *shareholder* all jene, die Besitzansprüche an bspw. einem Unternehmen haben.

Gewährleistung von sozialen Mindestarbeitsstandards – erreicht werden.

- Die kontinuierlichen Forderungen nach der Einhaltung international verbindlicher Mindest-Arbeitsstandards werden von manchen Süd-NGOs sowie Frauenorganisationen kritisiert. Es wird bemängelt, dass reflektierte Debatten *von unten* bezüglich Vor- und/oder Nachteilen seitens sozialer Bewegungen nicht genügend forciert werden.
- Bewusstseinsbildung und Aufklärungsarbeit muss sowohl bei ArbeitnehmerInnen als auch bei KonsumentInnen intensiviert werden. Dadurch können die Verhandlungsmacht sowie die Lobby-Möglichkeiten jener gestärkt werden, die sich für verbesserte Arbeitsbedingungen einsetzen. Der existierende Bias zwischen Vertretungsanspruch und Förderung emanzipatorischer Handlungsoptionen für betroffene *stakeholder* muss diesbezüglich unbedingt berücksichtigt werden.
- Arbeitsverhältnisse in Produktionsländern des politischen Südens können nachhaltig nur verbessert werden, wenn sich mehrere Faktoren radikal und auf langfristige Sicht verändern. Dazu zählen u.a. der Wandel im Konsumverhalten und des allgemeinen Werteverständnisses. Dieser müsste entgegen der derzeitig vorherrschenden, schnelllebigen Überflussgesellschaft in Richtung bewusster „slow fashion“ stattfinden.

Allgemeines ist interessant zu klären, WER – angesichts der sich global wandelnden Akteurskonstellation – überhaupt TrägerIn sozialer Verantwortung in Hinsicht auf die Sicherung von Arbeits-, BürgerInnen- bzw. Menschenrechten sein soll bzw. dazu in der Lage ist. Welche Implikationen ergeben sich aufgrund zunehmender Kompetenzverschiebungen von Staaten? Welche Auswirkungen haben Auslagerungen sozialer Aufgaben zum Wohle der Gemeinheit in private Sphären oder in den zivilgesellschaftlichen *dritten Sektor*?

1.2. Theorieverständnis und Aufbau

Der Anspruch eines transdisziplinären Zugangs zur vorliegenden Thematik ergibt sich aus Perspektive der *Entwicklungsforschung*. Diese spezifische Herangehensweise ist auf den Einfluss meines Hauptstudiums – Internationale Entwicklung – an der Universität Wien zurückzuführen. Die Entwicklungsforschung gilt, vor allem im deutschsprachigen Raum, als relativ junge bzw. - aufgrund der infrastrukturellen Schwächen - als kaum existent wahrgenommene Disziplin. Anders ergibt sich das Bild im englischsprachigen Raum, wo *Development Studies* eine bedeutend größerer akademischer Stellenwert eingeräumt wird (Fischer et. al. 2008: 11f.). Die Entwicklungsforschung eignet sich m. E. optimal, um das Forschungsinteresse vorliegender Diplomarbeit, die „Theoretische Erfassung sozialer Bewegungen im Bekleidungssektor“, adäquater bearbeiten zu können. Als markantestes Tool stellt sich der *transdisziplinäre* Zugang dar. Dadurch kann dem Komplexitätsgrad bei der Analyse globaler Themen etwas mehr Rechnung getragen werden als bei konventionellen theoretischen uni-disziplinären Herangehensweisen. Es wird hierfür versucht, Einflüsse aus

mehreren Disziplinen zu berücksichtigen und zu integrieren. Die Disziplinen kommen aus den Geistes- und Sozial-, aber auch Wirtschaftswissenschaften: Geschichte, Politikwissenschaft, Ökonomie, Soziologie, Kultur- und Sozialanthropologie sowie relevante Aspekte aus feministischer Perspektive (Vgl. JEP 2-2007). Kurz möchte ich nun den Unterschied innerhalb wissenschaftlicher Zugänge, zwischen *inter-* und *transdisziplinär* erläutern. Denn auch in wissenschaftlichen Kreisen sorgen diese Begriffe des Öfteren für leichte Verwirrung. Zu diesem Zweck soll auf eine hilfreiche Eselsbrücke¹⁵ verwiesen werden: Als *interdisziplinär* wird verstanden, dass eine Thematik bzw. Problem x von verschiedenen Disziplinen (Brillen) betrachtet wird. Mehrere WissenschaftlerInnen unterschiedlicher Disziplinen analysieren gemeinsam die vorherrschende Problemstellung. *Transdisziplinär* bedeutet hingegen, dass WissenschaftlerInnen selbst die Fähigkeit haben, aus dem Blickwinkel verschiedener Brillen zu analysieren und zu argumentieren. Dadurch können die Komplexität besser erfasst sowie der Dialog zwischen den einzelnen Disziplinen gestärkt werden (Novy 2002a: 14; Schuurman 2007: 49). Entgegen der Manier von „Problemlösungstheorien“ des *Positivismus*¹⁶ möchte ich mich der Tradition kritischer Theorie in Form einer fundierten Ursachenanalyse widmen. Zur kritischen Auseinandersetzung zählt der Einbezug historischer und struktureller Rahmenbedingungen. Der Anspruch auf objektive Wertfreiheit wird nicht erhoben. Lediglich relative Objektivität kann das angestrebte wissenschaftliche Ziel sein. Argumentiert wird diese Aussage durch die Tatsache, dass WissenschaftlerInnen in einem spezifischen Habitus (Vgl. Pierre Bourdieu) sozialisiert und aufgrund unterschiedlichster Faktoren geprägt sind. Gemäß der marx'schen Prämisse soll versucht werden, sich anhand der Dialektik zwischen Abstraktem und Konkretem der Thematik sozialer Kämpfe im Bekleidungssektor zu nähern. Mittels dialektischer Herangehensweise (These>Anti-These>Synthese) werden Widersprüche des kapitalistischen Systems reflektiert und analysiert. Dieser Anspruch steht im Gegensatz zu deskriptiven, also m.E. „oberflächlich“ beobachtenden Beschreibungen positivistischer Arbeiten. Gemäß dieser Herangehensweise erfolgt meist nur eine „Symptombehandlung“ gesellschaftlicher Probleme statt einer wahren Ursachenanalyse. Themen wie bspw. internationale polit-ökonomische Kräfteverhältnisse im Bekleidungssektor hingegen sind viel komplexer als solch verkürzte Darstellungen.

¹⁵ Formuliert wurde diese Eselsbrücke von der *Seele der JE: Mag.^a Elke Christiansen*. Dank ihr konnten so manche (studiums-)relevanten Unklarheiten bereinigt werden. DANKE

¹⁶ *Positivismus* bezeichnet eine philosophische Denkströmung, die auf Zeiten der Aufklärung (19. Jhd) zurück zu führen ist. Vertreter wie Immanuel Kant prägten diese auf rationale Auffassung beruhende Strömung. Kernelemente sind die proklamierte Wertfreiheit, Vernunft und Rationalismus sowie das dazugehörige Menschenbild des *homo oeconomicus* oder der universelle Gültigkeitsanspruch bzw. der ahistorische Charakter. Der Positivismus, stellt die dominante Denkströmung dar – *mainstream* – und hat dadurch großen Einfluss auf gesellschaftliche Prozesse (Novy 2002: 19ff./ Nohlen/Schultze 2005: 780ff.). Ein konkretes Bsp. auf diese Diplomarbeit gemünzt, wären Aussagen wie: „*Vorwiegend sind es Frauen, die in sweatshops unter ausbeuterischen Konditionen beschäftigt werden und soziale Bewegungen üben Druck auf Konzerne aus, um diese menschenunwürdigen Zustände zu ändern*“...ohne weiterer historisch-struktureller Erläuterungen anzustellen. Ohne diese konkreten Kontextualisierungen, handelt es sich m.E. um positivistische, „oberflächliche“ Bearbeitung, mit nicht ausreichenden, tiefgehenden Analysen komplexer Themen.

Die kontextuellen Verbindungen der komplexen Konstellationen sind deshalb auch nicht immer unbedingt leicht verständlich darzustellen. Stetig kommen neue Punkte hinzu, die im Rahmen der Analyse zu berücksichtigen sind. Der konkrete Versuch meinerseits wird es sein, trotzdem logische Nachvollziehbarkeit zu gewährleisten. Viele unterschiedliche, relevante Aspekte werden in meiner Analyse einbezogen, um einen fundierten Überblick über herrschende Kräfteverhältnisse allgemein und konkret im Textil- und Bekleidungssektor zu erlangen. Ziel ist im Anschluss, die zusätzliche Option etwaiger Strategien oder Handlungsvorschläge für die CCK formulieren zu können.

Zum Aufbau der Diplomarbeit

Methodologisch orientiere ich mich an der interpretativen Sozialforschung (Vgl. Novy 2002a). Die Aufarbeitung der Thematik erfolgt mittels intensiver sekundärer Literaturrecherche und ausgewählter ExpertInneninterviews.

Die vorliegende Diplomarbeit wird grob gesagt in einen ausgeprägten theoretischen Teil und einen Teil eines empirischen Fallbeispiels unterteilt. Dabei möchte ich nochmals unterstreichen, dass beides miteinander verwoben und nicht getrennt verstanden werden soll. Um die Komplexität der zu beschreibenden Thematik angemessen und übersichtlich abzuhandeln, wird der Theorieabschnitt nochmals in drei Bereiche gegliedert. Im Vergleich zum empirischen Fallbeispiel nimmt der Theorieteil einen größeren Umfang in Anspruch. Dadurch soll der Fokus theoretischer Erfassung akteursspezifischer Kräfteverhältnisse behandelt werden. Den Grundstein meiner theoretischen Überlegungen liefern, wie bereits im Kontext der Entwicklungsforschung erwähnt, vorwiegend kombinierte Einflüsse politikwissenschaftlicher und ökonomischer Theorien bzw. Strömungen. Diese sollen nun kurz aufgezählt und in den folgenden Kapiteln näher besprochen werden:

Die Einleitung versuchte Grundlegendes zu Begrifflichkeiten, *Globalisierung* und neoliberalen Umstrukturierungsprozessen vor allem in Bezug auf den Bekleidungssektor zu liefern.

Das zweite Kapitel liefert mittels *materialistischer Staatstheorie* gesellschaftstheoretische Reflexions- bzw. Diskussionsanstöße rund um den Staat. Wichtige Fragen wären diesbezüglich: Wer/ was ist der Staat? Wer hat auf ihn Einfluss? Und wie? Was bedeutet staatliche Autonomie? Was sind materielle Kräfteverhältnisse und wie verdichten diese sich auf nationaler aber auch internationaler Ebene? Dabei fließen Überlegungen des Poststrukturalismus sowie der Hegemonietheorie nach Gramsci kontinuierlich ein. Spezielles Augenmerk wird auf Aspekte gesellschaftlicher Kräfteverhältnisse sowie auf Macht- und Herrschaftsverhältnisse unterschiedlicher Akteure gelegt. Vor allem zivilgesellschaftlichen Akteuren wird mehr Diskussionsfeld eingeräumt. Dabei soll sich der definitorischen Problematik bezüglich genauer Unterteilungen von Akteuren innerhalb der Zivilgesellschaft gewidmet werden. Mittels einiger Ansätze u.a. der Sozialen Bewegungsforschung werden

soziale Bewegungen einerseits zwischen „neu“ und „alt“ differenziert und andererseits Nichtregierungsorganisationen (NGOs) gegenübergestellt. Transformationsprozesse und das sich wandelnde Institutionengefüge werden im Rahmen der Internationalisierung des Staates sowie des Neuen Konstitutionalismus beschrieben.

Im dritten Kapitel spielt die Kritik an der *Internationalen Politischen Ökonomie*¹⁷ im Verständnis des heterodoxen, neo-gramscianischen *Global Political Economy* (GPE)-Ansatzes (Vgl. Röhrs/Wolff /Bieling 2007; Gill 2000; Cox 1998) zum einen eine wichtige Rolle. Zum anderen wird auch der Versuch unternommen, die wichtigsten Annahmen des *Cultural Political Economy* (CPE)-Ansatzes nach Sum Ngai-Ling und Bob Jessop (2003) mit einzubeziehen. Letzterer versucht verstärkt, das dominant-eurozentristische Blickfeld auf sozio-kulturelle Aspekte zu sensibilisieren und die Grenzen monodisziplinärer Analysen zu überwinden. Zuerst liefert das Kapitel Grundlegendes zu den Begriffen Neoliberalismus und Postfordismus. Postfordistische Produktionsverhältnisse, inklusive internationaler Arbeitsteilung und Prekarisierung der Arbeitswelten sowie die spezifische Bedeutung für Frauen stehen im Mittelpunkt der Analyse. Konzentriert auf die Bekleidungsindustrie werden anhand des Fallbeispiels Mexiko die Auswirkungen neoliberaler Umstrukturierungen in Bezug auf die internationalisierte Produktion und neue Regimes und Regulationsmechanismen verdeutlicht.

Kapitel vier widmet sich eigentlich zwei theoretischen Ansätzen, die sich zur Akteursanalyse in der Bekleidungsindustrie eignen: Erstens der *Global-Value-Chain Forschung* (GVC) und zweitens Erkenntnissen der *Sozialen Bewegungsforschung*. Mittels kritischer Abstraktion unterschiedlicher Aspekte sollen Vergleiche gezogen werden und bisher noch nie getätigte Synergieeffekte lukriert bzw. bestehende theoretische Lücken identifiziert werden, um die theoretische Bearbeitung des vorliegenden Diplomarbeitsthemas zu verbessern. Aus Gründen des optimaleren logischen Aufbaus der Diplomarbeit werden jedoch Aspekte der Sozialen Bewegungsforschung bereits in Kapitel 2.2 behandelt.

In Kapitel fünf folgt der empirische Teil, der sich mit den Aktivitäten der *Clean Clothes Kampagne Österreich* (CCK) beschäftigt. Nach einer kurzen, allgemeinen Vorstellung der *Just Clothes Bewegung* und damit verbundenen globalen Rahmenbedingungen liegt der Fokus bei der CCK. Anhand der Play Fair Kampagne 2008 werden konkrete Strategien analysiert.

Abschließend folgt in Kapitel sechs ein zusammenfassendes Fazit und persönliche Einschätzungen in Richtung Ausblick der theoretischen Erfassung sozialer Bewegungen im Bekleidungssektor sowie konkret in Bezug auf die Clean Clothes Kampagne (Österreich).

¹⁷ In Bereiche der *Internationale Politische Ökonomie* (IPÖ) fallen u.a. Fragen der internationalen Wirtschafts-, Währungs- und Handelspolitik (Scherrer 2005: 1387).

II. materialistische Staatstheorie - ein Versuch der Synthese

Staatstheorie und soziale Bewegungen?! Da mögen eventuell Fragen auftauchen wie bspw.: „Welcher relevante Zusammenhang existiert zwischen staatstheoretischen Überlegungen und dem Handlungsspielraum sozialer Bewegungen, vor allem konkret im Bekleidungssektor?!“ Dieser Zusammenhang erscheint nicht auf den ersten Blick als offensichtlich. Die folgenden Ausführungen sollen diesbezüglich Klarheit verschaffen, weshalb der staatstheoretischen Thematik und der Sozialen Bewegungsforschung umfangreich Platz eingeräumt wird.

Vor der Akteursanalyse in der Bekleidungsindustrie werden existierende Herrschaftsverhältnisse reflektiert und das dafür nötige, umfassende Bewusstsein geschaffen. Politische Prozesse konstituieren sich innerhalb eines Staates sowie auf internationaler Ebene auf spezielle Art und Weise. In diesem Zusammenhang ist konkret das konfliktreiche Verhältnis antagonistischer Interessendurchsetzung zwischen Arbeit und Kapital (Vgl. Marx) zu betrachten. Wenn diese Sensibilisierung erfolgt ist, relevante Aspekte theoretisch abgehandelt und praktisch (re-)skizziert werden, kann der Versuch unternommen werden, fundierte Akteursanalysen aufzustellen bzw. spezifische Strategieformen zu entwickeln: Erst wenn die Position sozialer Bewegungen im Bekleidungssektor innerhalb der vorherrschenden Asymmetrie sozialer Verhältnisse reflektiert wird, können Überlegungen und Maßnahmen bezüglich deren Überwindung angedacht werden. Um diese Punkte strategischen näher zu besprechen, ist es unabdingbar, in diesem Kapitel eine profunde staatstheoretische Analyse vorzunehmen.

Wird das Feld *Staat* und *Staatlichkeit* näher betrachtet, sind vor allem auf wissenschaftlicher Ebene mehrere divergierende Standpunkte zu erkennen. Einerseits ergibt sich in wissenschaftlichen Theorien des Neoliberalismus der tendenzielle Versuch, die Bedeutung des (National-)Staates aufgrund globaler Transformationen breitenwirksam zu demontieren. Dies erfolgt in Form von schwindendem Bedeutungszuspruch des Staates, indem versucht wird, ihn quasi in seinen sozialstaatlichen Grundzügen „abzuschaffen“. Andererseits ist seit ca. Mitte der 1990er Jahre ein wiederbelebendes Revival kritischer staatstheoretischer Forschung zu verzeichnen. Vor allem *poststrukturalistische* TheoretikerInnen zeigen verstärktes Interesse am staatstheoretischen Diskurs. Die WissenschaftlerInnen sollen kurz aufgezählt und deren Überlegungen in Folge erläutert werden. Sie dienen als Grundlage dieser Diplomarbeit und der Beantwortung der konkreten Fragestellungen. In Bezug auf die theoretische Erfassung sozialer Bewegungen kristallisiert sich der Einfluss Einzelner wie bspw. Antonio Gramsci, Karl Marx oder Nico Poulantzas¹⁸ als besonders bedeutend heraus.

¹⁸ *Materialistische StaatstheoretikerInnen* bewegen sich vorwiegend auf den Erkenntnispfaden des griechischen Staatstheoretikers der 1970er Jahre, Nicos Poulantzas. Er wurde am 21. September 1936 in Athen geboren und nahm sich am 3. Oktober 1979, nach langjähriger Depressionen das Leben. Persönlich stark beeinflusst

Darüber hinaus gewinnen Erkenntnisse aktueller Schulen bzw. Ansätze einiger TheoretikerInnen. an Relevanz, wie z.B. die *Internationalisierung des Staates (IdS)* (Hirsch 2002; Cox 1998; Demirović 2008; Wissel 2007); die *Verdichtung zweiter Ordnung* (Brand/Görg/Wissen 2007); die *Empire-These* Hardt/Negri (2002); die *feministische Perspektive der materialistischen Staatstheorie* (Sauer 2003; Fischer 2008; Beer 1990); *strategic relational approach* (Jessop 2007) oder die *scale-Debatte* (Wissen/Röttger/Heeg 2008; Neil Brenner; Henri Lefebvre). Anspruch ist es, auf unterschiedliche theoretische Errungenschaften Bezug zu nehmen, gemeinsame Elemente herauszuarbeiten und weiter zu denken bzw. zu entwickeln. Daran anknüpfend ist die Zielsetzung, Erkenntnisse und Kernaussagen im aktuellen Zeitkontext adäquat zu verdichten. Begriffe haben einen Zeitkern (Demirović 2007: 10), befinden sich demnach in einem historisch-gesellschaftlich eingebetteten Kontext, der stets bedacht werden sollte.¹⁹

Zum Aufbau des Kapitels sei angemerkt, dass vorab die wichtigsten Fragen zu den Punkten *Kräfteverhältnisse*, *Aufgaben* und *Autonomie* des Staates geklärt werden sollen. Als Zwischenfazit der staatlichen Kräfteverhältnisse folgt ein Exkurs der Akteursanalyse, genauer gesagt eine theoretische Bestandsaufnahme zivilgesellschaftlicher Akteure. Besonderes Augenmerk wird diesbezüglich auf die *Soziale Bewegungsforschung* gelegt. Im Anschluss daran werden die Rolle und die Funktionen des Staates sowie dessen Konstellation im Kontext internationaler Transformationsprozesse (Schlagwort: *IdS*) herausgearbeitet. In Relation zur *scales-Debatte* und zu den sich transformierenden Kräfteverhältnissen, soll vor allem der Aspekt des *Neuen Konstitutionalismus* theoretisch angerissen werden. Dies beinhaltet Trends der Verrechtlichung, deregulierte Regulationsweisen sowie Verschiebungen zwischen öffentlichen und privaten Sphären.

2. Den Staat als Kräfteverhältnis sozialer Kämpfe denken

Um ein adäquates Staatsverständnis zu ergründen, ist vorweg die Beantwortung folgender Fragen elementar:

Was ist der Staat? Welche Rolle bzw. Funktion wird ihm (heutzutage) noch zugeschrieben? Welche Materialität bzw. Autonomie beansprucht der Staat? Wie ergeben sich konkrete Einfluss- und Steuerungsoptionen? Welche Kräfteverhältnisse existieren innerhalb eines Staates? Welchen Transformationsprozessen wird er im Rahmen der Globalisierung unterzogen?

durch die Werke Gramscis, aber auch Lucio Collettis und Galvano della Volpes (Demirović 2007: 11). Poulantzas gilt als einer der einflussreichsten marxistischen Staatstheoretiker der Postmoderne.

¹⁹ Weitere, detailliertere Abhandlungen lassen sich bspw. in dem 2008 erschienenen Band, der dazugehörigen AKG-Tagung „Staatstheorie vor neuen Herausforderungen“ sowie im PROKLA 147 finden.

Diese Fragen zeugen von spezieller Relevanz, besonders wenn bspw. darüber nachgedacht wird, inwiefern soziale Verantwortung innerhalb des Staates – und in weiterer Folge im globalen Kontext – umgesetzt werden kann. Spezifisch ist zu analysieren, welche Optionen sich innerhalb staatlicher Kompetenzen ergeben, um Grundrechte wie z.B. arbeitsrechtliche Mindeststandards – welche für soziale Bewegungen innerhalb der Bekleidungsindustrie ausschlaggebend sind – zu gewährleisten.

Aus Perspektive der *materialistischen Staatstheorie* präsentiert sich das Verständnis von Staat und Staatlichkeit widersprüchlich zu konventionellen, orthodoxen Argumentationslinien des s.g. wissenschaftlichen *mainstreams*²⁰. Im Gegensatz zu strikter Abgrenzung gesellschaftlicher Sphären – Staat vs. Markt vs. (Zivil-)Gesellschaft – manifestiert sich die weiter gefasste Betrachtungsweise nach Gramsci in Form des *integralen Staates*. Dabei erweist es sich als ein wesentliches Kriterium, sich von der im Neoliberalismus vorherrschenden staatlichen Betrachtungsweise abzugrenzen und definitiv loszulösen. Des Weiteren ist die Auffassung der staatlichen Verfasstheit nach Poulantzas'ischem Verständnis für die materialistische Staatstheorie charakterisierend. Die Institution Staat wird als widersprüchliches, politisch umkämpftes Terrain verstanden. Pointierter formuliert wird der Staat als *soziales Verhältnis* gedacht und den verwobenen Interdependenzen einzelner Akteure wird gebührend Rechnung getragen (Poulantzas 2002: 155). Der Staat verkörpert ein permanent umkämpftes Terrain und wird gleichzeitig als Verdichtung sozialer Kräfteverhältnisse gesehen (ebd. 161; Vgl. Buckel 2007). Konstellationen innerhalb des Staates dürfen nicht als statisch, sondern in wechselwirkender Dynamik gedacht werden. Diese speziellen Konfigurationen können innerhalb eines Staates entweder direkt oder auch indirekt wirken. Letzteres äußert sich in Form von (strukturellen) Zwängen und Beschränkungen des Handlungsspielraumes einzelner oder kollektiver Akteursgruppen. Exemplarisch kann an dieser Stelle der Umstand erwähnt werden, dass ArbeitnehmerInnenvertretungen der Bekleidungsindustrie nicht immer uneingeschränkt agieren können. In der Volksrepublik China ist bspw. nur eine Zentralgewerkschaft – der staatlich kontrollierte *Allchinesische Gewerkschaftsbund (ACGB)* – erlaubt (CCK 2008:28). NGOs – auch jene, die sich arbeitsrechtlicher Themen annehmen – sehen sich mit enormen Hindernissen konfrontiert oder sind teilweise verboten. Diese reziprok zueinander stehenden Verhältnisse (Cox 1998: 44) werden von der breiten öffentlichen Masse oftmals fälschlicherweise als *natürlich* wahrgenommen und kaum hinterfragt. Dabei wird ausgeblendet, dass es sich um ein politisches – von Menschen gesteuertes – Konstrukt sozialer Verhältnisse handelt. Die Konsequenzen der vorherrschenden gesellschaftlichen

²⁰ Unter dem Begriff *mainstream* werden Denkansätze, Schulen, Trends subsumiert, die – nicht nur – im wissenschaftlichen Kontext (theoretische) Annahmen und Paradigmen beschreiben, die allgemein von der breiten Masse als „gültig“ bzw. „natürlich“ anerkannt werden.

Strukturen innerhalb eines Staates eröffnen für die Betroffenen zwei konkrete Möglichkeiten: Einerseits innerhalb der Rahmenbedingungen „mitzuschwimmen“, andererseits zu versuchen, mittels *gegen-hegemonialer* Praxen – wie es Antonio Gramsci formuliert hat – Widerstand zu leisten und neue soziale Formen zu prägen bzw. zu transformieren. Hier zeigt sich ein Knackpunkt für den Handlungsspielraum bzw. die Strategieoptionen sozialer Bewegungen auf (inter)nationaler Ebene.

Genauerer Betrachtung und Interpretation sozialer Kräfteverhältnisse soll nun besondere Aufmerksamkeit geschenkt werden. Gemäß dem Forschungsschwerpunkt wird die Chance eröffnet, die unterschiedlichen Rollen von Akteuren – konkret jene der Zivilgesellschaft – in der Analyse aussagekräftiger zu betonen.

Abb. 1: Interaktion sozialer Kräfteverhältnisse innerhalb historischer Strukturen

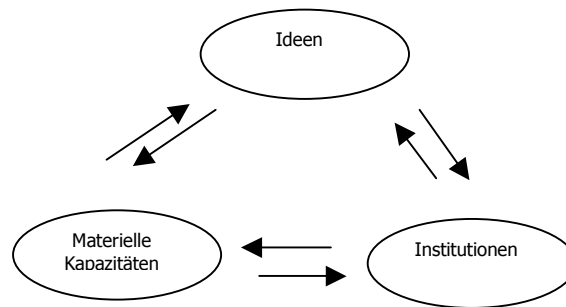


Abb. 1: adaptierte Darstellung der Autorin nach (Cox 1998: 44)

Wie Abb. 1 verdeutlicht, ergeben sich soziale Kräfte innerhalb historischer Strukturen in Form folgender Potentiale: *Materielle Kapazitäten*, *Ideen* und *Institutionen* (Ten Brink 2008: 200).

Mehrere konkrete Aspekte bzw. Erscheinungsformen werden begrifflich unter *materielle Kapazitäten* subsumiert. Unterteilt wird diesbezüglich einerseits in *dynamische Formen*, worunter vor allem technische Errungenschaften und organisatorische Fähigkeiten verstanden werden. Andererseits abstrahieren sich *Formen der Akkumulation* von natürlichen Ressourcen oder auch anderen *assets* bzw. Vermögenswerten. In Bezug auf die dynamischen Formen ist zu beobachten, dass vor allem Neue Soziale Bewegungen in den letzten Jahren gezeigt haben, ihre beschränkte Lage optimieren bzw. so gut als möglich nutzen zu können. Zivilgesellschaftliche Akteure, wie soziale Bewegungen, verfügen in den meisten Fällen zwar über eher begrenzte finanzielle oder personelle Ressourcen, jedoch kann angemerkt werden, dass die intensivierete Nutzung technologischer Fortschritte im Kommunikationsbereich – vor allem des Mediums *Internet* – das Manko in Bezug auf akkumulative Kapazitäten zumindest teilweise kompensiert.

Ideen können als zweites Potential nicht so selbsterklärend und explizit abgeleitet werden, nachdem sich ein viel weitläufigerer Interpretationsrahmen ergibt. Einerseits sind *intersubjektive Überzeugungen* gemeint. Sie bezeichnen den Kontext gesellschaftlichen Zusammenlebens einzelner Subjekte, die auf relativ allgemein gültige Verhaltens-, Erfahrungs- und Vertrauensmuster einer gemeinen Meta-Ebene zurückgreifen bzw. diese als „natürlich“ gegeben annehmen. Anschauungsbeispiel wären exemplarisch die Vorstellungen bzw. Annahmen bezüglich der *natürlichen* Existenz von Staatsgrenzen. Vernachlässigt wird dabei oft die Tatsache, dass bspw. Staatsgrenzen *künstliche* Konstrukte sind, die von Menschen geschaffen wurden. Weiters zählen dazu die innerhalb der Staatsgrenzen existierende gesellschaftliche Organisation des kollektiven Zusammenlebens, ein gewisser Kodex des Aktionsrahmens und die Anerkennung bestimmter Autoritäten, die innerhalb eines Territoriums (oder auch darüber hinaus) walten. Allgemein ist demnach auf imaginäre Konstruktionen und deren reale Implikationen zu verweisen. So z.B. bei der vergleichenden Gegenüberstellung von Alex Demirović hinsichtlich prinzipieller Vorstellungen zu Gott, Geld oder Staat.

„[...] sind eigenartige Zwitterwesen. Es gibt sie einerseits nicht. Doch andererseits sind sie nicht bloß geistig, sondern Praktiken, die reale Effekte erzeugen.“

(Demirović 2008b: 30)

Andererseits beeinflusst gerade das Vorhandensein heterogener Vorstellungen individueller oder auch kollektiver Akteure, wie sich die *soziale Ordnung* innerhalb einer Gesellschaft ausgestaltet. Diese verfestigte imaginäre Vorgabe determiniert auch das allgemeine Empfinden von Gemeinwohl oder Recht und Ordnung bzw. adäquater Legitimationsmechanismen zur Absicherung existierender Machtkonstellationen. Auf den Textil- und Bekleidungssektor bezogen könnte hinterfragt werden, welche Ideen bzw. Logiken sich diskursiv durchzusetzen vermögen und weshalb: ob sich die Logik unersättlichen Profits und Konsums – à la Geiz ist geil – durchsetzt oder alternativ dazu der Ansatz sozialer Verantwortung und globaler Solidarität? In diesem Zusammenhang der imaginären Relevanz stellt sich auch die Frage, weshalb sich große Markenkonzerne wie Nike, H&M und Co. überhaupt um ein *sauberes Image* bemühen. Um ein lupenreines Image zu konstruieren, werden auf der einen Seite viel Geld sowie persönliche und zeitliche Ressourcen in Marketing und PR investiert und bspw. soziale Projekte öffentlich wirksam unterstützt. Auf der anderen Seite erweisen sich durchwegs kontinuierliche Mankos hinsichtlich realer Anstrengungen, die Arbeitsbedingungen innerhalb der eigenen Produktionsketten auf soziale Mindeststandards umzustellen. Die Bedeutung von Image und Reputation stellen Schwachpunkte namhafter transnationaler Konzerne (TNK) dar und dienen deshalb als so genannte *windows of opportunities* für soziale Bewegungen.

Als drittes Potential – was nicht hierarchisch, sondern interdependent und sich gegenseitig beeinflussend zu deuten ist – sind *Institutionen* zu nennen. Sie stellen die materielle Verdichtung²¹ sozialer Kräfteverhältnisse dar. Mittels Institutionalisierung werden die Verstetigung oder auch Etablierung spezifischer Interessenskonstellationen bzw. hegemonialer Muster ermöglicht. Institutionen stellen somit die sozialen Formen von Vergesellschaftungsprinzipien dar (Hirsch/Kannankulam 2008). Jedoch sollte nicht die verzerrte Wahrnehmung entstehen, dass sie alleinig Ausdruck von Hegemonie²² seien (Cox 1998: 46). Um eine weitere Perspektive diesbezüglich zu erhalten, sei darauf verwiesen, dass diese Thematik der hegemonialen Institution auch in anderen Disziplinen von Bedeutung ist. Die Frage nach der konkreten Rolle von Institutionen wird bspw. auch im Rahmen theoretischer Abhandlungen der Institutionenökonomie debattiert. Zwischen der *Neuen Institutionenökonomie* – die eine spezifische Nähe zur Neoklassik aufweist – und der *Alten Institutionenökonomie* – welche der heterodoxen Ökonomie²³ zuzurechnen ist – ergeben sich gravierende Diskrepanzen. Eine der Kernfragen ist *inwiefern* Institutionen auf Akteure wirken oder *inwieweit* Institutionen von Akteuren beeinflusst bzw. gesteuert werden. Sich den Argumentation der heterodoxen Interpretation nach Chang (2001), Pirkner (2004) et. al. anschließend, müssen Institutionen m.E. unbedingt an historische Gegebenheiten und gesellschaftliche Strukturen anknüpfend betrachtet werden. Sie sind als Konstrukt sozialer Kämpfe und als eine von Akteuren beeinflussbare Sphäre zu verstehen (Hirsch/Kannankulam 2008; Chang 2001). Dieser Aspekt ist sowohl im nationalen als auch im internationalen Kontext von Bedeutung. Veranschaulicht wird dies sehr klar bei dem Vergleich zwischen der Welthandelsorganisation (WTO) und der internationalen Arbeitsorganisation der Vereinten Nationen (ILO). Vor allem in Hinblick auf den Bekleidungssektor, wo Freihandelsbestimmungen gewichtiger erscheinen als Arbeitsrechte, erweist sich diese institutionelle Gegenüberstellung als interessant. Ganz deutlich schlagen sich hier die zugrunde liegenden, heterogenen Interessen im Kapitalismus zwischen Arbeit und Kapital und deren ungleiche Durchsetzungsmechanismen nieder. Auf nationaler Ebene sind bspw. Einflussmöglichkeiten zwischen Gewerkschaften vs. Wirtschaftsverbänden zu berücksichtigen. Auf diese spezielle Rolle von Institutionen wird im Rahmen der

²¹ *Dichte* kann als Netz asymmetrischer Beziehungen verstanden werden. Dabei wird „Dichte“ metaphorisch, wie ein Filter gesehen. Unterschiedliche Interessen kommen durch diesen Filter – können sich durchsetzen – und andere bleiben im Filter hängen oder werden in Kompromissen dargestellt. Die Verdichtung ist nicht hierarchisch bzw. statisch zu verstehen sondern soll auf die konfliktiven Auseinandersetzungen zwischen den multiplen Ebenen der Interessenformulierung hinweisen (Vgl. Poulantzas 2002; Brand/ Wissen/ Görg 2007).

²² *Hegemonie* bezeichnet den Zustand, wenn es einer Akteurskonstellation – seien es Staaten oder (transnationale) zivilgesellschaftliche Kräfte – gelungen ist, in allen *vier* zentralen gesellschaftlichen Bereichen (politisch/ ökonomisch/ ideologisch/ sozio-kulturell) eine Führungsposition einzunehmen (Vgl. Buckel 2007). In der neogramscianischen IPÖ oder auch teilweise im Kontext des postdisziplinären Ansatzes des *cultural political economy* (CPE) wird Hegemonie deshalb auch konkret als Modus der *transnationalen Vergesellschaftung* verstanden (Vgl. Bieling 2007).

²³ Unter *heterodoxer Ökonomie* werden ökonomische Theorien basierend auf struktureller bzw. marxistischer Auffassungen, abseits des neoklassischen *mainstreams* subsumiert.

Internationalisierung des Staates (Kapitel 2.4.) näher eingegangen.

Nach der ausführlichen Darlegung möglicher *Erscheinungsformen* sozialer Kräfteverhältnisse gilt es, das besondere Augenmerk auf die *Handlungsebenen* zu lenken. Abbildung 2 demonstriert die Sphären, auf welchen sich oben angesprochene Potentiale verdinglichen bzw. materialisieren können. Die Handlungsebenen umfassen Staatsformen, Weltordnung, Produktionsorganisation. Als ein repräsentatives Beispiel sind die transformierenden Prozesse des expansiven Kapitalismus zu nennen, welche alle genannten Handlungsebenen beeinflussen. Sich wandelnde Produktionsmuster – bspw. durch das Herauskristallisieren einer *neuen internationalen Arbeitsteilung* – oder auch veränderte (inter-)nationale Zusammensetzungen sozialer Kräfte haben neue Formen von Staatlichkeit und somit auch eine rekonfigurierte Weltordnung mit sich gezogen. Deshalb ist der Verweis auf miteinander verflochtene Ebenen von besonderer Bedeutung, wie es der Politologe und ehemalige Direktor der Internationalen Abteilung für Arbeitsfragen (ILO), Robert W. Cox formuliert:

„Die Welt kann als Muster sich gegenseitig beeinflussender sozialer Kräfte dargestellt werden, innerhalb dessen die Staaten zwischen den globalen Strukturen sozialer Kräfte und den lokalen Konfigurationen der sozialen Kräfte innerhalb der einzelnen Länder eine vermittelnde, zugleich aber autonome Rolle spielen.“ (Cox 1998: 53)

Diese Methode der historischen Struktur reproduziert sich auf unterschiedlichen Sphären des menschlichen Handelns und wird begrenzte Totalität genannt (ebd.: 46).

Abb. 2: Methode historischer Strukturen auf drei Handlungsebenen

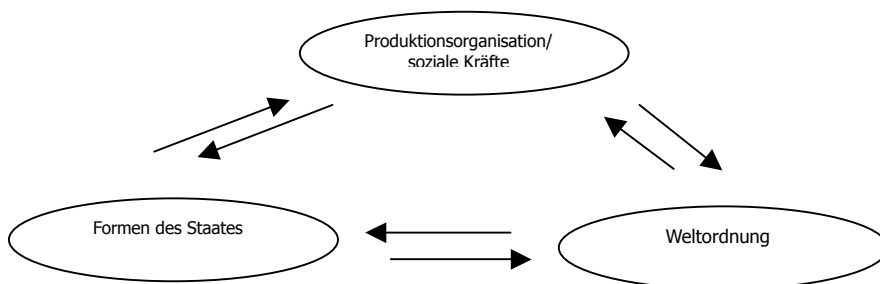


Abb.2: adaptierte Darstellung der Autorin nach (Cox 1998: 48)

Die intensive Auseinandersetzung und das Weiterdenken der eben angeführten Überlegungen von Cox, Poulantzas et. al. eröffnen die Chance, unterschiedliche Rollen der Akteure in der Analyse aussagekräftiger zu betonen. Denn sowohl die Zusammensetzung sozialer Kräfte sowie die betreffenden Handlungsebenen werden in konventionellen Analysen des Öfteren vernachlässigt. Im Gegensatz dazu sollen die Darstellungen der materialistischen Staatstheorie und des GPE-Ansatzes als Verständnisbasis dienen und in den Abhandlungen stets mit bedacht werden.

2.1. Aufgaben und Autonomie des Staates

Viele Aufgabenbereiche werden dem Staat²⁴ heutzutage zugeschrieben aber zugleich auch wieder abgesprochen. Diese Widersprüchlichkeit kann als offensichtliches Zeichen, sich verschiebender Grenzen, zwischen Regulationsansprüchen und Zuständigkeit innerhalb der Sphären öffentlich vs. privat verstanden werden. Seit den 1980er ist in Industriestaaten zusätzlich die sukzessive Demontierung bzw. Ablöse des wohlfahrtsstaatlichen Staatsmodells der Nachkriegsjahre zu beobachten (Vgl. Emmerich Talos; Wöhl 2009).

Diese Novellierungen verändern auch den Diskurs *sozialer Verantwortung*:

Wer ist TrägerIn sozialer Verantwortung im (global)gesellschaftlichen Kontext? Konkret gefragt: welche Aufgaben obliegen (noch) dem Staate, was befindet sich innerhalb seiner Verantwortung? Auf das Forschungsinteresse gemünzt könnte hinterfragt werden, ob er bspw. dafür verantwortlich ist ArbeitnehmerInnen innerhalb seines Territoriums vor ausbeuterischer (Kinder-)Arbeit zu schützen? Oder ist der Staat gemäß unterschiedlicher UN-Konventionen angehalten, allen Personen dieser Erde ein menschenwürdiges Leben zu ermöglichen? Wie verhält es sich, wenn ein einzelner Staat dazu nicht mehr im Stande ist (Stichwort: neoliberale SAP²⁵ und schlanker Staat) diese Versorgungspflicht zu gewährleisten? Gibt es so etwas wie eine globale Solidarität in Bezug auf soziale Verantwortung und andere Staaten müssten intervenieren?

Um diese sowie andere anfallenden Fragen besser zu verstehen, richtet sich die Aufmerksamkeit auf folgende Auflistung von Merkmalen. Es handelt sich um essentielle Attribute, welche dem Staat aus Perspektive der materialistischen Staatstheorie zugeschrieben werden (Poulantzas 2002: 157). *Erstens* gilt als elementare Eigenschaft des Staates, die Herstellung bzw. Aufrechterhaltung *sozialer Kohäsion* antagonistischer Klasseninteresse zu garantieren. Der Staat fungiert somit quasi als Mediator. Mittels Gesetzgebung wird die gesellschaftliche Koexistenz der Moderne geregelt und festgeschrieben. Der Nationalstaat verfügt über das genuine Instrumentarium des Gewaltmonopols (Vgl. weberianische Staatsmerkmale; Kritik dazu Demirović 2008b: 33f).

²⁴ An dieser Stelle wird nicht explizit vom *integralen Staat* gesprochen, daher ist der engere Staatsbegriff gemeint. Staat gefasst als Summe seiner Apparate der Gewaltenteilung und Steuerungsinstrumente wie Parlament und Regierung.

²⁵ SAP – Strukturanpassungsprogramme der Weltbank. Nach der Schuldenkrise der 1980er Jahre mussten viele so genannten Entwicklungsländer strikt vorgegebene, neoliberale Umstrukturierungen gemäß der Konditionen des Washington Consensus vornehmen, um weitere Kredite zu erhalten (Vgl. Raffer 2002). Der Washington Consensus wurde vom ehemaligen Weltbank und IWF Chefökonom John Williamson geprägt. Er stellt einen Mix aus makropolitischen Maßnahmen, die vor allem in lateinamerikanischen Staaten in Folge der Schuldenkrise der 1980er Jahre wieder für ökonomische Stabilität sorgen sollten. Zu den zehn neoliberalen Vorschlägen des *structural adjustment* zählten u.a. Steuerreformen, Abbau staatlicher Protektionen, Markt- und Finanzmarktliberalisierung, Umstellung auf variable Wechselkurse, Privatisierung ehemals staatlicher Schlüsselsektoren, restriktive Haushaltspolitik – was u.a. zu einem Rückgang der Sozialausgaben führte (Plehwe 2009: 9).

Zweitens bietet der Staat als *Arena*, Möglichkeiten für *Organisation und Raum*. Interessen herrschender Klassen werden repräsentiert und organisiert sowie gesellschaftliche Herrschaftsverhältnisse des so genannten *historischen Block an der Macht*²⁶ reproduziert. Wie diese Aufgabenbereiche konkret erfüllt werden, ist durch mehrere Faktoren in Bezug auf das Zusammenspiel der Kräfteverhältnisse einerseits, der Materialität und aber auch der *Autonomie des Staates* andererseits zu erklären. Die Frage nach der Autonomie des Staates ist auch explizit für nicht-staatliche, zivilgesellschaftliche Akteure von Bedeutung. Wenn reflektiert und verstanden wird, wie politische Prozesse funktionieren und sich konstituieren, können eigene Handlungsspielräume innerhalb des integralen Staates überdacht werden. In weitere Folge werden adäquate Strategien (bspw. gezieltes Lobbying) artikuliert.

Zur Autonomie des Staates sei angemerkt, dass der Staat weder als *Objekt* – bspw. a priori lediglich als Instrument einzelner Klassen – noch als autonom agierendes *Subjekt* verstanden werden darf (Demirović 2007: 160). Bezüglich der Auffassung von Staatsautonomie und dessen genauer Ausprägungen, ergeben sich äußerst konträre Perspektiven. Diese sollen kurz, anhand der Darstellung von Dag McLeod (2005) erläutert werden. McLeod unternahm einen Synthese-Versuch, indem er unterschiedliche Autonomieverständnisse exemplarisch umriss und Gemeinsamkeiten bzw. Unterschiede herausarbeitete:

Theda Skocpol (1979) sieht die Autonomie des Staates speziell mittels Funktion der Bürokratie und aufgrund dessen spezifischer Logik als Durchsetzung von Interessen gegeben. Nora Hamilton (1982) verweist hingegen – aufbauend auf Skocpol – auf die Unterschiede zwischen *instrumenteller* und *struktureller* Staatsautonomie. Letztere kann sich im gegebenen Falle auch gegen die Interessen dominanter Klassen richten. Die *instrumentelle* Staatsautonomie hingegen sieht sie ausschlaggebend für die Reproduktion kapitalistischer Verhältnisse verantwortlich. Auf diese Erkenntnisse und der weberianischen Schule aufbauend, deutet Peter Evans (1995) auf Unterschiede zwischen Staatsautonomie (beruhende auf bürokratische Kapazitäten) und „*embeddedness*“²⁷ hin. Die *bürokratische Effizienz* der staatlichen Apparate ermöglicht dem Staat (noch) einen gewissen Handlungsspielraum abseits steigendem Bedeutungszuwachses des privaten Sektors.

²⁶ Der Begriff *historischer Block*, ist im Kontext der *Hegemonie*-Debatte nach Antonio Gramsci zu denken. Hegemonie beschreibt das Prinzip, dass sich im Gegensatz zu physischer Herrschaft und Dominanz, nicht alleinig über repressive Gewalt produziert, sondern zumindest bis zu einem gewissen Grad auf *Konsens* basiert. Unter *historischem Block* sind nicht lediglich Kooperationsformen innerhalb herrschender Klassen zu verstehen. Er vermag hegemoniale Verhältnisse zu verfestigen, indem Partikularinteressen so artikuliert werden, um verallgemeinerte Klasseninteressen zu werden. Diese Fertigkeit eigene Interessen zu integrieren und konsensual zu herrschen, wird auch oft mit dem Ausdruck „Konsens gepanzert mit Zwang“ (Vgl. Buckel 2007) in Verbindung gebracht. Je ausgeprägter die konsensuelle Komponente – also direkte oder indirekte Zustimmung innerhalb einer Gesellschaft – desto stabiler die Hegemonie (Vgl. Cox 1998/ Bieling 2007a /Ten Brink 2008 et. al.).

²⁷ Unter *embeddedness* versteht Evans das Verhältnis zwischen Staat und Privatkapital. Im breiteren Zusammenhang der globalen Ebene, können auch Kompromissstrukturen bzw. das Verhältnis zwischen politischer Regulation und ökonomischer Autonomie gemeint sein (Vgl. Bieling 2001).

Stephan Haggard und Robert R. Kaufmann (1992) hingegen vertreten eine konträre Position. Sie meinen, dass Staatsautonomie und getätigte Policy Reformen effizienter wären, wenn sie von partikularen Interessen sozialer Gruppen unabhängig gedeutet werden. Somit kann die Gesellschaft – nicht nur traditionell gemäß der Kategorisierungen von Klassen – die auftretenden *collective action problems* überwinden.

McLeod (2005) resümiert die unterschiedlichen Ansätze und betont die essentielle Bedeutung, der relativen Autonomie des Staates. (McLeod 2005: 38-40)

Die *relative Autonomie* „[...] ist für den kapitalistischen Staat konstitutive Autonomie: Sie verweist auf die Materialität dieses Staates in einer relativen Trennung von den Produktionsverhältnissen und auf die durch diese Trennung implizierte Spezifikum der Klassen und des Klassenkampfes.“ (Poulantzas 2002: 158)

Abschließend an die unterschiedlichen Auffassungen bezüglich Staat und Autonomie, sollen die wichtigsten Punkte resümiert und der Kontext zum vorliegenden Forschungsinteresse konkretisiert werden. Dieses **Zwischenfazit** soll dazu dienlich sein, um die Frage nach der staatlichen Autonomie im Zusammenhang des Handlungsspielraums sozialer Bewegungen zu kontextualisieren bzw. rechtfertigen zu können. Zu betonen ist, dass die steigende Relevanz des Privatkapitals bzw. dessen Akkumulation innerhalb von Staaten, aber auch in internationaler Hinsicht nicht zu vernachlässigen ist. Eng damit verknüpft sind die jüngsten Entwicklungen der letzten Dekaden: steigende Privatisierung ehemals staatlicher Betriebe (Stichwort: Privatisierung öffentlicher Güter) und damit verbundener Abgabe, direkt-staatlicher Einflussmöglichkeiten zu sehen. Konkret sind vor allem arbeitsrechtliche Schutzfunktionen des Staates sowie zunehmende Flexibilität von Arbeit und die Anpassung auf wirtschaftliche Interessen von Belangen. Zwar erscheinen Überlegungen *relativer Autonomie* in Hinsicht auf die bürokratische Logik (noch) gegeben. Jedoch ist auf verschwimmende Grenzen von öffentlich vs. privaten Sphären zu verweisen, die nach und nach wohlfahrtsstaatliche Kompromisse des in Europa ehemals vorherrschenden Sozialstaates aufweichen (Vgl. Wöhl 2009). Politische Entscheidungsfindung, Produktionsverhältnisse und soziale Kämpfe weisen relevante Berührungspunkte auf, welche in Analysen gleichwertig zu berücksichtigen sind. Die Sphären (staatlicher Autonomie und Einflussnahme partikularer Interessen) sollten deshalb nie getrennt voneinander betrachtet werden. Sie spiegeln ein komplexes Gebilde von Macht und Herrschaftsverhältnissen innerhalb von Staaten, aber auch auf globaler Ebene wider.

2.2. Akteurskonstellation Zivilgesellschaft – Mythos oder Hoffnungsträgerin

Bevor konkret auf vorherrschende Machthierarchien innerhalb (inter-)nationaler Gefilde, spezifisch im Bekleidungssektor eingegangen wird, sollen nun auf die für das konkrete Forschungsinteresse ausschlaggebende und schon öfters angesprochene Akteursgruppe – die *Zivilgesellschaft* – mit explizitem Verweis auf die Errungenschaften der *Sozialen Bewegungsforschung*, näher eingegangen werden. Einerseits wird von einigen AutorInnen die Ansicht vertreten, dass Zivilgesellschaft als Puffer zwischen den getrennten gesellschaftlichen Sphären dient. Dieser Auffassung einer homogenisierten, von anderen Bereichen abgetrennten Zivilgesellschaft steht eine kontroversielle Auffassung nach Antonio Gramsci gegenüber, welcher sich nun näher angenommen werden soll. Um vor allem den heterogenen Charakter zu betonen, wird nun für eine ausführliche Begriffs- und Bedeutungsbestimmung genügend Raum zur Verfügung gestellt.

Zivilgesellschaft ist nach gramscianischen Verständnis essentieller Bestandteil des *integralen Staates*, was als erweiterter Staatsbegriff aufgefasst wird. Sie wird als Schnittstelle zur politischen Gesellschaft – *engerer Staat* – betrachtet: Zivilgesellschaft zwischen den Fronten von Konsens und Gewalt (Gramsci Gefängnishefte 4: 916f nach Candeias 2007: 23). Eine der wichtigsten Aufgaben erfüllt die Zivilgesellschaft in der Öffentlichkeit mittels intermediärer Verständigung zwischen verschiedenen gesellschaftlichen Sphären, was zugleich die öffentliche Meinung prägt (Demirović 2007a: 27). Zivilgesellschaft ist des Weiteren als Feld sozialer Kräfteverhältnisse zu verstehen. Nach gramscianischer Rhetorik gilt sie als Austragungsort hegemonialer Stellungskriege (Candeias 2007: 23) und ist deshalb nicht harmonisch, sondern umkämpft. An dieser Stelle ist nochmals die explizite Betonung der asymmetrischen Möglichkeiten zur Einflussnahme in gesellschaftspolitische Prozesse zu unterstreichen. Somit kann die Zivilgesellschaft keineswegs als homogener Bereich der Bevölkerung beschrieben werden. Zu den Akteuren zählen weniger Verbände oder Parteien, diese werden eher der politischen Gesellschaft zugeordnet. Zivilgesellschaftliche Akteure können als Sammelbegriff für Ausprägungsformen des sozialen Lebens gesehen werden. Dazu zählen u.a. Medien, Kirche, Think-Tanks, Interessenvertretungen, Unternehmensverbände, BürgerInnen-Initiativen, soziale Bewegungen, NGOs, etc.. Im Zusammenhang mit dem Forschungsinteresse, Strategien der Clean Clothes Kampagne im Textil- und Bekleidungssektor theoretisch zu erfassen, richtet sich das Hauptaugenmerk auf letztere zivilgesellschaftliche Akteure: *soziale Bewegungen und NGOs*.

2.2.1. Soziale Bewegungen

Je nach theoretischer Disziplin verändern sich Interesse, Fragestellung, also die Perspektive und der Zugang, wie soziale Bewegungen zu deuten bzw. zu interpretieren sind²⁸ (Vgl. Klandermans/Roggenband 2007). Gustave Le Bon (1895) Begründer der Massenpsychologie, sah in einer sozialen Bewegung zum Beispiel das irrationale Handeln einer Masse (Vgl. Haunss 2005: 28). Aus der marxistischen Perspektive sind sie als historische Akteure (revolutionäre Subjekte) zu interpretieren. Ihnen wird die Fähigkeit zugeschrieben, einen gesellschaftlichen Umbruch bzw. Wandel herbeizuführen. Aus sozialwissenschaftlicher Perspektive wird unter sozialen Bewegungen eine Art der emanzipativen Akteursartikulation verstanden, welche sich gegen vorherrschende Rahmenbedingungen auflehnt und sich konträr zum repräsentativen, institutionalisierten System der Macht darstellt (ebd.: 29ff.). Somit sind sie stets im soziologischen Kontext gesellschaftlicher Strukturen zu betrachten. Nach Max Weber werden werden diese zivilgesellschaftlichen Akteure auch als TrägerInnen des gesellschaftlichen bzw. sozialen Wandels verstanden. Der Bewegungsforscher Dieter Rucht setzt soziale Bewegungen im Kontext moderner Gesellschaften und nennt als wichtiges Merkmal, dass sie Kritik am *Status Quo* ausüben und versuchen Herrschaftsverhältnisse strukturell zu ändern bzw. ins Wanken zu bringen (Vgl. Interview2).

Weitere charakteristische Aspekte, der spezifischen Form des kollektiven Handelns sozialer Bewegungen sind nach Donatella Della Porta und Mairo Diani (1999):

- Akteure treten kollektiv auf, durch Solidarität miteinander verbunden und verfolgen gemeinsame Ziele. Es besteht ein gemeinsames Konstrukt fundamentaler Wertanschauungen, wobei die Pluralität jedoch keinen detaillierten Konsens erfordert.
- Der Konflikt bzw. die Kritik richtet sich gegen die bestehende Ordnung.
- Unterschiedliche Protestformen jenseits bekannter institutionalisierter Politik werden angewandt. Damit wird versucht inner- und außerhalb Druck auszuüben.
- Proteste haben eine gewisse Dauer und sind keine einmaligen Phänomene.
- Kommunikation erfolgt über verzweigte informelle Netzwerke, was wiederum die unklare Abgrenzung sozialer Bewegungen zwischen innerem und äußerem Umfeld kennzeichnet.

(Vgl. Stickler 2005: 99; Haunss 2005: 29)

Um den oftmals vorliegenden normativen Bias bezüglich zivilgesellschaftlicher Akteure entgegen zu steuern, sei betont, dass soziale Bewegungen nicht inhärent progressiv, emanzipatorisch sein müssen. Wenn auch im bedeutend geringeren Ausmaß analysiert, sind ideologisch rechts-orientierte oder nationalsozialistische Strömungen ebenso als soziale

²⁸ Dieser Aspekt wird im Rahmen der Sozialen Bewegungsforschung nochmals ausführlicher behandelt.

Bewegung zu bezeichnen (Vgl. ebd.: 32; Interview2). Dieser Aspekt wird aber von einigen AutorInnen – eventuell aus ideologischem „Wunschdenken“ – latent verschwiegen.

Thematisch ist abseits dieser erwähnten Tendenzen allgemein eine Verdichtung spezifischer „Bewegungsthemen“ (Stickler 2005: 35) erkennbar. Hierbei liegt der Fokus auf vorwiegend folgenden Themenbereichen: Ökologie, Menschenrechte, Gender, Entwicklung, soziale Gerechtigkeit, Frieden, Globalisierungskritik (Brunnengräber 2005: 16). Diese Bandbreite spiegelt die pluralen Interessensfoki so genannter *Neuer Sozialer Bewegungen* (NSB) wieder. Im Gegensatz zu den *Alten Sozialen Bewegungen* (ASB), konzentrieren sie sich nicht ausschließlich auf materiell-ökonomische Aspekte, sondern inkludieren immaterielle Werte in ihren Forderungen wie Rucht charakterisierend anmerkt (Vgl. Interview2). Typologisiert werden soziale Bewegungen weiters aufgrund deren *Ziel-* bzw. *Machtorientierung* sowie deren *Bewegungsbezug*. Als Ursprünge oder erste Vorläufer wird oftmals die Anti-Sklaven-Bewegung heran gezogen, die sich aus mehreren Kampagnen wie bspw. der „*Pennsylvania Society for Promoting the Abolition of Slavery*“ von 1775, „*Société des Amis des Noirs*“ in Frankreich 1778 oder der „*British Foreign Anti Slavery*“-Bewegung von 1823 zusammensetzte. Weitere Bsp. so genannter ASB wären nach Roland Roth: YMCA, ArbeiterInnenbewegung, erste Frauenbewegung oder das Rote Kreuz (Roth 2001: 48). Innerhalb der langen Entstehungsgeschichte sozialer Bewegungen bzw. NGOs unterteilt Armin Stickler (Vgl. Stickler 2005: 57) deren chronologischen Verlauf nach Steve Charnovitz:

Erstens: Eine lange Phase der Konstitution, der Entstehung erster zivilgesellschaftlicher Konstellationen Mitte des 18. Jahrhunderts bis zum Ende des ersten Weltkriegs. Vor allem die Gründung des Roten Kreuzes, die erste Frauenbewegung sowie ArbeiterInnenbewegung ist in diesem Kontext zu erwähnen. *Zweitens:* In der Zwischenkriegszeit von 1919 – 1934 ist aufgrund der damals vorherrschenden Rahmenbedingungen ein deutlicher Anstieg des zivilgesellschaftlichen Engagements zu erkennen. *Drittens:* Dieses wurde aufgrund des Zweiten Weltkrieges und dessen Vorwirkungen im Zeitraum von 1935 – 1944 deutlich gebremst. *Viertens:* Mit der Ablösung des Völkerbundes und der Etablierung des UN-Systems ist zwischen 1945 – 1949 auch eine Formalisierung von NGOs zu vernehmen. *Fünftens:* Der Bedeutungszuwachs sowie der Handlungsspielraum von NGOs und sozialen Bewegungen ist zwischen 1950 – 1971 aufgrund zentralistischer Staatsfokussierung eher begrenzt zu sehen. *Sechstens:* Umbruchmomente bspw. im Kontext der Dezentralisierungsbestrebungen im Zuge des sich verfestigenden Neoliberalismus, steigende *governance*-Tendenz (Stichwort: *Public-Private-Partnership-Agreements*) sowie so genannte Weltkonferenzen der UNO verstärken ab den 1970er wiederum den Stellenwert zivilgesellschaftlicher Akteure.

Nach dieser zeitlichen Fokussierung von NSB, soll nun die begriffliche Abgrenzungskomponente näher beleuchtet werden. In der Literatur herrscht häufig ein regelrechtes schwammiges Begriffschaos gemäß dem Motto:

„*Neue Soziale Bewegungen (NSB) vs. NGO – same, same but different?!*“

Diese Auffassung bezieht sich auf die Erscheinungsformen sozialer Bewegungen oder auch dem relativ neueren Phänomen transnational-agierender NGOs. Bevor sich dieser Problematik konkreter zugewandt wird sei betont, dass eine strikte Unterteilung, aufgrund häufiger Überlappungen oft nur ansatzweise möglich ist.

Anknüpfend an die bereits getätigten Ausführungen, ist vor dem Versuch einer Abgrenzung zu NGOs, noch eine essentielle Frage zu klären: Was ist überhaupt *neu* an *Neuen Sozialen Bewegungen* (NSB) ist, ab wann diese auftreten bzw. so genannt werden?

Chronologisch kann gesagt werden, dass ca. ab den Jahren der 1960er bzw. 1970er von NSB gesprochen wird (Roth 2001: 53; Interview2). Begrifflich stützt sich die Bezeichnung *Neue Soziale Bewegungen* u.a. auf theoretische Arbeiten von Alberto Melucci (Jasper 2007: 70). Dabei sind NSB als Fortsetzung der Tradition vorhergehender Bewegungen zu betrachten. Ein auffallendes Merkmal ist andererseits die Tatsache, dass NSB sukzessive mit den alten, traditionellen, institutionellen Formen brechen bzw. diese neu instrumentalisieren. Waren früher vor allem gewerkschaftliche Aktivitäten wie Generalversammlungen und darauf folgende Streiks eines der ausschlaggebenden Protestformen, gestalten sich Aktionsformen heutzutage in ihrer Erscheinung weitaus kreativer und pluraler. Klaus Schönberger und Ove Sutter haben diese neue Vielfalt der Protestformen in ihrem jüngsten Sammelband²⁹ versucht zu fassen. Das aktivistische Spektrum reicht von subversiven Formen wie Kommunikations-Guerilla, Theater der Unterdrückten (Vgl. Interview2) bis zu lauten, (oftmals) betont-friedlichen karnevalesken Riesendemos bzw. Kundgebungen. In den letzten Jahren reichten diese aktivistischen Protestformen von konventionellen Unterschriftenaktionen, Boykott-Aufrufen (Stichwort: *critical consumerism*), über Reclaim the Street Partys, Sit ins (Sitzblockaden), zivilen Ungehorsam, bis bspw. zur Aneignung des öffentlichen Raumes mittels politischer Graffiti. Immer öfter kann zusätzlich auf tatkräftiger Unterstützung aktionistischer Gruppierungen wie z.B. der *Rebel Clown Army* oder musikalischen Rhythmen von *SambAttac* oder *Rythem of Resistance* gerechnet werden, um nur einige zu nennen (Vgl. Schönberger/Sutter 2009).

Als aktuelle Phase und somit s.g. zweite NSB-Welle wird oft auf die *globalisierungskritische Bewegung* verwiesen, wo m.E. sehr wohl auch die Clean Clothes Kampagne zugeordnet

²⁹ Schönberger, Klaus/ Sutter, Ove (2009): Kommt herunter, reiht euch ein...: Eine kleine Geschichte der Protestformen sozialer Bewegungen. Berlin.

werden kann. Deren Entstehung ist zum Teil u.a. auf die enttäuschten Erwartungshaltungen an NGOs Ende der 1990er zurück zu führen. NGOs wiesen einen Verlust an dynamischen, gesellschaftsverändernden Potential auf. Zurückgeführt wird dies oftmals auf die tendenzielle Institutionalisierung unterschiedlicher sozialen Bewegungen, was oftmals als Verkrustung derselbigen wahrgenommen wurde bzw. wird. Wichtig zu betonen ist bei den spezifischen Themenfelder von NSB, ist ausdrücklich der Solidaritätscharakter. Insofern wichtig, da sich die Bewegungen selbst als solidarisch statt stellvertretend wahrnehmen. Als konkretes Bsp. für NSB wären die StudentenInnen30-, Friedens-, Ökologie-, die zweite Frauenbewegung aber auch die GlobalisierungskritikerInnen zu nennen. Weitere Typologisierungsfaktoren beschreibt der Bewegungsforscher Rucht anhand folgender Dimensionen:

„(1) Ideologie, (2) Struktur der Anhängerschaft, (3) Organisation, (4) Strategie und Aktionsrepertoire sowie (5) ihrer Entwicklungsdynamik.“ (Rucht 1994: 84)

Neue soziale Bewegungen weisen im Gegensatz zu VorgängerInnenversionen wie bspw. Gewerkschaften kaum bis gar keine geographische Gebundenheit auf. Der transnationale Charakter ist diesbezüglich eines der markantesten Merkmale, welches stark im Kontext dezentralisierender Internationalisierung- und Transformationsprozesse zu verstehen ist. Zusätzlich sind folgende charakteristische NSB-Merkmale zu erwähnen:

- NSB bezeichnen sich als politisch oder ökonomisch nicht *instrumentalisiert* und setzen sich aus *heterogenen*, nicht „klassen-spezifischen“ Einheiten – wie bspw. ArbeiterInnen in der ArbeiterInnenbewegung – und Individuen zusammen. In diesem Konglomerat schließen sich VertreterInnen aus unterschiedlichsten zivilgesellschaftlichen Vereinigungen und gesellschaftlichen Sphären zusammen.
- *Moralische Beweggründe* stehen vor konkreten Eigeninteressen im Vordergrund, was sich wiederum im Solidaritätsgedanken widerspiegelt.
- Es erfolgt die *Aufhebung der strikten Trennung Politik und Staat* sowie eine Abkehr zentralistischer Formen repräsentativer Demokratie. Kritik richtet sich nicht mehr primär an den Staat, sondern ebenfalls an wirtschaftliche und kulturelle Verantwortungs-

³⁰ Aus aktuellem Anlass sind diesbezüglich die europäischen StudentInnenbewegungen zu nennen. Ausgehend von einem Generalstreik der Akademie der Bildenden Künste vom 20.10.2009, wurden weitere Universitäten in Wien – dabei ab 22.10.2009 auch der größte österreichische Hörsaal „Audimax“ der Universität Wien – sowie bundesweit weitere Räumlichkeiten besetzt. Die Protestwelle breitete sich stetig über den deutschsprachigen Raum, europaweit aus und ist dabei charakterisiert durch die intensive Nutzung neuer Kommunikationstechnologien (Stichwort: web 2.0). Sogar in den USA gab es Solidaritätsbekundungen und Besetzungen von bspw. der UCB University of California in Berkley oder Santa Cruz. In den Bestrebungen eines anti-hierarchischen Experimentierfeldes „Basisdemokratie“, wird einerseits versucht den vorherrschenden *Status Quo* der neoliberalen Bildungspolitik zu hinterfragen, zu kritisieren und auch zu demontieren. Andererseits wird stetig eine breiterer, solidarischer gesamtgesellschaftlicher Kontext angepeilt, welcher im Zusammenhang unterschiedlichster prekärer Lebenssituationen – zurückzuführen auf die negativen Folgen ausbeuterischer, individualisiert statt kollektiver Politiken – herzustellen. Somit weist diese soziale Bewegung mit ihrem sämtliche Charakterzüge einer NSB, auf. Nach kürzester Zeit gab es einen transnationales, solidarisches Agieren. Auf die involvierten Akteure bezogen erweist sich ein heterogenes und auf anti-StellvertreterInnenpolitik abzielendes Projekt direkter Demokratie, welches abseits bestehender repräsentativer Politikformen zu verstehen ist. Infos und Chronologie der Proteste unter: www.unsereuni.at

trägerInnen. Hinsichtlich der neuesten Protesterscheinungen kann in diesem Kontext von lautstarker Kritik gegen die neoliberale Logik gesprochen werden.

- Transnationale Kommunikationsnetzwerke überwinden mit Hilfe neuer Technologien – Internet – geographische Hindernisse und besitzen ein enormes Mobilisierungspotential.
- Der Fokus der Mobilisierung ist im engen Zusammenspiel mit Medien zu verstehen, was eine bedeutende Abhängigkeit sozialer Bewegungen veranschaulicht, sofern keine alternativen Mediennetzwerke (Stichwort: *indymedia*) aufgebaut werden.

(Vgl. Brunnengräber 2005: 18)

Zurückkommend auf den transnationalen Charakter – im Englischen *transnational social movement organisations* (TSMO) genannt – sind spezifische Konstellationen zu berücksichtigen, die für den Diffusionsprozess, aber auch für die politischen Opportunitätsstrukturen und den Einfluss der Bewegungen ausschlaggebend sind. Diese sind nicht jederzeit im gleichen Ausmaß gegeben, da sie temporär konkrete *windows of opportunities* darstellen. Der Einflussrahmen von NSB hängt somit mit der Ausdehnung der geographischen Wirkungsebenen, dem Zugang zu Institutionen, der strategischen Auswahl verbündeter Allianzen oder auch politischer Bündnisse ab. Die Verfasstheit bzw. Offenheit politischer Systeme – ob diese außerparlamentarische, direkte Partizipation zulassen – oder auch bestehende Disharmonie innerhalb politischer Eliten sind für den Handlungsspielraum von NSB ausschlaggebend. Aber auch die Formen öffentlicher Aktionen, das Zusammenspiel mit Medien und die Übermittlung von Werten mittels Slogan und Symbolen spielen für den Einflusscharakter eine wichtige, nicht zu vernachlässigende Rolle (Stickler 2005: 146). Dabei soll nochmals die Relevanz der vorherrschenden Kulturindustrie, dem Zusammenspiel von international agierenden (Mode-)Konzernen und Medien erwähnt werden. Die Macht der Konzerne spiegelt sich oftmals auch in der realisierbaren Macht (vor allem privater) Medien wider. An der Interpretation und Darstellungsart der Medien liegt es oft, wie z.B. die öffentliche Meinung bezüglich diverser Aktivitäten NSB geprägt wird. Dieser Aspekt gewinnt an bedeutender Relevanz, wenn hinterfragt wird welche Interesse Medien überhaupt verfolgen? Ausgegangen muss bei dieser Frage von dem Punkt, dass NSB sich prinzipiell gegen den vorherrschenden Status Quo richten. Bezüglich der Befangen- oder Freiheit von Medien, in wessen Interessen agiert wird, kann nicht näher eingegangen werden, jedoch sollte dieser Aspekt zur Reflexion anregen.

Zurückkommend auf die zivilgesellschaftliche Thematik bleibt folgende Frage noch zu klären: *Was ist nun der konkrete Unterschied zwischen NSB und NGOs?* Dieser Frage soll sich jetzt explizit gewidmet werden, indem vorab das NGO-Spektrum erläutert wird.

2.2.2 Non-Governmental Organisation – NGOs

„Das Staatsverständnis ist ein Angelpunkt für die Erforschung von NGOs.“(Brand 2001: 4)

Theoretisch wird das Phänomen der NGOs bspw. in der Politikwissenschaft im Rahmen der Sozialen Bewegungsforschung, der Netzwerkanalyse, Internationaler Beziehungen oder auch in der Demokratietheorie sowie innerhalb poststrukturalistischer Ansätze erfasst und thematisch behandelt. In der Literatur wird der Begriff NGO oft einfach als moderne Fortsetzung für soziale Bewegungen synonym gehandhabt, was sich wiederum bei genauerer gegenüberstellender Analyse beider Phänomene als äußerst problematisch erweisen kann. Bevor die konkreten Unterschiede herausgearbeitet werden, soll das Phänomen NGO kurz näher beschrieben werden. Auch mit dem Bestreben verstärkt analytische Trennschärfe der beiden Begriffe zu erlangen. Seit den 1990er Jahren ist eine regelrechte *VerNGOisierung* (Vgl. Stickler 2005) ehemaliger sozialer Bewegungen zu verzeichnen, was das Bild der zivilgesellschaftlichen Engagements zumindest temporär bis zur aktuellen Welle des NSB-Aufkommens, einem prägenden Wandel unterzogen hat. Interessant erweisen sich die Nachforschungen, was zu diesem fulminanten Bedeutungsanstiegs einerseits, aber auch der quantitativen Zunahme NGOs andererseits geführt hat?!

Global-politisch sind postfordistische Rahmenbedingungen veränderter, transnational agierender Produktionsverhältnisse zu beachten. Mit der Argumentation, dass Nationalstaaten mit der vorherrschenden Situation der Globalisierung überfordert sind, werden NGOs im Kontext des s.g. *global governance*-Gedankens als Bindeglied gesellschaftlicher Sphären integriert. Dabei spielt auch die steigende Beratungsfunktion von NGOs als wissende bzw. wissenschaftliche Expertise, aber auch die professionalisierte Medienarbeit und daraus folgend die steigende, mediale Präsenz eine bedeutende Rolle (Rucht 1996: 37). Das Ende des Ost-West-Systemkonflikts sowie der daraus folgende Zusammenbruch der UdSSR können ebenfalls für den quantitativen Aufstieg der NGO-Szene betrachtet werden. Des Weiteren sind aufstrebende Neo-Regulationsformen à *governance* sowie die komplexe Ausgestaltung von internationalen Regimes, als auch Privatisierung ehemaliger staatlicher Aufgaben und Verlagerung dieser Kompetenzbereiche an NGOs zu berücksichtigen. Zusätzlich zu diesen geopolitischen Faktoren, sind positive Aspekte der Globalisierung wie bspw. technischer Aufschwung und steigende Vernetzung für die zunehmende Entwicklung der NGO-Szene ausschlaggebend. Dazu zählen bspw. sinkende Transportpreise und der Aufschwung neuer Kommunikationstechnologien. Aus gesellschaftstheoretischer Perspektive sind die UNO-Weltkonferenzen der 1990er mit dem verheißungsvollen partizipativen Anspruch ebenfalls erwähnenswert. Diese können mit ihren globalen Verheißungen des *governance*-Prinzips als mitverantwortlich erachtet werden, dass NGOs zu oftmals weit überschätzten HoffnungsträgerInnen der globalen Zivilgesellschaft

wurden (Demirović 2001: 142; Haunss 2005: 28). Großteils sind NGOs – äußerst unreflektiert und schlichtweg normativ – oft als Beschleunigungselement, einer Art katalysierenden Demokratisierungseffekt dargestellt worden. Aufgrund der aufgetretenen, normativ verzerrten Wahrnehmungen muss der zu NGOs dazugehörige Kontext immer bedacht werden. Auf der anderen Seite werden manche NGOs hingegen, abseits normativer Wahrnehmungen, als Form zunehmender Institutionalisierung und Professionalisierung ehemaliger sozialer Bewegungen gesehen. Dies geht oftmals mit einer negativen Konnotation einher: schwindende Kampfkraft und steigende Konformität statt dynamische Forderung nach gesellschaftlichen Wandel. Diese Aspekte werden oftmals mit NGOs in Verbindung gebracht und äußerst skeptisch betrachtet. An dieser Stelle soll jedoch betont sein, dass einige AutorInnen wie bspw. Rucht dafür plädieren Institutionalisierung nicht unbedingt per se als Resignation einer Bewegung zu erachten. Nicht vergessen werden sollte, dass es auf die Kämpfe diverser sozialer Bewegungen zurück zu führen ist, dass sich NGOs heute in solch breitem Betätigungsfeld wiederfinden. Es waren soziale Bewegungen, welche gewisse politische Bereiche erst eröffneten oder gesellschaftspolitische Themen erschlossen haben. Deshalb wird vor allem von diesen auch vehement eingefordert, diese sozialen Kämpfe auch oder gerade bei institutioneller Verankerung von NGOs dynamisch weiter zu führen. Im Rahmen dieser Auffassung sehen manche AutorInnen NGOs auch als die strukturierte Organisationszelle, also als Motor anstatt konformistischem Kontrahenten. Wie diese Schilderungen demonstrieren, herrscht auch in den epistemologischen Kreisen kein Konsens bezüglich des Verhältnisses von NGOs und NSB. Diese konträren Herangehensweisen nähren jedoch den Diskurs dialektischer Betrachtungen und dienen als fruchtbares Element für analytische Reflexionen.

Für die Bezeichnung NGO gibt es keine genaue einheitliche Definition. Genauso wie deren Wirkungsfelder und Relevanz höchst umstritten, gilt NGO häufig als eine Art Container- oder *Catch-it-all-Begriff*, wie es Roth (2001) treffend beschreibt. Es existieren viele begriffliche Varianten wie bspw. *NGO* (Non-Governmental Organisation) oder *NRO* (Nichtregierungsorganisation) bis *NPO* (Non-Profitorganisationen), die synonymen verwendet werden. Weitere Unterscheidungsmerkmale ergeben sich bezüglich Mitgliedsstruktur, Führungsstil, Entscheidungsfindung, Organisations- bzw. Finanzierungsform, Aktionsstil, Strategieauswahl oder Wirkungsbereich³¹. Selektive Beispiele hierfür wären *GONGOS* (Government Organized Organisations), *GRINGOS* (Government Run/ Inspired Non-Governmental Organisations), *QUANGOS* (Quasi Non-Governmental Organisations) die monetär zwar von staatlichen Stellen finanziert werden, aber autonom agieren. Streng betrachtet trifft dieser Aspekt auf viele NGOs nicht zu. Oft finanzieren sich diese mittels

³¹ Weitere Ausführungen zur Typologisierung von NGOs siehe Stickler 2005: 79-84.

Projektfinanzierungen und sind somit von (supra-)nationalstaatlichen Stellen, sprich deren finanzieller Unterstützung abhängig. In entwicklungspolitischen Kreisen wird sehr oft auch von *FFUNGOs* (Foreign Funded Non-Governmental Organisations) gesprochen. Gemeint sind damit Süd-NGOs die auf finanzielle Unterstützung ausländischer Geldquellen angewiesen sind. Unter *Grassroots* werden vor allem jene NGOs subsumiert, die auf lokaler Ebene tätig sind und über eher geringe finanzielle Mittel verfügen (Stickler 2005: 29f.). Einen umfassenden Überblick bezüglich steigender Quantität von NGOs, liefert das *UIA-Yearbook*. Die *Union of International Associations* (UIA) wurde 1907 in Brüssel gegründet und steht seit 1950 mittels konsultierendem Status in Zusammenarbeit mit den Gremien UNESCO (United Nations Educational, Scientific and Cultural Organization) und dem ECOSOC (Economic and Social Council) der Vereinten Nationen (Vgl. www.uia.org).

Trotz erwähnter Heterogenität werden NGOs allgemein folgende Attribute zugeschrieben:

Erstens verfolgen NGOs prinzipiell nicht die Zielsetzung Profite zu lukrieren.³² Sie agieren pauschal gesagt deshalb, um einen gemeinnützigen, gesamtgesellschaftlichen Nutzen zu erzielen. Jedoch darf bei dieser normativen Annahme, der altruistische Charakter einzelner NGOs nicht überbewertet werden. Dadurch würde der normative Bias (NGOs sind die „Guten“) lediglich forciert werden. Schon die Interpretation bezüglich des gesamtgesellschaftlichen Nutzen kann bspw. äußerst dehnbar aufgefasst werden und sollte deshalb im Rahmen der Analyse stets kritisch reflektiert werden. *Zweitens* ist der advokatische Anspruch der Interessenvertretung ausschlaggebend. NGOs verstehen sich oft als Sprachrohr für jene marginalisierten Teile der Bevölkerung oder Themen die sonst in der Öffentlichkeit zu wenig Gehör finden würden. *Drittens* agieren sie „autonom“, indem sie finanziell und organisatorisch – zumindest theoretisch – unabhängig sind. *Viertens* ist der angesprochene Professionalismus und die permanente Verankerung von NGOs in der politischen Öffentlichkeit zu erwähnen. (Hirsch 2001: 15)

Als Teil des integralen Staates werden NGOs unterschiedliche Aufgabebereiche zugeschrieben, die sie mittels verschiedener Taktiken bedienen. International geltende Regime – diese wurden von Roland Roth (2001) bereits auf rund 300 geschätzt – stellen somit ein umfangreiches Aktionsfeld für NGOs dar (Stickler 2005: 71). Diesbezüglich gelten NGOs weit verbreitet als s.g. *watchdogs*. In dieser spezifischen Form der Interessenvertretung gelten sie für die breite Öffentlichkeit des Weiteren oft auch als quasi „WächterInnen/ oder moralische AufpasserInnen“ internationaler Regulationen sowie

³² Dieser grundlegende „not for profit“-Aspekt ist jedoch nicht bei allen NGOs gegeben. In der Literatur herrschen unterschiedliche Auffassungen diesbezüglich. Deshalb wird von einigen TheoretikerInnen auch die nochmalige explizite Bezeichnung von NPO (not for profit – nicht profitorientiert) verwendet.

Wissenserweiterungen und spezifische Mechanismen der Sensibilisierung. Zum anderen werden NGOs aufgrund der sukzessiven Auslagerung ehemals staatlicher Kompetenzen (bspw. im Pflegebereich oder diversen Betreuungseinrichtungen) fortschreitend als DienstleistungserbringerInnen für die Öffentlichkeit wahrgenommen. Verschwiegen oder vergessen wird hierbei jedoch die Tatsache, dass sich NGOs – im Gegensatz zu staatlichen Institutionen – mit äußerst unterschiedlichen Ausgangspositionen konfrontiert sehen. Die Einflussnahme auf das (inter)nationale politische Gesehen gestaltet sich innerhalb der NGO-Szene, je nach unterschiedlichen spezifischen Positionen, höchst asymmetrisch.

Einerseits agieren NGOs *indirekt*, worunter bspw. *Lobbying* fällt. Lobbying bezeichnet die konkrete Strategie VerantwortungsträgerInnen – oftmals PolitikerInnen in speziellen Schlüsselpositionen – gezielt und kontinuierlich mit den eigenen Anliegen der jeweiligen NGO zu konfrontieren. Ziel ist es diese Personen so zu beeinflussen, dass die von NGOs vorgebrachten Anliegen von politischen EntscheidungsträgerInnen in diverse Gremien, Sitzungen, Abstimmungen getragen und dort auch berücksichtigt werden. Konkrete Einflussformen oder einzelne Lobbying-Strategien sind bspw.: Publikationen, Konferenzen, direkter persönlicher Kontaktaufbau (Brand et.al 2000: 135). Lobbying zählt zu den eher ressourcen-intensiven Strategien, die finanzielle und personelle Kapazitäten voraussetzen. Wie bereits kurz angeschnitten, werden sowohl NSB als auch NGO diesbezüglich eher knappe finanzielle, aber auch personelle Mittel anberaunt. Wobei nicht zu vergessen ist, dass es auch innerhalb der NGOs-Szene – aufgrund bestehender Asymmetrien – stets Ausnahmen gibt. Zu berücksichtigen ist ebenfalls, dass sich nicht nur NGOs dieser Einflussmechanismen bedienen. Speziell privatwirtschaftliche oder zivilgesellschaftliche Akteure, die wirtschaftliche Interessen vertreten (Wirtschaftsverbände, VertreterInnen unterschiedlicher Unternehmen, Consulting Firmen etc.) wenden viel Zeit und Geld für Lobbytätigkeiten auf.³³ Wird der Aufwand und die zur Verfügung stehenden Ressourcen bspw. auf die Aktivitäten von NGOs die sich im Interessen von ArbeitnehmerInnen der Bekleidungsindustrie engagieren mit jenem Engagement von VertreterInnen kapitalistischer Interessen verglichen, wird der vorhandene Bias unausgeglichener Kräfte ersichtlich.

Andererseits ergibt sich für NGOs ein *direktes* Interventionsfeld, indem sie zum einen praktische *Projektarbeit* verrichten oder zum anderen als *Kontrollorgan* fungieren, wenn sie bspw. zu internationalen Verhandlungen eingeladen sind. Zunehmend werden NGOs dementsprechend im Rahmen gesellschaftspolitischer Belangen, vor allem im Kontext internationaler Organisationen herangezogen. In *beratender Funktion* als ExpertInnen, wird

³³ Wissenschaftlich ist dies aufgrund fehlender Transparenz kaum belegbar. Auf europäischer Ebene gibt es von der europäischen Kommission seit 2006 z.B die Transparenz-Initiative des s.g. *Grünbuchs zu Lobbying*. Dadurch sollen der Versuch unternommen werden, Lobbytätigkeiten umfangreich zu erfassen und kontrollieren. Nähere Infos siehe: <http://ec.europa.eu/transparency>

auf deren Wissen vermehrt zurückgegriffen. Als konkretes Beispiel aus der Bekleidungsindustrie könnte bspw. das Involvieren von NGOs in der Debatte um die Etablierung sozialer Mindeststandards, in Form freiwilliger Verhaltenskodizes *Code of Conducts* erwähnt werden. Dieser Aspekt erscheint zwar einerseits als lukrative Partizipationschance. Andererseits existiert schwerwiegende Kritik bezüglich einer bspw. Gefahr der Instrumentalisierung oder auch Kooptierung durch wirtschaftliche Interessen. Auch die Überforderung von NGO-Kapazitäten sollte nicht beschwichtigt werden.³⁴

Oftmals wird NGOs vor allem im Rahmen internationaler Institutionen lediglich ein Beobachtungsstatus, also Partizipationsrecht – statt aktives Mitbestimmungsrecht – zugesprochen, was deren konkreten Einfluss dementsprechend schmälert. Der mitunter für NGOs relevanteste Bereich um Aufmerksamkeit zu erreichen, bleibt jedoch die aktive Öffentlichkeitsarbeit und der regelrechte *Kampf um Öffentlichkeit* mittels diverser Aufklärungskampagnen (Hirsch 2001: 30). Diesbezüglich muss auch die Abhängigkeit der NGOs von (inter-)nationalen Medien nochmals aufgegriffen werden. Diese problematische Abhängigkeit führt des Öfteren dazu, dass teilweise sogar die Schwerpunktsetzung konkreter Öffentlichkeitskampagnen von Medien beeinflusst wird. Komplexe Themen werden verkürzt und moralisiert bzw. medien-orientiert präsentiert. Als bestes Anschauungsbeispiel könnten hier Kampagnen der Entwicklungszusammenarbeit heran gezogen werden. Oft wird moralisierend stets mit denselben semantischen Bildmustern und Metaphern gearbeitet, um Medienkampagnen zu starten oder die behandelte Thematik medial präsentieren zu können.

In Folge der soeben getätigten Schilderung bezüglich der zu überwindende Hürden, sollte die konkrete Einflussnahme von NGOs deshalb nicht pauschalisiert, romantifiziert und/ oder überbewertet werden. Die anscheinende *NGOisierung* der Weltpolitik täuscht oftmals bezüglich der tatsächlichen Gestaltungsmöglichkeiten, bspw. bei internationalen Organisationen wie WTO oder supranationalen Apparaten wie der EU hinweg (Brunnengräber 2005:21). Diese Asymmetrien ergeben sich aber nicht nur gegenüber staatlichen, privatwirtschaftlichen oder anderen zivilgesellschaftlichen Akteuren. Auch innerhalb von NGO-Kreisen können eventuelle normative Wunschvorstellungen einer harmonisierenden NGO-Szene, existierende Asymmetrien nicht überdecken. So sind bspw. vor allem in der Entwicklungszusammenarbeit immer noch ein gewisse bevormundende Nord-Süd-Gefälle sowie Konkurrenz und Eigeninteressen zu beobachten (Stickler 2005: 38). Dieser Aspekt ist auch im Kontext des Bekleidungssektors stets zu berücksichtigen.

³⁴ Details zur Kritik am NGO-Einbezug im Rahmen der *Code of Conducts*: siehe Sayer 2007: 48f.

2.2.3 Fazit: NGOs vs. Neue Soziale Bewegungen (NSB)

Nach dieser ausführlichen Auseinandersetzung, ist abschließend nochmals anzumerken, dass der Versuch einer exakt trennscharfen Analyse zwischen *sozialen Bewegungen* und *NGOs* aufgrund unzähligen, häufigen Überlappungen schwierig verläuft. Zusammenfassend kann in dem Versuch einer Darstellung nach Demirović (1997) allgemein festgehalten werden, dass *Neue Soziale Bewegungen* dezentrale, solidarische und teilweise anti-hierarchischen Organisationsstrukturen aufweisen. Zusätzlich ist der nicht bürokratisch, unabhängige Charakter markant und die Tatsache, dass sie sich als dynamische und systemkritische Kraft erweisen, die sich gegen den Status Quo der gesellschaftlichen Ordnung auflehnen. *NGOs* hingegen verkörpern pauschal gesagt das Gegenteil: sie sind zentral organisiert, bürokratisch und meist nicht nur finanziell angewiesen auf staatliche Strukturen. Bezüglich des Veränderungscharakters gelten *NGOs* reformistisch, den institutionellen Strukturen angepasst, weshalb ihnen auch die Kraft des sozialen Wandels des Öfteren abgesprochen wird (Demirović 1997: 272).

Zusätzliche charakteristische Gegensätze der zivilgesellschaftlichen Akteursformen wären:

Tabelle 1: Gegenüberstellung Neue soziale Bewegungen vs. NGOs

Neue Soziale Bewegungen	NGOs
Kollektive(r) AkteurIn	Organisation
Mobilisierung	Mediale Öffentlichkeit
Nachbarschaften/ „Grätzelpolitik“	Internet Community
Anarchie und Chaos	Kontinuität
Geringe Rollenspezifikation	Spezialisierung
Sozialer Wandel	Politischer Pragmatismus
Immaterielle Ressourcen	Materielle Ressourcen
Politik von unten	Politik von oben
Kollektive Unzufriedenheit	Berufsqualifizierung
Lose Mitgliederstruktur	Formalisierte Mitgliedschaft

Tab. 1: erweiterte tabellarische Darstellung der Autorin (Stickler 2005: 133f nach Walk/Brunnengräber 214-217)

Bezogen auf die Clean Clothes Kampagne möchte ich resümierend an diese Analyse festhalten, dass es sich bei der CCK eindeutig um einen Teil einer *Neuen Sozialen Bewegung* und keine NGO handelt. Je nach Betrachtungspunkt ist die CCK im weiteren Kontext der globalisierungskritischen Bewegungen zuzuteilen. Enger gefasst, könnten Bezeichnungen wie *Just Clothes Bewegung* (Vgl. Micheletti 2004) herangezogen werden. Diese beschäftigt sich spezifisch mit Fragen nach *decent work* im Kontext neoliberaler Umstrukturierungen und konkret mit den postfordistischen Produktionsverhältnissen. Jedoch bleibt zu betonen, dass unterschiedlichste NGOs aufgrund der Plattform-Netzwerkstruktur der Clean Clothes Kampagne sehr wohl einen wichtigen Bestandteil dieser NSB ausmachen, wodurch die verschwimmenden Grenzen wieder verdeutlicht werden. Bezüglich weiterer, konkreter Vertiefungen wird auf das empirischen Fallbeispiel in Kapitel 5 verwiesen werden.

2.2.4. Soziale Bewegungsforschung

Die soeben im vorigen Abschnitt getätigten Ausführungen beruhen zu einem großen Teil auf den Errungenschaften unterschiedlicher TheoretikerInnen, welche dem Kreis der s.g. *Sozialen Bewegungsforschung (SBF)* zuzuordnen sind. Als Konglomerat unterschiedlichster Disziplinen, stellt die SBF eine äußerst spannende theoretische Strömung dar. An dieser Stelle sollen zwecks Überblick, die wichtigsten Eckpunkte kurz erwähnt werden.

Die Ursprünge werden oft im Kontext der Ereignisse im Rahmen der 1968er-Bewegung gesehen. Aus strukturalistischer Perspektive jedoch darf keinesfalls auf signifikante, wahrscheinlich auch die eigentlichen „Urväter“ der Erforschung sozialer Bewegungen vergessen werden: Marx und Engels! Sie beschäftigten sich schon im ausklingenden 19. Jahrhundert mit diesem Phänomen. Dabei erweisen sich u.a die „Bewegungsgesetze“ nach Hegel oder auch Überlegungen von Lorenz Stein aus historischer Perspektive als äußerst relevant (Vgl. Interview2). Im 20. Jahrhundert ist eine klare Herausbildung zweier unterschiedliche Forschungszweige zu erkennen. Die kontinentale, theoretische Spaltung ist zwischen europäischer und US-amerikanischer SBF auszumachen³⁵. In Europa hätte zwar aufgrund historischer Gegebenheiten, eher auf strukturelle Ausrichtung und dem Fokus der Klassenfrage im Sinne der marxischen Tradition forciert zurückgeblickt werden können. Dies geschah jedoch kaum bzw. in keinem erschöpfenden Ausmaß. Auch konkrete theoretische Errungenschaften der Massenpsychologie, die in Europa verwurzelt wären, wurden nicht weiter geführt. Beide erwähnten Aspekte fanden eher in institutionalisierten Debatten in den USA Anklang (Vgl. ebd.).

³⁵ Selbstverständlich gab es auch in anderen Ländern oder Kontinenten Forschungen zu sozialen Bewegungen, jedoch kristallisierten sich in den USA und Europa konkrete Theorie - *hot spots* heraus.

Als renommierte AutorInnen der SB-Forschung wären bspw. neben bereits erwähnten VertreterInnen weiters folgende TheoretikerInnen zu betonen: Claus Leggewie, Werner Bergmann, Rainer Erb, Bert Klandermans, Ruud Koopmans, M.E. Keck & K. Sikkink (Virgil 2007: 95), Michael Hardt und Antonio Negri (2005), Jeff Goodwin und James M. Jasper (2003), Doug McAdam/ John D. Mc Carthy und Mayer N. Zald (1996), Doug McAdam/ Sidney Tarrow und Charles Tilly (2001), um einige zu nennen (Klandermans/Roggeband 2007: 2).

Die expliziten Kriterien für die wissenschaftliche Analyse, erweisen sich – wie bereits erwähnt – je nach disziplinärem Standpunkt unterschiedlich. Zu berücksichtigen ist, dass sich je nach Disziplin auch die Fragestellung sowie Methoden verändern.

Aus politikwissenschaftlicher Perspektive wirft bspw. der Politologe Ulrich Brand folgende Aspekte bzw. Fragen auf:

- Welche Weltgesellschaft wird angestrebt; sprich inwiefern wird der politische Status Quo ideologisch oder auch moralisch hinterfragt?
- Was sind die Ursachen für die Krise?
- Welche Rolle haben Staat und Kapital, bzw. konkrete *frames*?
- Welche Strategien, Terrain, Begrifflichkeiten und Symbole werden gewählt?
- Besteht konkreter Einfluss – bspw. als Teil einer *advocacy coalition* – auf bestehende Institutionen?
- Inwiefern werden Allianzen und Bündnisse eingegangen?
- Wie funktioniert die Balance zwischen Motivation und Frust der sozialen Bewegung?
- Welche Rolle spielen die Medien?
- Wie wirkt sich der Einfluss auf die öffentliche Meinung aus?
- Welche Lernprozesse und Veränderungen der Alltagspraxen sind zu erkennen?

(Brand 2006: 37f.)

Eine schwerwiegende Kritik an der SBF ist noch immer die Tatsache, die zu starre Orientierung an der „eigenen“ Disziplin und das teilweise fehlende Diskurs-Setting (Vgl. Michelletti 2004). Jedoch ist zu betonen, dass ab den 1980er Jahren eine leichte Trendwende diesbezüglich zu verzeichnen ist. Seit nun fast drei Dekaden besteht der Versuch transdisziplinäre Brückenschläge, wo vor allem das Engagement von Organisationen wie *International Sociological Association* (ISA), der *International Political Science Association* und die *International Society of Political Psychology* zu erwähnen sind. Gemeinsam wird das Ziel angestrebt, dieses „hybride Subfeld“ (Vgl. Smelser 2002) der SBF zu verknüpfen und den trans- sowie interdisziplinären Charakter zu stärken. Diesbezüglich zu empfehlende Literatur, ist bspw. der im Jahr 2007 erschienene Sammelband *„Handbook of social movements accross disciplines“*, wo unterschiedliche Zugänge aus den Disziplinen wie Soziologie, Kultur

und Sozialanthropologie (KSA), Politikwissenschaft, Psychologie und Geschichte vorgestellt und punktuell verknüpft werden.

Exemplarisch soll nun – nach der selektiven, politologischen Kriterienauflistung – kurz auf ausgewählte Paradigmen der Bewegungsforschung aus soziologischer-KSA Perspektive eingegangen werden, um zumindest einige theoretische Ansätze namentlich zu erwähnen:

- * Structural Strains untersucht die Sozialstruktur wie bspw. die Protestbereitschaft oder auch die Herkunft der Mitglieder einer sozialen Bewegung sowie deren Mobilisierungstechniken.
- * Collective Identity: wichtig sind in der Analyse Identitätskonstruktionen (Inklusion vs. Exklusion) innerhalb sozialer Bewegungen sowie folglich deren Handlungsarena und Steuerungsmöglichkeiten.
- * Framing analysiert konstruktivistische Aspekte einer Bewegung und wie diese gedeutet werden, wobei auf Deutungs- und Definitionsmacht fokussiert wird.
- * Ressource-Mobilisation durchleuchtet den Zusammenhang von Erfolg der Mobilisierung und der Ressourcenverfügbarkeit. Weiteres werden politische Rationalität sowie Organisation und Netzwerkstruktur einer sozialen Bewegung analysiert.
- * Political Opportunity Structures beschreibt die Untersuchung politischer Rahmenbedingungen und stellt auch internationale Vergleiche auf. Wichtig ist auch die Analyse s.g. *windows of opportunity*, also Gelegenheitsstrukturen, die von sozialen Bewegungen genutzt werden können. Strukturen und Ereignisse werden stets im Kontext des vorherrschenden politischen Systems analysiert. (Virgil 2007: 91-98)

An dieser Stelle endet der Überblick in die SBF, da für ausführlichere Schilderungen aus Platzgründen, verzichtet werden muss. Wichtig erscheint abschließend der Appell, dass gerade in der SBF eine gesteigerte Trans- bzw. Interdisziplinarität erstrebenswert ist. Nur wenn über den Tellerrand einzelner Disziplinen geschaut wird, können Phänomene wie bspw. das Wirken sozialer Bewegungen im Bekleidungssektor – z.B. Clean Clothes Kampagne – vollkommen erfasst werden. Aus diesem Grund sollen die eben geschilderten Erkenntnisse bezüglich Zivilgesellschaft und konkreter, sozialer Bewegungen nicht vergessen und vor allem voraus greifend auf die GVC-Forschung (Kapitel 4) stets mit bedacht werden.

2.3. Macht- und Herrschaftsverhältnisse innerhalb des Staates³⁶

Im Anschluss an die vorausgehenden Darstellungen sozialer Kräfteverhältnisse und spezieller, soll nun Raum für die kritische, theoretische Auseinandersetzung bezüglich bestehender (inter-)nationaler Machtverhältnisse geschaffen werden. Dabei wird vor allem der ungleiche Aktions- bzw. Interventionsrahmen unterschiedlicher Kräfte – der antagonistischen Interessen von Arbeit und Kapital – beleuchtet.

Um Machtasymmetrien innerhalb spezifischer Akteurskonstellationen zu analysieren, wird vorerst auf das Analysetool von Bob Jessop (2007), den *strategical relational approach (SRA)*³⁷ verwiesen. Dieser relativ junge theoretische Ansatz weist zwar stellenweise noch einige Argumentationslücken auf. Vor allem im Kontext der Anwendung auf internationaler Ebene, handelt es sich deshalb eher noch um einen s.g. *work in progress*-Ansatz. Trotzdem präsentiert Jessop mit seinem SRA ein progressives Instrumentarium, um vorherrschende *strategische Selektivitäten* innerhalb eines Staates wahrnehmen zu können. Als Quintessenz des Ansatzes, ist das komplexe, dialektische Zusammenspiel von Handlungen und Strukturen (Vgl. Novy 2002a) zu verstehen. Diese Interdependenz bzw. Alternierung vom Abstrakten zum Konkreten stellt Jessop in Form fünf aufeinander wirkender Ebenen dar (Jessop 2007: 42f.). Macht wird nicht als objektiv bestimmbare Gegebenheit angesehen. Sie resultiert eher aus einer Möglichkeit (*contingency*), die erst realisiert werden muss und auch nicht vorausgesehen werden kann. Macht wird als Effekt von Handlung, als Ressource verstanden, die sich aus dem Verhältnis der Akteure untereinander organisiert. Bei den aufgestellten Differenzierungen darf jedoch nicht außer Acht gelassen werden, dass einige Kräfte aufgrund strategischer Flexibilität ihre Interessen besser durchsetzen können als andere (Vgl. *transnationale Managerklasse* – siehe Kapitel 2.4.1). Bestehende Selektivitäten – strategisch oder strukturell – entstehen nicht per se mittels Bevorzugung von einzelnen Akteuren (z.B. der kapitalistischen Klasse/ Bourgeoisie). Vielmehr soll betont werden, dass bestimmte *Strategien* anstelle der Akteure privilegiert werden:

“Instead it depends on the relation between state structures and the strategies which various forces adopt towards it. The bias inscribed on the terrain of the state as a site of strategic action can only be understood as a bias relative to specific strategies pursued by specific forces to advance specific interests over a given time horizon in terms of a specific set of other forces each advancing their own interests through specific strategies.”

(Jessop 1990: 10 zitiert nach Brand 2009: 12)

³⁶ Abhandlungen zu Macht und Herrschaftsverhältnissen siehe theoretische Erkenntnisse vorheriger Untersuchungen (siehe: Just/ Kornherr/ Litzka/ Oppermann 2009)

³⁷ Theoretische Ursprünge des SRA befinden sich in der deutschen Staatstheorie, Regulationstheorie und der „chilenischen“ Biologie. Letzteres ist auf die *Autopoiesis-These* von Humberto Romesin Maturana (1969) mit Bezug auf rekursive, interdependente Lebensformen zurückzuführen.

In weiterer Hinsicht auf strategische Selektivitäten, erweist sich der institutionelle Staat aus staatstheoretischer Sicht – wie bereits erläutert – dreifach als bedeutend. *Erstens* als der *Ort* – Raum, wo sich strategische Selektivitäten systematisch verdichten. *Zweitens* als schaffender *Produzent* – Strategien werden mittels Logik der Apparate entwickelt, die dem Staat formale Kohärenz zusichern. *Drittens* als das *Produkt* – der Staat als Ergebnis vergangener, historischer Strategien. (Jessop 2007: 37)

„Strategische Selektivität besteht hinsichtlich spezifischer Konfigurationen im Staatsapparat mit ihren eigenen Macht- und Handlungsmodi, Herrschafts- und Unterwerfungsformen, relativen Autonomien und ihrer Einheit. Das heißt, es gibt nicht einen Modus oder eine Form strategischer Selektivität. Die gesellschaftlichen raumzeitlichen Fixierungen haben für Jessop daher eine strategische und eine strukturelle Dimension.“ (Jessop 2002: 48ff.; Brand 2009: 12)

Die Tatsache, dass Akteure strategische Selektivitäten erkennen und reflektieren können, eröffnet die Option eigene Handlungen und Strategien dementsprechend zu adaptieren und orientieren. Dieser Aspekt, stellt wie schon mehrmals erwähnt, eines der zentralen Hauptanliegen meiner Forschung dar. Wie können zivilgesellschaftliche Akteure – die Clean Clothes Kampagne – sich über strategische Gegebenheiten und Möglichkeiten klarer werden, um ihre Interessen in Hinsicht auf ihre Zielsetzung effizienter umzusetzen? Vor allem wenn berücksichtigt wird, dass eingebettet in gesellschaftliche Strukturen, sich entweder beschränkende *structural* oder ermöglichende *conjunctural* Momente ergeben (ebd.: 44). Ob die Akteure im Stande sind, einen Strategiewandel zu verfolgen, hängt von folgenden Faktoren ab: wie bspw. der konkreten Situation und Ressourcenlage, dem Akteur, gewählter Strategien oder dem raum-zeitlichem Horizont (ebd.:40). Zusammenfassend ist anzumerken, dass sich der SRA – in Ergänzung der vorher präsentierten staatstheoretischen Überlegungen bezüglich sozialer Kräfteverhältnisse – für Akteursanalysen sehr gut eignet. Strukturelle Einschränkungen und Möglichkeiten der Akteure, müssen in den Analysen besonders beachtet werden. Ebenso reflektiert werden sollte die Frage nach dem Verhältnis zwischen subjektiven und objektiven Interessen sowie dem Konfliktpotential aufgrund der Fusion multipler Subjektpositionen in einer AkteurIn.

Anschließend an diese eher abstrakte, aber hinsichtlich Strategiebildung essentiellen theoretische Darstellungen des SRA, soll nun der Versuch gestartet werden, konkrete Querverweise für Akteure im Bekleidungssektor zu ziehen. Einerseits wird der theoretische Fokus im folgenden Abschnitt, auf Erkenntnisse von Foucault gerichtet. Andererseits werden im konkreten Kontext der Arbeitskämpfe bzw. Kämpfe um menschenwürdige Lebensbedingungen, auch Überlegungen von Susan Strange berücksichtigt. Explizit möchte ich auf die von Strange vorgestellten vier Faktoren der *strukturellen Macht* (Sicherheitsstruktur, Produktionsstruktur, Finanzstruktur, Wissensstruktur) Bezug zu nehmen (Vgl. Strange 1998). Susan Strange erscheint deshalb relevant, da sie Macht nicht

ausschließlich an bestimmten Ressourcen festmacht. Auch im Allgemeinen eher als „schwach“ bezeichnete Akteure, können durch alternative Strategien ihre Interessen durchsetzen. Anknüpfend an die Überlegungen von Bob Jessop und seinem Konzept strategischer Selektivitäten ergibt sich daraus folgend ein interessantes Spektrum. *Rationalität* ist für Strange nicht gleichzusetzen mit Nutzenmaximierung im klassischen Sinne. Sie geht dabei von keiner festen Reihung von Präferenzen und Entscheidungen aus, sondern sieht diese stets in Interaktion mit anderen Akteuren stattfinden (*tradeoffs*). Die spezifische Rationalität – bezüglich konkreter Handlungen – entsteht also in diesem strukturellen Kontext. Interessant wären also Fragen wie: Welche *tradeoffs* werden unter vorliegender Prioritätensetzung in Kauf genommen? Wo kristallisieren sich elementare Kernpunkte der Akteursinteressen heraus, die nicht aufgegeben werden können. Aber auch die Kooperationsformen innerhalb bestehender Machtverhältnissen, erweisen sich als spannend. Zu hinterfragen ist bspw. explizit die bisherige – eher als kooperativ zu bezeichnende – Herangehensweise der Clean Clothes Kampagne³⁸. Verstanden werden kann dies im Kontext zu den bereits zuzeiten von Rosa Luxemburg getätigten Überlegungen und der essentiellen, aber stets unbeantworteten Frage: „*Reform oder Revolution*“?! Weiters ist es wichtig, inwiefern und in welcher Art und Weise die eigene Positionierung erfolgt bzw. wahrgenommen wird. Verstehen sich Akteure sozialer Bewegungen dem vorherrschenden System immanent oder als Teil einer revolutionären Counter-Bewegung, die sich tatsächlich und vehement gegen den *Status Quo* auflehnt?!

Zurückkommend auf machtspezifische Elemente, sei betont dass bei Michel Foucault (1969) Macht³⁹, vor allem auch in Bezug auf die spezifische Form der Etablierung unterschiedlicher diskursiver Mechanismen und Trends sowie dessen *Vergesellschaftung* eine bedeutende Rolle spielt (Demirović 2008a: 193). Diskurse beziehen sich auf spezifische Bereiche und vermögen soziale Realitäten zu konstruieren. Als Diskurs werden auch symbolische bzw. semantische Anordnungen von Verständnissen gemeint (Nohlen/Schultze 2005: 166). Diskursive Praxen bezeichnet die Art und Weise, *wie* Themen diskutiert, dargestellt oder auch priorisiert werden. Die Aspekte der Definitionsmacht und des so genannten *agenda settings* sind aufgrund der bedeutenden Relevanz besonders zu berücksichtigen. In Hinsicht auf die vorliegende Fragestellung ergibt sich m.E. die konkrete Bezugnahme auf den Diskurs globaler Produktion in Relation zu menschenwürdiger Arbeits- und Lebensbedingungen einerseits. Sowie andererseits dem Anspruch auf globale Fairness bzw. Solidarität, was unter

³⁸ Einschätzungsweise zeichnen sich die CCK vorwiegend durch ihre Potential der Skandalisierung vorherrschender Arbeitsbedingungen aus. Wie auch die Koordinatorin der CCK Österreich Michalea Königshofer bemerkt, erfolgte jedoch bis dato selten explizite Kritik am kapitalistischen System (Interview4).

³⁹ Dabei darf nicht vergessen werden, dass Foucault in unterschiedlichste Kategorien wie juristische, disziplinäre oder gouvernementale Macht (Vgl. Foucault 1969) sowie verschiedenen Gesichter der Macht differenziert (detaillierte Analyse dazu Vgl. Digeser 1992).

dem Begriff Soziale Verantwortung zusammengefasst werden kann. Diese Elemente sind stets relational zu den herrschenden, vermachteten Rahmenbedingungen wahrzunehmen.

In Bezug auf diskursive Praxen und Definitionsmacht ist an diesem Punkt ein spezifisches Merkmal an der materialistischen Staatstheorie zu bemängeln. Hinsichtlich der Abhandlungen von Kräfteverhältnissen, liegt der Fokus vorwiegend auf klassenspezifischen Elementen. Diese *Fetischisierung* des Konflikts zwischen Arbeit und Kapital, blendet jedoch in der Analyse nur allzu oft andere Asymmetrien aus. Dazu zählen soziale Ungleichheiten wie bspw. im Kontext von Geschlecht, Gender, Ethnie oder geopolitischer post-kolonialer Herrschaftskonstellationen (Stichwort: Nord-Süd-Verhältnisse). Vor allem seitens der feministischen Theorie wird dieses Defizit des Öfteren kritisiert (Vgl. Sauer 2001/2003; Vgl. Fischer 2008). Nachdem plurale und partiell doppelt wirkende Merkmale gegebener Herrschaftsverhältnisse häufig in der Analyse ausgeklammert werden, startet diese vorliegenden Untersuchung einen Gegenversuch. Vor allem die feministische Kritik muss im Konkreten stets reflektiert und berücksichtigt werden. Darf nicht vergessen werden, dass der Frauenanteil der Beschäftigten in der Produktion von Bekleidung und Textilien, bei bis zu 80-90% liegt (CCC 2009: 55). Deshalb ist in einer profunden Analyse sozialer Bewegungen im Bekleidungssektor auch stets die feministische Theorie zu verankern.

Aus einer allgemeineren Betrachtungsweise ist anzumerken, dass sich die Ausgangspositionen von transnationalen Konzernen – verglichen mit jenen von ArbeiterInnen bzw. deren Solidarisierten, wie bspw. auch AktivistInnen sozialer Bewegungen – in vielerlei Hinsicht als unverhältnismäßig erweisen. Bezüglich der erwähnten Ungleichheit der Ressourcenausstattung passt bspw. sehr gut die Metapher von „David vs. Goliath“. Andererseits könnte auch hinsichtlich des enormen Grades an Betroffenheit, von einer Masse der Marginalisierten gesprochen werden. In Anknüpfung an diese Überlegungen und diskursanalytische Erkenntnisse nach Foucault, beschäftigt mich die Frage rund um die Rolle des öffentlichen Images von Modekonzernen und wie dieses öffentlich diskursiv etabliert bzw. demontiert wird. Kappeller resümiert Foucaults essentiellen Aspekte der Diskursanalyse, als „Definitionsmacht oder Organisation des Feldes von Aussagen“ (Kappeller 2008: 261). Dies kann des Weiteren auch konkret, als Relevanz der intendierten Kontextualisierung oder *Lesen zwischen den Zeilen* verstanden werden. Mit Kappellers Worten bedeutet das:

„Aussagen sind durch das definiert, womit sie in Beziehung stehen.“ (ebd.: 260)

Konkret gesagt kritisieren zivilgesellschaftliche Akteure wie bspw. die Clean Clothes Kampagne, dass global tätige Modekonzerne wie bspw. H&M, Nike, Zara, Puma, GAP und Co. zwar einerseits für ihre Selbstdarstellung und ihr „soziales“ Image viel Geld ausgeben.

Sozialprojekte werden medienwirksam unterstützt und ehemalige Marketing-Abteilungen mit einem *Corporate Social Responsibility* (CSR)-Feigenblatt der Unternehmensverantwortung bestückt. Soziale Bewegungen sehen auch die Einführung ökologisch verträglicher Biobaumwoll- bzw. Organic Cotton-Kollektionslinien häufig als gekonnt und berechnende Instrumentalisierung für Marketing- und Werbezwecke. Diese halbherzigen, nur partiell erfolgenden CSR-Bestrebungen erwecken jedoch den Eindruck eines vehementen Versuches, von allgemein vorherrschenden menschenunwürdigen Arbeitsbedingungen oder auch Arbeitsrechtsverletzungen in der Produktion abzulenken.⁴⁰ Die relevante Frage ergibt sich bis wieweit dieses makellose Image für TNK einen wunden Punkt, also ein *window of opportunity* für soziale Bewegungen darstellt. Obwohl diese Hinterfragung sich eigentlich als obsolet herausstellt; denn ausbeuterische (Kinder-)Arbeit ist vor allem in westlichen Industrienationen nicht das beste Verkaufsargument. Trotzdem ergibt sich eine zu untersuchende Diskrepanz zwischen KonsumentInnen-Bewusstsein, im Verhältnis zu (un)bewusster Ignoranz von Missständen alltäglicher Produktionsbedingungen und der diskursiven Schadensbegrenzung von TNK, durch einen professionellen CSR-Marketing-Mix. Dieser diskursanalytische Bezugsrahmen führt zurück zu theoretischen Überlegungen. Diskurse bilden wie dargestellt ein bemachtetes Feld und werden innerhalb der (inter-)nationalen Ebene von Akteuren des integralen Staates geprägt, was an dieser Stelle die Verknüpfung zur Staatstheorie verdeutlicht. Die spezifische Strategiewahl TNK, welche Kontext des vorherrschenden CSR-Booms wieder zuerkennen ist, muss im Zusammenhang mit dem bereits erwähnten *strategical related approach* gesetzt werden. Für die Strategiewahl einzelner AkteurInnen ist dies relevant und umfasst folgende drei Aspekte:

Erstens: der Referenzrahmen – Im konkreten Fall der Thematik der Diplomarbeit wird hierfür jener des Welthandels und dessen „Spielregeln“ des freien Marktes vs. globalgesellschaftlicher Ethik herangezogen. Das internationale, institutionelle Gefüge und dessen Einfluss darf in der Analyse nicht außer Acht gelassen werden. Spannend erweist sich diesbezüglich, der von Stephan Gill und Hans-Jürgen Bieling geprägte *new constitutionalism*, welcher später im Kapitel 2.4.1. im Kontext aktueller Transformationsprozesse konkret besprochen wird. Es gilt zu hinterfragen wie sich der *anscheinend* hegemoniale Konsens – bezüglich neoliberaler Priorisierung wirtschaftlicher Interessen vor sozio-kulturellen oder auch ökologischen Interessen – genau verdinglicht. *Anscheinend* wird deshalb an dieser Stelle verwendet, da gerade soziale Bewegungen, wie die CCK oder auch andere so genannte *grassroot* Organisationen oder AktivistInnen der *no sweatshop/ just clothes* Bewegung ihre Zustimmung zu herrschenden Zustände verweigern und diese anzweifeln.

⁴⁰ Konkrete Bsp. hierfür zu finden unter: www.cleanclothes.at/ www.cleanclothes.org

Zweitens: die unterschiedlichen Subjektpositionen der Akteure – Im Bekleidungssektor erweisen sich diese, als äußerst heterogen. Die bereits angesprochene Verworrenheit der involvierten *stakeholder*, erstreckt sich entlang der extrem komplexen Wertschöpfungskette. Exemplarisch sind diesbezüglich folgende stakeholder zu nennen: ausgehend von Positionen der BaumwollpflückerInnen in bspw. Westafrika, Usbekistans oder auch den hochindustrialisierten USA – um die wichtigsten baumwollproduzierenden Regionen anzusprechen – bis zu GarnproduzentInnen in Indien, über unterschiedliche ProduzentInnen in China, Osteuropa oder Lateinamerika, zu SpediteurInnen, EigentümerInnen (Fabriken/Marken), VerkäuferInnen im Einzelhandel bis hin zur KonsumentInnen-Ebene. Alle erwähnten Akteure vertreten heterogene Interessen und auch die einzelnen Artikulationsmöglichkeiten ergeben sich als äußerst unterschiedlich. In Hinblick auf Artikulationsoptionen ist auf bestehende Abhängigkeiten – z.B AuftraggeberInnen – zu verweisen.

Drittens: die Organisation der Aussagen – Wie bereits erwähnt bezeichnet dieser Punkt die faktische Ausgestaltung eines bestimmten Diskurses. Nochmals kann an dieser Stelle auf die teils widersprüchlichen Praktiken TNK verwiesen werden. Einerseits werden Unsummen ausgegeben, um ein gewisses Image zu kreieren oder zu bewahren. In diesem Kontext ist der Bezug zum aktuellen CSR-Boom zu erwähnen. Jedes namhafte Unternehmen der Modebranche, weist heutzutage in der eigenen Unternehmensdarstellung auf diverse CSR-Bestrebungen hin. Es existieren eigene Rubriken auf den jeweiligen Homepages, eigens formulierte Verhaltenskodizes bzw. innovativ kreierte Gütesiegel oder manchmal sogar konkrete CSR-Beauftragte. Oft handelt es sich jedoch lediglich nur um eine Umbenennung ehemaliger Marketing bzw. PR-Abteilungen, was wiederum die Aussage bestätigt, CSR als neues Marketinginstrument entdeckt zu haben (Interview 1). Die gezielte Organisation von Aussagen bewirkt, dass großzügige meist medial wirksam transportierte Lippenbekenntnisse, welche heutzutage eigentlich schon oft fast als Schein-CSR bezeichnet werden können. Dieser Umstand hat wiederum den Effekt, dass sich jene KonsumentInnen, die sich des Diskurses um globale Produktion und Arbeitsverhältnisse bewusst sind, fortschreitend verunsichert fühlen. Verunsichert deshalb, da es keine einheitlichen Bewertungskriterien gibt. Der Fokus kann deshalb durchaus stark bspw. zwischen ökologischer und sozialer Verträglichkeit variieren. Weiters wird beanstandet die Art und Weise der Durchführung von Kontrollen oft intransparent erfolgt und die Unabhängigkeit der Überprüfungsorganisationen nicht immer gegeben ist. Mehr Transparenz und Aufklärungsarbeit sowie -material im Dschungel der vorherrschenden Gütesiegel wird von KonsumentInnenseite vehement gefordert. Aus diesem Grunde kann festgehalten werden, dass es ein gewisses Sicherheitsbedürfnis auf Seiten der EndverbraucherInnen zu stillen gilt.

Mit diesem Aspekt eng verbunden stellt sich aus sozialwissenschaftlicher Perspektive die Frage, in welchem Ausmaß einerseits das ethisch-korrekte Nachhaltigkeits-„*Gerede*“ transnationaler Konzerne sich als relevant erweist. Andererseits bleibt die Frage offen, ob es sich diesbezüglich lediglich um an an der Oberfläche bleibenden Versprechen handelt, die den realen Alltagspraxen nicht übereinstimmen? Weiter gesponnen dreht es sich um die Frage, warum TNK die öffentliche Legitimität bzw. *saubere Weste* brauchen? Wie kann dieser vorliegende Abhängigkeitsaspekt effizienter für die Anliegen sozialer Bewegungen, zugunsten realer Verbesserung internationaler Arbeitsbedingungen nutzbar gemacht werden? Die Antwort wäre doch schlicht und einfach, da es schließlich die abnehmende Zielgruppe der EndkonsumentInnen ist, die verbesserte Arbeitsbedingen fordern und verlangen sollten. Ohne die bemachtete Kaufkraft und damit verbundene Einflussmöglichkeiten unreflektiert zu glorifizieren, sollte dieser *Druckausübungsmechanismus* nicht gänzlich unbeachtet bleiben. Verkürzt, fast schon blauäugig wäre jedoch die Annahme Missstände in der globalen Bekleidungsindustrie ausschließlich über die Ebene der KonsumentInnen und deren Handlungsspielräume lösen zu können. Auch wenn einerseits bereits Bücher darüber geschrieben worden sind, deren Titel verheißen *mit Konsum die Welt retten zu können*. Andererseits dürfen altruistische Annahmen nicht pauschal verallgemeinert werden. Viele KonsumentInnen wären vielleicht sogar schon auf Probleme bzw. Arbeitsrechtsverletzungen in der Bekleidungsindustrie sensibilisiert, zeugen jedoch kaum Zeichen der Solidarität oder verfügen nicht über die dementsprechende ökonomische Kaufkraft und können sich fairer produzierte Kleidung aus eigenen persönlichen Zwängen nicht leisten. Der erste Aspekt, dass einige Leute – dem neoliberalen und individualistisch betonten System angepasst – egozentrisch denken und sich nicht mit den Problemen anderer – bspw. von NäherInnen der Produktionsländer – beschäftigen wollen, darf in der Analyse nicht ausgeblendet werden. Abschließend zu den getätigten Gedanken dieses Abschnitts resümieren Kappellers Worte passen die zu berücksichtigende Quintessenz:

„Nicht Diskurse produzieren Machtstrukturen (obwohl sie solche natürlich stützen können), sondern durch Machtverhältnisse strukturierte Praktiken produzieren sich Diskurse.“
(Kappeller 2008: 263)

2.4. Internationalisierung des Staates und Transformation gesellschaftlicher Verhältnisse

In den vorhergehenden Abhandlungen wurden soziale Kräfteverhältnisse vorwiegend innerhalb eines Nationalstaates angesprochen. Im bisherigen Abschnitt oder auch schon in der Einleitung wurde bereits darauf hingewiesen, dass sich jedoch vor allem auf internationaler Ebene, polit-ökonomische Konstellationen im Wandel befinden. Diese weisen dementsprechend interdependente Auswirkungen auf umfassende Bereiche und Aspekte von Staatlichkeit auf. Internationalisierung des Staates (IdS) beschreibt die prozessualen Veränderungen der Verfasstheit von Staaten und Staatensystem im Zeitalter des Neoliberalismus. Das Wirken sozialer Kräfte auf internationalem Terrain wird speziell im Kontext von Regimen, Institutionen etc. erkenntlich. Es ergibt sich auf internationaler Ebene als *Verdichtung zweiter Ordnung* bzw. Strukturen der sekundären Verflechtung (Vgl. Brand/Görg/Wissen 2007). Der Begriff der Verdichtung kommt – wie bereits des Öfteren erwähnt – bei Poulantzas vor und wird vom erwähnten Autorenkollektiv auf die internationale Ebene verlagert. Interessen verdichten sich materiell, sowohl im internationalen System als auch auf staatlicher Ebene. Das geschieht in beiden Fällen mittels sozialer Kämpfe in Form konfliktiver Suchprozesse und Kompromissen. Es sollte auch der Rückkopplungseffekt (ähnlich eines Bumerangeffekts) zwischen Materialisierung und Verdichtung nicht vernachlässigt werden, da dieser strukturellen Einfluss mit sich bringt (Vgl. ebd.; Demirović 2008b: 45). Unter dem Begriff IdS wird im Allgemeinen einerseits die Praxis der Politikharmonisierung (Cox 1998: 57) sowie andererseits die Verschiebung von Kompetenzen entlang existierender *scales* verstanden.

Dieser auf räumlicher (*scales*) und sozialer Ebene stattfindende Umstrukturierungs- und Diversifizierungsprozess, kann grob anhand folgender Dimensionen (Vgl. nach Demirović 2007: 137f) dargestellt werden:

Erstens: Privatisierungs- und Deregulierungsprozesse – Internationalisierung der Produktion und der steigende Stellenwert des Finanzmarktes im sich wandelnden Akkumulationsregime sowie der Umbruch in eine Wissensgesellschaft, müssen in ständiger Wechselwirkung mit Reformen politischer Strukturen kontextualisiert werden.

Zweitens: steigende Komplexität internationaler Akteurskonstellationen – Die Kontinuität der sich verändernden Regulationsformen politischer Prozesse von *government* zu *governance* ist deutlich zu erkennen. Dies begründet die Notwendigkeit stetiger Vernetzung und Kooperation, des so genannten *Netzwerkregierens* (Vgl. Bieling 2001). Die Herausbildung unzähliger (in)formeller Regime – vor allem privater Akteure – ist eine weitere, sich abzeichnende Konsequenz. Auf die Machtasymmetrien staatlicher und nicht-staatlicher

Akteure innerhalb der *relativ* neu arrangierten Konstellationen wird im von AutorInnen im internationalen Kontext unter dem Begriff des *Global Governance* Ansatzes eingegangen.

Drittens: Scales-Debatte und *Re-Regulierung* – Nach Erkenntnissen der *critical radical geography*⁴¹ ist eine bewusst intendierte, selektive Politisierung vereinzelter politischer Handlungsebenen zu beobachten. Die Relevanz und Konsequenzen von Multiskalarität und (Re-) Regionalisierungsprozessen – wie bspw. Etablierung supranationaler Staatsgebilde z.B. EU – werden in Bezug auf theoretische Überlegungen des *Neuen Konstitutionalismus*, im nächsten Abschnitt erneut aufgegriffen. Auf letzteren Punkt bezieht sich ebenfalls Stephen Gill, der den Begriff des *Neuen Konstitutionalismus* in die IPÖ-Debatte quasi eingeführt hat und diesen prägt. Als weitere zu beobachtende Entwicklungstendenzen global transformierender Gesellschaftsverhältnisse erwähnt er zusätzlich den steigenden *disziplinierenden Charakter des Neoliberalismus* und die *Kultur des Marktes* (Vgl. Gill 2000).

Anknüpfend an die dimensional weit reichende Bedeutung der Transformationsprozesse von Staatlichkeit, muss der Kontext sozialer Kämpfe neu überdacht werden. Um bspw. die Verbindung zwischen Internationalisierung der Produktion und der des Staates angemessen nachvollziehen zu können, ist es notwendig verstärkt in globalen Herrschaftsverhältnissen zu denken (Cox 1998:62). Bisher konzentrierte sich der analytische Betrachtungsfokus u.a. von Klassenstrukturen auf nationale Bezugsrahmen. Dieser erweist sich in Zeiten einer globalisierten Gesellschaft als überholt oder einfach nicht tief greifend genug. Deshalb muss die Analyse adäquat adaptiert und auf mehrere Ebenen skaliert und gedacht werden. Bezüglich sozialer Kräfteverhältnisse sind Interdependenzen sowie die Kooperationsfähigkeit einzelner Akteure besonders interessant. Es gilt zu untersuchen inwiefern welche Akteure besser in der Lage sind, sich diesen veränderten Umständen anzupassen und mittels gezielter Allianzen ihre Interessen strategisch durchzusetzen. Vor allem auf zivilgesellschaftlichem Terrain ergeben sich ganz neue Optionen, die es zu beobachten gilt.

Spannend erweist sich diesbezüglich auch fortwährend die – in Kontinuität marxistischer Tradition – Herangehensweise, die *Klassenfrage* zwischen Arbeit und Kapital zu stellen. Spannend deshalb, da manche WissenschaftlerInnen s.g. *Think Tanks* – vor allem VertreterInnen des Neoliberalismus – diesen Denkansatz in Zeiten erodierendem Klassenbewusstseins als obsolet ansehen. Begründet wird diese Haltung oftmals mit dem Verweis auf die sich wandelnden gesellschaftlichen Verhältnisse, was zur Erosion des traditionellen Klassenverständnis führt. Hinzu kommt aber auch eine sich wandelnde, subjektive Wahrnehmungen und dem Resultat gesteigerter Individualisierung (Stichwort: egozentrischer Ellenbogentaktik). Diese Aspekte beeinflussen bspw. auch zu einem gewissen Teil gewerkschaftliche Arbeit und gilt deshalb als ein Hindernis kollektiver

⁴¹ VertreterInnen im deutschsprachigen Raum wären bspw.: Markus Wissen, Bernd Röttger, Birgit Mayer etc.

Interessenvertretung. Unkommentiert kann diese Argumentation jedoch nicht im Raum stehen bleiben. Es mag eventuell in westlichen Industrienationen, aufgrund postfordistischer Entwicklungen der letzten Dekaden – bspw. zurückzuführen auf andere Betriebs- und Vertretungsstrukturen sowie soeben angesprochene veränderte subjektive Wahrnehmungswelten – partiell zutreffen. Ebenfalls erkenntlich wird diese klassenspezifische Rollenverschiebung anhand der steigenden Relevanz des tertiären Sektors. Die damit verbundene Hinwendung in Richtung Dienstleistungsgesellschaft, hat die Wahrnehmung innerhalb der ArbeitnehmernInnenklasse drastisch verändert. Speziell im westlichen Raum, der kapitalistischen Zentren, ist ein stetiger Industrierückgang bei gleichzeitiger *Verdienstleistungsgesellschaftung* zu bemerken. Weshalb sich die entscheidende Frage stellt: Wer fühlt sich heute eigentlich noch der ArbeiterInnenklasse, dem Proletariat zugehörig?! Dazu kommen organisatorisch-strukturelle Veränderungen, wie bspw. jene von industriellen Massenbetrieben zu atypischen, prekarierten Beschäftigungsformen. Letzteres äußert sich in Form des anhaltenden Booms so genannter Ich-AGs, welcher sich in vielen europäischen Ländern oder den USA abzeichnet. Trotz dieser offensichtlichen polit-ökonomischen Veränderungen kann der Argumentationsstrang des *Klassenkampfes* nicht einfach vom Tisch gefegt werden.⁴² Überspitzt gesagt, würde diese totale Absage an eine kollektive Identitätsbildung, gleichsam wiederum fast ein Zeichen sich durchsetzender hegemonialer Interessen asymmetrischer Kräfteverhältnisse – zu Gunsten des Kapitals – manifestieren. Herunter gebrochen auf den kleinsten Nenner ist dieses Argument auch wie folgt zu deuten: die kapitalistische Klasse hat mittels gezielter, intensivster Intervention geschafft, das kollektive Bewusstsein von ArbeitnehmerInnen zu spalten. In Form von steigendem Konkurrenzdruck werden sie gegeneinander auszuspielen und das *Proletariat* somit fundamental geschwächt. Ein weiteres praktisches Bsp. wäre der Umstand, dass der erwähnte steigende Konkurrenz- und Wettbewerbsdruck zu zunehmender Selbstaussbeutung führt. Gerade in wirtschaftlich schlechteren Zeiten – wie bspw. im Kontext der internationalen Finanz- und Wirtschaftskrise von 2008f. – erbringen ArbeitnehmerInnen größere Opfer (Lohnverzicht, Zeitausgleich, unbezahlte Überstunden). Die Angst um den Verlust des eigenen Arbeitsplatzes sitzt den Betroffenen stets im Nacken. Diese Effekte stehen im Zusammenhang mit der Feststellung, dass es aufgrund wirtschaftspolitischer Umgestaltungen, zu einer Aufkündigung des fordistischen Klassenkompromisses gekommen ist (Vgl. Demirović 2007).

⁴² Ein Kritikpunkt, den Poulantzas bspw. schon seinerzeit in den 1970er beanstandete und scharf kritisiert hatte, war die Ignoranz gegenüber bestehender Klassenkämpfen in den Debatten des so genannten konservativen *mainstreams* (Poulantzas 2002: 155).

Auf nationaler Ebene – vor allem im europäischen Kontext – sind Tendenzen vom Kompromissmodell des Wohlfahrtsstaates der Nachkriegszeit, zum konkurrenzorientierten, schumpeterianischen Wettbewerbsstaat⁴³ (ebd.: 137; Vgl. Jessop) zu erkennen. Diese Merkmale gelten für die andauernden Transformationen markant. Das Modell des keynsianistischen Wohlfahrtsstaates war nach 1945 das vorherrschende Modell in großen Teilen Europas weit verbreitet. Zu Zeiten der importsubstituierenden Industrialisierung (ISI) in den 1960er Jahren, formierte sich auch in so genannten Entwicklungsländern eine spezielle Form des *peripheren Entwicklungsstaates* (Vgl. Joachim Becker). Dieser Aspekt ist von großer Bedeutung, wenn bedacht wird wie kritisch es heutzutage – nach neoliberalen Umstrukturierungen à Strukturanpassungsprogramme der Weltbank und IWF – oftmals um wohlfahrtsstaatliche Komponenten in Ländern des globalen Südens bestellt steht. Zusammenfassend ist zu betonen, dass der Faktor Kapital gegenüber dem Faktor Arbeit stetig an Gewichtung zunimmt. Polarisierend ist der gesellschaftliche Fokus auf Profit und monetäre Belangen gerichtet, welche Fragen der sozialen Verantwortung realpolitisch zunehmend marginalisieren oder verdrängen. Als konkretes Bsp. ist der Rückgang des Wohlfahrtsstaats oder auch Abbau des Sozialstaats bezeichnend sowie die schwindende soziale Kohäsion zu nennen. Die gesellschaftliche Umverteilung erfolgt nach dem – sonst eher erstrebenswerten – *bottom-up-Prinzip*, nämlich verstärkt von dem sozio-ökonomisch schwächeren, *unteren* Bevölkerungsschichten nach *oben*. Im Wesentlichen ist konkret zu beobachten, dass einerseits aktuell ein fiskalpolitischer Trend erkennbar ist, der zu verbreiteten Steuersenkungen bzw. -erleichterungen mit sich zieht. Genau genommen kommt dies verteilungstechnisch eher KapitalbesitzerInnen zugute. Als konkrete Bsp. wären Abschaffung der Schenkungs-, Erbschafts-, Vermögenssteuer in Österreich zu nennen (Vgl. Onaran 2007; Redak 2003). Andererseits werden bspw. innerhalb des Wirtschafts- und Währungsraumes der Europäischen Union Sozialausgaben aufgrund von streng auferlegten monetären Kriterien – zur Vermeidung von Budgetdefiziten – gekürzt. Vor allem sozio-ökonomisch schwächere Teile der Gesellschaft, die von öffentlichen Sozialleistungen abhängig sind, trifft dies am härtesten. Der stetige Verweis auf „globale Sachzwänge“ (Vgl. Blätter für deutsche und internationale Politik 2006) dienen politischen Verantwortlichen, um Legitimität für diverse Reformen zu erlangen. Vor allem so genannte Entwicklungsländer spüren die Konsequenzen des schlanken Staates⁴⁴ und gleichzeitig steigender sozialer Asymmetrien schon seit Längerem sehr deutlich. Es zeichnet sich ein Wandel des Staatsverständnisses vom „produzierenden“ zum „gewährleistenden“ und hin zum

⁴³ Hans-Jürgen Bieling umschreibt die *schumpeterianische Modernisierungsphilosophie* als einen Mix aus spezialisierter Industrie- und Infrastrukturpolitik, der Förderung von Innovation vor allem in kapitalintensivem Kontext sowie der Betonung des Humankapitals und des treibenden betriebswirtschaftlichen Gedanken (Bieling 2001: 229).

⁴⁴ Der Begriff *schlanker Staat* wird u.a. im Kontext kritischer Entwicklungstheorien als erzwungener Sozialabbau, im Kontext der Schuldenkrise der 1980er Jahre und den konditionalisierten SAPs gesehen.

„aktivierenden“ Staat ab (Vgl. Bieling 2001; Schuppert/Zürn 2008). Der Staat ist demnach zwar weiterhin für die Bereitstellung bestimmter Strukturen und Leistungen zugunsten des Allgemeinwohls zuständig, muss diese jedoch nicht notwendigerweise selbst erbringen: sie werden dezentralisiert. Ehemals öffentliche Aufgaben werden in den zivilgesellschaftlichen oder privaten Sektor ausgelagert. Diese Tendenz des regulatorischen Paradigmenwechsels von *government* zu *governance* schmälert den staatlichen Einflussrahmen. Im Verständnis des *integralen Staaten*, führt das zu kollektiv-staatlichen Gestaltungseinbußen.

Eine andere Begleiterscheinung ist der Aspekt, dass vor allem sozial-partnerschaftliche oder korporatistische Politikformen der Interessenabstimmungen sukzessive dekonstruiert werden. Diese Mechanismen haben sich in kapitalistischen Zentren ab Mitte des 20. Jahrhunderts im Zuge der ArbeiterInnenbewegung vielerorts verfestigt. In den Produktionsländern des globalen Südens – die größtenteils unterschiedlichst ausgeprägte Kolonialgeschichte vorweisen – haben sich Bewegungen der Interessensvertretung von ArbeitnehmerInnen bedeutend schwächer entwickelt. Umstrukturierungen der Produktionsprozesse spielen in diesem Zusammenhang ebenfalls eine signifikante Rolle. Im anschließenden Kapitel wird auf die sich verändernden Formen der Beschäftigungsverhältnisse sowie den Umstieg von Industrie- auf Dienstleistungssektor in kapitalistischen Zentren und den Effekten intensiver Auslagerungen der Produktion in s.g. Billiglohnländer eingegangen. Aber auch traditionelle Formen der Interessenvertretung von ArbeitnehmerInnen, wie bspw. die repräsentative Gewerkschaftsarbeit, werden einem qualitativen Wandel unterzogen. Gewerkschaften erleiden einerseits Vertrauensverlust ihrer Klientel – spezifisch in Österreich auch zum Teil auch verstärkt durch das Bekanntwerden einzelner Skandale (Vgl. ÖGB-Krise und Karibikgeschäfte 2007). Sie verlieren aufgrund des Abbaus korporatistischer Formen des Sozialstaats zunehmend an Artikulationsoptionen. Zusätzlich dezimieren sich konkrete, gewerkschaftliche Partizipationsmöglichkeiten und somit schwindet der Einfluss auf arbeitspolitische Entscheidungsprozesse. Zurückzuführen ist dies u.a. auf die Schwächung tripartitärer Strukturen (VertreterInnen aus Regierung/ ArbeitgeberInnen und ArbeitnehmerInnen), was wiederum charakteristisch für das fordistische Konkordanzmodell des Wohlfahrtsstaates war. Die kompetitive Deregulierung (Vgl. Bieling 2001: 224) führt zunehmend zu steigender Konkurrenz und unsicherem Bangen um den eigenen Arbeitsplatz. Es kann deshalb durchaus behauptet werden, dass gemäß dem Motto „sich selbst der/ die Nächste sein“ eine gewisse gesellschaftliche Entsolidarisierung zu erkennen ist. Von manchen wird dies als regelrechte Spaltung der ArbeitnehmerInnenschaft (Demirović 2007: 142) aufgefasst. Diese Konsequenz neoliberaler Überbetonung individualistischer statt kollektiver Interessensaspekte, aber auch die Problematik mehrere vereinter Identitätselemente in einem Subjekt fällt ins Gewicht und schwächen die ArbeitnehmerInnenklasse bezüglich eigener Wahrnehmung und Identitätskonstruktion.

Als spannenden Punkt entpuppt sich die Frage, inwiefern diese solidarischen Gräben der ArbeitnehmerInnenklasse überwunden werden können?! National aber vor allem auch im internationalen Kontext. Anders gesagt, ob dieser Anspruch hinsichtlich heterogener Interessenkonstellationen überhaupt zu bewerkstelligen wäre. Interessant ist es Kooperationsformen zwischen traditioneller Vertretungstätigkeiten (Gewerkschaften), über neuere Erscheinungsformen (soziale Bewegungen) bis hin zur Etablierung emanzipatorischer, individueller Partizipationsmöglichkeiten zu überdenken. Gewerkschaftliche Strukturen haben trotz einiger internationaler Ansätze – wie bspw. die Gründung eines internationalen Gewerkschaftsbundes (IGB) in Wien 2006 – enorme Schwierigkeiten und stoßen immer noch auf scheinbar unüberwindbare koordinatorische Hindernisse. Im Endeffekt erweisen sich Gewerkschaften schließlich doch oft als überwiegend national-orientiert, um ihre Mitgliedern Vorteile heraus schlagen zu können. Dies führt wiederum zum *race to the bottom*, wodurch die Seite der ArbeitnehmerInnen wieder ihre verwundbaren Seiten präsentiert. Inwiefern Solidaritätsbestrebungen sozialer Bewegungen diesen Entwicklungen entgegen steuern können, bleibt in fortschreitenden Analysen zu untersuchen.

Wie soeben in den vorigen Absätzen dargelegt, ist keine einheitliche ArbeitnehmerInnenklasse anzutreffen. Ein ähnlich heterogenes Bild bietet sich auf der Seite kapitalistischer Interessen. Um wieder zum Kontext international agierender Kräfteverhältnisse und Interessenkonstellationen innerhalb der sich transformierenden Gesellschaftsverhältnisse zu sprechen zu kommen, sollen an dieser Stelle die Merkmale Internationalisierung kapitalistischer Interessen ebenfalls kurz dargestellt werden. Im Zuge dieses Versuches, möchte ich die von Jim Glassman (1999) aufgestellte Differenzierung zwischen unterschiedlichen Kapitalfraktionen heranziehen. Die aufgeworfenen Zusammenhänge sind für die Analyse konkreter Transformationsprozesse und damit in Verbindung stehender Akteure von besonderer Relevanz. Intention ist es, verkürzte Annahmen bezüglich kapitalistischer Interessen zu vermeiden. Poulantzas meinte im Kontext zu Kapital und Nationalstaaten folgendes:

„Internationalization of capital neither suppresses nor by-passes the nation state“ [...] (Poulantzas 1978: 73) „capital which overflows its national limits certainly has recourse to national states – not only to its own state of origin but to other states as well.“ (ebd. 1978: 82f.)

Nach Poulantzas darf deshalb die interdependente Verwobenheit zwischen kapitalistischen und bspw. staatlichen Interessen nicht in Vergessenheit geraten. Dabei soll aber nicht von einer homogenen Klasse kapitalistischer Interessen ausgegangen werden. Glassman unterteilt diesbezüglich die Kapitalfraktionen in folgende Kategorien:

- nationale Fraktion
- globale Fraktion
- Investment-Fokus
- Markt-Fokus

Es soll an dieser Stelle nicht vertiefend, auf die explizite Bedeutung der Kategorisierung eingegangen werden, da sich dies für den eigentlichen Kontext der Analyse nur peripher von Bedeutung ist. Die Quintessenz dieser Unterteilung ist jedoch die Erkenntnis bzw. das Bewusstsein, dass es sich vor allem beim Aufwerfen der Klassenfrage beiderseits um alles andere als homogene Fraktionen handelt. Diese Betrachtungsweise wiederum ergibt, dass je nachdem wie sich Interessen formieren, sich unterschiedliche (staatliche) Policy-Formen für einzelne Akteure als vorteilhaft bzw. nachteilig erweisen.⁴⁵ Derzeitige Tendenzen weisen für Glassman darauf hin, dass trotz bestehender Interessenunterschiede innerhalb der heterogenen Kapitalfraktionen, kapitalistische Interessen sich unabhängig von nationaler Herkunft im Wettbewerbsstaat strategisch besser durchsetzen als bspw. Interessen von ArbeitnehmerInnen. Er beschreibt diesen seit nun mehr als drei Dekaden stattfindenden Wandel als:

„[...] a process in which the state apparatus becomes increasingly orientated towards facilitating capital accumulation for the most internationalized investors regardless of their nationality.“ (Glassman 1999: 673)

Ein weiteres Indiz für die Anpassungsfähigkeit kapitalistischer Interessen, präsentiert Robert W. Cox (1998) in der Debatte der *transnationalen Managerklasse* im Kontext des *neuen Konstitutionalismus*.

2.4.1. Neuer Konstitutionalismus und die Frage der politics of scales

Vorab ist zu bemerken, dass der Begriff des *neuen Konstitutionalismus* (nK) im deutschsprachigen Raum, vor allem theoretischen Arbeiten des Politologen Dr. Hans Jürgen Bieling zuzuordnen ist. Die Wurzeln dieser begrifflichen Konstruktion sind bei Stephen Gill zu finden, auf dessen Überlegungen Bieling aufbaut. Die Konsequenzen der globalen Transformations- und (De-)Regulierungsprozesse resultieren in der neuen Welt(un)ordnung (Vgl. Bieling). Einige dieser neu aufgeworfen Probleme sind mit traditionellen, staatstheoretischen Ansätzen nicht adäquat analysierbar, wo sich folgende Überlegungen des

⁴⁵ In Kapitel 3 wird dies anhand des mexikanischen Fallbeispiels – im Hinblick auf Substitution traditioneller Eliten (Bourgeoisie vs. Kompradorenbourgeoisie) – nochmals genauer erklärt.

nK als konstruktiv erweisen. Das Kernelement bilden Annahme der stetig steigenden Bedeutung von Institutionen sowie zunehmender Verrechtlichung⁴⁶ und Regulation globaler Beziehungen mittels bi- bzw. multilateraler Verträge. Auf der Basis institutioneller Absicherungsmechanismen, schaffen es somit spezifische Wirtschaftsvorstellungen sich festzuschreiben. Ein konkretes Bsp. repräsentieren Artikulation und Implementierung universaler Normen und internationaler Standards sowie die dazu notwendigen strukturellen Mechanismen um diese zu verfestigen (Ten Brink 2008: 204). Die auf Verträge und konditionierende Verfasstheit beruhenden Handlungsspielräume bilden den Keim transformierender IdS-Prozesse. Im Anschluss an Überlegungen von Robert W. Cox, Nico Poulantzas und den bereits vorgestellten SRA (Jessop 2007) sind zusätzlich *doppelt selektive Transformationen* (Bieling 2001: 224) zu nennen: Einerseits *scaling Prozesse* auf unterschiedlichen Ebenen und andererseits *Reorganisation nationalstaatlicher Regulation* (klare Aufwertung vs. gleichzeitige Abwertung einzelner Ministerien). Mit dem nK lassen sich die veränderten Kräfteverhältnisse sowie die Rolle des Staates auf den unterschiedlichen *scales* – geographischen Wirkungsebenen: lokal/ regional/ national und international– erfassen und im Rahmen veränderter politischer Handlungsspielräume analysieren. Einerseits werden unter *scaling* die kontinuierlichen Kompetenzverschiebungen bspw. staatlicher Funktionen, auf die internationale Ebene oder vice versa angesprochen (Cox 1998: 62). In diesem Kontext sind Begriffe wie *power bargaining* und *re-scaling* – Verlagerung auf beliebige scales – sowie die gesamte *Scale*-Debatte ausschlaggebend. *Multiskalarität* und Ursachen der *re-scaling* Prozesse sind essentieller Untersuchungsgegenstand. Die Tatsache, eines gezielten *up* oder *downscaling* bestimmter Themen oder Problematiken ist ein besonderes Merkmal. Es ist ein Zeichen, dass sozial produzierte, räumliche Maßstäbe gezielt nutzbar sind. Wobei an dieser Stelle auf die asymmetrische Verhältnisse bezüglich Einflussnahme unterschiedlicher Akteure (Stichwort: Lobbying) nicht vergessen werden darf. Diese Verschiebungen symbolisieren die selektiv gesteuerte *(Re)politisierung von Räumen*. Konkrete Ebenen gewinnen an Relevanz, wobei andere wiederum in ihrem Bedeutungsrahmen dekonstruiert werden.⁴⁷ So kann das *agenda setting* – welche Prioritäten bzw. Gewichtung konfliktiven Themen zugesprochen werden – mittels Lobbying und

⁴⁶ Aus definitorischer Perspektive ist zu Beginn wichtig zu klären, dass der *neue Konstitutionalismus* nach Gill/ Bieling, nicht mit dem Begriff aus neueren Diskussionen der juristischen Debatten verwechselt werden darf. Im rechtswissenschaftlichen Kontext beschäftigt man sich mit den Geltungsdimensionen des internationalen Vertragsrechts. Im Konkreten wird jedoch die Gewichtung auf macht-analytische Aspekte gelegt. Interessenkonstellationen in Bezug auf die vertraglichen Absicherungen neoliberaler Ideologien, stehen im Mittelpunkt der theoretischen Überlegungen (Bieling 2007/ 2007a).

⁴⁷ Familiär erscheint dieser Aspekt vor allem im Kontext des (Re)regionalismus z.B des supranationalen Staatenkonstrukts „EU“ und dessen allgemein häufig verzerrte Wahrnehmung. Oftmals ist eine Argumentationslinie zu beobachten einer apathischen Passivität großer Bevölkerungsteile. Dabei kommt es zu einer Mystifizierung von EntscheidungsträgerInnen: z.B „Wir“ (bspw.: ÖsterreicherInnen) können gar nichts mehr entscheiden, das wird in Brüssel entschieden und das macht alles *die EU*.“ Ähnlich ergeht es im Bezug auf den Bekleidungssektor des Öfteren auch KonsumentInnen oder auch NäherInnen, die sich oftmals fast ohnmächtig oder in ihrer Handlungsposition gelähmt fühlen, da konkrete Adressaten für ihre Anliegen sich auf globaler Ebene befinden und deshalb nicht (an)greifbar erscheinen.

gezieltem *forum shifting* in verschiedene polit-geographische Arenen beeinflussend gesteuert werden. Markus Wissen et.al. bezeichnen diese Wirkung auch als *politics of scales* (Wissen 2008: 110). Im Kontext von *politics of scales*, *forum shifting* und steigender *Vertragsrechtlichung* spielen internationale Institutionen mit ihren spezifischen Funktionen eine tragende Rolle. Sie symbolisieren nicht nur für dominante Kräfte der herrschenden Klasse ein wichtiges Instrument, bspw. zur Etablierung konkreter neoliberaler Rahmenbedingungen der globalen Wirtschaftsverfassung. Auf die Bekleidungsindustrie bezogen muss betont werden, dass aus zivilgesellschaftlicher Sicht der Einflussrahmen für soziale Bewegungen und der im Rahmen Arbeitsrechtsangelegenheiten involvierten NGOs relativ beschränkt ist. Wirtschaftliche Akteure hingegen können meist auch nicht direkt agieren, da bei internationalen Institutionen oder Organisationen – wie bspw. dem Internationalen Währungsfond (IWF), Weltbank (WB), Welthandelsorganisation (WTO), Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD), etc. – offiziell lediglich Nationalstaaten als Verhandlungspartner zugelassen sind. Deshalb versuchen privatwirtschaftliche Unternehmen mittels gezieltem *Lobbying* Nationalstaaten dazu zu bewegen selektive Wirtschaftsinteressen durchsetzen. Lobbying beansprucht jedoch zeitliche, personelle und finanzielle Ressourcen, wo soziale Bewegungen der Bekleidungsindustrie im Gegensatz zu Unternehmensvertretungen – wie bereits in Kapitel 2.2. beschrieben – benachteiligt sind. Konkrete Bsp. für supranationale Lobby-Verbände die in Brüssel auf EU-Ebene wirken wären: European Round Table of Industrialists (ERT), Businesseurope – ehemals Union of Industrial and Employers' Confederation of Europe (UNICE) – EU Komitee der American Chamber of Commerce. Andere Lobby-Organisationen, die sich international für Marktliberalisierung einsetzen sind: Asia-Europe Business Forum (AEBF), Transatlantic Business Dialogue Business Forum (TABD), Mercosur-European Business Forum (MEBF), etc.. Eine andere Strategie zur Durchsetzung kapitalistischer Interessen wäre die Kooperationen *mit Akteuren ähnlicher Zielsetzungen* wie andere transnationale Unternehmen/ Konzerne, Rating Agenturen, Wirtschaftsprüfungs- bzw. Consulting Unternehmen. Weiters ist die Kooperation *mit Akteuren der epistemic community* zu erwähnen. Diese prägen einerseits den neoliberalen Diskurs des *mainstreams*. Andererseits gewinnen sie mittels ihrer bedeutender werdenden Funktion als beratende ExpertInnen auch zunehmende Relevanz innerhalb der Regulationsweisen meinungsbildender Institutionen. Auf institutioneller Ebene ist des Weiteren interessant zu beobachten, dass Wirtschaftsunternehmen verstärkt Kooperationen mit Universitäten, Forschungseinrichtungen, Think Tanks oder auch einzelnen JournalistInnen eingehen. (Bieling 2007: 171f)

Die besondere Bedeutung internationaler Institutionen, lässt sich zusammenfassend durch diese Charakterisierung von Robert W. Cox veranschaulichen:

„(1) die Institutionen artikulieren die Regeln, die die Ausbreitung hegemonialer Weltordnungen erleichtern; (2) sie sind ihrerseits das Produkt der hegemonialen Weltordnung; (3) sie legitimieren ideologisch die Normen der Weltordnung; (4) sie binden periphere Eliten ein und (5) sie absorbieren gegen-hegemoniale Ideen“ (Cox 1998c: 83 nach Ten Brink 2008: 204)

Neben bereits erwähnter Punkte sei nochmals betont, dass Institutionen diskursive Praxen prägen. Veranschaulichen lässt sich dies abseits der arbeitsrechtlichen Thematik im Bekleidungssektor, sehr deutlich z.B. anhand des forcierenden Drucks von WTO und World Intellectual Property Organisation (WIPO) auf strengere Kontrollen und Sanktionen innerhalb der IPR⁴⁸-Debatte. Klar zu erkennen ist ebenfalls der vorherrschende Bias in Hinsicht auf Einfluss und Machtasymmetrien, unter diversen Institutionen. So zeichnet sich eine Dominanz jener einflussreichen Institutionen ab, die sich mit ökonomischen Belangen – Durchsetzung kapitalistischer Interessen – beschäftigen. Dies trifft auch auf internationale Finanzinstitutionen (IFIs) wie IWF oder WB sowie bspw. G-7/8, OECD, WTO usw. zu. Mittels einer Fülle neuer Regulationsmechanismen, wird dieser Aspekt meist in Form von konditionierenden Abkommen bzw. Regimes oder auch der Etablierung wirtschaftlicher Kooperationsräume (EU, NAFTA⁴⁹, MERCOSUR⁵⁰ usw.) immer deutlicher. Neoliberale Kernwerte wie Eigentumsrechte, Investitionen, Freihandelsdoktrin etc. finden zunehmend vertragsrechtliche Verankerungen (Bieling 2007a: 150). Werden im Zusammenhang mit dem vorliegenden Interesse sozialer Bewegungen im Bekleidungssektor, bezüglich der Durchsetzung internationaler Mindeststandards zur Verbesserung der Arbeitssituation (von Frauen) die beiden diesbezüglich relevanten Institutionen WTO und ILO einander gegenüber gestellt und miteinander verglichen, ist empirisch erkenntlich wie asymmetrisch sich Verhältnisse zwischen Durchsetzung von Freihandelsdoktrin vs. arbeitsrechtliche Mindeststandards zusammensetzen. Allgemein kann gesagt werden, dass einige zivilgesellschaftlichen Akteure eine zunehmende Skepsis bezüglich des Durchsetzungsvermögens unterschiedlicher UNO-Organisationen (bspw. jenem der ILO) im Vergleich zur WTO – die verstärkt wirtschaftliche Interessen vertritt – zu registrieren. Das könnte u.a. daran liegen, dass die UNO kaum über Sanktionsmöglichkeiten verfügt. Auf der anderen Seite kann die WTO jedoch mit einem Schiedsgericht - dem *dispute settlement body* (DSB) – aufwarten. Diese (scheinbare) WTO-Dominanz ist kritisch zu reflektieren, da die WTO trotz DSB selbst kein Gewaltmonopol besitzt. Dies bedeutet wiederum, dass es schlussendlich Nationalstaaten sind, welche handelsrechtliche Dispute bestreiten müssen.

⁴⁸ *IPR*: intellectual property rights, Damit sind die intensivierten Versuche der Sicherung von geistigem Eigentum, mittels Patente, copy rights usw. gemeint. Dies hat in Bezug auf den Bekleidungssektor aufgrund der weit verbreiteten *fake ware* (gefälschte Markenbekleidung) besondere Bedeutung.

⁴⁹ *NAFTA* – North American Free Trade Agreement

⁵⁰ *MERCOSUR* - Mercado Común del Sur (Gemeinsamer Markt des Südens)

Somit spannt sich der Bogen zu den anfänglichen staatstheoretischen Überlegungen und es schließt sich der Kreis, denn selbst im Kontext des *New Konstitutionalism* werden Nationalstaaten auch in Bezug auf Institutionen nicht überflüssig. Vielmehr kristallisieren sich neue Funktionen heraus und es kommt zu einer Anpassung und Kooperationsformen innerhalb der unterschiedlichen politischen Sphären. Auf globaler Ebene wird dies anhand der Interaktionen innerhalb und zwischen internationaler Institutionen bzw. Organisationen erkenntlich. Kritisch zu bemerken ist die schwindende Transparenz, bei gleichzeitig steigenden und immer komplexer transformierenden, internationalen Beziehungen. Zusammenfassend könnte behauptet werden, dass die Annahme verkürzt und somit verfälscht wäre, dass aufgrund der vorherrschenden Transformationsprozesse (IDS) Nationalstaaten per se an Bedeutung verloren hätten. Der Anschein, dass sich staatliche Handlungsspielräume auflösen, wird u.a. durchaus bewusst erweckt und von vereinzelt Akteuren spezifisch instrumentalisiert. Jedoch ist diesbezüglich zu sagen, dass einerseits eine Dialektik von Erweiterung und andererseits tatsächlicher Einschränkung der staatlichen Handlungsarenen existieren und zu reflektieren sind. Der Staat bleibt – wie bereits dargestellt – als zentrale Organisationsarena gesellschaftlicher Reproduktionsverhältnisse sowie zur Stabilisierung sozialer Kohäsion wichtig. Auch wenn teilweise Kompetenzen verschoben bzw. abgegeben werden, darf einerseits nicht vergessen werden, dass bspw. in der EU jeweils nationale VertreterInnen in unterschiedlichen Funktionen agieren. Egal welche Einflussoptionen Institutionen wie der EU oder auch der WTO zugesprochen werden, verfügen diese transformierten, supranationalen „Staatsapparate“ über kein legitimes Gewaltmonopol. Dieses Attribut ist – wie bereits erläutert – ausschließlich dem Nationalstaat vorbehalten, weshalb dieser auch in Zeiten der Globalisierung keineswegs seine bedeutende Notwendigkeit verliert (Vgl. Brand/Wissen/Görg 2007). Zur Problematik des fehlenden Gewaltmonopols auf internationaler Ebene bemerkt Robert W. Cox:

„There is, in effect, no explicit political or authority structure for the global economy [...] governance without government“ (Cox 1996: 301; Vgl. Czempiel/Rosenau 1992)

Tendenziell wird die Relevanz staatlicher Regierungen, zugunsten des steigenden Einflusses von Kapitalinteressen bzw. respektive transnationaler Konzerne, vernachlässigt. Diese verkürzte Darstellung trifft in dieser Form aber nicht zu. Es ist Faktum, dass sich die Strukturen und Kompetenzen im Rahmen der Internationalisierung von Staatlichkeit verschieben. Die Regulationsebene verbleibt aber nach wie vor – trotz zunehmender Tendenz privater Regulationsansätze – (noch) auf den einzelnen nationalstaatlicher Ebenen verankert. Daraus folgt die Annahme, dass Staaten ein wichtiger Knotenpunkt im Regulierungsprozess bleiben und diverse Akteursinteressen davon abhängig sind. Neben bereits erwähnten Punkten, wird der nK auch als Neuerfassung (zivil)gesellschaftlicher Reorganisationsprozesse verstanden. Jedoch darf nicht außer Acht gelassen werden, dass nicht alle *stakeholder* im

gleichen Ausmaß von diesen Prozessen profitieren können. Als „privilegiert“ zählen u.a. Strategien des transnational-operierenden Kapitals, internationale Wirtschaftsverbände, neoliberale Think Tanks – deren WissenschaftlerInnen und Publikationen vorwiegend aus den selbst ernannten „entwickelten“ Industrieländern der OECD- Welt stammen. Diesen Akteuren wird gemeinhin, vor allem innerhalb internationaler Organisationen ein spezifische Gewichtigkeit, in Form starker Definitionsmacht zugesprochen. In Bezug auf machtpolitische Elemente zeichnen sich vor allem Schritte in Richtung *Global Economic Governance* (Bieling 2007a: 149) ab. Dieser Aspekt bedient sich der vertraglichen-institutionellen Absicherung von Macht-, Wettbewerbs- und Eigentumsverhältnissen.

Im Kontext der Transformationen der Weltökonomie, bezeichnet der nK zusammenfassend die disziplinierende Form des Neoliberalismus, welcher die Kultur des Marktes forciert und somit die Hervorhebung ökonomischer Interessen unterstreicht. Strukturell-funktional stützt sich dieses Argument auf den neoklassischen Mythos des selbstregulierenden Marktes. Nähert man sich dem konstruierten Mythos des freien Marktes, zeichnet sich hinter den theoretischen Kulissen heutiger Industrieländer ein anderes Bild ab. Im Rückgriff auf Annahmen merkantilistischer⁵¹ Perspektiven, welche für die kapitalistische Entwicklung der meisten Industrieländer eine bedeutende Rolle gespielt haben, galten zu Zeiten der wirtschaftlichen Anfänge andere Prinzipien als jene des sich frei regulierenden Marktes. Die Erfahrungen belegen einen deutlich positiven, gesamtgesellschaftlichen Zusammenhang zwischen Markteffizienz und staatlichen Regulation (Vgl. Reinert 2004).

Des Weiteren kann beobachtet werden, dass die theoretische Haltung des mittlerweile weltweit propagierten, wirtschaftspolitischen neoliberalen *mainstreams* und dessen implementierter Praxen nicht miteinander übereinstimmen. Theoretisch werden einerseits staatlichen, interventionistischen Regulationen eine klare Absagen erteilt, da diese den Markt verzerren. Andererseits sollte bedacht werden, dass erst mittels politischer Interventionen –

⁵¹ *Merkantilismus* beschreibt eine spezifische Wirtschaftsform, die für viele Industrieländer bezeichnend war. Mittels strenger Zollsysteme wurde der heimische Binnenmarkt mittels staatlicher Intervention vor Importen geschützt, um diversifizierten Industriesektoren und spezifische Schlüsselindustrien aufzubauen. Länder sollten demnach, Rohstoffe importieren und im eigenen Land zu Gebrauchsgütern weiter verarbeiten, da dies aufgrund der höheren Wertschöpfung rentabler ist. Sobald der heimische Markt gesättigt ist, sollten diese Güter wiederum exportiert werden. Einheimische Unternehmen wurden wirtschaftlich bevorzugt und andererseits konnten vor allem europäischen Nationen – ab dem 15. Jhdt in Form von Kolonien – auf ausländische Absatzmärkte zurückgreifen. Protektionismus und Patente spielten ebenfalls eine wichtige Rolle. (Vgl. Reinert 2004)

Diese merkantilistischen Prämissen stehen im konträren Gegensatz zu den neoliberalen Empfehlungen die heutzutage bspw. von IFIs getätigt werden. Vor allem s.g Entwicklungsländer sollen somit auf die Freihandelsdoktrin getrimmt werden. Des Weiteren wird ihnen zur Exportorientierung – meist Primärgüter – geraten. Dies führt wiederum zur Importabhängigkeit von Industriegütern. Ha-Joon Chang – m.E. einer der bedeutendsten EntwicklungsökonomInnen unserer Zeit – bezeichnet dieses Vorgehen als „Kicking away the ladder“ (Vgl. Chang 2002). Reinert äußert sich treffend bezüglich der zweischneidigen policy-Empfehlungen mit folgendem Zitat:

„Don't do as the English say, do as the English do!“ (Reinert 2004:12)

wie z.B (inter-)nationalen Gesetzgebungen – Deregulierungs- und Privatisierungsansprüche ermöglicht werden (Vgl. Pirker 2004). Vorangetrieben wird diese Entwicklung u.a. durch neu geschaffene *governance* Regulationsformen. Diese finden sich innerhalb internationaler Netzwerke, Foren und Institutionen bspw. per Normen und Standards. Der demokratische Aspekt muss im Rahmen des nK dem ökonomisch-orientierten Interessen sukzessive weichen. Dadurch wird die Liberalisierungsdynamik weitgehend, der gesellschaftlich-demokratischen Legitimation entzogen. Als bestes Bsp. sind wahrscheinlich die EU-Agrarsubventionen anzuführen, welche sich vor allem für s.g Entwicklungsländer als nachteilig erweisen. Bezogen auf den Bekleidungssektor sind die versteckten Protektionismus-Versuche – vor allem jene der USA und Europa – zu erwähnen. Bis vor kurzem wurde dies durch internationale Abkommen, mittels Quotenbestimmung, reglementiert (mehr dazu im Kapitel 3.3.4. unter *MFA/ ATC*).

Es bleibt abzuwarten, in welchem Ausmaß sich dieser Mythos des freien Marktes in Folge der aktuellen Finanz- und Wirtschaftskrise prolongieren lässt. Die Analyse internationaler Kräfteverhältnisse innerhalb internationaler Organisationen muss unbedingt die Frage inkludieren, welche Akteure unter welchen Konditionen im Rahmen bestehender Konstellationen partizipieren, also an Entscheidungsprozessen mitwirken können. Existierende strukturelle Selektivitäten und Asymmetrien in Bezug auf materielle Ressourcen ergeben sich bspw. auf nicht-staatlicher Ebene z.B zwischen VertreterInnen des Privatsektors vs. NGOs oder anderen zivilgesellschaftlichen Akteuren. Als exemplarischer Ausdruck gilt der von Cox geprägte Begriff der *transnationalen Managerklasse*⁵² (TNMK). Dieser beschreibt eine konkrete Akteursgruppierung, die aufgrund angepasster Fähigkeit aktuelle Gegebenheiten besser zu nutzen weiß.

„The transnational managerial class is not limited to persons actually employed among the managerial cadres of multinational corporations and their families. It encompasses public officials in the national and international agencies involved with economic management and a whole range of experts and specialists who in some way are concerned with the maintenance of the world economy in which the multinationals thrive – from management consultants, to business educators, to organizational psychologists, to the electronics operators who assemble the information base for business decisions, and the lawyers who put together international business deals.“ (Cox 1987: 369f.)

Die TNMK wird unter diesen Gesichtspunkten, als Spitze der globalen Klassenstruktur erachtet. Die genuine Fertigkeit besteht darin, mittels eigener Ideologie sowie Strategien das kollektive Handeln transnationaler ManagerInnen in internationalen Institutionen zu verwirklichen (Cox 1998: 62).

⁵² Der Begriff ist mit Absicht nicht gender-gerecht angeführt. Zum einen wird das von Cox im Original (bzw. etwaigen Übersetzungen) nicht so gehandhabt. Zum anderen soll an dieser Stelle nochmals der geschlechterspezifische Aspekt unterstrichen werden, dass die Managerbranche eine sehr maskulinistisch dominierte Gesellschaftssphäre darstellt.

Zurück kommend auf die Thematik hegemonialer Begebenheiten darf nicht außer Acht gelassen werden, dass es sich bei *Dominanz* nicht per se um *Hegemonie* nach gramscianischen Verständnis handelt. Die Frage stellt sich nun, ob im TNMK-Kontext von Hegemonie gesprochen werden kann oder nicht?! Gemäß theoretischen Überlegungen nach Gramsci handelt es sich eher um eine *passiven Revolution*. Ohne aktive Involvierung breiter Massen und ohne der direkten, gewaltsame Verdrängung der Eliten bspw. innerhalb eines Staates, konnten spezifische Gesellschaftstransformationen eingeleitet werden (Vgl. Adolphs/Karakayali 2007). Der an der Macht befindliche *Historische Block* (TNMK) hat es mittels beschriebener Mechanismen geschafft (mittels spezifischer Strategien der Interessendurchsetzung) unterschiedliche Gesellschaftsbereiche zu beeinflussen:

Ökonomisch setzt sich die neoklassische Freihandelsdoktrin beinahe schon global durch. Aus Perspektive der Politik, sorgen neoliberale Umstrukturierungen für modifizierte Regulationsformen, die den Kapitalinteressen von Vorteil sind. In ideologischer Hinsicht, sind neoliberale Annahmen, vor allem aufgrund der Verbreitung innerhalb internationaler Institutionen präsent. Sozio-kulturell ist in diesem Kontext das Phänomen der „Kultur des Marktes“ (Bieling 2007a: 148) zu nennen.

Nachdem sich der ersten drei Aspekten bereits ausführlich gewidmet wurde, soll jetzt näher auf die sozio-kulturellen Punkte eingegangen werden. Ein wichtiger, zu unterstreichender Punkt ist der Fakt, dass sich in den letzten Dekaden neoliberale Ideologien auch im Kontext der Denkweisen individualisiert haben. Dies schlägt sich u. a. im regelrechten Konsumwahn nieder, welcher große Teile der Bevölkerung mehr und mehr einholt (siehe dazu aktuelle AK-Studie zu Kaufsucht in Österreich 2008). Dieser Trend ist auf mehrere Faktoren zurückzuführen. Einerseits handelt es sich bei dem s.g. *neuen Konsumismus* um Einflüsse einer steigenden Kulturindustrie. Andererseits hat der Mix aus Popkultur und Werbung gesteigerte Relevanz (Vgl. Bieling 2001: 225). Mittels gezielter Strategien und Marketing-Tools wird den Individuen suggeriert, Identitäten materialistisch konstituieren zu können. Einen ganz wichtigen elementaren Part spielt diesbezüglich auch das Zusammenspiel der s.g. *Mainstream*-Medien, mit Interessen von Unternehmen oder spezifisch jenen der TNMK.

Der Bekleidungssektor lässt sich optimal als Anschauungsbeispiel für globale, kultureller Harmonisierung, mittels steigender *Adaption des american way of life*, heran ziehen. Erstens bezieht sich das auf die, durch die Medien (TV, Kino) importierten Lebensstile. Zweitens ist diesbezüglich der Einfluss führender Modeketten angesprochen. Zusätzlich sind Idole der Popkultur (SchauspielerInnen, MusikerInnen) gemeint, die ihrerseits wiederum eine Zeichen der Kommerzialisierung von Kultur darstellen. Obwohl stetig eine größere Zahl gesellschaftlicher Sphären unter Einfluss kapitalistischer Interessen zu stehen scheint, könnte zusammenfassend von einer *dominanten* statt *hegemonialen* Stellung der TNMK – inklusive

neoliberaler Wertvorstellungen – sprechen. In Anbetracht steigender zivilgesellschaftlicher Proteste bspw. mittels öffentlichkeitswirksamer Aktionen sozialer Bewegungen, aber auch verstärktem Engagement vereinzelter KonsumentInnen kann nicht von hegemonialer TNMK-Positionierung gesprochen werden. Partikulare Interessen – der Profitmaximierung – finden keinen eindeutigen gesamtgesellschaftlichen Konsens und stoßen vermehrt auf zivilgesellschaftlichen Widerstand. Dieser Widerstand rührt vor allem auch daher, dass sich die – als Resultat der Transformationsprozesse zu verstehenden – alltäglichen Zwänge, für große Bevölkerungsteile stetig verschärfen. Sie betreffen u.a. das durch neoliberale Züge geprägte alltägliche Arbeitsleben, worauf im nächsten Kapitel eingegangen wird.

Als **Zwischenfazit** kann erwähnt werden, dass Kapitel 2 versucht hat, die facettenreichen Umstrukturierungen der politischen Ebene, in Bezug auf sich verändernde Akteurskonstellationen im neoliberalen *Wettbewerbsstaat* aufzuzeigen. Im (inter-)nationalen, regulatorischen Kontext sind die beschriebenen *governance* Elemente zu erwähnen. Entgegen Annahmen des dominierenden, neoliberalen *mainstreams*, soll vor allem der asymmetrische Charakter betont werden. Diese transformierenden Rahmenbedingungen sowie auch die Konstitution von Kräfteverhältnissen sind wichtig, um den Handlungsspielraum von einzelnen Akteurskonstellationen, wie bspw. sozialen Bewegungen analytisch adäquat erfassen und bewerten zu können.

III. neoliberale Globalisierung - per Paradigmenwechsel in den Postfordismus

Nach sich ausführlich den politischen Aspekten neoliberaler Globalisierung gewidmet wurde, wendet sich dieses Kapitel den ökonomischen bzw. polit-ökonomischen Elementen aktueller Transformationsprozesse zu. Vorab folgt aufgrund der Notwendigkeit – nach so häufiger Erwähnung des Begriffes *Neoliberalismus* – eine Definition der charakteristischsten Merkmale. Im Anschluss an die theoretische Darlegung veränderter Produktionsverhältnisse im postfordistischen Kapitalismus, wird die Aufmerksamkeit konkret auf die Bekleidungsindustrie gelenkt. Anhand des Fallbeispiels mexikanischer Maquilladoras verdichten sich sehr deutlich viele angesprochene Aspekte neoliberaler Umstrukturierungen.

3. Neoliberalize the world?

„Neoliberalismus ist bereit, alle Traditionen zu zerstören, wenn denn nur der Kapitalismus ungehindert von politischen und ethischen Einreden bleibt.“ (Schui 2003: 24)

Um die Begrifflichkeit *Neoliberalismus* ist es ähnlich bestellt, wie um den Begriff Globalisierung: stetig angewandt jedoch selten näher definiert. Dabei erscheint es essentiell zu betonen, dass vor allem in Debatten des *mainstreams* selten von *Neoliberalismus* die Rede ist. Auf diese Art und Weise wird suggeriert, dass derzeitige Rahmenbedingungen die einzig logische und „natürliche“ Ablöse bspw. des Keynesianismus gesellschaftlichen Entwicklungsprozess darstellen. Die ehemalige britische Premierministerin Margret Thatcher prägte diese Perspektive mit ihrem legendären Ausspruch der 1980er Jahre:

“TINA – there is no alternative”

Der Einfluss des Neoliberalismus – als eine Art politischer Philosophie – oder aber sogar die Existenz einflussreicher Think Tanks bzw. Ideenplattformen wie bspw. der *Business School of Chicago* oder auch die *Mont Pelerin Society (MPS)* werden latent verschwiegen bzw. nicht weiter lautstark erwähnt. Seit ihrer Gründung 1947 bildet die MPS ein zentrales Kernstück organisierter, neoliberaler Intellektueller aus unterschiedlichen wissenschaftlichen Disziplinen. Derzeit wird die MPS-AnhängerInnenschaft auf ca. 1000 Mitglieder geschätzt. Zu den Bekannteren zählen z.B. Milton Friedman, Karl Brunner, Sir Alan Walters, Martin Feldstein, James Buchanan, und Gary Becker (Vgl. MPS⁵³). Gemeinsam mit Verbindungsorganisationen wie bspw. dem *Hayek Institut* (Wien/ Stanford) – welches Teil des liberalen Stockholm Netzwerkes ist – oder auch der *Atlas Economic Research Foundation* (Washington) ergibt sich ein global agierendes Netzwerk, welches mittels einzelner Personen direkten oder indirekten Zugang zu anderen Organisationen und Institutionen hat. Die *Rockefeller*

⁵³ Selbstdarstellung und nähere Infos: www.montpelerin.org

Foundation wird mit der MPS ebenfalls des Öfteren in Verbindung gebracht (Vgl. Plehwe 2009: Introduction). Diese (neo)liberal-orientierten Organisationen sind aber nicht die einzigen Kooperationspartner der MPS. Wie dicht und verwoben sich die global agierenden, neoliberalen Netzwerke etabliert haben, wird vor allem anhand der profunden theoretischen Analysen der vergangenen Jahre von bspw. Dieter Plehwe, Bernhard Walpen und Gisella Neunhöffer klar verdeutlicht:

“Close attention is paid to the global composition of the Mont Pèlerin Society and its close links to more than 100 partisan think tanks and foundations supplementing the primarily academic forum with a more direct opportunity to intervene in public policy and general debates.” (Plehwe et. al. 2006: 18)

Sukzessive wurde und wird versucht Ideen der *ordo-liberalen Schule* rund um Friedrich A. Hayek, Wilhelm Röpke, Ludwig von Mises in der Praxis zu implementieren oder Vorstellungen bezüglich *Monetarismus* nach Milton Friedman (Becker et. al. 2007: 15; Nohlen/Schultze 2005: 607) in einer neoliberalen Programmatik festzuschreiben. Anknüpfend an das vorhergehende Kapitel bezüglich sozialer Kräfteverhältnisse, bietet die MPS ein Paradebeispiel in Hinblick auf die Relevanz (ökonomischer) Vorstellungswelten (Jessop 2003: 98). Konkrete neoliberale Programme, wurden das erste Mal in Chile ab 1973 nach dem brutalen Militärputsch und der Installierung des Staatschefs Pinochet, als empirisches Versuchsfeld getestet (Vgl. Fischer 2009). In Folge der lateinamerikanischen Schuldenkrise der 1980er – auch „verlorene Dekade“ genannt – wurde diese neoliberale Zuspitzung immer offensichtlicher. So wurden von internationalen Geldgebern und vor allem den s.g. Zwillingen der internationalen Finanzinstitutionen (IFIs) – Weltbank und Internationaler Währungsfond (IWF) – vielen Staaten neoliberale Umstrukturierungsvorschriften gemacht und regelrecht aufgezwungen. Der exemplarische Aspekt konditionierter Kredite ist vielen Ländern des globalen Südens von den namhaften IFIs per Strukturanpassungsprogrammen (SAPs), welche auf Grundlage der Implementierungsvorgabe des „Washington Consensus“ basierten, regelrecht aufoktroiert worden (Imhof 2003: 39; Raffer 2002: 51f). Die Durchsetzung neoliberaler Ideologien betrifft jedoch nicht nur den lateinamerikanischen Kontinent. Neoliberale Grundwerte wurden und werden beständig von vereinzelt, charismatischen PolitikerInnen zum einen als salonfähige, global wirkende, ideologische Alltagspraxen artikuliert und aufgrund dessen zum anderen sukzessive forciert sowie institutionalisiert. Der Kontext des damals noch vorherrschenden Systemkonfliktes, des *Kalten Krieges* – zwischen Ost und West – darf dabei nicht vernachlässigt werden. Thatchers *TINA* und darauf folgende, politische Unternehmungen wurden stets als der *dritter Weg der Sozialdemokratie* gedeutet und somit als definitive Abkehr des Sozialismus' interpretiert (Vgl. Bieling 2001). Auch auf intellektueller, konkreter der Hochschulebene, wurde vor allem in Lateinamerika und den USA neoliberales Gedankengut per s.g. *brain drain* verbreitet. Dies geschah entweder durch Etablierung eigener Universitäten – wie bspw. in Guatemala – oder der Verleihung

spezifischer Auszeichnungen, wie den *Milton Friedman Preis* voran getrieben (Plehwe 2009: 8). Heute könnte gesagt werden, dass es sich bei Neoliberalismus regelrecht um eine universal geltende Ideologie handelt, welche sich unabhängig welcher *politischer Couleur*, durch sämtliche parteiliche Lager zieht. Wobei zu betonen ist, dass diese nicht nach gramscianischen Verständnis als hegemonial zu bezeichnen wäre.

Resümierend kann festgehalten werden, dass der Terminus *Neoliberalismus* eher von KritikerInnen angewandt wird, die sich mit der Komplexität dieser Ideologie näher auseinandersetzen. Besonders im wissenschaftlichen Bereich, geschieht dies oftmals auf ziemlich voraussetzungsvoller Art und Weise. Dies wiederum führt öfters zu diffusen Wahrnehmung und beträchtlichen Differenzen bezüglich der Interpretation. Deshalb sollen an dieser Stelle zusammenfassend, die prägnantesten Merkmale skizziert werden:

Zu den fundamentalen Wertvorstellungen des Neoliberalismus zählt aus philosophischer Sicht einerseits das spezifische Menschenbild. Es handelt sich dabei um jenes des rationell handelnden *homo oeconomicus*, wie es auch in der neoklassischen Wirtschaftswissenschaft wiederzufinden ist. Der bezeichnende Fokus wird hierbei explizit auf Individualisierung gelegt, was bspw. im Kontext von Privatisierung ehemals öffentlicher Gesellschaftsbereiche erkenntlich wird. Freiheit, individuelle Autonomie und Selbstkontrolle gelten des Weiteren als oberste Maxime. Das Individuum favorisiert Eigeninteressen statt jene des Gemeinwohls.

In diesem Zusammenhang muss auch die spezielle Zeitdimension betrachtet werden. Neoliberalismus ist als ahistorische Theorie auf die Gegenwart gerichtet, indem Vergangenheit und Zukunft in ihrer Bedeutungsrelevanz degradiert werden (Novy 2002: 91).

Die Annahmen hinsichtlich der Rolle des Staates sowie dessen Funktion und Ausprägung erweisen sich gleichermaßen als charakterisierend. Die neue Verfasstheit von Staatlichkeit – in Form des bereits erwähnten *Wettbewerbstaates* – löst das Vorläufermodell, den Wohlfahrtsstaat, zunehmend ab. Dessen Kerngedanke sickert sukzessive, mit all den Facetten seiner „autoritären Züge“ (Vgl. Kannakulam 2008), in sämtliche Lebensbereiche und hat sich bereits in den Köpfen der Individuen verankert. Das Bild des rational und auf sich selbst bedacht handelnden *homo oeconomicus* durchzieht breite Teile der gesamten Gesellschaftssphäre. Die von Stephan Gill (2000) aufgeworfene „Disziplinierung des Neoliberalismus“ lässt sich speziell im öffentlichen Sektor gut veranschaulichen. Deutlich zum Vorschein kommt die steigende Betonung von Leistung und Effizienz, was bspw. auch am Bildungssektor zu erkennen ist (Stichwort: Bologna-Prozess). Anpassungen an wirtschaftliche Bedürfnisse führen in diesem spezifischen Fall einerseits zu einer Perversion eines emanzipatorischen Bildungsanspruches. Andererseits ergibt sich ein Prozess der *Verbetriebsgesellschaftung*, indem an Universitäten der Anspruch besteht sie zu kapital-

einbringenden Unternehmen zu trimmen. Aber auch andere gesellschaftliche Bereiche sind vom Gedanken der *Kosten-Nutzen-Maximierung* geprägt, was ein bezeichnendes Merkmal neoliberaler Ideologien darstellt. Innerhalb des Staates ist zu erkennen, dass sich Kapitalinteressen – gemäß des neoliberalen Credo – im verstärkten Ausmaß durchsetzen. Dies schlägt sich in Form definitiver Bedeutungssteigerung einzelner gesellschaftlicher Bereiche (Finanz- und Kapitalmärkte sowie deren Ministerium auf nationalstaatlicher Ebene) bei gleichzeitiger relativer Vernachlässigung anderer (Gesundheit, Bildung, Soziales ...) nieder. So hat sich in den letzten Jahren konkret eine deutliche Aufwertung des Finanzministeriums gegenüber anderen Ministerien herauskristallisiert (Vgl. Cox 1998; Bieling 2007a). Die Krise des Wohlfahrtsstaats äußert sich mittels kontinuierlichen Abbaus sozialstaatlicher Privilegien. Diese Schmälerung der Errungenschaften – welche sich aus Erfolgen sozialer Kämpfe des 20. Jahrhunderts ableiten lassen – werden von Regierungen oft aufgrund angeblich bestehender „Sachzwänge“ in Kauf genommen und forciert.

Resümierend kann gesagt werden, dass der *schlanke Staat* theoretisch nicht – bis auf weniger, spezieller Ausnahmen – in Geschehnisse des Marktes intervenieren darf. Unter dem Motto „weniger Staat, mehr Privat“, solle sich der Staat auf Kernaufgaben wie Sicherheit, Legislative und Kontrolle konzentrieren.⁵⁴ Dies hat wiederum direkte Auswirkungen auf die Regulationsweisen, weshalb an dieser Stelle knapp die Errungenschaften der Regulationstheorie umrissen werden. RegulationstheoretikerInnen liefern mit ihren theoretischen Abhandlungen vor allem wichtige Erkenntnisse bezüglich struktureller Elemente. Konkret heißt dies Informationen über verfestigte soziale Verhältnisse wie bspw. Lohnverhältnisse, das Geldverhältnis innerhalb eines Nationalstaates oder die Einbindung von Gesellschaftsformationen in den Weltmarkt. Das Hauptaugenmerk liegt vorwiegend auf nationalstaatlich, begrenzten Konstellationen wie sie im Fordismus vorzufinden waren. Um weiterhin analytisch von Nutzen zu sein, müssen aber transformierte Rahmenbedingungen berücksichtigt und staatstheoretische Schwächen überwunden werden. Unter Regulationsformen werden unterschiedlichste Instrumente wie Normen, Regeln, Gesetze oder auch Ideologien verstanden, deren Bedeutung im *disziplinierenden Neoliberalismus* (Vgl. Bieling 2001) eine – auch auf internationalem Terrain – stetig steigende Rolle spielen (Vgl. Hirsch 2002).

Globalisierung, Dezentralisierung und Kompetenzverschiebungen sind in Relation zu neoliberalen, regulatorischen Umbrüchen zu deuten. Nationalstaaten sehen sich tagtäglich mit diesen Umständen konfrontiert und befinden sich am Re-Orientierungspfad von

⁵⁴ Interessant erscheint die Tatsache, da dieses theoretische Argument oftmals der gelebten Praxis widerspricht, wo spezifische staatliche Interventionen regelrecht erwünscht sind. (Stichwort: law-and-order und Schutz von Eigentumsrechten)

government zu *governance*. *Governance*-Perspektiven, werden als optimale institutionelle Regulationsmechanismen bzw. als einzig realistische Form transnationaler Problemlösungen und Regelungen dargestellt. Mit der Argumentation, dass gegenwärtige Prozesse die nationalstaatlichen Kapazitäten überfordern, werden vormals staatliche Entscheidungen dereguliert. Konfrontiert mit Elementen wie Hierarchie, Wettbewerb und Verhandlungsmechanismen sollen unterschiedliche Akteure aus den Sphären des Staates, Marktes und Gesellschaft neue Kooperationsformen eingehen und Aufgabenverteilungen bewältigen. Mit mehr oder weniger ausgeprägtem, normativen Beigeschmack verwenden vorwiegend internationale Organisationen wie OECD oder EU et.al. Begriffe neuer Regulationskonzepte wie bspw. *good governance* jenes der Weltbank⁵⁵ darstellt. Der Begriff *global governance* ist seit fast zwei Jahrzehnten präsent. *Global governance* sollte politische Autoritätsstrukturen aufbrechen und durch dezentrale Regulative ersetzt bzw. ergänzt werden. Eine neue politische Kultur sollte eingeleitet werden. Die Idee war es, weg vom traditionellen Modell der repräsentativen und hin zur partizipativen Politik. Es wurde die Annahme vertreten, dass zur Lösung neuer globaler Herausforderungen ein breiteres Spektrum an Akteuren kooperativ herangezogen werden sollte (Bieling 2006: 162). Die vermeintliche Unfähigkeit des Staates komplexe Aufgaben einer globalisierten Welt effizient zu meistern, legitimiert weshalb Akteure des Privatsektors oder zivilgesellschaftliche Gruppierungen wie z.B. NGOs – zumindest augenscheinlich – verstärkt in globale, politische Prozesse miteinbezogen werden. Die Umverteilung von Kompetenzen erfolgt hierbei in unterschiedlicher Art und Weise. Einerseits in Form von *outsourcing* ehemals staatlicher Aufgabenbereichen oder andererseits mittels neuer Kooperationsformen wie jenen von *Private Public Partnership*-Projekten. Aus wissenschaftlicher Perspektive sind die annähernd naiven Annahmen der egalitären Herangehensweise einzelner *governance* Konzepte kritisch zu reflektieren und zu bewerten. Existierende Macht- und Herrschaftsverhältnisse finden kaum Berücksichtigung.⁵⁶ In Hinblick auf den gesteigerten Einbezug zivilgesellschaftlicher Akteure, bezieht sich auch der Ausspruch fortschreitender „NGOisierung“ (Stickler 2005:37) im Rahmen der *governance*-Prozesse. Hierbei kommt es jedoch aufgrund überzogener Bewertung zu einer Art Mystifizierung und einige Erwartungen an diese zivilgesellschaftliche Gruppierung erscheinen unangemessen hoch.⁵⁷

⁵⁵ Seit 1996 erscheint alle zwei Jahre der "*Governance Matters Index*" des Weltbank-Instituts. Er bewertet alle Länder der Welt nach festgelegten Indikatoren. Zu diesen Indikatoren zählen: Mitspracherecht und Verantwortlichkeit, politische Stabilität und Abwesenheit von Gewalt, Leistungsfähigkeit der Regierung, staatliche Ordnungspolitik, Rechtsstaatlichkeit und Korruptionskontrolle:

"*Governance* consists of the traditions and institutions by which authority in a country is exercised. This includes the process by which governments are selected, monitored and replaced; the capacity of the government to effectively formulate and implement sound policies; and the respect of citizens and the state for the institutions that govern economic and social interactions among them."

info.worldbank.org/governance/wgi/index.asp

⁵⁶ Mehr zur Kritik an *global governance*-Konzept siehe Brand et. al. 2000.

⁵⁷ Diese Thematik wurde bereits in Kapitel 2.2. näher abgehandelt.

Um nochmals auf die ökonomische Relevanz im Neoliberalismus zurück zu kommen, ist ein weiteres Merkmal in wirtschaftstheoretischer Hinsicht unbedingt zu erwähnen. Der Fokus auf die Neoklassik, welche als ökonomischer Zwilling des politischen *mainstreams* des Neoliberalismus gesehen wird erweist sich als besonders bedeutend. Basierend auf das bereits erwähnte Menschenbild des *homo oeconomicus* wird davon ausgegangen, dass alle MarktteilnehmerInnen über denselben Informationsstand verfügen. Die daraus folgende Summe der individuellen Marktoperationen ergibt höchstmögliche Effizienz. Staatliche Interventionen werden aus diesem Grund abgelehnt, da sie den freien Markt verzerre. Märkte gelten als vollkommen und regulieren sich mittels Wettbewerb selbst (Stichwort: *invisible hand* nach Adam Smith). Ein zusätzlich bezeichnendes, ökonomisches Novum ist, dass das Finanzkapital und somit die Finanzmärkte im Neoliberalismus besonders an Bedeutung gewonnen haben. In diesem Zusammenhang wird deswegen auch die Etablierung eines neuen *Akkumulationsregimes*⁵⁸ gesprochen– auch als „Regime des Vermögensbesitzes“ (Aglietta 2000: 97) bezeichnet. Im Credo der freien Marktwirtschaft und in Kombination mit dem Aufschwung neuer Technologien wurden in den letzten Dekaden fast sämtliche Kapitalverkehrskontrollen abgeschafft.⁵⁹ Spekulative Transaktionen am Finanzmarkt nehmen trotz aktueller wirtschaftlicher Turbulenzen immer noch neue, risikoreiche Formen an (Futures, Options, Derivate, Equity Funds, Hedge Fonds ...) und versprechen gewinnträchtige Erträge. Wie unsicher diese Illusionen sind, hat das Zerplatzen unzähliger Spekulationsblasen und darauf folgende Wirtschafts- und Finanzkrisen der letzten Dekade bewiesen. Dabei sticht die fehlende Balance von Real- und Finanzwirtschaft ins Auge: die Realwirtschaft stellt im Vergleich zu den spekulativen Finanzaktivitäten an den Börsen, lediglich einen geringen Prozentsatz der operativen Geschäfte dar. Die Fixierung auf die Finanzmärkte als *Casino-Kapitalismus* (Vgl. Susan Strange 1986) bezeichnet.

Vor allem auch die veränderten Produktionsverhältnisse spielen für den Bekleidungssektor und dessen involvierten Akteure eine besondere Rolle. Diese Aspekte werden im nächsten Abschnitt ausführlicher betrachtet.

⁵⁸ Joachim Hirsch (2002) fasst den Begriff des *Akkumulationsregimes* leicht verständlich wie folgt zusammen: „[...] neben der Form der Mehrwertproduktion mit den damit verbundenen Beziehungen zwischen Produktionsmittel- und Konsumgütersektor (Beispiel: tayloristische Massenproduktion und - sozialstaatlich abgestützter - Massenkonsum im Fordismus), dem Lohn- und das Geldverhältnis, den ökonomischen Organisationsstrukturen (Unternehmens- und Gewerkschaftsorganisationen, Formen der Konkurrenz) auch die Beziehungen zwischen kapitalistischen (kommodifizierten) und nicht unmittelbar dem kapitalistischen Verwertungsprozess unterworfenen gesellschaftlichen Sektoren, damit verbunden die jeweils herrschenden gesellschaftlichen Naturverhältnisse, die Formen der Produktion und Aneignung von Wissen, das Geschlechterverhältnis und das Raum/Zeit-Verhältnis.“ (Vgl. Hirsch 2002)

⁵⁹ In der Folge der derzeit andauernden Finanz- und Wirtschaftskrise wird zu beobachten sein, ob die bereits langjährige Forderung nach strengeren Kontrollen z.B in Form einer Kapitalmarkt kontrollierenden *TOBINTax* realisiert wird.

3.1. postfordistische Produktionsverhältnisse

Wie bereits erwähnt werden die 1970er Jahre – u.a. aufgrund polit-ökonomischer Turbulenzen – als Krise des *Fordismus* bezeichnet. Die Zeit danach wird in wissenschaftlichen Kreisen als *Postfordismus* bezeichnet. Der folgende Abschnitt beschäftigt sich nun vertiefend damit, was sich konkret seit diesem Paradigmenwechsel verändert hat.

Der *Fordismus* war vor allem in westlichen Industrienationen die repräsentative Regulations- bzw. Produktionsweise, schlechthin *die* kapitalistische Wirtschaftsform der Nachkriegszeit. Hauptaugenmerk lag dabei vor allem auf Massenproduktion für den Massenkonsum, Vollbeschäftigungsmodelle formeller Lohnarbeit. In den kapitalistischen Zentren waren – im Rahmen des weit verbreiteten Wohlfahrtsstaates – gleichzeitig einhergehende soziale Mindestkompromisse der sozialer Absicherungsmechanismen vorzufinden.

Weshalb wurde der Fordismus nun abgelöst? Die weit verbreitete Annahme für den Paradigmenwechsel, war die Erkenntnis, dass Produktivitätsreserven nicht mehr ausreichen würden. Andere VertreterInnen meinen, dass abseits ökonomischer Aspekte, auch die Krise der US-amerikanischen Vormachtstellung – konkret jene der Militärmacht (militärische Niederlagen wie bspw. der Vietnamkrieg) – mit schuld war, ein neues Akkumulationsmodell zu formulieren. Umstrukturierungen ermöglichten es den USA ihre steigenden Außenhandelsdefizite und somit den eigenen ökonomischen Wachstum abzusichern, welcher zusehends auf innere sowie äußere Verschuldung aufbaute (Vgl. Hirsch 2002). Hinzu kommt die charakteristische Verwertbarkeitslogik des postfordistischen Inwertsetzungsparadigmas. Alles, bis hin zur Natur oder auch dem Menschen (Stichwort: Humankapital), wird zur handelbaren Ware. Bob Jessop resümiert einen anderen, markanten Trend des Postfordismus, nämlich jenen des sich beinahe schon hegemonial durchsetzenden Konsens, einer stetig intensivierten Wissensökonomie (Vgl. Jessop 2003; Stichwort: *knowledge based economy* KBE). Die sich herausbildende Asymmetrie, bezüglich des Zugang zur Ressource Wissen – im Kontext neuer Informationstechnologien wird auch von *digital divide* gesprochen – und die spezifische Aufspaltung ökonomischer Prozesse verfestigt bzw. prägt existierende globale entwicklungspolitische Nord-Süd-Gefälle.⁶⁰

Verändert haben sich im *Postfordismus*, neben bereits beschriebenen Aspekten vor allem die Lohn- und Produktionsverhältnisse. Die Internationalisierung der Produktion schlägt sich in Form der neuen internationalen Arbeitsteilung auf Lohnverhältnisse und somit auch die Verteilung von Wachstum und Gewinnen nieder (Redak 2003: 76).

⁶⁰ Dieses Argument kann nicht unkommentiert bleiben, da solch pauschalisierte Simplifizierungen nicht getätigt werden können. Vor allem asiatische Länder des globalen Südens sind bspw. im high-tech Bereich spezialisiert und befinden sich technologisch im obersten Segment der Wertschöpfungskette auf internationaler Ebene.

3.1.1. Die neue internationale Arbeitsteilung (NIA)

Wie erwähnt ist die Begebenheit Globalisierung, also eine *vernetzte* Weltökonomie, nicht per se als "neu" einzustufen. Jedoch ist anzumerken, dass sich im Postfordismus die Komplexität – inklusive zunehmendem Vernetzungsgrades und steigender Intransparenz – der Weltökonomie intensiviert hat. Damit verbunden gelten Liberalisierungsschritte, einhergehend mit dem weitgehend selektiven Wegfall von Zöllen oder sonstigen Handelshemmnissen, Deregulierung und Privatisierung internationaler Produktion als markante Aspekte. Die rasante Zunahme der internationalen Auslagerungsprozesse mittels *outsourcing* einzelner oder gesamter Produktionsbereiche erweist sich als charakteristisch für postfordistische Produktionsverhältnisse. Die letzten Jahrzehnte haben gezeigt, dass Unternehmen zunehmend international agieren und die Produktion teilweise (*outsourcing*) oder vollständig (*offshoring*) in so genannte Billiglohnländer verlagern (Galgóczi 2005: 7). Dezentralisierung und eine immer längere Wertschöpfungskette, inklusive komplexer *subcontracting*⁶¹ Strukturen ist vor allem im Rahmen der Bekleidungsproduktion ein wichtiges Merkmal (Vgl. Plank/Staritz 2009). In den letzten drei Jahrzehnten wurden diesbezüglich unterschiedliche Phasen der Auslagerung – auch *waves of relocation* (ebd.: 68) genannt – festgestellt. Handelte es sich in den 1960er/ 70er Jahren um die Auslagerung *einfacher, arbeitsintensiver Produktionsschritte* (z.B. Bekleidung, Spielzeug, ...), wozu kein bzw. kaum technisches *know-how* von Nöten war. Folgte ab 1980er in der zweiten Phase die Delokalisierung *einfacher Dienstleistungen* (z.B. Call Center). Heutzutage findet mitunter auch *outsourcing* von *high tech Produktionen* (z.B. asiatische Elektronikindustrie) statt (Gereffi 2005: 164). Unabhängig von dieser Differenzierung kann beobachtet werden, dass *outsourcing*-Prozesse der arbeitsintensiven Produktionsschritte vorwiegend in periphere Staaten des globalen Südens erfolgen, wo die Lohnkosten vergleichsweise niedrig sind. Die zunehmende ökonomische globale Integration dieser Nationen schafft neue ökonomische Abhängigkeiten. Anders gesagt verfestigt dieser Vorgang gewissermaßen die traditionellen, internationalen Herrschaftsverhältnisse, welche ehemals durch koloniale bzw. imperialistische Strukturen geprägt wurden. Jedoch darf bei dieser etwas vereinfachten Darstellung nicht vernachlässigt werden, dass sich einige so genannte *emerging markets* wie bspw. China und Indien herausbilden konnten, deren polit-ökonomischen Handlungsspielräume sich im Zuge dieser globalen Umstrukturierungsprozesse verhältnismäßig verbesserten (Galgóczi 2005: 5).

Aus regulatorischer Sicht bilden Freihandelsabkommen, wie bspw. das seit 1994 in Kraft getretene NAFTA (siehe Kapitel 3.3.4), Strukturen welche ausländische Direktinvestitionen –

⁶¹ Unter *subcontracting* wird die Aufspaltung der Produktionskette verstanden. Konkret heißt das, dass Aufträge oder Produktionsschritte an Dritte weiter geleitet werden.

foreign direct investment (FDI) – und Auslagerungsprozesse im gegebenen Maße ermöglichen bzw. bedeutend erleichtern. Konkrete Beispiele wären weiters Exportwirtschaftszonen, Freihandelszonen oder Sonderwirtschaftszonen genannt. Dazu muss die stetig steigende Freizügigkeit für Kapitalflüsse erwähnt werden, die für den rasanten Anstieg der global getätigten FDI verantwortlich zu machen ist. Unter FDI werden verschiedene Formen internationaler ökonomischer Transaktionen verstanden. Diese belaufen sich von Fusionen, Übernahmen von Unternehmen bis hin zur Auslagerung der Produktion⁶² (Galgóczi 2005: 5). Wie in den vergangenen Jahren zunehmend ersichtlich wurde, beeinträchtigen die mit FDI in Verbindung stehenden Deregulierungsprozesse – welche im Interesse des Freihandels zu vernehmen sind – die Arbeitsverhältnisse und Lebenssituationen vieler ArbeitnehmerInnen durchwegs negativ. Dies spiegelt sich in bspw. verschärften polarisierten sozialen Ungleichheiten wider. Sowohl in FDI *host* (Länder in denen Investitionen getätigt werden), als auch FDI *home* (Länder von welchen aus Investitionen in einem anderen Land erfolgen) haben sich Arbeitsrealitäten drastisch verändern.

Was sind nun die schwerwiegenden Motivationsgründe von Konzernen, hinter Dezentralisierung ihrer Produktion? Diese Prozesse ergeben aus der Perspektive kapitalistischer Interessen, zum einen die Möglichkeit neue Märkte zu erschließen. Zum anderen führen sie zu drastischen Kostenreduktionen, was wiederum zu gesteigerter Wettbewerbsfähigkeit und Optimierung der eigenen Position innerhalb der Wertschöpfungskette, dem s.g. *upgrading* (Vgl. Gereffi 2005), führt. Argumentiert wird des Öfteren von Verantwortlichen, dass der steigende, internationale Wettbewerbsdruck für Unternehmen die Notwendigkeit zu handeln erhöht. Kosten werden aus unternehmerischer Sicht am ehesten bei den Lohnkosten eingespart, womit der „race to the bottom“ startet (OECD 2005; Winter 2007: 127). Löhne sind aus mehreren Gründen der „ideale“ Einsparungsort um Produktionskosten zu senken. Einerseits gelten sie vor allem in westlichen Industrieländern aufgrund der gesetzlichen Abgaben (Lohnsteuer, Sozialabgaben) oftmals als *zu hoch*. Andererseits stellen Löhne *variable Kosten* dar. Materialkosten könnten zwar mit alternierenden AnbieterInnen optimiert werden, sind aber eher wie *Fixkosten* zu sehen und deshalb schwierig zu beeinflussen. Die *variable Flexibilität der Lohnkosten* wird zulasten der ArbeiterInnen im Namen des internationalen Wettbewerbs stetig ausgenutzt (Aglietta 2000: 59). Diese Entwicklungen haben einen enormen Einfluss auf globale Arbeitsverhältnisse, welche sich speziell in s.g. Billigproduktionsländern in Richtung *blutigen Taylorismus*⁶³ (Heigl 2007: 279) bewegen.

⁶² Zu unterscheiden ist des Weiteren unter einerseits *greenfield FDI*: ein neues Werk wird aufgebaut. Im Gegensatz dazu *brownfield FDI*: bestehende Firma wird übernommen (Vgl. Onaran)

⁶³ Unter *Taylorismus* verstand man die Produktionsform des Fordismus: Massenfertigung am Fließband. Der Ausdruck *blutiger Taylorismus* lässt auf die verschlechterten sozialen Rahmenbedingungen im Postfordismus zurückschließen. Auf den Aspekt der prekarierten Arbeitsverhältnisse wird etwas später noch eingegangen.

Bezüglich der neuen internationalen Arbeitsteilung ist auf die vorherrschende Ungleichheit und dem drastischen „Nord-Süd-Gefälle“ hinzuweisen. Gemeint ist, dass hochtechnologisierten Schritte, wo vor allem Wissen und finanzielle Ressourcen voraussetzend sind, oftmals den Ländern der kapitalistischen Zentren vorbehalten bleiben. Lediglich partiell entwickeln sich vereinzelt gegensätzliche periphere Strukturen. Als konkretes Beispiel dafür könnte der asiatische Elektronikmarkt genannt werden, wo sich nach und nach erfolgreiche Unternehmen etablieren, die von ausländischen TNK relativ unabhängig sind und steigende Relevanz sowie Einfluss gewinnen. Industrieländer oder genauer gesagt: deren ansässigen Unternehmen, beschäftigen sich vorwiegend mit Design & Research, wodurch sie sich im oberen und somit ertragreicheren Segment der Wertschöpfungskette wiederfinden (Bair 2005: 13). Diese Aspekte werden, in Verbindung mit der *Global Value Chain* (GVC)-Forschung, etwas später in Kapitel 4 nochmals aufgegriffen.

Abschließend ist zu den Produktionsverhältnissen der wachsende Intramediär-Handel innerhalb transnationaler Konzernen zu betonen (Galgóczi 2005: 11). Negativ zu bewerten ist hierbei die enorme Intransparenz, der komplex verwobenen Wirtschaftsstrukturen und der damit verbundenen Unmöglichkeit Prozesse effizient zu kontrollieren. Innerhalb von Unternehmen werden Transaktionen oft als *black box* dargestellt, weshalb die Datenlage äußerst dürftig bzw. unzuverlässig ist (Fischer/Parnreiter 2007: 115). Zahlenmäßig können Intermediär-Dimensionen daher lediglich geschätzt werden und belaufen sich je nachdem auf 30-50% des Welthandels (Bieling 2007: 127).

3.2. perkarisierte Arbeitverhältnisse

Durch fortschreitende Deregulationsprozesse werden Löhne und somit ArbeitnehmerInnen einem stets ansteigendem internationalen Wettbewerbsdruck ausgeliefert (Aglietta 2000: 58; Galgóczi 2005: 5). Zurückzuführen ist dieser Zustand auch auf mangelnden, adäquaten Schutz bzw. lückenloser Implementierung von Arbeitsrechten und schwindender Verhandlungsmacht im Postfordismus. Es kommt zur Flexibilisierung und verstärkter Informalisierung ehemals formeller Erwerbsarbeit (Komlosy 2007: 208). Die horizontalen Asymmetrien innerhalb der Arbeitspyramide (Barrientos 2007: 10) zwischen *Zentrum* und *Peripherie* spiegeln die Ungleichheiten am internationalen Arbeitsmarkt wider. Das führt zu einer *relativen* Begünstigung der ArbeiterInnen in Industrieländern. Aber auch innerhalb kapitalistischer Zentren kommt es zu höchst selektiven Ungleichheiten. Das Argument des *Standortwettbewerbes* trägt zusätzlich dazu bei, dass ArbeiterInnen weltweit regelrecht gegeneinander ausgespielt werden. Dies führt zu einer unaufhaltsamen Abwärtsspirale von Arbeitsbedingungen und Arbeitsrechten, dem s.g. *race to the bottom* auf nationaler aber

ebenso auf internationaler Ebene.

Der Faktor *Kapital* hat im Gegensatz zu *Arbeit* deutlich an Relevanz zugenommen. Die Position von ArbeitnehmerInnen wurde durch strukturelle Priorisierung von ökonomischen Interessen geschwächt. Obwohl die fordistischen Zeiten nicht romantisiert werden dürfen, herrschte ein etwas ausbalanciertes Gleichgewicht kompromisshafter, gleichberechtigter Partizipation und Verteilung von bspw. wirtschaftlichen Gewinnen. (Vgl. Onaran 2007) Dieses Bild hat sich im Postfordismus drastisch gewandelt. Die Gewichtung und Bedeutung von *shareholdern* eines Unternehmens hat sich zulasten der involvierten *stakeholder*, deren Partizipationsmöglichkeiten und Rechte negativ verlagert. Hohe Renditen und Aktienperformance der *shareholder* sind aktuell tonangebende Maximen der Wirtschaft. Zusätzlich ist eine sukzessive Risikoverlagerung nach unten, letztendlich zulasten der ArbeitnehmerInnen, zu erkennen (Redak 2003: 76). Dies zeichnet sich innerhalb der Wertschöpfungskette bspw. bei Markenfirmen oder Einzelhandelsketten ab. Risiken (z.B. Abnahmerisiken) und Druck werden auf Zulieferbetriebe abgeschoben, welche dieses Muster wiederum auf ihre *subcontractor* und schlussendlich auf ArbeiterInnen abwälzen (CCK 2008: 12; CCC 2009: 49). Im Rahmen der s.g. *just-in-time-production* werden Aufträge sehr kurzfristig vergeben, was Investitionsentscheidungen oder langfristige Produkt- und Personalplanung der Betroffenen erschwert oder sogar verhindert. Diese Vorgehensweise ist entgegen eher längerfristigen Planung im Fordismus, als Paradigmenwechsel verstehen (Henderson et. al 2002: 449). Dies ist vor allem ein für den Bekleidungssektor charakterisierendes Beispiel Verantwortung und letztendlich Risiken zu verlagern. Je länger die Wertschöpfungskette, desto risikoreicher wird sie auch. Umso kleiner die Manufakturen und Subunternehmer sind, desto größer wird ihr Risiko und das ihrer beschäftigten ArbeiterInnen. (Sub-)Firmen nehmen bspw. häufig Aufträge an, auch wenn deren Ausführung an die Grenzen betrieblicher Kapazitäten stoßen. Manchmal kommt es vor, dass Produktionsfristen trotz (oftmals erzwungener und unbezahlter) Mehrarbeit – in Form von Überstunden – nicht eingehalten werden können. Wenn daraufhin keine Abnahme der Ware erfolgt, werden oft auch trotz erbrachter Leistung der ArbeitnehmerInnen, keine Löhne ausbezahlt (Vgl. CCK⁶⁴). Gerade während wirtschaftlicher Turbulenzen – bspw. in Zeiten Wirtschafts- und Finanzkrisen – häufen sich Jobkürzungen regelrecht am gesamten Globus. Einerseits wird innerhalb der ArbeitnehmerInnenschaft weit verbreitet die Angst geschürt, eventuell als nächstes betroffen zu sein. Andererseits schwächt diese prekarierte Situation die Verhandlungsmacht für Interessensvertretungen wie bspw. Gewerkschaften. Automatisierung und Standardisierung der Produktionsprozesse ermöglichen zusätzlich die Substitution einzelner, vor allem geringer qualifizierter ArbeiterInnen. Dies wird – nicht nur in kapitalistischen Zentren – häufig gemeinsam mit dem (Droh-)Argument des „Abwanderns“ in

⁶⁴ Vgl. CCK bedeutet der Verweis auf die Homepage www.cleanclothes.at

billigst bietende Regionen als Einschüchterungstaktik angewandt (Aglietta 2000: 89). Dadurch wird klar veranschaulicht, dass Arbeitslosigkeit sowohl ein individuelles aber auch kollektives Dilemma für die Gesamtgesellschaft darstellen kann. Erstens bedeutet es für das einzelne Individuum ökonomische Sachzwänge, wie verringerte Kauf- und Zahlungskraft oder auch einfach die Unfähigkeit Kosten des Alltags (Wohnen, Nahrung, Kleidung...) bestreiten zu können. Zweitens darf nicht vergessen werden, dass dort wo soziale Netzwerke – entweder gestützt auf staatliche oder auch informelle Pfeiler wie: Familie, Freundeskreis etc. – noch funktionstüchtig vorhanden sind, zunehmend Probleme bei steigender Arbeitslosigkeit entstehen. Das hat zur Folge, dass immer weniger Betroffene bzw. Involvierte im Stande sind die negativen Wirkungen eines Arbeitsplatzverlustes eigenständig oder im Kollektiv abzufedern. Das Ausmaß zukünftiger Entwicklungen ist schwierig abzuschätzen, aber ExpertInnen rechnen vor allem für Industrieländer mit einem sich zuspitzendem Arbeitslosenproblem. Das betrifft jedoch nicht lediglich so genannte *blue collar worker* Jobs, also minder ausgebildete Arbeitskräfte. Wie bereits angesprochen, war das während der ersten Auslagerungsperioden der 1970er durchaus der Fall. Mittlerweile sind jedoch auch besser qualifizierte *white collar worker*, vor allem des Dienstleistungssektors (speziell aus dem vom Telekommunikationssektor) vom internationalen Konkurrenzdruck verstärkt betroffen. Als relativ resistent gelten jene sozialen Dienstleistungen, wo physische Anwesenheit vor Ort relevant ist (OECD 2005: 11).

Wenn von globalisierten Arbeitsverhältnissen gesprochen wird, erscheint es als unerlässlich nochmals spezifisch auf die Situation s.g. Entwicklungsländern näher einzugehen. Die Argumentation ist äußerst umstritten, dass sich aufgrund steigendem *outsourcings* einzelner Bereiche oder der gesamten Produktion in Billiglohnländern positive Optionen für ArbeiterInnen ergeben. Arbeitsplätze werden durch FDI zwar teilweise neu geschaffen, jedoch entsprechen diese oftmals nicht internationalen arbeitsrechtlichen Mindeststandards. Neben der Nichteinhaltung von sozialen und ökologischen Mindestvorschriften, ist zusätzlich speziell die Zunahme *informeller Arbeit* als problematisch zu erachten. Der Anspruch steigender Flexibilität, in Bezug auf Einsatzbereich, Bezahlung, Rahmenbedingungen (Barrientos 2007: 8) führt zu nicht abgesicherten Arbeitsverhältnissen und wird ebenfalls in anderer Hinsicht bemerkbar. Die Abwesenheit formeller Arbeitsverträge, dem Recht kollektiver Tarifverhandlungen sowie mangelnder organisierter Interessensvertretung, etc – was nebenbei bemerkt alles Bestandteile unterschiedlicher internationaler Konventionen sind – lassen ArbeiterInnen in Zeiten des Postfordismus oft quasi zum handlungsapathischen Spielball profit-orientierter Interessen des internationalen Kapitals werden. Die erwähnte Flexibilität der Arbeit macht sich aufgrund des gängigen *hire and fire* Systems – wo ArbeitnehmerInnen nach Bedarf engagiert oder entlassen werden – bemerkbar. Somit gibt es

bspw. weltweit Tendenzen zu einer steigenden Anzahl von Saison- und Gelegenheits- sowie LeiharbeiterInnen, Teilzeit, befristete Arbeitsverhältnisse oder Leistungsverbindlichkeiten auf Werkvertragsbasis (Aglietta 2000: 109; Komlosy 2007: 217). In diesem Kontext ist auf der einen Seite die steigende Informalisierung und somit Abkehr vom fordistischen Modell, des formal geregelten 40h-Jobs zu betonen. Auf der anderen Seite, soll der Boom der „Ich-AGs“ in westlichen Industrienationen oder Heimarbeit in der Peripherie angesprochen werden. Informelle Heimarbeit ist vor allem im Bekleidungssektor häufig, wo einzelne Arbeiten oft in kleinen Nähstuben verrichtet werden und deshalb weit verbreitet. Die mit der Informalisierung verbundenen Veränderungen seien als Indiz steigender, sozialer Unsicherheit erwähnt. Prekär Beschäftigte genießen nicht die Vorzüge sozialer, kollektiver Absicherungsnetze und können deshalb als Inbegriff der neoliberalen Individualisierung von Verantwortung und Risikobewältigung angesehen werden. Der Anstieg s.g. *working poor* sei diesbezüglich zusätzlich angesprochen. Damit ist der Umstand gemeint, dass trotz Erwerbstätigkeit – häufig in Form mehrerer prekärer Jobs (Stichwort: *McJobs*) – über kein *living wage* verfügt wird. Unter dem Begriff *living wage* ist gemeint, dass Beschäftigte ungeachtet der erbrachten Lohnarbeit am Existenzminimum leben und kaum ausreichend finanzielle Ressourcen zur Verfügung haben, um das Lebensnotwendigste finanzieren zu können (ebd.). Nicht zu vergessen ist der Fakt, speziell auch im Kontext s.g. Entwicklungsländer, wo subsistenzwirtschaftliche Strukturen, durch sich wandelnde Arbeitsverhältnisse zerstört werden und sich gleichzeitig eine neue Qualität ökonomischer Abhängigkeit konstruiert. Dieser Umstand erklärt auch die zunehmenden Migrationsschübe vom Land in die Stadt, was wiederum ein schier unersättliches Angebot an billigen Arbeitskräften in den Städten mit sich bringt. In Folge dieser Entwicklungen kommt es in den Städten zu einer regelrechten *Ghettoisierung*, was wiederum nicht nur in peripheren Produktionsländern zu Prekarisierung der Lebensverhältnisse von StadtbewohnerInnen führt.

Weitere Diskrepanzen zwischen UnternehmerInnen und ArbeitnehmerInnen (oder in Erinnerung an den Wortlaut marx'scher Klassenanalyse: Kapital vs. Arbeit), ergeben sich bezüglich der *Verteilungsfrage*. Gut sichtbar wird dies einerseits an der Einkommensverteilung und andererseits an der kontinuierlich fallenden Lohnquote⁶⁵. Diese ist in den letzten Jahren trotz – bis auf Ausnahme von konkreten Krisenmomenten – anhaltender Wirtschaftswachstumsraten stagniert oder sogar minimiert worden (Vgl. Onaran 2007). Die Lohnquote beschreibt das Verhältnis zwischen Lohn (aus nicht-selbständiger Arbeit) und dem gesamten Volkseinkommen und dient als wichtiger Richtwert in Bezug auf gesamtgesellschaftliche Verteilungsfragen. Die Tatsache der sinkenden Lohnquote ist ein

⁶⁵ Nähere Details und eine ausführliche, tabellarische Darstellung ausgewählter peripherer Staaten, die in der letzten Dekade allesamt mit Wirtschaftskrisen konfrontiert waren; siehe Onaran 2007: 190f.

sehr deutliches Exempel für sich verschlechternde, arbeitspolitische Tendenzen im Postfordismus. Es ist Ausdruck für die Rückläufigkeit der realen Masseneinkommen, was wiederum bedeutet, dass der fordistische Klassenkompromis zwischen Wachstum und Massenkonsum schwächer wird.⁶⁶ Für den Fordismus war es bezeichnend, dass die funktionelle Verteilung des Gewinns eines Unternehmens sich in regelmäßigen Anpassungen des Reallohns gemessen am Wachstum orientierte, was heutzutage eben nicht mehr zutrifft (Aglietta 2000: 33).

Drastisch erscheinen ebenfalls die extrem auseinander klaffenden Einkommens- und Vermögensverhältnisse und die sich damit zuspitzende Polarisierung zwischen arm und reich (Redak 2003: 87). Diese nicht nur subjektiv empfundene Wahrnehmung, führt zunehmend zu sozialen Spannungen auf allen geographischen und gesellschaftlichen Ebenen. Veranschaulicht werden kann diese Tatsache der auseinander klaffenden Schere mittels unterschiedlicher Indikatoren wie bspw. den *Gini-Koeffizienten*, der die innergesellschaftliche Verteilung misst. Obwohl sich viele internationale Institutionen – wie WB, IWF, ILO⁶⁷, UNO usw. – dieser Thematik annehmen, sind konkret zuverlässige Daten zu *globaler Ungleichheit*⁶⁸ leider selten zu finden. Zahlen variieren oder beziehen sich häufig lediglich auf Nationalstaaten, bzw. sind oftmals chronologisch lückenhaft. Trotz erwähnter Bias-Möglichkeiten, kann zusammenfassend behauptet werden, dass sich die Asymmetrie im Postfordismus punkto Verteilungsfragen innerhalb der letzten Dekaden verschlechtert hat (siehe tabellarische Gegenüberstellung 1965 bis 2000, Becker et. al. 2007: 32f.).

Argumenten des neoliberalen *mainstreams* zufolge ist die Verschlechterung von Arbeitsverhältnissen lediglich von temporärer Natur. Es wird zwar des Öfteren erwähnt, dass bspw. Jobverluste zu unvermeidbaren, negativen Begleiterscheinung globaler Umstrukturierungsprozesse zählen (OECD 2005: 48). Demnach können Unternehmen mittels Optimierung ihrer globalen Positionierung sowie Nationalstaaten mittels Spezialisierung auf ihre komparativen Kostenvorteile – nach neoklassischen Idealen von David Ricardo et. al. – im Endeffekt den Gemeinnutzen erhöhen (Galgóczi 2005: 9). Diese (neo)klassische Grundthese wird vor allem mit dem *Heckscher-Ohlin Theorem*⁶⁹ versucht zu verfestigen.

⁶⁶ In Österreich ist die Lohnquote von 72% im Jahre 1978 auf 54,9% im Jahr 2005 gesunken (Onaran 2007: 1)

⁶⁷ Tipp zu weiterführender Literatur: ILO-Studie (2004): „A fair Globalization: Creating Opportunities for all!“

⁶⁸ „Erstens lag der globale Gini-Index 1988 bei 62,5 und fiel damit deutlich schlechter aus als jeder nationale Gini-Index oder die vorliegenden Gini-Indizes für die Weltregionen (Gini-Index in 1995 für die OECD-Länder 34, für Subsahara-Afrika 45, Lateinamerika 48). Zweitens stellte sich heraus, dass der globale Gini-Index von 1988 bis 1993 auf 66 anstieg. Die globale Einkommensverteilung hat sich also in nur fünf Jahren um signifikante 6 Prozent verschlechtert.“ (www.inwent.org/ef-texte/jubi/messner.htm)

⁶⁹ *Heckscher-Ohlin Theorem* von den beiden Ökonomen Eli Heckscher und Bertil Ohlin formuliert, ist ein makroökonomisches Erklärungsmodell für den internationalen Handel, was als theoretische Untermauerung neoliberaler Exportorientierung gilt. Es beruht auf dem klassischen Prinzip nach David Ricardo komparativer Kostenvorteile. Kritik und nähere Infos (siehe Raffer 2002: 49/ 56/ 233)

Jedoch wird die Kritik der pauschalisierten und vereinfachten Darstellung ökonomischer Gegebenheiten, mittels zwei Länder und zwei Güterannahmen zunehmend von mehreren ÖkonomInnen kritisiert und falsifiziert (Vgl. Raffer 2002). Die Einsicht dieser Kritik und das Fazit, dass prekarierte Arbeitsbedingungen für ArbeitnehmerInnen aller Länder relevant sind, zeigen dass die Betroffenheit für den Großteil der erwerbstätigen Personen gegeben ist. Diese Aspekte könnten auf wissenschaftlicher sowie auf praktischer Ebene als verbindendes Element und Potential solidarischer Arbeitskämpfe fungieren und sollten deshalb weiter im Auge behalten werden.

3.2.1. Globalisierung ist NICHT geschlechtsneutral

Der seit nunmehr vier Dekaden stattfindende Globalisierungsprozess kann keinesfalls als egalitär oder geschlechtsneutral beschrieben werden. So erweisen sich eindeutige Referenzen auf maskulin konnotierte Tugenden wie Risikobereitschaft, Wettbewerbsstreben und Konkurrenzdenken allseits präsent und in Zeiten wie diesen erstrebenswert (Habermann/Ziai 2009: 73). Diskrepanzen zwischen Sein und Schein konnten gerade bezüglich Geschlechterverhältnissen und Arbeit nicht eklatanter sein. Patriarchale Herrschaftsstrukturen stellen immer noch fixe Bestandteile des täglichen (Arbeits)Lebens dar. Rhetorisch sind der Emanzipationsprozess der Frauen und deren angebliche Chancengleichheit in Industrieländern bereits vollzogen. Dieser fadenscheinige Diskurs der egalitären Möglichkeiten versucht gekonnt feministische Widerstände als überholt darzustellen. Trotzdem sehen alltägliche Praxen konträr aus und eine große Gruppe erwerbstätiger Personen befindet sich im gesamtgesellschaftlichen Kontext in einer marginalisierten und überdurchschnittlich benachteiligten Position: *Frauen*.

„Das postfordistische Geschlechterverhältnis wird zunächst einmal davon bestimmt, dass sich die für den Fordismus charakteristischen Strukturen und Tendenzen durchhalten oder noch verstärken: zunehmende Frauenlohnarbeit bei fortbestehenden Lohnungleichheiten, Kleinfamiliarisierung, Durchkapitalisierung und Kommodifizierung des Reproduktionsbereichs. Tendenziell rückläufige Reallöhne, aber auch gestiegene Emanzipationsansprüche erhöhen die Frauenerwerbstätigkeit und die damit verbundene Doppelbelastungen.“ (Vgl. Hirsch 2002)

Mehrere Aspekte werden somit ersichtlich, die die Situation für Frauen negativ beeinflussen. In der feministischen Theorie werden die unterschiedlichsten Interdependenzen postfordistischer Abhängigkeitsverhältnisse aufgegriffen und bspw. in der Erforschung von *Intersektionalität* verdichtet. Ziel ist es Bezugsrahmen zwischen verschiedenen analytischen Kategorien wie Geschlecht, Ethnie, Klasse, Religion und bspw. internationaler Arbeitsteilung aufzustellen (Vgl. Purkarthofer 2009: 62). Auf individueller Ebene zählen dazu kontinuierliche Rückschläge, die vielen Frauen trotz partiellem Aufbrechen bestehender patriarchaler Herrschaftsmuster widerfahren. Die komplexe Thematik beschreibt in der Postmoderne die feminine Selbstorientierung innerhalb multipler widersprüchlicher Identitätskonstruktionen

von Frauen. Gefangen oder hin und her gerissen zwischen *veralteter* Rollenbilder einerseits und emanzipatorischer bzw. pro-feministischer Ansprüche andererseits, enden viele des Öfters im Identitätskonflikt mit sich selbst. Oder sind es die verschwimmenden Grenzen zwischen *Öffentlich* und *Privat* im Neoliberalismus einerseits bzw. die selektive Einteilung andererseits welche es erschweren konstruktive Debatten in der gesellschaftlichen Öffentlichkeit bezüglich existierender patriarchal behafteter, herrschaftsstruktureller Problematiken zu eröffnen (Wichterich 2003: 9). Seit Mitte der 1960er ist eine kontinuierliche, ansteigende Einbindung von Frauen in ökonomische Prozesse zu verzeichnen. Dies löste zwar schrittweise das Problem der ökonomischen Abhängigkeit vom Mann – bspw. als alleiniger Familienernährer – aber eben nur zum Teil.

Geschlechterhierarchien und Asymmetrien schlagen sich auch in der geschlechterspezifischen Arbeitsteilung nieder, was auch unter dem Schlagwort: *Feminisierung der Arbeit* (Ross 2008: 228) bekannt ist. Spezifische Frauenberufe sind im Vergleich zu typischen Männerberufen schlechter bezahlt, was trotz artikulierter Gleichbehandlungsgesetze in vielen Industrieländern als Zeichen struktureller Diskriminierung zu sehen ist (Funder et. al. 2008: 10). So verhält es sich bspw. auch in einem vergleichsweise reichen Land wie Österreich, wo sich die Einkommensschere des *gender gap pay* (Komlosy 2007: 213) faktisch auch im Jahre 2009 immer noch nicht geschlossen hat. *Frauen verdienen in Österreich rund ein Drittel weniger als Männer!*⁷⁰ Zurückzuführen ist diese Begebenheit u.a. auf den Umstand, dass Frauen lange Zeit als Zuverdienerinnen zum Familieneinkommen erachtet wurden. Dies stellt wahrscheinlich auch einen der Gründe dar, weshalb typische „Frauenberufe“ schlechter bezahlt werden als Männerberufe. Zusätzlich ist zu erwähnen, dass die Doppel- bzw. Mehrfachbelastung von Frauen, in Form von Erwerbs-, (Re)produktions-, Pflege- und Erziehungsarbeit mit welchen sie sich konfrontiert sehen, heutzutage gesellschaftlich immer noch nicht adäquat anerkannt wird. Die reproduktive Rolle spielt hierbei ein wichtiges Element der Vergesellschaftung (Funder et. al. 2008: 8). Die fehlende gesellschaftliche Anerkennung bedingt, dass Frauen neben ihrer formellen Lohnarbeit auch noch informelle Arbeit im Haushalt oder Kindererziehung unentgeltlich verrichten. Solche erwähnte Tätigkeiten stellen im täglichen Alltag eine gesellschaftliche Selbstverständlichkeit dar (Aglietta 2000: 134). Diese Zusatzbelastung führt oft dazu, dass Frauen in schlecht bezahlten Teilzeitjobs – oft im s.g. *low skilled* Jobs im Service oder Einzelhandel – arbeiten. Zwar ist der Zugang zu Bildung – zumindest in Industrieländern – für Frauen umfassend offen, jedoch finden sich nur wenige Frauen in einflussreichen Führungspositionen (Stichwort: *glass ceiling*) wieder. Deregulierung, Privatisierung und Flexibilisierung erzeugen ein Bild, dass das bereits angesprochene männliche Erwerbsmodell des Fordismus (Vollzeitbeschäftigung unter

⁷⁰ Detaillierte Infos: <http://www.weforum.org/pdf/gendergap2009/Austria.pdf>

formeller Absicherung) erodiert und sich das flexible, prekarierte Modell informeller, (*feminisierter*) Arbeit zunehmend durchsetzt (Funder et. al. 2008: 9; Vgl. Hirsch 2002).

In s.g. Entwicklungsländern ergibt sich für Frauen diese Situation als noch verschärfter. Gerade in exportorientierten Branchen, wie bspw. der arbeitsintensiven Bekleidungsindustrie – wo Frauen einen großen Anteil der Beschäftigten ausmachen – wird ersichtlich, dass Globalisierung nicht geschlechtsneutral ist (Vgl. Sauer 2003). Sie treten oftmals als Binnenmigrantinnen innerhalb eines Staates in Erscheinung, welche vom Land in die Stadt oder in spezielle Freihandelszonen migrieren:

„Nach ILO-Angaben waren 1998 in etwa 850 Exportproduktionszonen 27 Millionen Menschen beschäftigt, 80-90% davon Frauen. Hinzu kommen geschätzte 1500 Sonderzonen in China.“ (Wichterich 2003:20)

Vor allem Frauen, die aus ländlichen Gebieten kommen verfügen oft über keinen hohen Bildungsstatus, weshalb sie selten über ihre Arbeitsrechte Bescheid wissen. Die Produktion ist speziell in der Bekleidungsindustrie hierarchisch organisiert, wo sich Manager bzw. Firmenbesitzer einen besseren Status verschaffen. Diskriminierung und sexuelle Belästigung sind ebenso übliche Begebenheiten, wie ausbeuterische Arbeitsbedingungen in Form von Unterbezahlung oder gar unbezahlten Überstunden (Vgl. CCK).

Als *social (Re)turn* bezeichnet Cornelia Klinger dieses Modell, existierender Herrschaftsdeterminanten innerhalb der Arbeitsverhältnisse und unterscheidet des Weiteren zwischen Klasse, Geschlecht und Ethnizität (Klinger nach Ross 2008: 228). Die neue internationale Arbeitsteilung – welche für den Bekleidungssektor äußerst charakteristisch ist – muss deshalb immer im Kontext erwähnter Verhältnisse sowie diverser Einflussfaktoren analysiert werden. Ein weiterer praktischer Aspekt ist die Relevanz des informellen Sektors für Frauen des globalen Südens, der eine bedeutende Rolle spielt. Der informelle Arbeitsmarkt stellt für viele Frauen die einzige Einnahmequelle dar. Konkret für den Bekleidungssektor ist dieser ausschlaggebend, wenn bspw. in Verlags- oder Heimarbeit produziert wird (ebd.:40). Schlechte Bezahlung, mangelnde Absicherung, geringe gewerkschaftliche Organisation und Abhängigkeit von prekären Arbeitsverhältnissen symbolisieren für viele eine ernst zu nehmende Verarmungsgefahr (ebd.). In Bezug auf Klingers angesprochenes Modell – *social (Re)turn* – mit welchem sich Frauen in postfordistischen Produktionsgefühen konfrontiert sehen, sind aus feministischer Perspektive folgende Umstände ergänzend zu betonen. Diskriminierung, basierend auf gender-relevanten oder auch kulturellen Aspekten, dient oftmals als Mechanismus, um hierarchische Strukturen zu verfestigen. Weiters wird erzielt, dass Frauen eingeschüchtert werden, sich nicht zu trauen, gegen existierende Missstände anzukämpfen. Dadurch werden sie in weiterer Folge

im Rahmen der Produktion als Wesen mit einem s.g. *docile character* (Habermann/ Ziai 2009:75) „gefügiger“ und leichter „*beherrschbar*“ gemacht (CCC 2009: 57). In Betrieben des Textil- und Bekleidungssektors äußert sich Diskriminierung oder auch Erniedrigung von überwiegend Frauen insofern, dass sich Arbeiterinnen im Produktionsbetrieb nach erbrachter Arbeitsleistung bei Schichtende bis auf die Unterwäsche ausziehen müssen. Dies geschieht aufgrund des Verdachts, dass sie Stoffe oder Sonstiges stehlen könnten. Zusätzlich existiert eine weit verbreitete Maßnahme, dass sich Frauen regelmäßigen Schwangerschaftstest unterziehen müssen. Falls dieser positiv ausfällt, müssen betroffene Arbeiterinnen mit der Kündigung rechnen. Deshalb kommt es verstärkt aus Angst vor Jobverlust zu erzwungen Schwangerschaftsabbrüchen, zurückzuführen ebenfalls auf die Tatsache spärlicher oder nicht vorhandener Mutterschutzgesetze (ebd. 63).

Als Resümee soll auf Brigitte Young verwiesen werden, die konkrete Veränderungen der Globalisierung bzw. konkrete Verschlechterungen von Geschlechterverhältnissen aus feministischer Perspektive im Kontext folgender Tendenzen zusammenfasst:

- Erodierung des Modells des männlichen Alleinverdieners als Familienernährer
- Informalisierung von Arbeitsverhältnissen
- Zunehmende Polarisierung unter Frauen (z.B Auslagerung der Hausarbeit an „Personal“)
- Reprivatisierung sozialer Reproduktionsarbeit im Kontext des Abbaus des Sozialstaats

(Vgl. Young 2005)

Die Kritik vieler feministischer Theoretikerinnen besteht vorwiegend darin, dass erwähnte Aspekte bezüglich der Problemstellungen existierender, geschlechterspezifischer Herrschaftsverhältnisse in den Analysen – in der von Männern dominierten, neoliberalen Logik – allzu oft eben unter den Tisch fallen bzw. kaum Beachtung finden. Um dieser Kritik entgegen zu wirken ist es deshalb unerlässlich getätigte Überlegungen des gender-spezifischen Kontexts fortwährend zu beachten.

3.3. Fokus Bekleidungsindustrie

Eben besprochene Konsequenzen der neuen internationalen Arbeitsteilung bezüglich sich transformierender Arbeitsverhältnisse im Postfordismus, sollen im folgenden Abschnitt reflektiert und am Schwerpunkt Bekleidungsindustrie konkretisiert werden. Besonderes Augenmerk gilt in der Analyse dabei vor allem weiblichen Beschäftigten.

Die Bekleidungsindustrie ist einer jener Sektoren, die auf eine lange Geschichte der globalen Arbeitsteilung zurück blicken können. Einflussreich waren sicherlich die zahlreichen technologischen Errungenschaften – wie bspw. jene des verbesserten Webstuhles des Briten James Hargreaves Ende des 18. Jahrhunderts. Der Bekleidungssektor wurde im Zuge der industriellen Revolution modernisiert. Aus Manufakturen wurden Fabriksysteme und somit stieg auch der Bedarf am wichtigsten Rohstoff für die Bekleidungsindustrie: Baumwolle. Großbritannien und die USA spielten in diesem Entwicklungsprozess eine wichtige Rolle. Großbritannien war aufgrund des technologischen Vorsprungs und des steigenden Absatzmarktes, aufgrund der kontinuierlichen Nachfrage – auch in damaligen Kolonialgebieten – führend in der verarbeitenden Produktion. Um diese Vorreiterrolle zu verteidigen, bedienten sich Großbritannien und die USA merkantilistischer Protektionsmaßnahmen. Es existierten jedoch nicht die notwendigen Kapazitäten, um der enormen Nachfrage entsprechend nachzukommen. Um trotzdem die Expansion der Marktdominanz zu steigern, wurden unbedruckte Stoffe aus dem Kolonialgebiet Indien importiert. Die qualitativ wertvolle Weiterverarbeitung erfolgte wieder in Großbritannien, was somit den höheren Ertrag der Wertschöpfungskette bedeutete. (Rivoli 2007: 47f.) Als prominente Pioniere innerhalb der Handelsimperien globaler Bekleidungsindustrien, sind z.B. die *East India Company* oder *Hudson's Bay Company* zu nennen (Gereffi 2005: 161).

Der arbeitsintensive Bekleidungssektor wird des Öfteren als eines der bzw. *das* Paradebeispiel für Deregulierungsprozesse internationalisierter Produktion dargestellt. Aufgrund der geringen Kapitalintensität gilt der Bekleidungssektor als s.g. *starter industry* und ist demnach auch für Nationen geeignet die eine exportorientierte Industrialisierung anstreben (Bair/Gereffi 2003: 144). Unterschieden wird bei der exportorientierten Produktion zwischen einerseits dem weit verbreitetem *subcontracting*. Darunter wird charakteristisch der Auslagerungsprozess der passiven Lohnveredelung – Verrichtung einfachster Produktionsschritte – verstanden. Andererseits ist vergleichsweise die Zahl der so genannten *full package production*⁷¹ weit aus geringer (Gereffi 2005: 173). Zweiteres bedeutet, dass die HerstellerInnen nicht nur einfache Schritte ausführen, sondern sich auch um die

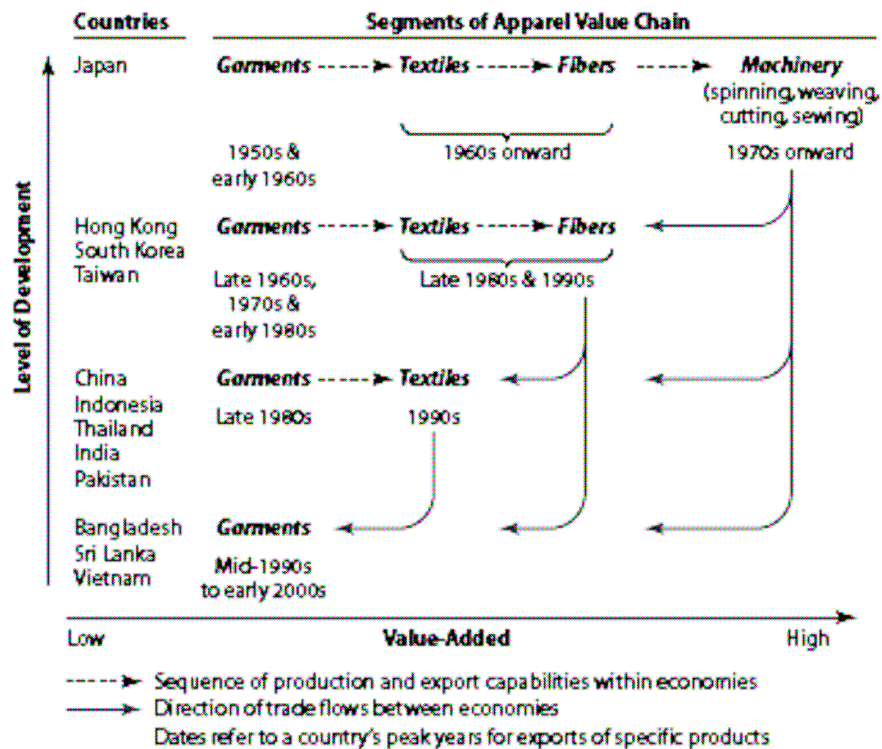
⁷¹Auch *Original Equipment Manufacturer* (OEM) oder OriginalausrüstungsherstellerIn genannt.

Bereitstellung der Maschinen, Auswahl der Rohstoffe, Logistik und Vertrieb kümmern. Diese Mechanismen des *outsourcings* und der Dezentralisierung der Produktionsschritte sorgen für steigende Komplexität, Intransparenz und Spezialisierung der Wertschöpfungskette (Plank/Staritz 2009: 62). Globale Asymmetrien der Wertschöpfungskette bzw. ungleiche Verhältnisse internationaler Handelsbeziehungen machen sich außerdem insofern bemerkbar, dass die Gewinne meistens den westlichen Unternehmen, bzw. einigen wenigen elitären Akteuren vor Ort vorbehalten sind. Risiken hingegen, werden durch die Auslagerung der Produktion nach *unten* an Subunternehmen und letztendlich an ArbeitnehmerInnen abgewälzt. *Lead Firmen*, welche sich am oberen Ende der Wertschöpfungskette der Bekleidungsindustrie befinden wären bspw. Einzelhandelsketten wie *Walmart*, *Sears Roebuck*, *JC Penney*, *Tesco* oder auch *Hofer (Aldi)*, etc. um einige einflussreiche Konzerne zu nennen. In nochmals spezialisierterem Bezug auf Sportbekleidung wären *Nike* und *Reebok* sowie Modeketten wie *GAP*, *H&M*, *Liz Claiborne* oder *The Limited* exemplarisch zu erwähnen (Bair/Gereffi 2003: 146). Die spezifische Rolle von EinzelhändlerInnen beschreibt dieses Statement sehr gut:

„These goods are imported by large retailers (e.g. Wal Mart, Gap) or by so-called “manufactures without factories” or “fab-less” firms, such as Nike, Calvin Klein or Fischer-Price, which import goods fully assembled – but containing the lead firm label or package – from a foreign producer or middleman. In these cases the value added by the lead firm comes in the areas of design, marketing or retailing.” (Millberg 2004:54)

Nicht erst seit der intensivierten Aufspaltung der Produktionsprozesse – auch als *slicing up the value chain* (Milberg 2004: 52; Gereffi 2005: 166) bezeichnet – kam es zu geographischen Verschiebungen relevanter Produktionsknotenpunkte. Diverse Verschiebungswellen kristallisierten sich heraus und haben sich kontinuierlich abgewechselt und fortgesetzt. Ohne näher auf historische Hintergründe einzugehen, sei erwähnt, dass sich die Routen schon lange vor den derzeitigen Globalisierungsprozessen quer über den Globus erstreckten. Verlagerungen ereigneten sich also auf globaler Ebene sowie auch im regionalen Zusammenhang, wie bspw. die Entwicklungen innerhalb des asiatischen Raumes als Anschauungsexempel verdeutlicht. Wird die Situation Japans näher heran gezogen, spiegelt sich die oftmals verkannte, ehemals jedoch durchaus bedeutende Position wider. Bereits vor dem zweiten Weltkrieg in den 1930er Jahren und danach wieder in den 1960er Jahren spielte Japan im Textil- und Bekleidungssektor eine wichtige Rolle (Rivoli 2007: 133).

Abb. 3: Verschiebungswellen textiler Produktion im asiatischen Raum von 1950-2000



Quelle: Gereffi 2005: 172

Wie Abbildung 3 klar verdeutlicht, verlagerte sich der Produktionsfokus über Südkorea und Taiwan nach China, Indonesien, Indien, Thailand und Pakistan. Seit Mitte der 1990er Jahre zählen im asiatischen Raum – neben China – vor allem Bangladesch, Sri Lanka und Vietnam zu den wichtigsten Knotenpunkten unterschiedlichster Sparten textiler Produktion. Zurückzuführen ist die beschriebene Verlagerungswelle auch auf das enorme Angebot an billigen Arbeitskräften und gleichzeitig sinkenden globalen Transportkosten.

Die textile Produktion ist in den kapitalistischen Zentren jedoch nicht vollkommen eingestellt worden. Dabei kann angemerkt werden, dass in Industrieländern vorwiegend die Verarbeitung spezialisierter und qualitativ hochwertiger Textilien stattfindet: z.B. Trachtenmode in Österreich, spezialisierte (z.B. feuerfeste) Arbeitskleidung, usw., wo *know-how* von Bedeutung ist. Die Massenproduktion wurde jedoch bereits vorwiegend aus Kostengründen zu einem großen Teil ausgelagert. In s.g. Billigproduktionsländern erfolgt heutzutage, meist ein Prozess der *passiven Lohnveredelung*. Dabei handelt es sich um einfache Tätigkeiten, für deren Ausführung ArbeiterInnen keine spezielle Ausbildung benötigen und die nur einen geringen Teil an der Wertschöpfung ausmachen. Trotz steigender Automatisierung, ist die menschliche Arbeitskraft gerade bei Zuschnitt und Nähen extrem wichtig und unverzichtbar.

3.3.1. Kleider machen Leute – aber zu welchen Konditionen?!

Der Preiswettkampf und somit auch der s.g. *race to the bottom* bezüglich Verträglichkeits- und steigende Toleranzgrenze von Arbeitsrechtsverletzungen unter ArbeiterInnen sind in der Textil- und Bekleidungsbranche sehr hoch. Die Löhne sind meist niedrig und belaufen sich je nach Unternehmen und Land bspw. in Rumänien auf einen Durchschnittslohn von rund 140 € (Vgl. AK 2009), in Bangalore (Indien) auf 41 € und in Bangladesh – in einem der Zulieferbetriebe von Einzelhandelsgrößen bzw. Diskonter wie *Walmart* und *Lidl* – sogar nur auf 21 € im Monat (CCC 2009: 31). Teilweise spielt vor allem in der Bekleidungsindustrie das traditionelle Bild der Frau als *Zuverdienerin* eines Familienhaushaltes eine entscheidende Rolle. Aufgrund dessen werden von ArbeitgeberInnen bspw. die niedrigen Löhne oftmals argumentiert (Ross 2008: 227). Diese unzureichenden und zum Großteil nicht formell abgesicherten Entlohnungen stellen keinesfalls ein angemessenes *living wage*, der Existenzsicherung dar. Die Forderung nach existenzsichernden Löhnen geht über die ILO Mindestbestimmungen der s.g. Kernarbeitsnormen⁷² hinaus und stellt aufgrund der essentiellen Bedeutung, eine der Hauptforderungen vieler sozialer Bewegungen dar. In den letzten Jahren konnte der Trend beobachtet werden, dass trotz steigender Profite innerhalb der Mode oder Sportartikelbranche, sich die Verteilung der Gewinne als äußerst asymmetrisch erwies. So verzeichnete bspw. *Nike* in der Zeitspanne von 2004 bis 2007 Umsatzzuwächse von rund 52% und *Adidas* kann auf ein Plus von 68% zurückblicken (CCK 2008: 11). Auf der einen Seite konnten KapitalistInnen schließlich ihren Wertschöpfungsanteil erhöhen während sich Löhne von ArbeiterInnen in einer regelrechten Abwärtsspirale befinden. Ein praktisches Veranschaulichungsbeispiel für diese existierenden Asymmetrien wird von ArbeitnehmerInnenvertretungen bzw. sozialen Bewegungen meist anhand der Produktionskostenverteilung einer Jeans veranschaulicht, was hier kurz erwähnt werden soll: Vom endgültigen Jeanspreis entfallen lediglich rund 1% auf Lohnkosten, sprich werden für die in der Produktion beteiligten ArbeiterInnen aufgewandt Die restlichen 99% verteilen sich auf Materialkosten (13%), Transportkosten (11%), Anteile der Markenfirma (25%) und schließlich (50%) auf den Einzelhandel (Vgl. CCK; FES 2006). Bezogen auf den vorliegenden Forschungsfokus sozialer Kräfteverhältnisse im Bekleidungssektor, müssen diese für kapitalistischen Interessen eher vorteilhaften Entwicklungen im Vergleich zu kontinuierlich fallenden Lohnquoten (wie bereits erläutert siehe 3.2.) stets kontextualisiert und reflektiert werden. Die verschlechterte Positionierung bzw. Artikulation von ArbeitnehmerInnenrechten lassen sich zusätzlich anderweitig begründen und können bspw. auf nationaler gesetzlicher Versäumnisse zurückgeführt werden. Damit ist gemeint, dass Mindestlöhne – gegebenen Falles dessen es existieren tatsächlich nationale gesetzliche Bestimmungen diesbezüglich – in der Praxis selten implementiert bzw. kaum kontrolliert werden.

⁷² Detaillierte Information zu den Kernarbeitsnormen siehe Kapitel 5.

Ein weiterer Aspekt der Verschlechterung von Arbeitsbedingungen bzw. ArbeitnehmerInnenrechten stellt die fluktuierende Auftragslage dar, die in postfordistischen Produktionsprozessen quasi als inhärent betrachtet werden kann. Darunter ist das Forcieren der *just-in-time* Produktion – der kurzlebigen *fast fashion* – in Zeiten der Überfluss- und konsumorientierten Wegwerfgesellschaft gemeint. Neben der erwähnten asymmetrischen Ausgangslage bezüglich äußerst geringer Löhne und ungleicher Verteilung von Gewinnen, geht zunehmend der Trend überlanger (manchmal auch unbezahlter) Arbeitszeiten einher. Der Alltag von NäherInnen und anderen in der Bekleidungsbranche Beschäftigten ist gekennzeichnet von monotonen Tätigkeiten, die im Akkord ständig wiederholt werden. Im Zusammenhang mit Übermüdung können sie häufig zu Unachtsamkeit und Arbeitsunfällen führen. Dies wiederum stellt ein besonderes Risiko für die ArbeiterInnen dar, nachdem ihre oftmals informellen Arbeitsverhältnisse nur minimale – wenn überhaupt meist informell organisierte – soziale Auffangmechanismen wie Gesundheits- oder Altersvorsorge beinhalten. Diesen Umstand aus eigener Kraft zu verändern erscheint für Betroffene oftmals äußerst schwierig. Häufig ist es den ArbeiterInnen verboten Gewerkschaften zu gründen, beizutreten bzw. sich kollektiv zu organisieren um für bessere arbeitsrechtliche Bedingungen zu sorgen (CCC 2009: 38). Jobverlust ist eine gängige Konsequenz für gewerkschaftliches Engagement und fungiert somit als wirkungsvolles Druck- und Angstmittel der ArbeitgeberInnen. Laut einer aktuellen Studie über globale Produktionsnetzwerke beläuft sich der Organisationsgrad im Bekleidungssektor auf lediglich 25 % (AK 2009).

Als **Zwischenfazit**, zwecks Synergie des bereits Erläuterten und besserer Veranschaulichung wird nun das Fallbeispiel Mexiko aufgrund seiner speziellen Position in der Bekleidungsindustrie herangezogen. Soeben in diesem Kapitel ausführlich geschilderte globale Umstrukturierungsprozesse und deregulierte Umstände neuer internationaler Arbeitsteilung sowie der Einfluss neuer Regulationsweisen und die arbeitsrechtliche Situation von Frauen verdichten sich an folgenden Konstellationen sehr deutlich. Diese gilt es nun mit staatstheoretischen Überlegungen des ersten Kapitels zu bündeln und im folgenden Abschnitt zu konkretisieren.

3.3.2. liberalisierte Bekleidungsindustrie: Fallbeispiel Mexiko

Im Jahre 1965 startete das mexikanische Grenzindustrieprogramm, was geographisch gesehen einen rund 20 km langen Streifen im Norden des Landes zur USA inkludiert (Winter 2007: 112). Ab 1972 waren ausländische Direktinvestitionen (FDI) von bis zu 100% erlaubt (ebd. 284). Gewinne wurden jedoch nur äußerst geringfügig in Mexiko reinvestiert, weshalb es trotz gesteigerter wirtschaftlicher Produktion kaum zu gesellschaftlicher Umverteilung kam. Das ausländische Finanzkapital hatte auch steigenden gesellschaftspolitischen Einfluss, indem es unter anderem die Herausbildung einer *Kompradorenbourgeoisie*⁷³ vorantrieb. Diese gesellschaftliche Formation fungierte als Kooperationspartner für ausländisches Kapital (ebd. 282). Die Verdrängung der Großgrundbesitzer – der traditionellen Elite, vom *Block an der Macht* (Vgl. Gramsci) – schaffte die Kompradorenbourgeoisie vor allem durch die intensive externe Unterstützung ab spätestens der Schuldenkrise der 1980er Jahre. Mittels *passiver Revolution* im gramscianischen Sinne, schafften es neue Kräfte ohne direkter Anwendung von Gewalt, neoliberale Ideologien von Liberalisierung und Privatisierung, gesellschaftlich zu legitimieren (Adolphs/Karakayali 2007: 123). Der Prozess könnte als "die Ausweitung des neoliberalen Elitekonsens auf Mexiko" (Winter 2007: 119) gedeutet werden. Zurückzuführen ist diese neoliberale Umstrukturierung, zumindest partiell auf die enormen wirtschaftlichen Defizite Mexikos, aufgrund langjähriger staatlicher Misswirtschaft (Winter 2007: 120). Nach und nach transformierte sich der nationale Entwicklungsstaat Mexiko zu einem Wettbewerbsstaat basierend auf Ausbeutung von Rohstoffen und Arbeitskräften in s.g. *Maquiladoras*. Maquiladora steht synonym für exportorientierte Produktion Zentral- und Mittelamerikanischer Länder, ohne substanzielle Integration in der restlichen regionalen Wirtschaft (Fischer/Parnreiter 2007: 114). Spezifisch für die charakteristische Produktionsweise in Maquiladoras, ist der Fokus auf arbeitsintensive Produktionsschritte und der hohe Beschäftigungsgrad von Frauen zu betonen. Die Produktion in den großen Maquiladoras der Sonderwirtschaftszonen Mexikos erfolgt nach dem *subcontracting* - Prinzip (Bair/Gereffi 2003: 148). Herstellende Unternehmen sind aufgrund restriktiver US-Bestimmungen bezüglich des Warenursprungs innerhalb des Freihandelsregimes, oft nicht einmal in ihrer Praxis der Rohstoffauswahl autonom. So existieren spezielle Vorschriften, die bspw. den Baumwoll-Bezug aus dem nordamerikanischen Raum (vorwiegend den USA) vorschreiben. Bürokratische Hürden und angesprochene Machtasymmetrien müssen zusätzlich berücksichtigt werden. Mexiko erwies sich in den letzten Jahrzehnten als beliebtes *offshore* Produktionsland europäischer, aber vor allem amerikanischer Bekleidungsunternehmen. Nach der gravierenden Mexikokrise Mitte der 1990er Jahre, erlitt der Textil- und Bekleidungssektor 2000 ebenfalls einen schwerwiegenden Rückschlag.

⁷³Gemäß gramscianischem Verständnis meint Nicos Poulantzas mit diesem Begriff Agenten/ Kooperationsträger des ausländischen Kapitals, die wiederum TrägerInnen einer passiven Revolution sind (Vgl. Heigl 2007).

Als eventuelle Erklärungsgründe für das *Weiterziehen der textilen Produktion*, sollten neben erwähnten kostentechnischen Überlegungen auch andere berücksichtigt werden. Zum einen durchaus die Bedeutung zunehmender Proteste sowie das gestiegene Bewusstsein der globalen Öffentlichkeit bezüglich minderwertiger Arbeitsbedingungen in Maquiladoras im Kontext s.g. „*anti-sweatshop*“ Kampagnen. Aus akteurs-analytischer Perspektive gilt zu bedenken, welchen Zusammenhang es zwischen intensiven Bestrebungen sozialer Bewegungen und NGOs – bzw. deren Forderung nach verbesserten Arbeitsbedingungen in Maquiladoras – und aktueller Outsourcing-Prozesse der Produktion in den asiatischen Raum bestehen? Das Engagement sozialer Bewegungen war und ist weiterhin gerade im relativ bekannten Maquiladora-Sektor Mexikos sehr ausgeprägt.

Tabelle 2: Selektive Auflistung zivilgesellschaftlicher Akteure der mexikanischen Bekleidungsindustrie⁷⁴

<p>* Students against Sweatshops</p> <p>Entstand aus einer Initiative Studierender, die sich dafür einsetzen, dass die Kleidung mit dem jeweiligen Universitätslogo unter Einhaltung der internationalen Arbeitsstandards erzeugt wird. Die Einhaltung der Arbeitsrechte und vor allem das Recht Gewerkschaften zu gründen sind die wichtigsten Anliegen dieser Organisation.</p>	<p>* Wal-mart Watch</p> <p>Diese Internetplattform bietet Informationen über Wal-mart (einen der weltgrößten Einzelhändler) und informiert mittels diverser Kampagnen, über Missstände im Unternehmen und Fortschritte in Bezug auf verbesserte Arbeitssituationen. Weiters bietet sie Optionen des Austausches für MitarbeiterInnen und Betroffene.</p>
<p>* Workers Rights Consortium (WRC)</p> <p>Ziel ist es die Rechte der ArbeiterInnen zu schützen die Textilien und andere Produkte herstellen, welche später in den USA verkauft werden. Die Einhaltung der Arbeitstandards wird kontrolliert und Verbesserung angestrebt. Sie bieten ArbeiterInnen Trainingsmöglichkeiten um selbständig deren Situation verbessern zu können. Diverse Universitäten unterstützen WRC indem bspw. nur „<i>sweatshopfree clothes</i>“ mit dem Universitätslogo verkauft werden.</p>	<p>* Comite Fronterizo de <u>Obre@s</u></p> <p>Diese mexikanische Organisation ist in drei Bundesstaaten tätig und wurde von Maquiladora-ArbeiterInnen für ArbeiterInnen gegründet, um gemeinsam für bessere Arbeitsbedingungen zu sorgen. Vor allem sind sie in Städten nahe der Grenze zur USA tätig, wo sich besonders viele Werke befinden. Lohnerhöhungen, Gewerkschaftsgründungen und die Versorgung entlassener ArbeiterInnen sind wichtige Punkte ihrer Arbeit. Fokus bilden Arbeitsbedingungen für Frauen und ebenso die Verbesserung der Lebenssituation für deren Familien. Die Organisation bietet eine Anlaufstelle für ArbeiterInnen die ihre Situation verbessern wollen und Interesse daran haben das Maquilasystem in Mexiko zu ändern.</p>

⁷⁴ Quellen: www.corpwatch.org, www.studentsagainstsweatshops.org, <http://en.maquilasolidarity.org>, www.walmartwatch.com, www.cfomaquiladoras.org

* Maquila Solidarity Network (MSN)

MSN informiert über Missstände, gibt Hilfestellungen für ArbeiterInnen und versucht durch Verhandlungen Verbesserungen hervorzubringen. Besonders setzen sie sich dafür ein, dass große Einzelhändler und Markenfirmen mehr darauf achten wo und unter welchen Umständen deren Produkte produziert werden.

Zum anderen spielen neben aktors-spezifischen Gegebenheiten, noch weitere Aspekte wie niedrigere Lohn- und Transportkosten im asiatischen Raum eine signifikante Rolle. Veränderungen innerhalb konkreter globaler Regulationen sind ebenfalls nicht zu vernachlässigen und sollen nun nochmals mit Bezug auf nordamerikanische Verhältnisse, aber auch in Hinblick auf Ereignisse der globalen Ebene genauer betrachtet werden

3.3.4. Regulationsmechanismen NAFTA und MFA

Der Beitritt Mexikos zur NAFTA – dem nordamerikanischen Freihandelsabkommen zwischen den USA, Kanada und Mexiko – 1994 und den damit verbundenen Liberalisierungsschritte lösten tief greifende Transformationen aus.⁷⁵ Jedoch muss beachtet werden, dass es sich um einen eher unilateralen Liberalisierungsprozess auf mexikanischer Seite vs. eher protektionistischer Taktiken der US-amerikanischen Regierung handelt (Winter 2007:153). Die USA haben stets gewusst, sich eine bevorzugte Position innerhalb des Freihandelsabkommens auszuhandeln. So sicherten sie sich bspw. mittels *Abkommen 807/9802* – dem Herkunftsgaranten oder auch *rule of origin* genannt – ab, dass ihre Interessen gewährleistet werden. Dieses Abkommen besagt das Prinzip der *yarn forward*-Klausel, was in der Praxis soviel bedeutet, als dass die Rohstoffe der mexikanischen Produkte, die für den Export in die USA bestimmt sind, aus dem NAFTA Raum stammen müssen (Bair/Gereffi 2003:154). Fragt man sich jetzt, weshalb dieser Aspekt so wichtig erscheint, darf die enorm starke Lobby der US-BaumwollproduzentInnen nicht vergessen werden. Diese spezifischen Regelungen oder auch penibel kompliziert berechnete Einfuhrquoten brachte (nicht nur) den US amerikanischen Baumwolllieferanten bis vor wenigen Jahren – mehr dazu etwas später im Text unter dem *Multifiber Agreement (MFA)* – fast ein Jahrhundert den Vorzug staatlicher Schutzmaßnahmen (Vgl. Raffer 2002: 222ff.). Diese protektionistischen Methoden – inmitten vor allem von den USA global propagierten, neoliberalen Freihandelsstrukturen – bestanden aus einem Mix an Institutionen und spezifischen Eigentumsstrukturen, Anreizen und Führungsstrukturen (Rivoli 2007: 49). Somit hat(te) NAFTA gewiss seine GewinnerInnen – neben den erwähnten BaumwollproduzentInnen, nämlich vorwiegend US-amerikanische Unternehmen, die in den

⁷⁵ Im Folgenden werden vor allem die Beziehungen zwischen den USA und Mexiko näher betrachtet. Für Kanada sind ähnlich asymmetrische Verhältnisse anzunehmen, wobei die Datenlage dürftiger ausfällt.

Sonderwirtschaftszonen billigst produzieren ließen bzw. immer noch lassen. Zusätzlich wurde NAFTA lange Zeit als *Schutzschild* für den nordamerikanischen Markt gegenüber unbegrenztem Import, vorwiegend asiatischer Billigtextilien angesehen. Die NAFTA-VerliererInnen waren ArbeiterInnen in den USA einerseits, deren Arbeitsplätze aufgrund der outsourcing-Prozesse drastisch gestrichen wurden. Dieser Aspekt erscheint vor allem aus gesellschaftstheoretischer Perspektive von besonderer Bedeutung. Diese Entlassungswellen gingen dort von statten, wo es eine der besten und stärksten organisierten zivilgesellschaftlichen und gewerkschaftlichen Akteure gab: jene der US-Baumwollindustrie. ArbeiterInnen in Mexiko zählen andererseits ebenfalls zu den NAFTA-Benachteiligten. Es wurden zwar partiell zusätzliche Arbeitsplätze geschaffen, deren arbeitsrechtlichen Rahmenbedingungen entsprechen jedoch oft nicht den internationalen Arbeitsstandards der ILO. Der durch diverse internationale Abkommen der ILO prinzipiell global festgeschriebene, verpflichtende Bezugsrahmen für die Gewährleistung von Arbeitsrechten – in Form von Umsetzung in konkrete Standards – wurde in Mexiko auf nationaler Ebene nicht geschaffen. Die Etablierung und Ausgestaltung sozialer Mindestarbeitsstandards, zählt im Gegensatz zu international formulierten Arbeitsrechten, zum Kerngebiet relativer Autonomie des staatlichen Aktionsrahmens. Der mexikanische Staat, hat es verabsäumt sich um solche Angelegenheiten zu kümmern (Winter 2007: 162). Als weitere NAFTA-VerliererInnen können auch kleine mexikanische Betriebe gezählt werden, die dem Konkurrenzdruck großer Konzerne nicht standhalten können (Bair/Gereffi 2003: 150).

Neben des nordamerikanischen Freihandelregimes NAFTA, ist des Weiteren ein anderer Regulationsmechanismus der Textil- und Bekleidungsbranche zu nennen: *Multi Fiber Agreement (MFA)*. Das MFA war eine, im Rahmen des *General Agreement on Tariffs and Trade (GATT)* – was wiederum eine der essentiellen Säulen der Welthandelsorganisation (WTO) darstellt – beschlossene, bilaterale Übereinkunft bezüglich Regulationen im Textil und Bekleidungssektor. Es war im Zeitraum von 1974 bis 1995 in Kraft (Raffer 2002: 225). Vor allem Industrienationen wollten sich mittels Quoten gegen textile Billigware aus Asien oder Lateinamerika schützen (ebd.). Interessensvertretungen und zivilgesellschaftliche Akteursgruppen wie American Manufacturing Trade Action Coalition (AMATAC), American Knitwear Association (AKA), American Apparel Manufacturers Association (AAMA) oder American Sweater Association (ASA) uvm. konnten den Prozess des steigenden Wettbewerbs in den USA, zwar mittels ihres intensiven Engagements einige Dekaden verzögern. Jedoch konnten auch groß angelegte Protestaktionen und intensives Lobbying auf Kongressabgeordnete, das Auslaufen des Abkommens schlussendlich nicht verhindern. Lautstark wurde die Forderung bezüglich Fortsetzung der Importbeschränkungen mittels Schutz-Petitionen verkündet (Rivoli 2007: 177). Schon im Vorfeld des unbegrenzt möglichen

Imports so genannter Billigtextilien, verlor die produzierende US-Bekleidungsindustrie, im Licht der internationalen Konkurrenz, Bedeutung und Tausende – vorwiegend Frauen – verloren ihren Job.

Andererseits bestrebten asiatische Unternehmen diese Quotenbeschränkung zu umgehen. Sie versuchten in Mexiko per Niederlassungen innerhalb vom NAFTA-Territorium ein Standbein aufzubauen, um auf diesen Weg den US-Markt erschließen zu können. Vor allem China, der weltweit größte Bekleidungsexporteur (Vgl. CCK), hatte enorme Hürden zu überwinden, um auf den US-amerikanischen Absatzmarkt vorzudringen:

„Während China in mehreren anderen Industrienationen einen Marktanteil von etwa 80% aller Bekleidungsimporte liefert, lag der chinesische Anteil der Bekleidungsimporte in die USA im Jahr 2003 bei annähernden 14 %.“ (Rivoli 2007: 177)

Von 1995 bis 2005 gab es eine Übergangsregelung in Form des *Agreement on Textiles and Clothing (ATC)* der WTO. Seit 2005 sind Import-Quoten, zugunsten der Marktliberalisierung aufgelassen worden:

„Innerhalb weniger Monate stiegen die Exporte von T-Shirts aus China um 500%, die von Schuhen um 700% und die Preise sind um bis zu 75% gefallen.“ (Vgl. CCK)

Dies führte zu einem verschärften Konkurrenzdruck für die mexikanische oder auch die noch verbliebene US-Bekleidungsindustrie. Unternehmensrückgänge und Werksschließungen folglich steigender Billigimporte resultierten in einem eindeutigen Beschäftigungsrückgang (Kyvik Nordås 2004: 16). Ein anderer negativer Aspekt macht sich in Bezug auf die Lohnpolitik bemerkbar. Besonders nachdem China der größte Importeur der USA geworden ist, kann von einer Lohnerhöhung der mexikanischen IndustriearbeiterInnen keine Rede mehr sein. Die Löhne sind in Mexiko seit dem Beitritt zur NAFTA um ein Drittel gefallen, anstatt der damals angekündigten Lohnangleichung an die USA (Vgl. Vigna 2008). Um diesem Konkurrenzkampf zu entkommen, müsste Mexiko einen Wandel innerhalb der eigenen Produktionsstruktur vollziehen, welcher die Exportabhängigkeit zu reduzieren. Wichtig sind dabei die Berücksichtigung der Sonderwirtschaftszonen und deren Vernetzung der restlichen lokalen Wirtschaftselemente sowie die Umstrukturierung des bestehenden Maquiladora-Systems (Fischer/Parnreiter 2007: 114). Einige der älteren Maquiladora-Modelle konnten ihre Position hingegen sogar verbessern. Das wurde einerseits durch die langjährige Zusammenarbeit mit den US-Firmen möglich. Vertrauen konnte aufgebaut werden, gleichzeitig aber wurde gelernt was für eine Weltmarkt-Produktion relevant ist – ein zu erwähnendes, positives Bsp. wäre die ehemalige Maquiladora Pafer-Huichita in Torreon (Gereffi/ Bair 2003: 160f).

Zwischenfazit: Die bisherigen Kapitel sollten dazu dienen eine profunde Basis staatstheoretischer, struktureller und damit verbundener Analysen historischer Prozesse der globalen politischen Weltwirtschaft zu bewältigen. Zusätzlich wurde versucht die vorherrschenden, multiplen Herrschaftsverhältnisse darzustellen. Kapitel 3 hat sich dabei konkret auf die polit-ökonomischen Umstrukturierungen im Postfordismus und die damit verbunden Konsequenzen transformierender Arbeitsrealitäten konzentriert. Diese Umstrukturierungen haben einen enormen Einfluss auf die Wirkung und Handlungsoptionen sozialer Bewegungen. Diesbezüglich sollte bedacht werden, dass auch teilweise so argumentiert wird soziale Bewegungen – wie bspw. die Clean Clothes Kampagne – hätten sich erst aufgrund dieser postfordistischen Umstrukturierungen formiert. Erst wenn die *theoretische Brille* so erweitert und geschärft ist, um diese komplexen Zusammenhänge klarer zu erfassen, ist es möglich sich vertiefend einzelnen Akteuren zu widmen. Dabei sei nochmals angemerkt, dass es sich in der Bekleidungsindustrie um eine Vielzahl äußerst heterogener Akteure handelt. Sich vertiefend und breit gefächert mit mehreren unterschiedlichen Akteuren zu befassen, würde den zur Verfügung stehenden Rahmen dieser Diplomarbeit bei Weitem überschreiten.

IV. Akteursanalyse in der Bekleidungsindustrie

Im Anschluss an die ausführlich abgehandelten, theoretischen Aspekte und dem spezifischen mexikanischen Anschauungsbeispiels, wird das Augenmerk im vorliegenden Abschnitt nun wiederum verstärkt auf die spezifische Analyse von Akteurskonstellationen innerhalb des Bekleidungssektors gelenkt. Vor allem die konkrete theoretische Herangehensweise und die zur Verfügung stehenden Analysetools sind hierbei im Vordergrund zu stellen. Dabei ist m.E. zu unterstreichen, dass bisher Geschildertes in seinem gesamten Umfang quasi als voraussetzende theoretische Grundlage gilt, um die eigentliche relevante Fragestellung dieser Diplomarbeit der theoretischen Erfassung des Handlungsspielraums sozialer Bewegungen beantworten zu können. Der Frage nach Einflussnahme unterschiedlicher Akteure – wie z.B. aus zivilgesellschaftlicher Sicht – jene der *Clean Clothes Kampagne (CCK)* oder deren Strategieplanung, kann sich nicht ohne spezifischer Kontextualisierung angenähert werden.

Zur Akteursanalyse existiert bis dato kein umfassendes adäquates Instrument zur Erfassung der Gesamtheit komplexer polit-ökonomischer Gegebenheiten im Bekleidungssektor, welches sich WissenschaftlerInnen bedienen könnten. Aus diesem Anlass wird versucht – aus unterschiedlichen Disziplinen kommende – Ansätze miteinander zu verbinden. Theoretische Lücken, auch blinde Flecken genannt, sollen gegenseitig ergänzt werden. Konkret handelt es sich um ergänzende Erkenntnisse der *Global Value Chain*-Forschung. Der sozialen Bewegungsforschung wurde bereits im Rahmen der Überlegungen zur materialistischen Staatstheorie (Kapitel 2.2) spezifische Aufmerksamkeit gewidmet. Dieser Abschnitt soll als Überleitung zum empirischen Teil des Fallbeispiels über die Clean Clothes Kampagne Österreich verstanden werden.

4. GCC-Forschung & Co. - eine Bestandsaufnahme

Die *Global Commodity Chain* – Forschung erscheint für die Analyse relevant, da sie sich konkret mit der Thematik deregulierter, ökonomischer Produktionsverhältnisse und der neuen internationalen Arbeitsteilung beschäftigt. Nach einem kurzen Aufriss der historischen Entstehungsgeschichte sowie grundlegenden Merkmalen für die Analyse globaler Wertschöpfungsketten, wird der jüngste Ansatz des *global production networks (GPN)* untersucht und auf die Relevanz für vorliegende Forschungsbedürfnisse überprüft.

Die Ursprünge der *Wertschöpfungsketten*-Forschung sind deutlich durch theoretische Ansätze der Weltsystemtheorie aus den Jahren 1970 bis 1980 geprägt. Vor allem Vertreter wie Immanuel Wallerstein und Terence K. Hopkins hatten mit ihrer Klassifizierung der internationalen Arbeitsteilung zwischen Staaten des kapitalistischen Zentrums und Peripherie

enormen Einfluss. Weiterentwickelt wurde diese Analysekategorie internationaler Produktionsketten (*Commodity Chain*), am Anfang der 1990er Jahre durch Vertreter wie Gary Gereffi und Miguel Korzeniewicz einerseits mittels Aufwertung der *scales* Thematik. Somit erfolgte die Ausweitung der Analyseelemente auf mehrere und somit auch auf die globale Ebene: *Global Commodity Chain* (GCC). Andererseits fanden Ergänzungen, theoretischer Erkenntnisse der *Economic Sociology* (Vgl. Bair 2005: 155 ff) statt. Gereffi et. al. erkannten die Lücken bestehender Analyseansätze und versuchten diese Ende der 1990er Jahre zu schließen, indem sie den Ansatz der Globalen Wertschöpfungskette *Global Value Chain* (GVC) entwickelten. Der begriffliche Paradigmenwechsel war notwendig, da sich der Begriff *commodity* eigentlich auf Rohstoffe wie Zucker, Kaffee usw. beschränkt und deshalb die Wahrnehmung in Bezug auf andere Waren oder Dienstleistungen verfälschte. Einflussreich für die GVC-Forschung waren Überlegungen von John Humphrey, Hubert Schmitz et. al. und allgemein gesagt Forschungstätigkeiten des *Institute of Development Studies* (IDS) in Sussex, Großbritannien. Der GVC-Ansatz konzentrierte sich eher auf die Analysen von Unternehmen der Mikro und Meso-Ebene die die Beziehung einzelner Unternehmen zueinander als linear beschreiben. Die globale Makro-Ebene und deren strukturellen Abhängigkeiten wurden dabei etwas vernachlässigt. Die Thematik des *upgraden* – des Verbessern der eigenen Position innerhalb der Wertschöpfungskette – einzelner MarktteilnehmerInnen stellt den Fokus der Analyse dar und wird mittels Kategorisierung in OEM, ODM und OBM⁷⁶ abgehandelt (Gereffi 2005:169).

Für die Analyse von Produktionsketten, sind folgende vier Kernelemente ausschlaggebend: *Erstens* muss eine input-output Struktur vorhanden sein, in welcher Rohmaterialien zu Gütern gefertigt werden. *Zweitens* muss eine gewisse Arbeitsteilung existieren und demnach *drittens* dementsprechende governance Strukturen bestehen, welche Prozesse regulieren und somit auch ein Indiz für vorherrschende Machtkonstellationen innerhalb einer Wertschöpfungskette widerspiegeln. *Viertens* sind die institutionellen Rahmenbedingungen in der Analyse zu berücksichtigen. (Bair/Gereffi 2003:145; Fischer/Parnreiter 2007: 109)

Ziel ist es *lead firms* – denen eine spezifische Bedeutungsrolle zugeschrieben wird – zu verorten und die verflochtenen Verbindungen und Beziehungen innerhalb einer Wertschöpfungskette zu analysieren. Dadurch soll herausgefunden werden, wie sich einzelne Unternehmen bzw. Länder in ihrer Position verbessern können. Im Kontext der konkreten Bestrebungen sozialer Bewegungen bspw. im Textil- und Bekleidungssektor, hat die Klassifizierung s.g. *lead firms* eine besondere Bedeutung. Zurückkehrend zur GVC-Forschung ist auf zusätzliche Unterkategorisierungen in *producer-driven commodity chains* und *buyer-*

⁷⁶ OEM = Original Equipment Manufacturer/ OriginalherstellerIn
ODM = Original Design Manufacturer/ HerstellerIn deren Produkte unter anderem Namen verkauft werden
OBM = Original Brand Manufacturer/ Markenfirmen, die sich um Design und Label-PR kümmern

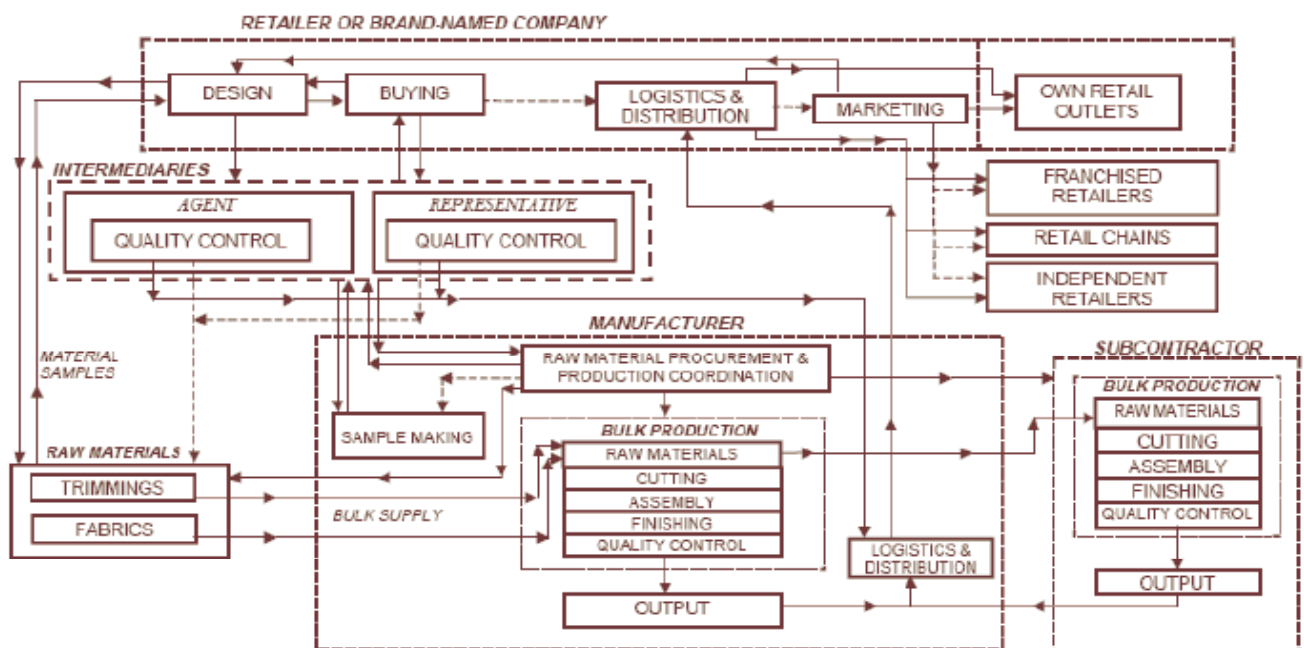
driven commodity chains zu verweisen. Ersteres bezeichnet die Produktion kapitalintensiver Güter (z.B Autos), wo die Kontrolle über Unternehmen einer Reihe von vertikal organisierten Herstellungsprozessen charakteristisch ist. Im Gegensatz dazu entstehen bei *buyer-driven* Wertschöpfungsketten arbeitsintensive Güter, wie z.B in der Bekleidungsindustrie. Einige wenige Markenfirmen - *lead firms* - verlängern mittels *outsourcing* und *subcontracting* die Produktionskette und distanzieren sich schlussendlich vom Produktionsprozess – oftmals auch jeglicher Verantwortung. Sie konzentrieren sich vorwiegend auf das lukrativere und in der Wertschöpfungskette höher positionierte Terrain von Design, Produktvermarktung, Vertrieb und Logistik (Bair 2005:159). Im Gegensatz zu den einfacheren Produktionsvorgängen sind die Eintrittsbarrieren in diese *high end values* Sektoren aufgrund technischer oder gesetzlich normierter Auflagebestimmungen sehr hoch. Dadurch zeichnet sich deutlich die Asymmetrie der neuen internationalen Arbeitsteilung ab: eine geringe Anzahl weniger *lead firms* steht einer Schar von ProduzentInnen gegenüber (Plank/Staritz 2009: 67). Erkenntnisse im Rahmen der GVC-Forschung konnten u. a. gerade solche theoretischen Lücken nicht schließen, da bspw. die multiplen Abhängigkeitsverhältnisse einzelner MarktteilnehmerInnen ignoriert oder als linear statt dynamisch gedeutet wurden.

Seit fast einer Dekade wird in epistemologischen Kreisen der jüngste diesbezügliche theoretische Ansatz, der *Global Production Network* (GPN) diskutiert. Dieser versucht dem Anspruch gerecht zu werden, die Komplexität globaler Produktionsketten adäquater zu analysieren. Es wird gezielt versucht die Lücken vorhergehender Modelle zu schließen. Der GPN ist um die gedanklichen Inputs der Vertreter Peter Dicken, Jeffrey Henderson, Martin Hess et. al. und allgemein gesagt, die Erkenntnisse der *Economic Geography* aus dem Umfeld der Manchester University bereichert worden. Der GPN kann als interdisziplinärer Versuch, mit den Merkmalen eines netzwerkzentrierten, organisatorischen, multi-skalaren Ansatzes der Akteursanalyse interpretiert werden (ebd.: 62). An Netzwerken statt Wertschöpfungsketten orientiert, beschreibt der GPN heuristisch den dynamischen, nicht-linearen, multidimensionalen Charakter, globaler Produktionsprozesse. Von Sergio G. Lazzarini (2001) et. al wird dies als *netchain* bezeichnet (Coe/Dicken/Hess 2008: 275). Die begriffliche Nuancieren impliziert, dass Netzwerke mehrfach Beziehungsformen aufweisen. Diese Beziehungen zwischen Unternehmen, Staaten, internationalen institutionellen oder zivilgesellschaftlichen Akteuren wie NGOs - oder sozialen Bewegungen etc. – gilt es zu analysieren. Der GPN konzentriert sich nicht ausschließlich auf ökonomische Aspekte, wie bspw. die Vorläufermodelle GCC und GVC. Partiiell weist die GPN-Analyse Komponenten auf, welche sozio-kulturelle sowie politische Phänomene ebenfalls wahrnehmen (Henderson 2005: 3). Der zunehmende Einbezug von Globalisierung und daraus folgender Konsequenzen auf die Produktionskette kann bei GPN gewissermaßen als (Re-)Vitalisierung der *scales-*

Debatte (Vgl. Wissen et. al.) aufgefasst werden. Den diversen geographischen Ebenen (global, national, lokal und regional) wird explizit, gesteigerte aber auch adäquat differenzierte Bedeutung beigemessen (Vgl. Dicken et. al.). Durch den Versuch globale Zusammenhänge wie bspw. zwischen Globalisierung, ökonomischer Entwicklung und Armut auf der Makro-Ebene zu kontextualisieren, kann mit Hilfe des GPN die Komplexität globaler Produktion adäquater beschrieben werden (Gereffi 2005: 2).

Globale Produktionsnetzwerke der Bekleidungsindustrie umfassen insgesamt *fünf Stufen der textilen Produktion*. Schematisch aufgelistet, setzt sich die heterogene Akteurskonstellationen wie folgt zusammen: *Erstens* RohstofflieferantInnen – wobei sowohl jene natürlicher, als auch synthetischer Rohstoffe gemeint sind. *Zweitens* LieferantInnen diverser notwendiger Komponenten (wie bspw.: Garn, Reißverschlüsse, Knöpfe, etc.). *Drittens* Akteure der verarbeitenden Produktion sowie *viertens* Unternehmen die den Export und *fünftens* Marketing und Verkauf abwickeln (Plank/Staritz 2009: 67). Abbildung 4 versucht diese Verwobenheit und Komplexität der Wertschöpfungskette innerhalb der Bekleidungsindustrie zu verdeutlichen.

Abb. 4: Global Production Network: Darstellung der Wertschöpfungskette der Bekleidungsindustrie



Quelle: Dicken/Hassler 2000: 271

Vereinfacht oder gröber unterteilt, um die Komplexität der Wertschöpfungskette übersichtlicher darzustellen kann von drei Stufen gesprochen werden: *Produktentwicklung* (Design & Research), *Produktion* und *Vertrieb*. Die eigentliche Produktion ist der aufwändigste, arbeitsintensivste Part. Er beginnt bei der Beschaffung der Fasern – Baumwolle, Synthetik etc. – und beinhaltet die Prozesse des Spinnens, Webens, Färbens

ebenso wie das Zusammennähen der einzelnen Teile. Dieser Abschnitt besteht aus vielen Zwischenschritten, die großteils immer noch – trotz sonst erhöhtem Automatisierungsgrades – nur händisch gemacht werden können. Diese Arbeitsschritte machen bis zu 60% der Arbeitsaufwand der gesamten Kette aus (Hassler 2003:514). Dabei darf nicht vergessen werden, dass sich dieser aufwändige Teil im Kontext der Wertschöpfung am unteren Segment der Kette befindet.

Zusammenfassend ist festzuhalten, dass sich der Ansatz des Global Production Network (GPN) für Analysen der Positionierung unterschiedlicher Akteure der Wertschöpfungskette – bspw. innerhalb Bekleidungsindustrie – also geeigneter erweist als die vorherigen Modelle. Zusätzlich zu den bereits beschriebenen Punkten die den GPN von älteren Modellen abheben, werden zumindest teilweise andere Aspekte berücksichtigt. An dieser Stelle soll dies kurz anhand der Merkmale bezüglich *Macht* und *Embeddness* veranschaulicht werden:

Macht – Aufgrund unterschiedlich vorherrschender Asymmetrien, ist es wichtig ungleiche Machtstrukturen zu erfassen und im Rahmen der GPN-Analyse mit zu denken. Diese verlaufen einerseits in Form einer *top-down* Logik. Jene Akteure die sich im oberen Teil der Wertschöpfungskette befinden, können ihre Ressourcen und Interessen entsprechend besser verwirklichen. Machtverhältnisse existieren in verschiedenen Formen und werden variabel als *corporate*, *collectiv* oder auch *institutional* (Vgl. Coe/Dicken/Hess 2008) bezeichnet. Diese werden ebenfalls auf verschiedenen Ebenen – vertikal als auch horizontal – ausgeübt. Innerhalb der Bekleidungsindustrie sind seitens der AbnehmerInnen bezüglich Machthierarchien drei Unterscheidungen zu machen: *marketers*, *retailers* und *branded-named manufactures* (Vgl. Bair/Gereffi 2003:147).

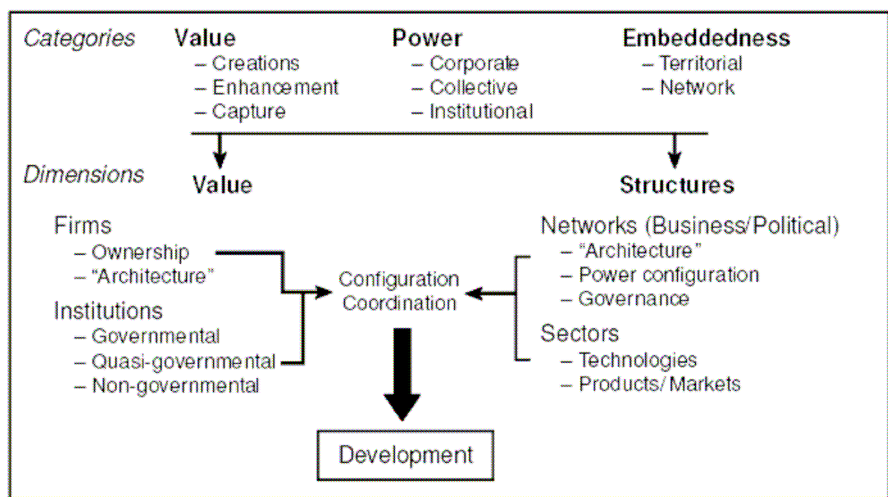
Als *marketers* werden s.g. Markenfirmen zusammengefasst. Diese verfügen – wie bereits erwähnt – oftmals selbst über keine Produktionsstätten, da die Produktionsprozesse über den Globus an Subunternehmen verteilt und somit ausgelagert sind. Beispiele der Sportartikelindustrie hierfür wären *Nike*, *Reebok*, die lediglich die Ressource *Wissen* in die Produktion einspeisen. Unter *branded-named manufactures* oder auch unter dem Begriff *organisational buyer* bekannt, versteht man so etwas wie organisierende Agenten des Produktionsnetzwerkes (Plank/Staritz 2009: 67). Die Trennung zwischen den beiden ersten Typen von AbnehmerInnen verläuft manchmal unscharf, da sich ihre Tätigkeiten nur geringfügig unterscheiden. *Retailers* sind Einzelhändler wie *Hofer (Aldi)*, *Lidl*, *Tesco*, *Carrefour*, *Walmart*, etc. welche in den letzten Jahren enorm an Bedeutung gewonnen haben. Der Marktanteil der Diskonter steigt gemeinsam mit deren geographischen Ausdehnung kontinuierlich an. Mit ihren Einkaufspraxen à „bestell’ viel, zahl wenig“ und den

Auftragspraxen einer *just-in-time* Produktion, zählen sie mit unter zu den ausschlaggebenden VerursacherInnen des harten Preiswettbewerbs und somit des Lohndumpings innerhalb der Bekleidungsbranche (Vgl. CCC 2009).

Auf produzierender Seite wird je nach Produktionsmodus – die im Text bereits näher erläutert wurden – zwischen jenen differenziert, welche einer OEM, ODM, OBM oder *full package production* nachgehen. Veränderungen der Position – *upgraden* – können partiell mittels Lernprozess, Diversifizierung oder dem Versuch bessere Kontakte in bestehenden Netzwerken zu knüpfen, erreicht werden (Bair/Gereffi 2003: 148; Gereffi 2005: 171). Es darf nicht außer Acht gelassen werden, dass sich die Eintrittsbarrieren einzelner Produktionssegmente unterschiedlich schwierig für betroffene MarktteilnehmerInnen ausgestalten. Normen, strenge Auflagen und spezifische *governance*-Strukturen stellen ein deutliches Merkmal asymmetrische Produktionsparameter dar (Fischer/Parnreiter 2007: 117).

Embedness – Im Rahmen der aufgewerteten *scale*-Debatte, die durch den Einfluss der *Economic Geography* für den GPN charakteristisch ist, gewinnen geographische Lage und Netzwerke sowie deren Interdependenzen an Bedeutung. Innerhalb dieser Netzwerke wird auch auf die Interdependenzen zwischen *scale* und *governance* Strukturen eingegangen. Hierbei wäre es wichtig zu erwähnen, dass diese Abhängigkeiten von ProduzentInnen globalisierter Industrien oftmals konkret mit *lead firms* in Verbindung gesetzt werden. Dienlich dafür sind die von Gereffi pointierten fünf Typologien neuer Regulationsformen dezentralisierter *governance*-Prinzipien: *market, modular, relational, captive* and *hierarchy*. Zusätzlich sind folgende drei Variablen: Transaktionskosten, Kodifizierbarkeit von Wissen, Wettbewerbsfähigkeit von Zulieferern ausschlaggebend und bei der Analyse zu berücksichtigen (Bair 2005: 163). Der GPN versucht teilweise auch andere Akteure – wie bspw. Staaten, internationale Organisationen, NGOs, Gewerkschaften, soziale Bewegungen – mit in die Analyse einzubeziehen. Aus diesem Grund kann dieser theoretische Ansatz auch zukünftig für die Analyse zivilgesellschaftlicher Akteureinflusses von Bedeutung sein. Zusammenfassend soll Abbildung 5 die Herangehensweise und Reichweite des GPN vereinfacht verdeutlichen:

Abb. 5: Herangehensweise des GPN-Ansatzes



Quelle: Henderson et. al 2002: 448

Als konkretes Beispiel der Verwendung bzw. des Nutzens des GPN, soll eine der Hauptforderungen sozialer Bewegungen im Bekleidungssektor herangezogen werden. Nach Bekanntwerden unzähliger Verstöße gegen Arbeitsrechte in der Bekleidungsindustrie und menschenunwürdigen Arbeitsbedingungen in Produktionsstätten des globalen Südens (Stichwort: *sweat shops*) wird intensiv die Implementierung sowie strengere Kontrollen von Verhaltenskodizes – so genannter *codes of conducts* – gefordert (Vgl. CCK). Genau an dieser Stelle können sich soziale Bewegungen, die theoretischen GPN-Erkenntnisse bedienen.

"To be effective, this kind of approach requires unravelling inter-firm networks connecting buyers and suppliers, and the GCC framework has proven a useful template in this regard. Such 'real world' applications of the commodity chain concept are among the most fruitful implications of GCC research to date." (Bair 2005: 161)

4.1.1. Kritik am GPN und blinde Flecken

Neben der Konzentration auf Möglichkeiten des ökonomischen *upgradings* partizipierender Akteure, wäre es wünschenswert auch nicht-ökonomische in noch verstärktem Ausmaß zu in die Analysen zu integrieren. Darunter fallen bspw. sozio-kulturelle Aspekte wie das Streben nach *decent work*, um die Gegebenheit menschenwürdiger Arbeitsbedingungen zu reflektieren. Dies erfolgte bis dato lediglich vereinzelt (Vgl. Barrientos 2007) und könnte durchaus stärker forciert werden. Die Interdisziplinarität könnte zusätzlich auch durch Einbezug ökologischer Kriterien, wie der Einhaltung ökologischer Standards erhöht werden.

Bezüglich der Aspekte von *Arbeit, Macht und externe Faktoren* ist kritisch zu bemerken, dass *transnationalen* Strukturen – trotz gewisser Bemühungen – auch im GPN zu wenig Bedeutung beigemessen werden. Immer noch gelten Unternehmen zu einem überwiegenden Teil als eine gewissermaßen *black box*. Intra-firm Beziehungen und damit die Produktion und der Handel intermediärer Produkte, die innerhalb von transnationalen Unternehmen und

Subfirmen geschehen, werden vernachlässigt. Zurückzuführen ist dies jedoch oftmals aufgrund der enormen Komplexität, vorherrschenden Intransparenz und schwer zugänglichen Datenmaterial. Bestehende hierarchische Machtverhältnisse innerhalb von Unternehmen und existierende strukturelle Rahmenbedingungen der Regulation müssten nichtsdestotrotz noch viel intensiver berücksichtigt werden. Unter mangelnder Bezugnahme von *externen Faktoren* werden polit-ökonomische Aspekte der Makroebene kaum angesprochen. Analysen im Rahmen des GPN äußern sich nur spärlich – außer im Fall einiger weniger Ausnahmen (Vgl. Bair 2005: 159) – explizit zur Thematik der neuen internationalen Arbeitsteilung des Postfordismus'. Die Bedeutungen der Arbeitsgeographie oder den *spatial* Asymmetrien zwischen Kapital und Arbeit werden ebenfalls unzulässig berücksichtigt (Coe/Dicken/Hess 2007: 280). Der Einfluss von Freihandelsregimen und dessen speziellen Abkommen – ehemals *Multifiber Agreement* (MFA) und *Agreement on Textiles and Clothes* (ATC) oder aktuell das *Outward Processing Trade* Abkommen (OPT) der EU – wird im Rahmen der Analyse zu wenig kontextualisiert. Ein weiteres zu kritisierendes Element wäre, dass ArbeiterInnen ähnlich wie Unternehmen als *black box* bzw. homogener Akteur dargestellt werden. Dies untergräbt die spezifischen Ausgangspositionen unterschiedlicher ArbeiterInnen je nach Unternehmen, Land oder auch gesellschaftlicher Positionierung. Vor allem für den Bekleidungssektor wäre eine sozio-kulturell sensibilisierte, aber vor allem genderspezifische Analyse informativ und aufschlussreicher, also dringend von Nöten (Plank/Staritz 2009: 65). Der Doppelrolle von ArbeiterInnen, konkreter im Kontext der zusammenhängenden Dichotomie zwischen Arbeitskraft und KonsumentIn sowie deren spezifischen Interessen oder Bedürfnissen, wird in der Analyse bis dato kaum Bedeutung beigemessen.

Bezüglich expliziter Fragen der *Zivilgesellschaft* sei an die vorige Argumentation anknüpfend anzumerken, dass die Berücksichtigung von *non-firm* Akteuren gesteigert werden sollte. In diesem Zusammenhang könnte eine umfassendere Analyse der zivilgesellschaftlichen Aktivitäten gemäß ihrer unterschiedlichen Interessen differenziert und analysiert werden. Bisher liefert der GPN geringe Fokussierung auf deren spezifischen Handlungsoptionen. Um dies adäquat zu analysieren, könnte der von Stephan Gill und Hans-Jürgen Bieling behandelte Ansatz des *new constitutionalism* und das daraus resultierende asymmetrische Durchsetzungsvermögen mitbedacht werden (siehe Kapitel 2.4.1). Vor allem mangelt es an vertiefenden Analysen von Handlungsspielräumen transnationaler Konzerne sowie deren Strategien bzw. Fähigkeiten derzeitige institutionelle Rahmenbedingungen geschickt zu ihrem Vorteil zu nutzen. Diese soeben aufgelisteten Aspekte werden kaum in Untersuchungen berücksichtigt. Konkret wäre es auch interessant die Thematik der freiwilligen Verantwortungsbekundung von Unternehmen zu analysieren, welche sich anhand trotz des

anscheinenden derzeitigen Booms oftmals lediglich als halbherzige CSR Versprechungen auf dem Papier bemerkbar machen (Winter 2007: 95).

Weiters ist zu kritisieren, dass KonsumentInnen im Rahmen der GPN-Analyse kaum erwähnt werden. Ziel könnte es sein, einerseits das fehlende Bewusstsein von KonsumentInnen zu revidieren, erhoffte Vorteile durch neue Technologien wie Internet zu analysieren und zu bewerten. Andererseits wäre es auch spannend die verstärkte Tendenz von *consumer politics* (bspw. Initiativen von und mit NGOs) und deren Konsequenzen in die Analyse zu integrieren. Dies würde einen Schritt in Richtung umfassender *stakeholder*-Involvierung bedeuten.

Zum Abschluss der theoretischen Abhandlungen soll nochmals betont werden, dass eine umfassende Analyse dieser komplexen Thematik – der theoretischen Erfassung sozialer Bewegungen im Bekleidungssektor und vor allem deren Handlungs- und Wirkungsarenen – alle bisher geschilderten Erkenntnisse berücksichtigen und inkludieren sollte. Somit ist das explizite Hauptbestreben meinerseits ein Versuch, aus bereits bestehenden Analyseansätzen ein adäquates Analysetool zu kreieren. Im nun folgenden Abschnitt wird es die Anstrengung sein, diese facettenreichen theoretischen Erkenntnisse konkret zu verdinglichen.

V. *Clean Clothes Kampagne (Österreich)*

Das empirische Fallbeispiel konkretisiert der *Clean Clothes Kampagne (Österreich)* – CCK – fungiert exemplarisch für eine soziale Bewegung in der Bekleidungsindustrie. Eine vertiefende Stakeholder-Analyse würde den dafür zur Verfügung stehenden Rahmen der Diplomarbeit überschreiten. Mein essentielles Hauptanliegen ist die theoretische Erfassung sozialer Bewegungen. Die spezifische Akteurs- oder Stakeholder-Analyse ist in Rückbesinnung auf den bereits vorgestellten, transdisziplinären Mix aus theoretischen Analysetools für zukünftige Forschungsvorhaben zu bedenken.

Der Aufbau ist gekennzeichnet durch einen deskriptiven Aufriss, allgemeiner Hintergrundinformationen⁷⁷. Als konkretes Beispiel des CCK-Tätigkeitsprofils, wird die „Play Fair“ – Kampagne 2008 umrissen. Eine partielle Evaluation der Clean Clothes Kampagne (Österreich) erfolgt im Zuge des Fazits der gesamten Arbeit.

5.1. Allgemeine und historische Hintergrundinformationen

Die *Clean Clothes Kampagne (Österreich)* wurde 1996 gegründet. Sie ist ein Teil der internationalen *Clean Clothes Campaign*, welche 1990 in den Niederlanden ins Leben gerufen wurde. Ursprüngliche Motivationen bezüglich der Initiierung der internationalen Kampagne ergaben sich aufgrund detaillierter Untersuchungen, arbeitsrechtlicher Produktionsbedingungen innerhalb der Wertschöpfungskette von C&A und seiner Subunternehmen. Durchgeführt wurden diese Studie von dem unabhängigen, niederländischen SOMO-Institut⁷⁸ (Vgl. CCK). Die verheerenden Erkenntnisse verdeutlichten den Bedarf nach gesteigertem, kontinuierlichem und zivilgesellschaftlichem Engagement in diesem Bereich. Die Gründung – sowie auch darauf folgende Aktivitäten – der CCC waren und sind im Zeichen der Zivilcourage und Solidarität mit den betroffenen ArbeiterInnen in der Bekleidungsindustrie zu verstehen. Somit wurde der erste Schritt geschaffen, um in Zeiten des neoliberalen *Ausbeutungs-Kapitalismus* ein ungleiches, aber dennoch existentes Gegengewicht zur mächtigen Positionierung internationaler Konzerne zu konstruieren. Damit wurde von den Niederlanden aus, wo sich auch heute noch der Sitz und Koordinationsstelle der internationalen Clean Clothes Campaign (CCC) befindet, der Grundstein dieses Netzwerkes gelegt. Die Kampagne setzt sich für die Einhaltung internationaler Mindest-Arbeitsstandards und für mehr Transparenz ein. Des Weiteren informiert sie KonsumentInnen über Missstände bzw. Fortschritte und unterstützt Betroffene.

⁷⁷ Die allgemeinen Hintergrundinformationen beruhen – wenn nicht anders vermerkt – auf diverse CCK-Selbstdarstellungen in unterschiedlichen Medien (digital/ print) oder Beobachtungen sowie ExpertInnen-Interviews.

⁷⁸ SOMO Institut – Centre for Research on Multinational Corporations – ist eine non-profit Forschungs- und Beratungsinstitution, welche 1973 gegründet wurde. Nähere Infos unter:

<http://somo.nl/>

Die geographische Tragweite der CCC erstreckt sich mittlerweile über zwölf⁷⁹ europäische Länder mit 200 Organisationen (Vgl. Interview4). Die einzelnen Länderkampagnen agieren autonom und weisen strukturell ein *Cluster* zivilgesellschaftlicher Organisationen auf. In Bulgarien oder Indien gibt es bspw. Projektformen der CCC, die s.g. *task forces*. International kooperiert die CCC mit diversen, heterogenen *Multistakeholder-Initiativen* (MSI). Einerseits handelt es sich dabei um PartnerInnen eines breiten, internationalen Netzwerkes der *just clothes* – Bewegung (Vgl. Micheletti 2004). Darunter fallen das kanadische *Maquila Solidarity Network* oder US-amerikanische Initiativen wie z.B. *students-against-sweatshops*, *Wal-mart Watch* bzw. *Sweatshop Watch* oder ähnliches. Zusätzlich findet punktuell auch eine Zusammenarbeit mit Institutionen und unabhängigen Überprüfungsorganisationen⁸⁰, wie *Ethical Trading Initiative* (ETI), *Fair Wear Foundation* (FWF), *Fair Labour Association* (FLA) oder dem *Workers Rights Consortium* (WRC) statt (Vgl. Wick 2006). Andererseits wird vor Ort mit ArbeiterInnen-Bewegungen, Gewerkschaften (falls vorhanden) und lokalen NGOs aus den Produktionsländern zusammen gearbeitet.

Nach diesem historischen Exkurs auf das internationale Terrain der CCC, beziehen sich die nun folgenden Erläuterungen auf die CCK (Österreich). Der Verweis auf die transnationalen Züge der CCC ist relevant, um den europäischen und auch internationalen Vernetzungsgrad besser nachzuvollziehen.

5.2. Struktur

Die CCK ist nicht als klassische Form einer NGO zu verstehen. Einer der wichtigsten Gründe dafür ist, dass sie keinen organisatorischen Status einer Rechtskörperschaft inne hat. Die CCK ist keine eigenständige juristische Person und verkörpert auch keine Reinform einer konventionellen Kampagne. Die Koordinatorin der CCK, Michaela Königshofer bekräftigt dieses Argument insofern, dass eine Kampagne stets einen konkreten Anfang sowie ein fixiertes Ende hat, was bei der CCK nicht zutrifft (Vgl. Interview4). Deshalb ist die CCK eher als Plattform, Netzwerk oder Neue Soziale Bewegung zu sehen. Die spezifische Herangehensweise an Problemstellungen ist konträr zu konventionellen NGO-Aktivitäten zu verstehen. Des Öfteren ergibt es sich entweder einerseits, dass einzelne Akteure an unterschiedlichen Themen arbeiten. Andererseits kommt es durchaus vor, dass mehrere NGOs an denselben Themen arbeiten – größtenteils jedoch autonom und unabhängig voneinander – und kaum kooperieren.

⁷⁹ Belgien (Nord/Süd), Dänemark, Deutschland, Frankreich, Großbritannien, Italien, Niederlande, Norwegen, Österreich, Schweden, Schweiz und Spanien.

⁸⁰ Nähere Informationen und ein kritischer, detaillierter Überblick zu unabhängigen Überprüfungs- und Zertifizierungsorganisationen, siehe Wick 2006: 51-62.

Die CCK-Plattform ist quasi ein Dachverband, wo unterschiedliche TrägerInnenorganisationen⁸¹ zusammen ein Thema, bzw. ein gemeinschaftliches Interesse tragen: „Die Verbesserung von Arbeitsrechten in der internationalen Sportartikel und Bekleidungsindustrie.“ (Interview4)

In Bezug auf Kapitel 2.2 zeichnen sich bei der CCK charakteristische Merkmale, einer Neuen Sozialen Bewegung ab. Dies bestätigt sich anhand der für NSB typischen Beschäftigung, mit spezifischen s.g. „Bewegungsthemen“ (siehe Kapitel 2.2.1.). Auch bezüglich des solidarischen Verständnisses und der (Führungs-)Struktur werden Charakteristika einer NSB deutlich. Die Clean Clothes Kampagne (Österreich) zeichnet sich durch eine äußerst flache Hierarchie aus, ohne konkret vorab fixierter Aufgabenverteilung. Seit September 2001 liegt die operative Koordination der österreichischen CCK-Tätigkeiten bei der Südwind Agentur. Dieser Aufgabenbereich wurde von der Frauensolidarität übertragen, welche von 1999 – 2001 die Kampagne koordinierte. Neben der Administration operativer Aspekte, ist die Südwind Agentur für die Organisation der 3-5 Mal pro Jahr stattfindenden Plattform-Treffen verantwortlich. Diese Treffen dienen zur Vernetzung, Erfahrungs- und Informationsaustausch. (Vgl. Interview4)

5.3. Finanzierung

Die Finanzierung der CCK erfolgt größtenteils mittels Projektfinanzierung. Laut den Angaben von Königshofer, werden die kontinuierlichen Aktivitäten zu etwa 70% von öffentlichen FörderInnengeldern ermöglicht. Die restlichen Gelder ergeben sich aus finanziellen Beiträgen der TrägerInnenorganisationen und Spenden. Als wichtigste Quellen öffentlicher Subventionen gelten unterschiedliche Institutionen der EU oder auch das österreichische Außenministerium – bzw. die *Austrian Development Agency* (ADA).

Wie viele Personen für die CCK arbeiten, kann nur ungefähr ermittelt werden. Die konkreten Angaben erweisen sich aufgrund des komplizierten Zeit-Berechnungsschlüssels⁸² der jeweiligen Projektfinanzierung als schwierig. Der Fortbestand der CCK in Österreich ist vom unermüdlichen Engagement ehrenamtlicher MitarbeiterInnen oder auch der Unterstützung bspw. durch Zivildienstler maßgeblich abhängig.

⁸¹ Südwind Agentur, Don Bosco Jugend eine Welt, Frauensolidarität, Enchada - Kath. Jugend Österreich, ARGE Weltläden, Horizont3000, Informationsgruppe Lateinamerika/IGLA, Katholische Frauenbewegung, SOL - Menschen für Solidarität-Ökologie und Lebensstil, Wiener Institut für Entwicklungsfragen und Zusammenarbeit (VIDC), Gewerkschaft Metall-Textil-Nahrung, Koordinierungsstelle der österreichischen Bischofskonferenz für internationale Entwicklung und Mission (KOO), weltumspannend arbeiten – entwicklungspolitische Projekt im ÖGB OÖ (Vgl. CCK)

⁸² Als Beispiel für diese komplizierte Berechnungsschlüssel könnte erwähnt werden, dass 10-20 Arbeitstage in den Regionalstellen der Südwind Agentur für CCK kalkuliert werden. Das bedeutet, dass diese Zeit bspw. für die Organisation von CCK-Veranstaltungen verwendet werden soll.

5.4. Zielsetzungen & Forderungen

Das oberste Ziel der CCK ist, die Arbeitsbedingungen in der Bekleidungs- und Sportartikelindustrie weltweit zu verbessern. Dabei beruft sich die CCK auf unterschiedliche internationale Rechtsgrundlagen, Normen und Maßnahmen, welche ArbeitnehmerInnen weltweit vor arbeitsrechtlichen Menschenrechtsverletzungen schützen sollten.

Die wichtigsten juristischen bzw. völkerrechtlichen Elemente sind:

- UN-Charta der Menschenrechte⁸³
- der UN Sozialpakt/ Pakt I⁸⁴ über die wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Rechte (Arbeitsrechtliches siehe Artikel 6-8)
- UN Pakt II⁸⁵, der Internationale Pakt über bürgerliche und politische Rechte (Artikel 8/21/22)
- Die Europäische Menschenrechtskonvention – EMRK⁸⁶ (Artikel 4 Abs. 3)
- Die Europäische Sozialcharta – ESC⁸⁷ – sowie Zusatzprotokolle (vor allem von 1995)

Neben den angeführten Elementen sticht aufgrund der enormen Relevanz für die Tätigkeiten der CCK, die Kernarbeitsnormen der ILO, besonderes hervor. Diese Bestimmungen der internationalen Arbeitsorganisation der Vereinten Nationen, setzen sich wie folgt zusammen:

Tabelle 3: Kernarbeitsnormen der ILO⁸⁸

Betreff Nr.	Übereinkommen	Jahr
29	Zwangsarbeit	(1930)
87	Vereinigungsfreiheit und Schutz des Vereinigungsrechtes	(1948)
98	Vereinigungsrecht und Recht zu Kollektivverhandlungen	(1949)
100	Gleichheit des Entgelts	(1951)
105	Abschaffung der Zwangsarbeit	(1957)
111	Diskriminierung (Beschäftigung und Beruf)	(1958)
138	Mindestalter	(1973)
182	Verbot und unverzügliche Maßnahmen zur Beseitigung der schlimmsten Formen der Kinderarbeit	(1999)

⁸³ www.unric.org/de/charta

⁸⁴ www.auswaertiges-amt.de/diplo/de/Aussenpolitik/Themen/Menschenrechte/Download/IntSozialpakt.pdf

⁸⁵ www.auswaertiges-amt.de/diplo/de/Aussenpolitik/Themen/Menschenrechte/Download/IntZivilpakt.pdf

⁸⁶ www.echr.coe.int/NR/rdonlyres/F45A65CD-38BE-4FF7-8284-EE6C2BE36FB7/0/GermanAllemand.pdf

⁸⁷ <http://conventions.coe.int/Treaty/ger/treaties/HTML/035.htm>

⁸⁸ www.ilo.org/public/german/region/eurpro/bonn/ilo_kernarbeitsnormen.htm

Trotz bestehender internationaler Regelungen, erleben ArbeitnehmerInnen weltweit kontinuierliche Arbeitsrechtsverletzungen. Dies ist heutzutage, im Zeitalter des Neoliberalismus und postfordistischer Produktionsverhältnisse, von enormer Bedeutung. Das vermeintliche „Versagen“ bzw. die Nicht-Einhaltung oder die gesetzliche Implementierung der ILO-Kernarbeitsnormen, kann mit dem Fehlen eines supranationalen Gewaltmonopols in Verbindung gebracht werden (Vgl. Kapitel 2). Staaten sind nämlich prinzipiell verpflichtet internationale Bestimmungen einzuhalten. Verletzungen bleiben mangels Einklagbarkeit oft ohne Sanktionierung.

Diese ILO-Bestimmungen bilden die direkte Grundlage für den CCK-Verhaltenskodex, dessen Einhaltung weltweit für soziale Mindeststandards im Arbeitsrecht sorgen soll. Dabei fordert die CCK von internationalen Unternehmen und Konzernen eine zusätzliche, intensiviertere Verantwortungsübernahme. Des Weiteren wird die Bezahlung von s.g. *living wages* – existenzsichernde Löhne, entlang der gesamten Wertschöpfungskette verlangt. Dies beinhaltet auch alle Subunternehmen, deren dezentrales Auftreten sich (Vgl. Kapitel 4) gerade im Bekleidungssektor, aufgrund des hohen Spezialisierungsgrades, als äußerst komplex erweist.

5.5. Tätigkeitsfelder

Aus dem Blickfeld der Sozialen Bewegungsforschung (siehe Kapitel 2.2.4.) erscheint vor allem die heterogene Bandbreite der CCK-Tätigkeiten bezeichnend für eine Neue Soziale Bewegung. So erstreckt sich das Spektrum der Interessen und Aktivitäten höchst plural von Arbeits-, Kinder- und Frauenrechten, Umweltschutz bis zur Globalisierungskritik.

Die CCK agiert, gleichsam wie die zwölf europäischen Subkampagnen, gemäß den internationalen CCC-Richtlinien, woraus sich folgende vier Arbeitsschwerpunkte ergeben:

- KonsumentInnen Aufklärung
- Verhandlung mit Unternehmen
- (rechtliche) Unterstützung individueller Fälle
- Lobbying auf politische VerantwortungsträgerInnen

Laut Koordinatorin, erfolgen die Aktivitäten der CCK nach dem Prinzip des globalen Lernen-Konzeptes. In Österreich fällt die Gewichtung der CCK-Tätigkeitsfelder mit eindeutigem Fokus auf Sensibilisierung, Aufklärung und Mobilisierung von KonsumentInnen. (Vgl. Interview4) Operativ greift die CCK dabei auf einen Mix der Kampagnenarbeit zurück. Dieser setzt sich einerseits aus traditionell bewährten und andererseits innovativen Tools (bspw. Einbezug von web 2.0) zusammen. Die Online-Präsenz von www.cleanclothes.at wurde erst im Jahr 2008

optisch und inhaltlich restrukturiert und erweitert. So gibt es eine eigene Homepage für bspw. das Modeschulen-Projekt⁸⁹ und für das neueste internationale Projekt *check your brand*⁹⁰. Weiters erscheint vierteljährlich der *Clean Clothes Rundbrief*, es werden Aufklärungsveranstaltungen bspw. in Schulen abgehalten oder s.g. *speaker tours* mit Betroffenen aus Produktionsländern organisiert. Ein weiteres wichtiges Element bilden die s.g. *urgent actions*. Diese beziehen sich auf konkrete Arbeitsrechtsverletzungen und der raschen Reaktion aller PartnerInnen der internationalen CCC. Mittels (Online-) Petitionen, E-Mail- bzw. Briefaktionen, Straßenaktivismus (z.B. *flashmobs*) oder einberufenen Pressekonferenzen wird in kürzester Zeit, die Öffentlichkeit aufmerksam gemacht. Einerseits um ein politisches Druckmittel zu erzeugen, andererseits um die betroffenen ArbeiterInnen des globalen Südens solidarisch zu unterstützen.

5.5.1 *Play Fair – Kampagne 2008*

„Die im Jahre 2003 gestartete Play-Fair-bei-Olympia-Kampagne war die die größte internationale Bewegung zu den Rechten von Arbeiterinnen und Arbeitern, die jemals so durchgeführt wurde.“ (CCK 2008: 24)

Aufgrund des medienwirksamen Auftakterfolges der Kampagne anlässlich der Olympischen Spiele von Athen (2004), wurde dies für Olympia 2008 wiederholt. Gerade der neue Austragungsort China (weltgrößter Bekleidungsexporteur), erwies sich aus arbeitsrechtlicher Sicht sehr interessant. Vor allem in Bezugnahme auf die sukzessiven, arbeitsrechtlichen Verstöße und Verletzungen in den s.g. Sonderwirtschaftszonen Chinas. Die *Play Fair – Kampagne* gilt als repräsentatives Beispiel global agierender, sozialer Bewegungen bzw. MSIs. Die heterogene Konstellation erstreckt sich von AktivistInnen, Gewerkschaften, NGOs bis zu prominenten SpitzensportlerInnen. Die Kampagne wurde auch im Rahmen der EM2008 aufgegriffen und arbeitete mit plakativen Beispielen:

„Fußballstars verdienen durch Sponsorverträge Millionen. So verdiente der Fußballer Ronaldinho 2007 23,5 Millionen Euro, David Beckham gar 25,2 Millionen Euro. Eine Näherin in China verdient durchschnittlich 840 Euro im Jahr. [...] Näherin in China um 44% mehr verdienen müsste, um ein angemessenes Leben führen zu können.“ (Vgl. CCK Rundbrief 28/2008: 3)

Über 500 Veranstaltungen in über 35 Ländern wurde auf Arbeitsrechtsverletzungen und menschenunwürdige Arbeitsbedingungen in der Sportartikelindustrie hingewiesen. Mehr als eine halbe Millionen Menschen unterstützten im Jahr 2004 die Kampagne. Entweder durch (Online-) Petitionen, Protestkarten oder SMS-Ketten – z.B. *catch the flame*-Aktion. (Vgl. CCK 2008: 24) Somit wurden internationale Konzerne sowie das Internationale Olympische

⁸⁹ Ein Erfolg des Projektes „Mein Design. Meine Verantwortung“ ist die fixe Verankerung sozialer und ökologischer CSR-Thematiken, in den Lehrplänen der Höheren Lehranstalten für Modeberufe (HLM) ab 2009/2010. Nähere Infos dazu siehe: www.mode.cleanclothes.at

⁹⁰ Von über 50 Unternehmen wurde beruhend auf Fragebogen-Erhebungen aus dem Jahr 2007, eine Datenbank mit detaillierten Firmenprofilen erstellt. Bewertungskriterien und Ergebnisse finden sich unter: www.fashioncheck.net.

Komitee (IOC) aufgefordert, Arbeitsrechte und soziale Mindeststandards in der Produktion und bei der Beschaffung zu berücksichtigen (Vgl. CCK Rundbrief 28/2008: 3). Neil Kearney, Generalsekretär der internationalen Vereinigung von Textil-, Bekleidungs- und LederarbeiterInnen meinte diesbezüglich treffend:

„Wie andere Markenfirmen auch, muss das IOC die Verantwortung für seine Lieferketten übernehmen. Andernfalls werden die fünf Ringe zu einem Symbol für die Unterdrückung der grundlegenden Arbeitsrechte.“ (Vgl. CCK Rundbrief 29/2008: 3)

Die aktuelle Studie der CCK zur Play-Fair-Kampagne deckte einige Fälle auf, in denen deutlich ersichtlich ist: Das gesetzwidrige Verhalten transnationaler Lieferanten, Subunternehmen oder auch jene Aktivitäten der vermittelnden *Sourcing-Agenturen* haben eine negative Auswirkung auf ArbeitnehmerInnenrechte. Interessant erscheint auch der Aspekt, dass dies – zumindest offiziell – unabhängig von der gewünschten bzw. vertraglich festgesetzten Regelungen der MarkenfirmeneinkäuferInnen passiert. Genauer gesagt bedeutet das, dass sich Zulieferbetriebe des öfteren weder an internationale Kernarbeitsnormen, noch an unternehmensspezifische Verhaltenskodizes halten. Eine andere Option der Auflagen-Verstöße erfolgt bspw. wenn Aufträge ausgelagert werden, ohne arbeitsrechtliche Standards der *outsource*-Betriebe zu beachten. Diese Aspekte bedeuten nicht nur für MarkenfirmeneinkäuferInnen – den s.g. *key players* – Probleme, sondern auch für soziale Bewegungen der Bekleidungsindustrie eine Herausforderung.

Die CCK Österreich zieht jedoch – trotz bestehender Arbeitsrechtsverletzungen (vor allem in China) – eine durchaus positive Bilanz der Play Fair – Kampagne 2008. In Österreich unterstützten bspw. 2.140 Leute die *catch the flame* SMS-Aktion, 12.228 haben die Play Fair – Petitionen unterschrieben. Es fanden im Rahmen der Play Fair – Kampagne insgesamt drei Pressekonferenzen statt und das Thema „Faire Arbeitsbedingungen in der Sportartikel- und Bekleidungsindustrie“ wurde in den Österreichs Medien insgesamt 170 Mal erwähnt. Zusätzlich fanden über zwanzig Straßenaktionen statt. Diese Aktionen waren kreativ und reichten von Infotischen, Unterschriftensammlungen auf überdimensionalen Fackeln, bis zu einer Fussball-Nähaktion von 20 AktivistInnen in einem Park. All das wurde initiiert, um Aufmerksamkeit zu erlangen und KonsumentInnen zu sensibilisieren. Ein bedeutender Erfolg ist auf nationaler Ebene eventuell schon greifbarer. Im Gegensatz zum Internationalen Olympischen Komitee (IOC), hat sich das Österreichische Olympische Komitee (ÖOC) zu folgenden Punkten bekannt: zukünftig sozial-arbeitsrechtliche und ökologische Mindeststandards in Lizenzverträge zu inkludieren.(Vgl. CCK Rundbrief 30/2008: 3)

Es wird sich herausstellen, ob es sich diesbezüglich lediglich um Lippenbekenntnisse oder tatsächliche erste Schritte in die von sozialen Bewegungen im Bekleidungssektor angestrebte Richtung handelt. *Fairness* soll aus der Perspektive der Clean Clothes Kampagne nicht nur im Sport, sondern auch hinsichtlich der Einhaltung von Arbeitsrechten weltweit zur Geltung kommen.

VI. Fazit

Abschließend ist zu betonen, dass das Hauptinteresse der Entwicklung eines transdisziplinären Analyse-Tool-Mix gilt, welcher der Komplexität theoretischer Erfassung *Neuer Sozialer Bewegungen* (im Bekleidungssektor) gerecht wird. Dabei soll an dieser Stelle nochmals auf die fundamentale Fragestellung verwiesen werden:

„Sind existierende Theoriemodelle geeignet, um soziale Kräfteverhältnisse und aktorenspezifische Handlungsspielräume – speziell jene Neuer Sozialer Bewegungen – in Zeiten des Neoliberalismus und globalisierter, postfordistischer Produktionsverhältnisse, adäquat zu erfassen?“

Die verkürzte und schnellste Antwort auf diese komplexe Forschungsfrage ist: Nein!

Wie die theoretischen Ausführungen veranschaulichen, beschäftigen sich zwar die unterschiedlichsten Disziplinen in unterschiedlichem Ausmaß mit der behandelten Thematik. Jedoch weisen diese mono-disziplinären Annäherungen enorme Defizite auf. Jede einzelne Disziplin, sei es aus politikwissenschaftlicher, soziologischer oder wirtschaftswissenschaftlicher Perspektive, stellt ein theoretisches Puzzle zur Beantwortung des aufgeworfenen Interesses dar. Oftmals fehlt aber das gewisse theoretische „G'spür“, die Erkenntnisse über den jeweiligen disziplinären „Tellerrand“ zu bringen. Um einer überflüssigen, repetitiven Aufzählung vorzubeugen, möchte ich an dieser Stelle auf die jeweiligen Zwischenfazits nach den einzelnen Kapiteln verweisen. Ein wichtiger Aspekt ist, dass zukünftige gesellschaftstheoretische Forschungsvorhaben entweder in inter- oder transdisziplinärer Herangehensweise erfolgen sollten, um die angesprochenen Defizite zu beheben. Zusätzlich könnte diese kollektive Form der Arbeit zu einer nachhaltigen, theoretischen Horizonterweiterung involvierter WissenschaftlerInnen führen. Vor allem erscheint dies bei einer Komplexität, wie jener sozialer Kräfteverhältnisse – bspw. spezifisch in der postfordistischen Bekleidungsindustrie – unerlässlich. Die im Rahmen dieser Diplomarbeit ausführlich behandelten – aus unterschiedlichen Disziplinen herangezogenen – Theorieansätze bedeuten einen ersten Schritt in Richtung eines adäquaten Analyse-Tool-Mix. Unter dessen Berücksichtigung könnten zukünftig mittels aktorenspezifischen Stakeholder-Analysen, Handlungsspielräume und dessen Grenzen erforscht und evaluiert werden.

Nichtsdestotrotz möchte ich nun auf die vertiefende Fragestellung kurz eingehen und die Aktivitäten der CCK knapp kommentieren.

„Inwiefern gelingt es der *Clean Clothes Kampagne (Österreich)*, mit ihren Strategien die Zielsetzungen sozialer Mindeststandards zu erreichen, um Arbeits- bzw. Produktionsverhältnisse für Frauen im Bekleidungssektor in Produktionsländern des globalen Südens nachhaltig zu verbessern?“

Die positiven Aspekte, welche die AktivistInnen der CCK bereits erreicht haben, sind die Sensibilisierungen und Aufklärungen bezüglich globaler Arbeitsbedingungen in der Sport- und Bekleidungsindustrie. Vor allem die weltweite Ausbeutung weiblicher Arbeitskraft wurde verdeutlicht. Punktuell konnten auch partielle Erfolge verbucht werden.

Jedoch zeugen reale Begebenheiten, dass AkteurInnen der *just clothes*-Bewegung – inklusive der CCK – noch einiges zu bewältigen haben:

Erkenntlich wird bei der Analyse der Handlungsarenen der CCK die relativ asymmetrische Gewichtung der vier festgelegten Arbeitsschwerpunkte der Kampagne. Ungeachtet der Tatsache, dass persönliche und finanzielle Ressourcen nur im begrenzten Ausmaß zur Verfügung stehen, sticht die Fokussierung auf die erste Säule heraus: der Sensibilisierung und Aufklärung von KonsumentInnen. Diese Gewichtung ist zwar essentiell, jedoch ergibt sich der Umstand, dass bei einseitigem Augenmerk auf *political consumerism* (Vgl. Micheletti 2004) die Macht und Einflussmöglichkeiten der KonsumentInnen überbewertet werden. Zusätzlich kommt es des Öfteren zur Ausblendung individuell relevanter, ökonomischer Aspekte. Dazu zählen u.a. die sich stetig zuspitzenden prekären Lebenswelten von KonsumentInnen und deren – aufgrund von steigenden gesellschaftlichen Verteilungsasymmetrien – schwindenden realen Kaufkraft. Diesen Aspekten wird kaum Aufmerksamkeit geschenkt. In der Analyse wurde deutlich, dass KonsumentInnen nach der Aufklärungsarbeit greifbare, alternative Handlungsoptionen verlangen. Allzu oft kommt die Forderung an ExpertInnen (z.B. die CCK), Informationen bezüglich ökologisch und sozial *faireren*⁹¹ AnbieterInnen zu liefern. Erfolgt dies nicht, fühlen sich KonsumentInnen verunsichert, überfordert und schlussendlich frustriert. Oftmals stellt sich die ernüchternde Ansicht ein, dass es „eh keine Alternativen beim Bekleidungskauf“ gibt.

In den vergangenen Jahren konnten bei der CCK diesbezüglich zaghafte, positive Entwicklungen beobachtet werden. Kontinuierlich kam es neben bestehenden Shopping-Guides und Verweisen auf Ethik-Tests, zu einer Vertiefung der Zusammenarbeit mit Alternativ-AnbieterInnen – wie das Wiener Modekollektiv *Göttin des Glücks*. Zum zweiten Mal veranstaltete Südwind Oberösterreich im Jahr 2009 die *Fair Wear Messe*, gemäß internationaler Vorbilder wie der Pariser *Ethical Fashion Show*. Diese neuen Kooperationsformen sollten von der CCK als Form der Diversifikationsstrategie der eigenen Tätigkeiten weiter verfolgt, intensiviert und expandiert werden. Einerseits ergäben sich als mögliche zukünftige KooperationspartnerInnen *Fairtrade Austria*, als Lizenzvergabe-Organisation von FLOcert-zertifizierter Baumwolle. Somit könnte die Kontrolle der

⁹¹ Der Begriff *fair* sollte stets mit Vorsicht angewandt werden, da es nicht so einfach zu beurteilen ist. Manche Firmen bieten bspw. Kleidung aus kontrolliert biologischer Baumwolle an, lassen jedoch den Verarbeitungsprozess nicht extern und unabhängig überprüfen.

Wertschöpfungskette von der Rohstoffgewinnung bis über den Herstellungsprozess kollektiv beobachtet werden. Andererseits erscheint das erst kürzlich initiierte *Netzwerk Soziale Verantwortung* (NeSoVe) als interessanter Kooperationspartner der CCK. Laut Angaben von Dr.ⁱⁿ Petra Kreinecker (Geschäftsführerin NeSoVe) und Regina Dicken (Leiterin Marketing & Key Accounts Handel Fairtrade Austria) besteht bis dato kein Kontakt. Die gegenseitig erzielten Synergieeffekte könnten vor allem unter der Nutzung neuer Technologien à Web 2.0⁹² einen höheren Breitenwirkungs- und Mobilisierungsgrad erreichen.

Politisches Lobbying oder auch Druckausübung auf internationale Konzerne könnte neben bereits erwähnten Kooperationsformen, mittels intensiverer Zusammenarbeit mit unabhängigen Überprüfungsorganisationen (z.B. *Fair Wear Foundation*) gesteigert werden. Auch die aufmerksame Beobachtung internationaler Zertifizierungsmechanismen – ob Farce oder tatsächliches Instrumentarium zur Verbesserung von Arbeitsbedingungen – wie z.B. *ISO 26000* wird von Bedeutung sein. Die Aktivitäten der Vergangenheit haben gezeigt, dass größere Projekte oder Kampagnen gemeinsam mit anderen NGOs, sozialen Bewegungen, Arbeitsrechts-KämpferInnen etc. der *just clothes* Bewegung wichtige Erfolge erzielt haben. Vor allem konnte kollektiv mehr Aufmerksamkeit und Sensibilisierung erreicht werden. Trotz des erhöhten Koordinationsaufwandes würde eine kontinuierliche Zusammenarbeit insgesamt wichtige Ressourcen der einzelnen Beteiligten sparen.

Die CCK sollte eine intensivere Kooperation mit Universitäten oder sonstigen wissenschaftlichen Institutionen anstreben. Vor allem die Erkenntnisse der GVC-Forschung oder Sozialen Bewegungsforschung sind für die betroffenen AkteurInnen und deren täglichen Handlungsspielräume äußerst aufschlussreich. Mit der nötigen theoretischen Reflexion der eigenen Aktivitäten könnten diese Erfahrungen in die Praxis adaptiert werden. Konkret gilt es spezifische Strategien zu entwickeln und damit die globale Ungleichheit, die asymmetrischen Kräfteverhältnisse auf dieser Welt ausbalancieren zu können...oder zumindest diesem angestrebten Zustand fairer Arbeitsbedingungen etwas näher zu kommen.

⁹² Unter *web 2.0* versteht man unterschiedlichste, innovative Aspekte des digitalen Zeitalters: blogs, twitter, facebook, myspace, CMS-basierende Homepage-Gestaltung, uvm..

VII. Quellenverzeichnisse

7.1. Literaturverzeichnis

Adolphs/ Karakayali (2007): „Die Aktivierung der Subalternen – Gegenhegemonie und passive Revolution“ In: Buckel, Sonja/ Fischer-Lescano, Andreas: Hegemonie gepanzert mit Zwang – Zivilgesellschaft und Politik im Staatsverständnis Antonio Gramscis. Baden-Baden. 121-140.

Adolphs, Stefan/ Demirovic, Alex/ Karakayali, Serhat (2009): Der kapitalistische Staat - ein verdichtetes Machtverhältnis? Baden-Baden.

Aglietta, Michel (2000): Ein neues Akkumulationsregime – Die Regulationstheorie auf dem Prüfstand. Hamburg.

Amin, Samir (2006): „Apartheid global – Der neue Imperialismus und der globale Süden“ In: Der Sound des Sachzwangs – Der Globalisierungsreader. Blätter für deutsche und internationale Politik. Bonn/ Berlin. 11-18.

Bair, Jennifer (2005): "Global Capitalism and Commodity Chains: Looking Back, Going Forward" In: Competition & Change. Vol.9. No.2. 153-176.

Bair, Jennifer/ Gereffi, Gary (2003): "Upgrading, Uneven Development and Jobs in the North American Apparel Industry" In: Global Networks - A Journal of Transnational Affairs. 3 (2). 143-169.
http://www.soc.duke.edu/sloan_2004/Papers/Bair_Gereffi_GN_April_2003.pdf

Barrientos, Stephanie (2007): Global Production Systems and Decent Work. Working Paper No. 77. Policy Integration Department. International Labour Office. Geneva.

Becker, Joachim (2003)³: „Aufstieg und Fall des *Entwicklungsstaates*“ In: Fischer, Karin/ Hanak Irmtraud/ Parnreiter Christof: Internationale Entwicklung – Eine Einführung in Probleme, Mechanismen und Theorien. Frankfurt a.M.

Becker, Joachim/ Imhof, Karen/ Jäger, Johannes/ Staritz Cornelia (2007): Kapitalistische Entwicklung in Nord und Süd – Handel, Geld, Arbeit, Staat. Wien.

Bieling, Hans-Jürgen (2001): „Transnationale Vergesellschaftung und die „neue Sozialdemokratie““ In: Candeias, Mario/ Deppe, Frank: Ein neuer Kapitalismus? Akkumulationsregime – Shareholder Society – Neoliberalismus und Neue Sozialdemokratie. Hamburg. 218-240.

– (2003): Die Europäische Union: neoliberale Handlungsarena und Kampffeld für eine progressive Politik In: Faschingeder et. al.; Bewegung macht Geschichte – Globale Perspektiven für Gesellschaftsveränderung; Wien; S. 57-83

– (2007): Internationale Politische Ökonomie – Eine Einführung. Wiesbaden.

– (2007a): „Die Konstitutionalisierung der Weltwirtschaft als Prozess hegemonialer Verstaatlichung – Staatstheoretische Reflexionen aus der Perspektive einer neo-gramscianischen Internationalen Politischen Ökonomie“ In: Buckel, Sonja/ Fischer-Lescano, Andreas: Hegemonie gepanzert mit Zwang – Zivilgesellschaft und Politik im Staatsverständnis Antonio Gramscis. Baden-Baden. 143-160.

Bieling, Hans-Jürgen/ Steinhilber, Jochen (2000): Die Konfiguration Europas. Dimensionen einer kritischen Integrationstheorie. Münster.

Brand, Ulrich (2001): Nichtregierungsorganisationen und postfordistische Politik. Aspekte eines kritischen NGO-Begriffs In: Brunnengräber, Achim/ Klein, Ansgar/ Walk, Heike: NGOs als Legitimationsressource. Zivilgesellschaftliche Partizipationsformen im Globalisierungsprozess. Opladen. 73-94.

<http://web.uni-frankfurt.de/fb3/biodiv-pol/docs/br-wzb-ngos.doc>

– (2006): „Gegenhegemonie als strategische Perspektive“ In: Oliver Marchart / Rupert Weinzierl: Stand der Bewegung? Protest - Globalisierung - Demokratie - eine Bestandsaufnahme. Münster.

–

(2009): „Globalisierung als Krise des Fordismus und ihrer Überwindung. Poulantzas' Überlegungen zur Internationalisierung von Politik und Ökonomie“ In: Adolphs, Stefan/Demirovic, Alex/Karakayali, Serhat (eds.): Der kapitalistische Staat - ein verdichtetes Machtverhältnis? Baden-Baden.

Brand, Ulrich/ Brunnengräber, Achim/ Lutz, Schrader/ Stock, Christian/ Wahl, Peter (2000): Global Governance. Alternative zur neoliberalen Globalisierung? Münster.

Brand, Ulrich/Demirović, Alex/Görg, Christoph/Hirsch, Joachim (2001): Nichtregierungsorganisationen in der Transformation des Staates. Münster.

Brand, Ulrich/ Raza, Werner (2003): Fit für den Postfordismus? Theoretisch-politische Perspektiven des Regulationsansatzes. Münster.

Brand, Ulrich/ Görg, Christoph/ Wissen, Markus (2007): „ Die Internationalisierung des Staates aus einer neo-poulantzanischen Perspektive“ In: PROKLA 147. Münster.

Brand, Ulrich/ Hartmann, Eva/ Kunze, Caren (2009): Globalisierung, Macht und Hegemonie. Münster.

Brunnengräber, Achim (2006): „New Global Opposition“ ... oder was wirklich neu ist an den globalisierungskritischen Bewegungen“ In: Marchart, Oliver/ Weinzierl, Rupert: Stand der Bewegung? Protest, Globalisierung, Demokratie – eine Bestandsaufnahme. Münster. 16-34.

Buckel, Sonja/ Fischer-Lescano, Andreas (2007): Hegemonie gepanzert mit Zwang – Zivilgesellschaft und Politik im Staatsverständnis Antonio Gramscis. Baden-Baden.

Candeias, Mario (2007): „ Gramscianische Konstellationen – Hegemonie und die Durchsetzung neuer Produktions- und Lebensweisen“ In: Merckens, Adreas/ Rego Diaz, Victor: Mit Gramsci arbeiten – Texte zur politisch-praktischen Aneignung Antonio Gramscis. Hamburg.

Candeias, Mario/ Deppe, Frank (2001): Ein neuer Kapitalismus? Akkumulationsregime – Shareholder Society – Neoliberalismus und Neue Sozialdemokratie. Hamburg.

CGG – Commission on Global Governance (1995): Nachbarn in einer Welt. Der Bericht der Kommission für Weltordnungspolitik. Stiftung für Entwicklung und Frieden. Bonn.

Chang, Ha-Joon (2001): „Breaking the Mould - An Institutionalist Political Economy Alternative to the Neoliberal Theory of the Market and the State“ In: UNRISD Social Policy and Development Programme. Paper No. 6. Geneva.

– (2002) Kicking Away the Ladder – Development Strategy in Historical Perspective. London.

Chomsky, Noam (2000): Profit over People. Neoliberalismus und globale Weltordnung. Hamburg.

Clean Clothes Kampagne (2008): Die Hürden überwinden: Schritte zur Verbesserung von Löhnen und Arbeitsbedingungen in der globalen Sportbekleidungsindustrie. Play Fair Kampagne 2008. Wien. www.cleanclothes.at/start.asp?ID=222611

Clean Clothes Campaign (2009): Cashing in Giant retailers, purchasing practices, and working conditions in the garment industry. Amsterdam. www.cleanclothes.org/bb-news/1270-ccc-cashing-in-research-report-launched

Coe, Neil/ Dicken, Peter/ Hess, Martin (2008): "Global Production Networks: Realizing the Potential." In: Journal of Economic Geography. Vol. 8(3). Oxford. 271-295.

Cox, Robert W. (1987): Production, Power, and World Order - Social Forces in the Making of History. NY.
– (1998): „Soziale Kräfte, Staaten und Weltordnungen: Jenseits der Theorie Internationaler

Beziehungen“ In: ders., Weltordnung und Hegemonie – Grundlagen der „Internationalen Politischen Ökonomie“. Studie d. Forschungsgruppe Europäische Gemeinschaften. Marburg. 28-68.

Della Porta, Donatella/ Kriesi, Hanspeter (1999): *Social Movements in a Globalizing World*. Houndsmill./ London.

Demirović, Alex (1997): *Demokratie und Herrschaft. Aspekte kritischer Gesellschaftstheorie*. Münster

- (2001): „NGO, Staat und Zivilgesellschaft. Zur Transformation von Hegemonie.“ In: Brand, Ulrich/ Demirović, Alex/ Görg, Christoph/ Hirsch, Joachim: *Nichtregierungsorganisationen in der Transformation des Staates*. Münster. 141-168.
- (2007): Nicos Poulantzas. Aktualität und Probleme materialistischer Staatstheorie. Münster.
- (2007a): „Politische Gesellschaft – zivile Gesellschaft. Zur Theorie des integralen Staates bei Antonio Gramsci.“ In: Buckel, Sonja/ Fischer-Lescano, Andreas (2007): *Hegemonie gepanzert mit Zwang – Zivilgesellschaft und Politik im Staatsverständnis Antonio Gramscis*. Baden-Baden. 21-42.
- (2008a): „Das Wahr-Sagen des Marxismus: Foucault und Marx“ In: *PROKLA* 151. Münster. 179-202.
- (2008b): „Zu welchem Zweck und auf welche Weise den Staat kritisieren?“ In: Wissel, Jens/ Wöhl, Stefanie: *Staatstheorie vor neuen Herausforderungen – Analyse und Kritik*. Assoziation für kritische Gesellschaftsforschung (AKG). Münster. 24-49.

Dicken, Peter/ Hassler, Markus (2000): *Organizing the Indonesian clothing industry in the global economy: the role of business networks*. In: *Environment and Planning A*. Vol. 32(2). 263-280.

Digester, Peter (1992): „The Fourth Face of Power“ In: *The Journal of Politics*. Vol. 54. No. 4. 977-1007.

Engelke, Rolf/ Klein, Thomas/ Wilk, Michael (2005): *Soziale Bewegungen im globalisierten Kapitalismus. Bedingungen für emanzipative Politik zwischen Konfrontation und Anpassung*. Frankfurt a.M.

Fichter, Michael/ Sydow, Jörg (2001): *Soziale Verantwortlichkeit in globalen Produktionsnetzwerken: Erkenntnisse aus der Bekleidungsindustrie. Abschlussbericht zu dem Studienprojekt „Global Manufacturing and Responsible Business Practices“*. FU Berlin.

Fischer, Karin (2009): „The Influence of Neoliberals in Chile before, during, and after Pinochet“ In: Mirowski, Philip/ Plehwe, Dieter: *The Road from Mont Pelerin. The Making of the Neoliberal Thought Collective*. Cambridge, MA/London. 305-346.

Fischer, Karin/ Maral-Harnak, Irmil/ Hödl, Gerald/ Parnreiter (2004): *Entwicklung und Unterentwicklung – Eine Einführung in Probleme, Theorien und Strategien*. Wien.

Fischer, Karin/ Parnreiter Christoph (2007): „Globale Güterketten und Produktionsnetzwerke – ein nicht staatszentrierter Ansatz für die Entwicklungsökonomie“ In: Becker, Joachim/ Imhof, Karen/ Jäger, Johannes/ Staritz Cornelia: *Kapitalistische Entwicklung in Nord und Süd – Handel, Geld, Arbeit, Staat*. Wien. 106-122.

Fischer, Karin/ Hödl, Gerald/ Sievers, Wiebke (2008): *Klassiker der Entwicklungstheorie – Von Modernisierung bis Post-Development*. Wien.

Foucault, Michel (1969): *Archäologie des Wissens*. Frankfurt.a.M/ 1973.

Funder, Maria/ Kurz-Schärf Ingrid/ Merkel Ina/ Rudolph Clarissa (2008): „Geschlechterverhältnisse im Spannungsfeld von Arbeit, Politik und Kultur“ In: Marburg Gender Kolleg: *Geschlecht-Macht-Arbeit. Interdisziplinäre Perspektiven und politische Intervention*. Münster. 7-20.

Galgóczi, Béla/ Keune, Maarten/ Watt, Andrew (2005): „Relocation: Challenges for European trade

unions“ In: DP 2005.01. European Trade Union Institute for Research, Education and Health and Safety (ETUI-REHS). Brussels.

Gill, Stephen 2000: Theoretische Grundlagen einer neo-gramscianischen Analyse der europäischen Integration, in: Bieling, Hans-Jürgen/ Steinhilber, Jochen: Die Konfiguration Europas. Dimensionen einer kritischen Integrationstheorie. Münster. 23-50.

Gereffi, Gary (2005)²: „The Global Economy: Organization, Governance, and Development“ In: Neil J. Smelser and Richard Swedberg, The Handbook of Economic Sociology. Princeton/ NJ. 160-182.

Glassman, Jim (1999): „State Power beyond the 'Territorial Trap': the internationalization of the State“ In: Political Geography. Vol. 18. 669-96.

Habermann, Eva/ Ziai, Aram (2009): „Von ‚triad analytics‘ and ‚worldism‘“ In: Brand, Ulrich/ Hartmann, Eva/ Kunze Caren: Globalisierung, Macht und Hegemonie. Münster. 70-91

Hassler, Markus (2003): „The Global Clothing Production System – Commodity Chains and Business Networks“ In: Global Networks. Vol. 3. No. 4. 513-531.

Haug, Wolfgang Fritz: Historisch-Kritisches Wörterbuch des Marxismus. Band 6/II. Hamburg

Haunss, Sebastian (2005): „Geschichte und Perspektiven sozialer Bewegungen“. In: Hüttner/Oy/Schepers: Vorwärts und viel vergessen. Beiträge zur Geschichte und Geschichtsschreibung neuer sozialer Bewegungen. Neu-Ulm; 27-42.

Henderson, Jeffrey (2005): Global Production Networks, Competition, Regulation, and Poverty Reduction: Policy Implications. Working Paper 115. Centre on Regulation and Competition. IDPM. University of Manchester.

Henderson, Jeffrey/ Dicken, Peter/ Hess, Martin/ Coe, Neil/ Wai-Chung Yeung, Henry (2002): „Global production networks and the analysis of economic development“ In: Review of International Political Economy 9:3. o.O. 436-464

Heigl, Miriam (2007): „Peripherer Staat oder 'failed states'?“ In: PROKLA 147. 273-288.

Hirsch, Joachim (2001): „Des Staates neue Kleider – NGOs im Prozess der Internationalisierung des Staates“ In: Brand, Ulrich/ Demirović, Alexander/ Görg, Christoph/ Hirsch, Joachim: Nichtregierungsorganisationen in der Transformation des Staates. Münster. 13-42.

– (2002): „Postfordismus - Dimensionen einer neuen kapitalistischen Formation“ In: trend Onlinezeitung 04/02. www.trend.infopartisan.net/trd0402/t090402.html

Hirsch, Joachim/ Kannankulam, John (2008): Die Räume des Kapitals. Einige theoretische Überlegungen zu „Internationalisierung des Staates“. Frankfurt am Main. o.S.

Hüttner/Oy/Schepers (2005): Vorwärts und viel vergessen. Beiträge zur Geschichte und Geschichtsschreibung neuer sozialer Bewegungen. Neu-Ulm.

Imhof, Karin (2003): „Finanzkrisen und Neoliberalismus in Lateinamerika“ In: JEP – Journal für Entwicklungspolitik. Drei Jahrzehnte Neoliberalismus in Lateinamerika. Vol. XIX/ 3-2002. Wien. 27-51.

Jasper, James M. (2007): „Cultural Approaches in the Sociology of Social Movements“ In: Klandermans, Bert/Roggenband Conny: Handbook of social movements across disciplines. NY. 59-110.

JEP – Journal für Entwicklungspolitik (2002) Drei Jahrzehnte Neoliberalismus in Lateinamerika. Vol. XIX/ 3-2002. Wien.

– (2007): Perspectives on Development Studies. Vol. XXIII/ 2-2007. Wien.

- (2009): Global Commodity Chains and Production Networks. Understanding Uneven Development in the Global Economy. Vol. XXV/ 2-2009. Wien.
- Jessop, Bob (2002): The Future of the Capitalist State, Cambridge.
- (2003): „Postfordismus und wissensbasierte Ökonomie. Eine Reinterpretation des Regulationsansatzes“ In: Fit für den Postfordismus? Theoretisch-politische Perspektiven des Regulationsansatzes. Münster. 89-113.
 - (2007): State and Power. Cambridge/ Malden.
- Just, Daniela/ Kornherr, Nicole/ Litzka, Romana/ Oppermann, Lukas (2009): „Odyssee des internationalen ABS-Regimes - Eine Analyse struktureller Probleme und asymmetrischer Kräfteverhältnisse“ In: Brand Ulrich: Globale Umweltpolitik und Internationalisierung des Staates. Münster.
- Kannakulam, Jon (2008): „Autoritärer Etatismus im Neoliberalismus“ In: Staatstheorie vor neuen Herausforderungen – Analyse und Kritik. Assoziation für kritische Gesellschaftsforschung (AKG). Münster. 145-165.
- Kappeler, Florian (2008): „Die Ordnung des Wissens. Was leistet Michel Foucaults Diskursanalyse für eine kritische Gesellschaftstheorie“ In: PROKLA 151. Münster. 255-270.
- Klandermans, Bert/ Roggenband Conny (2007): Handbook of social movements across disciplines. New York.
- Kollmann, Karl/ Kautsch, Irene (2008): „Kaufsucht in Österreich“ In: http://www.arbeiterkammer.at/pictures/d85/AKStudie_Kaufsucht.pdf
- Komlosy, Andrea (2007): „Arbeitsbeziehungen in der globalen Wirtschaft: Das Zusammenspiel von Formalisierung und Informalisierung“ In: Becker, Joachim/ Imhof, Karen/ Jäger, Johannes/ Staritz Cornelia: Kapitalistische Entwicklung in Nord und Süd – Handel, Geld, Arbeit, Staat. Wien. 208-226.
- Komlosy, Andrea/ Reiner, Christian (2007): „Einleitung-Commodity Chains und Clean Clothes. Textilgeschichte 1500–2000“ In: Historische Sozialkunde. Geschichte – Fachdidaktik - Politische Bildung 4.2-5.
- Kyvik Nordås, Hildegunn (2004): The Global Textile and Clothing Industry post the Agreement on Textiles and Clothing. Discussion Paper No 5. World Trade Organization. Geneva.
- Machart, Oliver/ Weinzierl, Rupert (2006): Stand der Bewegung? Protest, Globalisierung, Demokratie – eine Bestandsaufnahme. Münster.
- Mahnkopf, Birgit (2006): „Globalisierung, Armut und Gewalt“ In: Der Sound des Sachzwangs – Der Globalisierungsreader. Blätter für deutsche und internationale Politik. Bonn/ Berlin. 31-41.
- Marburg Gender Kolleg (2008): Geschlecht-Macht-Arbeit. Interdisziplinäre Perspektiven und politische Intervention. Münster.
- McLeod, Dag (2005): „Privatization and the Limits of State Autonomy in Mexico“ In: Latin American Perspectives. Issue 143./Vol. 32/ No. 4. 36-64.
- Merkens, Adreas/ Rego Diaz, Victor (2007): Mit Gramsci arbeiten – Texte zur politisch-praktischen Aneignung Antonio Gramscis. Hamburg.
- Micheletti, Michelle (2004): „Just Clothes? Discursive Political Consumerism and Political Participation“. Paper for the 2004 ECPR Joint Sessions, April 13-18, Uppsala.
- Milberg, William (2004): „The changing structure of trade linked to global production systems: What are the policy implications?“ In: International Labour Review. Vol. 143. No. 1-2. 45-90.

Mirowski, Philip/Plehwe, Dieter (2009): The Road from Mont Pelerin. The Making of the Neoliberal Thought Collective. Cambridge, MA/London.

Novy Andreas (2002): Entwicklung gestalten – Gesellschaftsveränderung in der einen Welt. Frankfurt/M.

– (2002a): Die Methodologie interpretativer Sozialforschung. Wirtschaftsuniversität Wien.

Nohlen, Dieter/ Schultze Rainer-Olaf (2005)³: Lexikon der Politikwissenschaft – Theorien, Methoden, Begriffe. Band 1. A-M. München.

– (2005a)³: Lexikon der Politikwissenschaft – Theorien, Methoden, Begriffe. Band 2. N-Z. München.

OECD (2005): „Trade-adjustment Costs in OECD Labour Markets: A Mountain or a Molehill?“ In: Employment Outlook 2005. Paris. 23-72.

Onaran, Özlem (2007): Die Auswirkung neoliberaler Globalisierung und von Krisen auf die Lohnquote in Entwicklungsländern. In: Becker, Joachim/ Imhof, Karen/ Jäger, Johannes/ Staritz Cornelia: Kapitalistische Entwicklung in Nord und Süd – Handel, Geld, Arbeit, Staat. Wien. 184-208.

Pagano, Ugo (2007): „Cultural globalisation, institutional diversity and the unequal accumulation of intellectual capital“ In: Cambridge Journal of Economics. Vol. 31. 649-667.

Pirker, Reinhard (2004): „Deregulierungsdiskussion und ihre Probleme“ In: Märkte als Regulierungsformen sozialen Lebens. Marburg. 127-145.

Plank, Leonhard/ Staritz Cornelia (2009): „ Global Production Networks, uneven development and workers: experiences from the Romanian apparel sector“ In: JEP – Journal für Entwicklungspolitik: Global Commodity Chains and Production Networks. Understanding Uneven Development in the Global Economy. Vol. XXV/ 2-2009. Wien. 62-87.

Plehwe, Dieter (2009): Introduction In: Mirowski, Philip/Plehwe, Dieter: The Road from Mont Pelerin. The Making of the Neoliberal Thought Collective. Cambridge, MA/London.

Plehwe, Dieter / Walpen, Bernhard / Neunhöffer, Gisela (2006): „Reconsidering neoliberal hegemony“ In: Dies. (Hg.). Introduction: Neoliberal Hegemony. A Global Critique. London/New York. 1-24

Poulantzas, Nicos (1975): Classes in Contemporary Capitalism. London.

– (2002): Staatstheorie. Politischer Überbau, Ideologie, Autoritärer Etatismus. Hamburg. 154-171.

PROKLA 147 (2007): Internationalisierung des Staates. Münster.

PROKLA 151 (2008): Gesellschaftstheorie nach Marx und Foucault. Münster.

Purkarthofer, Petra (2009): „Rassismus, Maskulinität und Eurozentrismus“ In: Brand, Ulrich/ Hartmann, Eva/ Kunze Caren: Globalisierung, Macht und Hegemonie. Münster. 43-69.

Raffer, Kunibert/ Singer H.W. (2002): The Economic North-South Divide. Six decades of unequal development. Cheltenham/ Northampton.

Redak, Vanessa (2003): „Akkumulationsregime des Vermögenbesitzes: People's Capitalism?“ In: Fit für den Postfordismus? Theoretisch-politische Perspektiven des Regulationsansatzes. Münster.

Reinert, Erik S. (2004): „Mercantilism and Economic Development: Schumpeterian Dynamics, Institution Building and International Benchmarking“ In: Reinert, Erik S. (2004): How Rich nations got Rich – Essays in the History of Economic Policy. Center for Development and the Environment/ University of Oslo. Working Paper Nr. 2004/01. Oslo. 5 – 19.

Rivoli, Pietra (2006): Reisebericht eines T-Shirts. Ein Alltagsprodukt erklärt die Weltwirtschaft. Berlin.

- Röhrs, Christian/ Wolff Jonas (o.J): „Der Beitrag der neogramscianischen Global Political Economy zur Globalisierungsdebatte“ In: <http://www.copyriot.com/bewegt/gpe.html>
- Ross, Betina (2008): „Sozial Ungleichheit und politisches Handeln, Solidarität und internationale Textilindustrie“ In: Marburg Gender Kolleg: Geschlecht-Macht-Arbeit. Interdisziplinäre Perspektiven und politische Intervention. Münster. 226-242.
- Roth, Roland (2001): „NGO und transnationale Soziale Bewegungen. Akteure einer „Weltgesellschaft““. In: Brand, Ulrich/ Demirović, Alex/ Görg, Christoph/ Hirsch, Joachim: Nichtregierungsorganisationen in der Transformation des Staates. Münster. 43-63.
- Rucht, Dieter (1994): Modernisierung und neue soziale Bewegungen. Deutschland, Frankreich und USA im Vergleich. Frankfurt.a.M/ New York.
- Rucht, Dieter (1996): „Multinationale Bewegungsorganisationen. Bedeutung, Bedingungen, Perspektiven“ In: Forschungsjournal NSB. H 2. 31-40.
- Rucht, Dieter (1999): „The Transnationalization of Social Movements. Trends, Causes, Problems“ In: Della Porta, Donatella/ Kriesi, Hanspeter: Social Movements in a Globalizing World. Houndsmill./ London. 206-223.
- Rugendyke, Barbara (2007): NGOs as advocates for development in a globalising world. London.
- Sauer Birgit (2001): „Die Entstehung des Staates aus dem Geschlechterverhältnis“ In: dies.: Die Asche des Souveräns. Staat und Demokratie in der Geschlechterdebatte. Frankfurt.a.M. 155-168.
- (2003): „Die Internationalisierung von Staatlichkeit. Geschlechterpolitische Perspektiven“ In: Deutsche Zeitschrift für Philosophie 4. Berlin. 621-637.
- Sayer, John (2007): „Confrontation, cooperation and co-optation: NGO advocacy and corporations“ In: Rugendyke, Barbara: NGOs as advocates for development in a globalising world. London. 127-155.
- Scherrer, Christoph (2005): „Internationale Politische Ökonomie“ In: Haug, Wolfgang Fritz: Historisch-Kritisches Wörterbuch des Marxismus. Band 6/II. Hamburg. 1387-1406.
- Scherrer, Christoph (2007): „Hegemonie: empirisch fassbar? In: Merckens, Adreas/ Rego Diaz, Victor: Mit Gramsci arbeiten – Texte zur politisch-praktischen Aneignung Antonio Gramscis. Hamburg. 71-83.
- Schönberger, Klaus/ Sutter, Ove (2009): Kommt herunter, reiht euch ein...: Eine kleine Geschichte der Protestformen sozialer Bewegungen. Berlin.
- Schui, Herbert (2003): „Was ist eigentlich Neoliberalismus“ In: JEP – Journal für Entwicklungspolitik. Drei Jahrzehnte Neoliberalismus in Lateinamerika. Vol. XIX/ 3-2002. Wien. 12-27.
- Schuurman, Frans J. (2007): „Development Studies: Work in Progress“ In: JEP – Journal für Entwicklungspolitik: Perspectives on Development Studies. Wien. Vol. XXIII/ 2-2007. 45-63.
- Schuppert/ Zürn (2008): Governance in einer sich wandelnden Welt. Politische Vierteljahresschrift. Sonderhefte 41/2008. Wiesbaden.
- Strange, Susan (1998): „Power in the World Economy“ In: States and Markets. London. 43-138.
- Sum, Ngai-Ling/ Jessop Bob (2003): „Pre- and Post Disciplinary in (Cultural) Political Economy“ In: <http://eprints.lancs.ac.uk/229>
- Ten Brink, Tobias (2008): Staatenkonflikte. Stuttgart. 196-205.
- Vigna, Anne: „Böses Erwachen in Mexiko“ In: Le Monde diplomatique, 14. März 2008. www.monde-diplomatique.de/pm/2008/03/14/a0057.text.name,askVB56R3.n,0

Virgil, Christoph (2007): Die Weltgesellschaft in Bewegung: neue soziale Bewegungen auf dem Weg zur Transnationalisierung. Diplomarbeit/ Universität Wien.

Wallerstein, Immanuel (1988): „Entwicklung: Leitstern oder Illusion?“ In: Fischer, Karin/ Hödl, Gerald/ Sievers, Wiebke (2008) Klassiker der Entwicklungstheorie – Von Modernisierung bis Post-Development. Wien. 168-193.

Wetzel, Wolf (2005): „Teuflische Engel – Prekäre Arbeitsleben und Protestwelten“ In: Engelke, Rolf/ Klein, Thomas/ Wilk, Michael: Soziale Bewegungen im globalisierten Kapitalismus. Bedingungen für emanzipative Politik zwischen Konfrontation und Anpassung. Frankfurt a.M. 113-122.

Wick, Ingeborg (2006): Werbegag oder Hebel für Beschäftigte – Ein Leitfadens für internationale Kodizes der Arbeitspraxis. Südwind Institut für Ökonomie und Ökumene. Siegburg.

Wichterich, Christina (2003): Femme Global. Globalisierung ist nicht geschlechtsneutral. Hamburg.

Winter, Jens: Transnationale Arbeitskonflikte: Das Beispiel der hegemonialen Konstellation im NAFTA-Raum. Münster. 2007.

Wissel, Jens/ Wöhl, Stefanie (2008) : Staatstheorie vor neuen Herausforderungen – Analyse und Kritik. Assoziation für kritische Gesellschaftsforschung (AKG). Münster.

Wissen Markus (2008): „Internationalisierung, Naturverhältnisse und politics of scale – Zu den räumlichen Dimensionen der Transformation des Staates“ In: Staatstheorie vor neuen Herausforderungen – Analyse und Kritik. Assoziation für kritische Gesellschaftsforschung (AKG). Münster. 106-123.

7.2. kommentiertes Linkverzeichnis

- **Arbeiterkammer Wien (AK)**

Allgemeine Informationen zu Arbeitsrechten. Spezieller Beitrag von Interessen über Arbeitsrechte in globalen Produktionsnetzwerken: "Von Nähstuben und High-Tech-Fertigung in Rumänien" (2009) <http://wien.arbeiterkammer.at/online/arbeitsrechte-in-globalen-produktionen-49431.html> [letzter Zugriff: 30.08.2009]

- **Auswärtiges Amt in Deutschland**

www.auswaertiges-amt.de/diplo/de/Aussenpolitik/Themen/Menschenrechte/Download/IntSozialpakt.pdf [letzter Zugriff: 25.12.2009]

- **Central American Women Network**

.... setzt sich für die Arbeitsrechtsverbesserung ein. www.cawn.org [letzter Zugriff: 28.07.2009]

- **Clean Clothes Kampagne**

Zuerst der Link zur Internationalen Homepage, danach jener der österreichischen Kampagne. www.cleanclothes.org [letzter Zugriff: 30.12.2009] www.cleanclothes.at [letzter Zugriff: 30.12.2009] LINKS zu den Clean Clothes Rundbriefen 28 - 30/2008 <http://www.cleanclothes.at/start.asp?b=1023>

- **Comite Fronterizo de Obrer@s**

... ist ein Zusammenschluß mexikanischer Maquiladora ArbeiterInnen die sich seit 1986 für verbesserte Arbeits- und Lebensbedingungen einsetzen. www.cfomaquiladoras.org [letzter Zugriff: 30.07.2009]

- **Corpwatch**

... informiert mit über Verletzungen der Menschen- und Umweltrechte sowie Korruption. www.corpwatch.org [letzter Zugriff: 28.07.2009]

z.B: „Mexicans Unable to Live on Sweatshop Wages. Coalition for Justice in the Maquiladoras.“
www.corpwatch.org/article.php?id=426

- **Europäischer Menschenrechtshof (ECHR)**

Link zur europäischen Menschenrechtscharta

www.echr.coe.int/NR/rdonlyres/F45A65CD-38BE-4FF7-8284-EE6C2BE36FB7/0/GermanAllemand.pdf
[letzter Zugriff: 30.12.2009]

- **Europäisches Grünbuch zu Lobbying**

Seit 2006 gibt es von der europäischen Kommission die Transparenz-Initiative des s.g. *Grünbuchs zu Lobbying*. Jegliche Lobbytätigkeiten sollen dadurch leichter zu erfassen und kontrollieren sein.
<http://ec.europa.eu/transparency> [letzter Zugriff: 30.12.2009]

- **Europäische Sozialcharta**

...unterzeichnet von den Mitgliedern des Europarates zum Schutz der Menschenrechte.

<http://conventions.coe.int/Treaty/ger/treaties/HTML/035.htm> [letzter Zugriff: 30.12.2009]

- **Ethical Trading Initiative**

Unabhängige Überprüfungsorganisation mit Sitz in London.

www.ethicaltrade.org [letzter Zugriff: 30.12.2009]

- **Fair Labor Association**

... ist eine Bewertungsorganisation, hervorgegangen aus der Initiative der US-Regierung mehr Transparenz großer Unternehmen in der Apparelindustrie zu schaffen.

<http://www.fairlabor.org> [letzter Zugriff: 30.07.2009]

- **Fair Wear Foundation**

Unabhängige Überprüfungsorganisation mit Sitz in Amsterdam

<http://fairwear.twokings.eu> [letzter Zugriff: 30.12.2009]

- **Friedrich Ebert Stiftung (FES)**

... fördern mit ihrer Arbeit politische u. gesellschaftliche Bildung.

z.B: „Die lange Reise einer Jeans“ (2006)

www.fes-online-akademie.de/download.php?d=reiseeinerjeans.pdf [letzter Zugriff: 20.08.2009]

- **Human Righth Watch Organisation**

... ist eine international tätige Menschenrechtsorganisation

www.hrw.org [letzter Zugriff: 28.07.2009]

hrw.org/english/docs/1998/12/29/mexico1452.htm

hrw.org/english/docs/2005/02/09/mexico10156.htm

www.hrw.org/reports98/women2/

- **ILO - Kernarbeitsnormen**

www.ilo.org/public/german/region/eurpro/bonn/ilo_kernarbeitsnormen.htm [Zugriff: 30.12.2009]

- **Maquila Solidarity Network**

... ist eine seit 1994 bestehende Arbeitsrecht- und Frauenorganisation, welche die Lebensbedingungen der ArbeiterInnen der globalen Produktionskette verbessern möchte.

<http://en.maquilasolidarity.org> [letzter Zugriff:31.10.2009]

- **Social Accountability International**

... hat die SA8000 Standards festgelegt und setzt sich seit 1997 weltweit für deren Einhaltung ein.

www.sa-intl.org [letzter Zugriff: 30.07.2009]

- **Students-against-sweatshops**

Ein nationaler Zusammenschluss von US-StudentInnen, die sich gegen Sweatshops einsetzen. Konkret kämpfen sie z.B dafür, dass College Uniformen unter „fairen“ Bedingungen hergestellt werden.

www.studentsagainstsweatshops.org [letzter Zugriff:31.10.2009]

www.studentsagainstsweatshops.org/docs/LaLuchaSigue.pdf

- **UN-Menschenrechtscharta (deutsch)**

www.unric.org/de/charta [letzter Zugriff: 30.12.2009]

- **Unitarian Universalist Association**

... ist eine Menschenrechtsorganisation.

www.uusc.org [letzter Zugriff: 28.07.2009]

www.uusc.org/programs/econjustice/workersrights/chlrv.html

- **unibrennt/ unsere uni**

Homepage des gesamten Netzwerkes der internationalen StudentInnenprotestbewegung 2009.

www.unsereuni.at [letzter Zugriff: 31.12.2009]

- **world economic forum WEF**

Homepage des Weltwirtschaftsforums; spezifisch der Link zum gender gap report 2009

www.weforum.org/pdf/gendergap2009/Austria.pdf

- **Wal-Mart Watch**

Eine Internetplattform über das Unternehmen Wal-mart, mit dem Versuch Wal-mart zu mehr Verantwortungsbewusstsein zu überzeugen.

www.walmartwatch.com [letzter Zugriff: 28.07.2009]

z.B "The lies Wal-Mart tells: Wal-mart's overseas sourcing. 29. Mai. 2008."

http://walmartwatch.com/blog/archives/the_lies_wal_mart_tells_wal_marts_overseas_sourcing/

- **Workers Rights Consortium**

... wurde 2000 gegründet und setzt sich für die Einhaltung von Arbeitsrechten ein. Sie gehen aus dem studentischem Einsatz für „Sweatshopfree“ Kleidung mit jeweiligem Universitätslogo hervor.

www.workersrights.org [letzter Zugriff: 29.07.2009]

7.3. ExpertInneninterviews

(Interview1)

NeSoVe-Netzwerk soziale Verantwortung: Dr.ⁱⁿ Petra Kreinecker/ Geschäftsführerin

Datum/ Ort: 15.06.2009. Wien.

(Interview2)

Dr. Dieter Rucht/ WZP

Datum/ Ort: 18.06.2009. Berlin.

(Interview3)

Fairtrade Österreich: Regina Dicken/ Leiterin Marketing & Key Accounts Handel

Datum/ Ort: 23.06.2009. Wien.

(Interview4)

Clean Clothes Kampagne – Österreich: Mag.^a Michaela Königshofer/ Koordinatorin CCK

Datum/ Ort: 13.07.2009. Wien.

8.1. Abstract (Deutsch)

Kleider machen Leute – nur zu welchen Konditionen? Mode und Markenfetischismus zahlen im Sinne der Verwertbarkeitslogik als äußere Vermarktung gesellschaftlicher Subjekt, zur eigenen Identitätskonstruktion. Ein Mix aus Medien und Marketing forciert den schnelllebigen Konsum der Überfluss- bzw. Wegwerfgesellschaft. SALE zu spottbilligen Preisen die ganze Saison! Die Kehrseite der Medaille, die unzählige ArbeiterInnen der Bekleidungsindustrie – vor allem junge Frauen aus so genannten Billiglohnländern – betrifft ist nur teilweise bekannt oder wird ignoriert: Arbeitsschichten zu einem Hungerlohn weniger Euros pro Tag, menschenunwürdige Arbeitsbedingungen in Sweatshops und mangelnde Sozialsysteme. Die komplexe und intransparenten Wertschöpfungskette gilt als Pionier internationalisierter Produktionsverhältnisse und neuer internationaler Arbeitsteilung. Seit Mitte der 1990er skandalisieren soziale Bewegungen – wie die Clean Clothes Kampagne – die gravierenden Arbeitsrechtsverletzungen in Produktionsbetrieben transnationaler Konzerne. Es wird versucht gegen diese Zustände anzukämpfen. Mit welchem Erfolg und wie ist dieses Engagement theoretisch zu erfassen? Letzteres bildet den Fokus des vorliegenden Forschungsinteresses. Auf eine kritische transdisziplinäre Analyse wird größter Wert gelegt, um Erkenntnisse zu erkunden die als zukünftiger Ausgangspunkt, kritischer Auseinandersetzungen mit sozialen Bewegungen dienen sollen. Methodisch basiert die Diplomarbeit auf sekundärer Literaturrecherche und ExpertInnen-Interviews.

8.2. Abstract (English)

Clothes make the man – but under which conditions? Fashion and brand fetishism represents an essential tool of lifestyle industries mentality considering people's own construction of identity in the 21st century. The fast pace of present consume patterns of so called throwaway society is enforced by a perfectly composed mix of media and marketing tools. SALE at dirt cheap prices anywhere and anytime! The flip side of the coin is either unknown or neglected on purpose affects numberless workers – especially young women – within the garment industry: Degrading working conditions mark the daily life in sweatshops. Overlong working shifts for a pittance of a few Euros per day and inadequate social security systems. Its complex and mostly intransparent value added chains represents a pioneer in internationalized relations of production and new international labor division. Transformations in the context of globalization challenge (non)governmental actors in regards to global production and its regulation. Since the mid 1990s social movements – e.g. Clean Clothes Campaign – are scandalizing serious violations of working rights within the production entities of multinational groups. What are the results and how is this commitment theoretically detected? To gather a vast insight into the topic the emphasis lies on a critical transdisciplinary analysis. The thesis is based on secondary literature research and experts-interviews.

CURRICULUM VITAE

PERSÖNLICHE DATEN

Geburtsdatum 15. Dezember 1982
Geburtsort Wien

SCHULBILDUNG

1997 - 2002 Höhere Lehranstalt für wirtschaftliche Berufe; Biedermannsdorf
Schwerpunkt: Fremdsprachen und Wirtschaft

STUDIUM

2005 - 2010 *Universität Wien*
Diplomstudium **Politikwissenschaft**

Spezialisierungsmodule:

- Internationale Politik
- Internationale Entwicklung, Friedens- und Konfliktforschung
- Policy-Analyse und Politische Ökonomie

2003 - 2010 *Universität Wien*
Individuelles Diplomstudium **Internationale Entwicklung**

Schwerpunkte:

- Sozialpolitik in „Entwicklungsländern“
- Globalisierung und soziale Bewegungen
- Indigene Völker und Recht

2003 – 2004 *Wirtschaftsuniversität Wien*
Diplomstudium **Sozioökonomie**

PRAKTIKA + BERUFSERFAHRUNG

03 – 07/2009 **Universität Wien;** Tutorin für das PS „Einführung in Politik und Entwicklung“
08/2008 **Institut für höhere Studien (IHS)** Projektmitarbeit, Recherchetätigkeiten
03/2008 - 02/2009 **Universität Wien;** Tutorin des PS „Transdisziplinäre Entwicklungsforschung TEF2“
08 – 09/2007 **Clean-Clothes-Kampagne;** Projektleiterin (Bildungskarenzvertretung)
03 – 07/2007 **Verein Ute Bock;** Fundraising, Eventmanagement, Spendenkoordination
10/2006 – 01/2007 **Clean-Clothes-Kampagne;** Recherche- und Aktionsarbeit, Homepagebetreuung
08/2005 **Comunidad de Junin/ Ecuador;** Menschenrechtsbeobachterin
04 – 07/2005 **CASA DE NIÑEZ, Quito;** Volontärin in einem Hort für Straßenkinder
04 – 07/2005 **CASA DE MERCEDES JESUS, Quito;** Volontärin in einer Einrichtung für bedürftige Kinder

SPRACHKENNTNISSE

ENGLISCH	sehr gut/ verhandlungssicher	1 – 3-monatige Sprachaufenthalte; 1998/2000/2003; CA/ USA 3-monatiges Gastgewerbe-Praktikum 2000; Whistler/ KANADA 10-monatiger Aufenthalt 2003; Vancouver/KANADA <i>Zertifikat:</i> Cambridge Advanced English Certificate (CAE) 2002
FRANZÖSISCH	gut	3-monatiges Gastgewerbe-Praktikum 2002; Genf/ SCHWEIZ
SPANISCH	gut	6 Monate Lateinamerika 2005; ECUADOR/ PERU/ BOLIVIEN
ITALIENISCH	Grundkenntnisse	Uni – Kurse; 2 Monate Au Pair 2004; Mailand/ ITALIEN
RUSSISCH	Grundkenntnisse	Uni – Kurse; 1 Monat Ukraine 2007

INTERESSEN

Reisen, Lesen, Tanzen, Basketball, Tauchen, Bergsteigen